

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/fluechtlingslager-moria-auf-lesbos-moral-und-versaeumnisse-16953150.html?premium>

FLÜCHTLINGSLAGER MORIA:

## Deutsche Moral und griechische Versäumnisse

- EIN KOMMENTAR VON MICHAEL MARTENS
- -AKTUALISIERT AM 14.09.2020-21:23



Bemerkenswert an der hiesigen Debatte über Moria ist deren Selbstbezogenheit. Der deutsche Reflex schafft aus griechischer Sicht nicht Abhilfe, sondern neue Probleme.

Seit dem Brand im Aufnahmelager Moria auf Lesbos wird in Deutschland darüber debattiert, wie viele Menschen aus dem abgebrannten Elendslager Moria aufzunehmen seien. Nur 400 unbegleitete Minderjährige von dort nach Europa zu holen, reiche nicht aus, sagt der Präsident des Deutschen Städtetags, ein SPD-Politiker. Eine ebenfalls sozialdemokratische Abgeordnete des Bundestags fragt, warum Deutschland nicht einfach die Hälfte der Menschen aufnehme, die auf Lesbos in Not sind. Grünen-Chefin Annalena Baerbock ruft unter dem Schlagwort „Wir haben Platz“ dazu auf, gleich alle Menschen aus dem, was einmal Moria war, ins Land zu holen.

Doch an wen richten sich solche Apelle eigentlich? Bemerkenswert an der deutschen Debatte ist deren Selbstbezogenheit. Argumente der griechischen Seite werden nicht einmal zur Kenntnis genommen. Dabei sollte klar sein: Ohne Billigung Athens wird kein einziger in Not geratener Mensch Lesbos Richtung Deutschland verlassen. Nicht deutsche Kommunen, Abgeordnete, Lobbygruppen oder der Bundesinnenminister haben zu bestimmen, wie es dort weitergeht. Das ist in erster Linie eine Entscheidung der griechischen Regierung.

Deren Minister aber haben dieser Tage schon mehrfach deutlich gemacht, dass auf absehbare Zeit außer unbegleiteten Minderjährigen niemand von der Insel auf das griechische Festland dürfe – von Transporten nach Deutschland oder in andere EU-Staaten ganz zu schweigen. Der griechische Migrationsminister sagt, sicherlich nicht ohne Rückendeckung von Regierungschef Kyriakos Mitsotakis, man werde keinesfalls ein Zeichen dafür setzen, dass es sich lohne, ein Aufnahmelager in Brand zu stecken. Ein Staatssekretär ergänzte, der griechische Staat dürfe sich nicht unter Druck setzen lassen, weshalb die Menschen von Moria nun eben so lange wie nötig unter Olivenbäumen zu kampieren hätten.

Das klingt zynisch. Aber woher kommt diese Haltung? Sollte Athen nicht erleichtert sein, wenn andere EU-Staaten dem Land die Menschen von Moria abnehmen? Um die griechische Position zu verstehen, ist die Kenntnis einiger Tatsachen hilfreich, die außerhalb Griechenlands nicht immer berücksichtigt werden. Das Aufnahmelager Moria existiert seit 2014. In seiner seit mehr als einem halben Jahrzehnt währenden Geschichte war es meist hoffnungslos überfüllt.

Oft schon haben griechische Regierungen kurzfristig Abhilfe zu schaffen versucht, indem sie mal einige hundert, mal auch mehrere tausend Menschen von dort an das Festland brachten. Es dauerte meist nur wenige Wochen, bis der vorige Zustand der Überfüllung wieder erreicht war. Auch ist Moria bei weitem nicht das einzige überlastete Lager auf den griechischen Inseln vor der türkischen Küste. Das Lager Vathy

auf Samos etwa war in den vergangenen Jahren oft noch stärker über die Kapazitätsgrenzen hinweg ausgelastet als Moria.

## Kurzfristige Abhilfe, langfristiger Schaden

Die sich daraus ergebende griechische Befürchtung ist offenkundig: Wenn jetzt Menschen von Moria aus direkt nach Deutschland gebracht werden, schafft das zwar kurzfristig Abhilfe, ist aber zugleich ein Zeichen für Migranten in der Türkei, dass es sich wie nie zuvor lohnt, Schlepper für die Überfahrt nach Lesbos, Chios, Samos, Kos oder Leros zu bezahlen. Doch wer garantiert Athen, dass sich Deutschland und eine Koalition hilfsbereiter Länder auch beim nächsten und übernächsten Mal aufnahmebereit zeigen, wenn wieder ein Lager überfüllt oder abgebrannt ist?

In der Flüchtlingskrise haben die Griechen in den vergangenen Jahren keine guten Erfahrungen mit Europa gemacht. Die Lösung, die Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán oder Österreichs Kanzler Sebastian Kurz propagieren, nämlich die Schließung der Balkanroute mit immer mehr Grenzzäunen, läuft aus Athener Sicht darauf hinaus, Griechenland mit der Misere allein zu lassen.

Was Athen sich erhofft, hat Mitsotakis dieser Tage deutlich gemacht: Es gelte, wieder mit der Türkei ins Gespräch zu kommen. Denn nur mit Unterstützung Ankaras kann die Seegrenze in der Ägäis, wo sich nun einmal keine Mauern bauen lassen, wirkungsvoll gesichert werden. Mitsotakis strebt eine Rückkehr zum einstweilen gescheiterten EU-Türkei-Abkommen vom März 2016 an. Auch deshalb versucht er, eine Deeskalation im „Erdgasstreit“ mit der Türkei zu erreichen.

## Gibt es ein neues Abkommen mit der Türkei?

Doch der Weg zu einem neuen Migrationspakt mit der Türkei ist noch weit. Und selbst wenn es zu Verhandlungen darüber kommen sollte, dürfen die Fehler von 2016 nicht wiederholt werden.

Der erste EU-Türkei-Pakt ist gescheitert, weil auf den griechischen Inseln zu keinem Zeitpunkt genügend Ressourcen bereitstanden, um rasch entscheiden zu können, ob eine Person schutzbedürftig ist oder in die Türkei zurückgeschickt werden kann. In all den Jahren gab es nur 2000 Rückführungen bei etwa 155.000 registrierten Fällen.

Sollte sich das bei einer möglichen Neuauflage des EU-Türkei-Abkommens nicht ändern, wird auch der zweite Versuch scheitern, an Europas Außengrenzen Kontrolle und Menschlichkeit zu verbinden.

KOALITIONSOPTIONEN 2021:

## SPD und FDP träumen von der Ampel

- EIN KOMMENTAR VON THOMAS HOLL
- -AKTUALISIERT AM 14.09.2020-23:53

Die Nominierung von Olaf Scholz zum SPD-Kanzlerkandidaten nährt Spekulationen über eine Ampelkoalition mit der FDP. Für Schwarz-Grün nach der Wahl zum nächsten Bundestag spricht dennoch am meisten.

Nach der kommenden Bundestagswahl bieten sich theoretisch fünf Regierungsoptionen an, darunter drei Dreierbündnisse, wenn Union und **SPD** ihre dritte Vernunft Ehe nicht fortsetzen wollen: Jamaika, Ampel und Rot-Rot-Grün sowie Schwarz-Gelb und Schwarz-Grün. Mit der AfD zu regieren haben alle anderen Parteien ausgeschlossen. In vier Varianten säßen die Grünen mit am Kabinetttisch, in drei auch die FDP, die als kleine, bürgerliche Regierungspartei seit 1949 schon oft glänzen konnte. Sie ist anders als die Grünen, ganz zu schweigen von der Linken und der AfD, eine Partei, die zum Regieren gebraucht werden will. Für ihre Wähler ist sie ein freiheitliches und wirtschaftsfreundliches Korrektiv, wenn Union oder SPD zu viel Staatsgläubigkeit zeigen.

Ohne Gestaltungsmacht in der Opposition wirken die Freien Demokraten, ob im **Bundestag** oder außerparlamentarisch, indes kraft- und lustlos; auch weil sie auf eine einzige rhetorisch versierte Person an der Spitze als Anführer vertrauen, sei es seinerzeit Guido Westerwelle und heute Christian Lindner. Der vergab 2017 die Chance, wieder zu regieren. Im kommenden Jahr könnte er diesen Fehler, der ihn viele Sympathien bei den Wählern kostete, korrigieren und es Walter Scheel nachmachen.

Vor 51 Jahren war die **FDP** mit ihm als Parteichef buchstäblich das Zünglein an der Koalitionswaage. Mit einem ähnlich schmalen Stimmenanteil wie gegenwärtig in den Meinungsumfragen beendeten die Freien Demokraten nach der Bundestagswahl 1969 mit einer für sie politisch lebensgefährlichen Volte zwei Jahrzehnte CDU-Kanzlerschaft und drei Jahre Große Koalition. Damals verhalfen die Freien Demokraten mit ihrem mageren Gewicht von 5,8 Prozent Willy Brandt zur Kanzlerschaft; es kam zur sozialliberalen Koalition. Trotz knapper Mehrheiten war es über Jahre ein stabiles Regierungsbündnis, das den Westen Deutschlands auch gesellschaftspolitisch prägte.

### Liberale Signale für eine Ampel

Mit dem historischen Koalitionswechsel 1982 hin zu Helmut Kohls **CDU** schien das sozialliberale Kapitel für die FDP Geschichte zu sein. Zumindest im Bund war auch die Ampelvariante mit SPD und Grünen kein Thema; zumal auch die meisten FDP-Wähler nichts davon hielten. Ein linksliberaler Flügel existierte nach dem Schwenk zur Union zudem nicht mehr. Die Bürgerrechtsliberalen wie Baum, Hirsch und Hamm-Brücher fanden mit ihrer Kritik an programmatischen Leerstellen in der FDP kein Gehör. Umgekehrt verziehen viele in der SPD ihr nicht den als „Verrat“ empfundenen Wechsel zur Union.

Doch die Nominierung von **Olaf Scholz** zum Kanzlerkandidaten der SPD und die Berufung Volker Wissings zum designierten FDP-Generalsekretär haben liberale Ampelsignale aufleuchten lassen. Wissing, der in Mainz recht harmonisch mit SPD und Grünen regiert, gab als Wunsch für das Wahljahr an, CDU und CSU in die Oppositionswüste schicken zu wollen. Der nicht als linksliberal bekannte FDP-Vize Wolfgang Kubicki wertete die Entscheidung für den pragmatischen Hamburger Sozialdemokraten Scholz ganz unironisch als Zeichen, dass „die SPD ihre Liebe für die FDP entdeckt hat“.

### Auch Habeck wäre nicht abgeneigt

Auch bei den Grünen ist es kein Geheimnis, dass Robert Habeck vor drei Jahren in Schleswig-Holstein lieber mit der SPD in einer Ampel weiterregiert hätte. Dort entschied sich die FDP nach kurzem Zögern für

die CDU mit Daniel Günther als Drittem im Jamaika-Bund. Die SPD vergab, wie [Lindner](#), ihre Chance zum Regieren, weil sie trotzig am Wahlverlierer Torsten Albig als Bedingung für eine Ampel festhielt. Grüne und FDP, die sich in zwei Landesregierungen unter Führung von SPD und CDU besser verstehen als gedacht, würden in ihrer auch soziokulturell gepflegten Gegnerschaft abrüsten müssen, sollte wie 2017 im Bund neben der großen Koalition wieder nur ein Dreierbündnis in Frage kommen.

Auch wenn es bei SPD und Grünen Sympathien für eine Koalition mit der Linken gibt, hat sich die SED-Nachfolgepartei mit ihrem Verschwörungsgerede im Fall Nawalnyj diskreditiert; sie ist kein seriöser Partner. Das Veto der halben Partei und Bundestagsfraktion gegen die Nato-Mitgliedschaft Deutschlands spricht überdies für vier weitere Jahre Links-außen-Opposition. Gegenüber ihr hat die FDP als möglicher Partner für Scholz zudem den Vorzug, weder Troztkisten noch Putin- und Maduro-Verehrer in ihren (vorderen) Reihen zu haben.

Trotzdem spricht viel mehr dafür, dass statt der FDP in einer Ampel oder Jamaika-Koalition nur die Grünen mit einem womöglich zweistelligen Wahlergebnis zum Mitregieren gebraucht werden. Denn die wahrscheinlichste, von vielen in der CDU ersehnte Machtoption ist nach wie vor Schwarz-Grün. Auch wenn [Habeck](#) im Stil eines Bayern-München-Verfolgers für die Tribüne um Platz eins für die Grünen spielt – in der Kretschmann-Liga spielt seine Partei im Bund (noch) nicht. Aber die Grünen, die anders als die Männer-FDP auch kein Frauenproblem haben, könnten Lindners Truppe als linksbürgerlicher Kellner für die Union als Koch ersetzen. Die FDP wäre dann nicht einmal der Tellerwäscher.

# Les Français majoritairement favorables au rétablissement de la peine de mort, selon une étude

Environ 82% des Français estiment qu'«on a besoin d'un vrai chef en France pour remettre de l'ordre», d'après une étude Ipsos/Sopra Steria publiée lundi.

Par Le Figaro avec AFP Publié hier à 21:45

Les Français sont majoritairement favorables au rétablissement de la peine de mort et réclament «un vrai chef pour remettre de l'ordre», selon une étude Ipsos/Sopra Steria publiée lundi. Quelque 55% des Français (+11 points sur 2019), un record, affirment ainsi qu'il «faudrait rétablir la peine de mort en France», selon cette étude réalisée pour la 8e année consécutive pour le quotidien *Le Monde*, la Fondation Jean Jaurès, et l'Institut Montaigne.

Mais le sujet reste «très clivant politiquement», selon l'étude, puisque seuls les sympathisants RN (85%) et LR (71%, +23 points) adhèrent majoritairement à cette affirmation, approuvée par une minorité (39%) dans les autres partis. On notera une très forte progression (+31 points sur un an) des partisans de la peine de mort chez LFI+PCF.

## «Un vrai chef»

Les ouvriers (68%), les employés (60%) et les retraités (55%) approuvent majoritairement cette affirmation, contre 41% des cadres et 40% des professions intermédiaires. Environ 82% des Français estiment par ailleurs qu'«on a besoin d'un vrai chef en France pour remettre de l'ordre», soit 3 points de plus que l'an dernier.

Les Français étaient toutefois plus nombreux les années précédentes à exprimer ce souhait, à l'exception de 2019 (79%). Cette affirmation est plébiscitée par les sympathisants des Républicains et du Rassemblement national (97% chacun, +9 points chez LR) mais aussi par ceux de La France Insoumise et du Parti communiste (80%, +33 points).

Quelque 71% des sympathisants EELV (+6 points), 69% de ceux du Parti socialiste et 67% de ceux d'En Marche soutiennent également cette demande. Les ouvriers (88%), les retraités (86%) et les employés (85%) adhèrent davantage à cette affirmation que les professions intermédiaires (79%) et les cadres (67%).

Les Français sont en outre 88% (+5 points sur 2019), un record, à considérer que «l'autorité est une valeur qui est trop souvent critiquée aujourd'hui». Cette affirmation est plébiscitée par les sympathisants LR (96%), LREM (95%) et RN (90%) mais aussi par ceux du PS (81%), des Verts (79%) et de LFI+PCF (75%, +27 points). Toutes les catégories, retraités en tête (91%), adhèrent à cette affirmation.

Sondage réalisé du 1er au 3 septembre auprès de 1030 personnes âgées de 18 ans et plus, selon la méthode des quotas.

## Le Figaro (site web)

lundi 14 septembre 2020 - 20:43 UTC +02:00 2296 mots

Vox ; Vox Société

# Accusations de discriminations fondées sur des statistiques: les fausses évidences

d'Iribarne, Philippe

## ANALYSE - L'interprétation

**simpletiste de certaines statistiques afin de convaincre de l'importance des discriminations en France est plus inspirée par le militantisme et la passion que par une démarche scientifique, argumente l'auteur, sociologue, X-Mines et directeur de recherche au CNRS.**

*Philippe d'Iribarne est l'auteur, en particulier, de «La Logique de l'honneur. Gestion des entreprises et traditions nationales» (Seuil, 1989), «L'Étrangeté française» (Seuil, 2006) et, plus récemment, «Islamophobie. Intoxication idéologique» (Albin Michel, 2019).*

L'affirmation est sans cesse répétée: les «minorités» sont victimes de discriminations en France. Des statistiques sont mises en avant pour étayer cette déclaration. De nombreux testings montrent que ceux qui diffèrent de la population majoritaire par leur couleur de peau ou leur religion ont plus de mal à trouver un emploi ou un logement, et ont une probabilité beaucoup plus élevée de faire l'objet d'un contrôle d'identité. En outre, malgré tout ce qui sépare les cas français et américain, on voit souvent mettre en avant, dans notre pays, le fait qu'aux États-Unis le taux de Noirs tués par la police en quatre ans (2015-2019) a été de 31 par million contre seulement 13 par million pour les Blancs. Le gouvernement français, convaincu par ce discours, parle de multiplier les pressions sur les entreprises, les bailleurs ou la police.

Dans le climat d'indignation qui règne autour de ces questions, la compassion pour les victimes, l'horreur envers ceux qui les maltraitent, il est difficile de raisonner froidement, et il peut même paraître inconvenant de tenter de le faire. Le postulat d'équivalence entre un traitement différencié et une discrimination est considéré comme indiscutable. Mais est-ce le rôle des travaux savants d'alimenter les passions, ou au contraire d'aider à comprendre la complexité du réel? L'expérience des recherches menées sur le traitement du Covid-19 vient encore de montrer combien les passions pouvaient entrer en jeu dans l'interprétation des données de la science.

Acceptons un instant le postulat selon lequel toute pratique dont les effets dépendraient de la catégorie sociale qu'elle concerne serait forcément discriminatoire. Considérons en conséquence la manière dont la police et la justice traitent les hommes et les femmes. Aux États-Unis, révèle le *Washington Post*, la police a tué, sur une période de quatre ans (2015-2019) 5 169 hommes contre 237 femmes. Toujours aux États-Unis, il y a seulement 60 femmes parmi les 3 260 condamnés qui attendent dans le couloir de la mort. En France, les femmes ne représentent, début 2020, que 3,8 % de la population des détenus. Toujours en France, selon l'étude du Défenseur des droits, seulement 0,8 % d'entre elles ont été contrôlées par la police plus de 5 fois en cinq ans, alors que cela a été le cas de 4,4 % des hommes. Cela voudrait-il dire que les hommes sont massivement discriminés? Ou simplement que, statistiquement, ils se comportent plus souvent que les femmes d'une manière qui fait qu'ils ont maille à partir avec la police et la justice?

De même, si l'on retourne aux statistiques concernant les victimes de la police aux États-Unis, il apparaît que, par rapport à leur part dans la population, les Blancs sont plus de deux fois plus nombreux que les Asiatiques à être tués par celle-ci. Serait-ce la preuve d'un racisme anti-blanc chez les policiers? Ou l'interprétation la plus vraisemblable n'est-elle pas que les Asiatiques, statistiquement plus disciplinés que les Blancs, ont moins d'occasions qu'eux d'affronter la police et donc d'en être victimes?

Pour compléter ces comparaisons, il serait intéressant qu'en France le Défenseur des droits se penche sur les questions de contrôle fiscal. Qui se choquerait s'il apparaissait à l'examen que les Blancs sont particulièrement contrôlés? Tout le monde affirmerait, sans doute, que c'est leur niveau de revenus qui est en cause.

Dans tous les cas qui viennent d'être évoqués, il paraîtrait contraire à la raison d'assimiler a priori tout traitement différencié à une discrimination. Il semble clair qu'avant de conclure en ce sens, il faut avoir pris la précaution d'examiner ce qui suscite cette différenciation. Il faut avoir montré que ceux qui apparaissent défavorisés n'y sont pour pas grand-chose dans ce qui leur advient. Serait-il sérieux de juger que cette précaution est inutile quand ce sont des «minorités» dans leur ensemble qui sont l'objet,

au-delà de cas révoltants mais singuliers qui ne doivent pas être source d'amalgames, d'un traitement statistiquement défavorable? Et si on juge inconvenant de procéder à un tel examen, est-on dans la raison ou dans la passion?

Pour les rapports entre la police et les divers segments de la population, on manque d'analyses systématiques de l'enchaînement des causes et des effets. L'interprétation qui en est donnée repose sur la mise en avant d'éléments partiels que chacun peut invoquer en fonction de ce qu'il entend démontrer. Les uns peuvent brandir d'innombrables témoignages dépeignant la police comme animée de mauvais sentiments envers des membres de «minorités». Les autres peuvent invoquer le fait que, dans les territoires perdus de la République, celle-ci n'a pas affaire à des enfants de chœur et qu'elle serait bien en peine d'y agir comme à Neuilly. Il est impossible de faire objectivement la part des choses.

Par contre, concernant l'accès à l'emploi, de multiples testings permettent de commencer à appréhender la complexité des situations. L'essai de CV anonymes, entrepris en 2006, montre que la thèse d'une discrimination aveugle ne tient pas. Supprimer des CV les noms et prénoms, suggérait cette thèse, devait améliorer l'accueil réservé par les employeurs aux demandeurs d'emploi issus de l'immigration. Avant de publier le décret d'application d'une loi tendant à imposer ces CV, Pôle Emploi a testé la mesure. Il est apparu que non seulement des CV anonymes ne permettent pas d'améliorer le sort de ces demandeurs d'emploi mais le dégrade (1).

Avec des CV nominatifs, ils ont une chance sur 10 d'obtenir un entretien, contre une chance sur 8 pour les autres. Avec des CV anonymisés, il ne leur reste qu'une chance sur 22. Les auteurs de l'étude suggèrent que connaître l'origine des candidats n'incite nullement les recruteurs à les écarter mais au contraire à relativiser certains éléments négatifs de leur CV. Ainsi, notent-ils, une présentation maladroite ou des fautes d'orthographe, susceptibles d'être relativisées quand le CV incite à penser que le français n'est pas la langue maternelle du candidat, seront beaucoup plus comptées à charge si les recruteurs ignorent ses origines. Il apparaît donc que, face à ces CV, les recruteurs s'y prennent comme à l'accoutumée: se demander dans quelle mesure la personne concernée est susceptible de convenir pour le poste à pourvoir ; prêter attention aux éléments du CV qui les éclairent sur ce point.

#### Testing «Haddad»

De manière générale, chaque fois qu'un testing n'a pas seulement pour objet de dénoncer mais qu'il fournit des éléments qui aident à comprendre, ses résultats conduisent à écarter la thèse d'une réaction indifférenciée des employeurs, inspirée par un rejet a priori de certains segments de la population. Tout testing qui enrichit la palette des caractéristiques du demandeur d'emploi et du poste à pourvoir qu'il prend en compte permet de progresser sur la voie d'une compréhension des formes de discernement qui entrent en jeu.

Le testing «Haddad», réalisé par l'Institut Montaigne, est instructif par la richesse des facteurs dont il étudie l'influence. Comparant les réponses des recruteurs à des candidats apparemment chrétiens, juifs ou musulmans, hommes ou femmes, il introduit plusieurs autres paramètres: l'intensité de l'engagement religieux, le degré de qualification du candidat, la nature du poste pour lequel il s'agit de recruter. Concernant les hommes réputés musulman ou chrétien (Mohammed et Michel), les différences entre les diverses situations obtenues en croisant ces paramètres sont spectaculaires. On peut avoir aussi bien le même taux de réponse pour l'un et l'autre qu'un taux 14 fois plus faible pour Mohammed. Le chiffre que les médias ont généralement retenu (4 fois moins de réponses pour Mohammed) n'est en fait que très particulier.

L'analyse des résultats montre que, pour le candidat apparemment musulman, deux facteurs majeurs entrent en jeu dans l'esprit des recruteurs: son CV donne-t-il à penser qu'il est à l'aise dans un milieu laïc ou laisse-t-il craindre qu'il s'agisse d'un tenant d'un islam radical? Y a-t-il une bonne correspondance entre sa qualification et le niveau du poste

offert, ou a-t-on affaire à un candidat surqualifié qui, ayant le sentiment d'occuper un poste indigne de lui, risquerait, animé par le sentiment de l'honneur en usage au Maghreb, de se braquer face à sa hiérarchie? Si ces deux sources d'inquiétude sont écartées, Mohammed bénéficie du même taux de réponses que Michel. Ce résultat montre que ce n'est pas un rejet de l'islam mais le souci de la bonne marche de l'entreprise qui conditionne les réactions des recruteurs, et que ceux-ci, loin d'avoir une vision stéréotypée des «musulmans», n'ignorent pas combien ils peuvent être divers. Il suggère que ces recruteurs font du mieux qu'ils peuvent pour leur entreprise avec les informations dont ils disposent.

On ne dispose pas de tests aussi fouillés portant sur les effets de l'appartenance ethnique. Toutefois le «testing Diouf» apporte une indication. Deux personnes fictives ayant le même nom sénégalais, Diouf, l'une, prénommée Marie, engagée dans des organisations chrétiennes, et l'autre, prénommée Khadija, engagée dans des organisations musulmanes, ont répondu à une offre d'emploi, en concurrence avec une Française standard, Aurélie Ménard. La supposée chrétienne a eu un taux de réponse analogue à celui de la Française standard ce qui montre que son origine ethnique n'a guère compté. Par contre, l'engagement religieux a beaucoup pesé ; le taux de réponse de la musulmane engagée dans les organisations musulmanes a été 2,5 fois plus faible que celui de la Française standard. Un rapprochement de ce résultat avec ceux du testing «Haddad» montre que ce qui suscite une méfiance n'est nullement le simple fait d'être musulmane, mais un engagement qui pourrait être, le cas échéant, islamiste.

Le refus de prêter attention à cette complexité, alors que l'on ne manque pas de données sérieuses permettant d'en être conscient, n'est pas étonnant tant, de nos jours, l'antiracisme est porteur de passion. Ce refus est lourd d'effets pervers. Il incite ceux qu'il conduit à dépeindre comme de pures victimes, ne pouvant rien au sort qui leur échoit, à être pleins de ressentiment envers la société qui les accueille. Il les engage par là à se rallier à ceux qui prêchent un communautarisme séparatiste. De plus il détourne les pouvoirs publics d'agir d'une manière sensée.

Croit-on qu'une politique de «name and shame», visant à livrer en pâture à l'opinion les entreprises accusées de discriminer, sans rien vouloir comprendre des raisons pour lesquelles elles agissent comme elles le font, va suffire à apaiser les inquiétudes des recruteurs face à des populations dont elles ont de sérieuses raisons de penser que certains de leurs membres risquent fort d'être source d'ennuis? Ne vouloir rien savoir de ce que ces inquiétudes ont de justifié détourne de s'attaquer à ce qui les fonde. Or les pistes en ce sens ne manquent pas.

Une partie, sans doute très importante, de ceux qui sont issus de l'immigration ne poserait aucun problème à leur entreprise. Mais chaque employeur a du mal à les distinguer au vu de leur seul CV. On pourrait imaginer que Pôle emploi agisse à leur égard comme une instance de certification tout en les aidant à mentionner dans leur CV les éléments de leur parcours personnel de nature à rassurer les recruteurs.

Par ailleurs, il existe quelques organismes qui se sont donné pour tâche d'aider les demandeurs d'emploi à se rendre plus attractifs pour les employeurs en développant leur «savoir être». Il s'agit de les aider à maîtriser les codes sociaux qui prévalent dans les entreprises et à discerner ceux de leurs comportements qui vont peut-être de soi dans leur quartier mais ne passent pas dans le monde du travail. L'action de tels organismes reste bien limitée. Il serait utile d'augmenter leurs moyens.

La diabolisation du monde occidental «blanc» détourne de prêter attention à la complexité des rapports entre les «minorités» et la société qui les accueille. Elle incite à surveiller et punir police, entreprises et bailleurs, plutôt que de travailler à mieux comprendre, pour chercher à la rendre meilleure, la façon dont se passe leur rencontre avec les personnes issues de l'immigration. Malheureusement cette attitude passionnelle prévaut dans les organismes chargés de lutter contre le racisme, qui instruisent à charge contre la société d'accueil ; la lecture des rapports de la Commission nationale consultative des droits de l'homme (CNCDDH) est à cet égard instructive. Mais qui en sont, en fin de compte, les victimes de ce refus du réel, sinon ceux que ce refus prétend défendre?

(1). «Évaluation de l'impact du CV anonyme», École d'économie de Paris-Inra, Crest et J-PAL Europe, synthèse et rapport final, 31 mars 2011.

**Le Figaro, no. 23663**

Le Figaro, mardi 15 septembre 2020 1817 mots, p. 15

## ÉCONOMIE

## CHRONIQUE

## La récession a-t-elle été deux fois pire en France qu'en Allemagne ?

Le Covid-19 a été un révélateur de la capacité de réaction des États. La chute des économies varie du simple au double entre les deux côtés du Rhin, Avant tout pour des raisons de gouvernance.

Robin, Jean-Pierre

**POLITIQUE ÉCONOMIQUE** Victime expiatoire de la pandémie de Covid-19, l'économie mondiale a subi un effondrement sans précédent depuis la première révolution industrielle de la fin du XVIIIe siècle. Mais aussi la récession la plus courte de toute l'Histoire. La France, et elle n'est pas la seule, vit en ce moment même un rebond comme elle n'en a jamais connu. L'Insee l'a annoncé sans tambour ni trompette la semaine dernière : le sacro-saint PIB, le produit intérieur brut qui mesure l'ensemble de la production du pays, devrait progresser de 17 % en ce troisième trimestre. Alléluia. Pourtant les Français ont le sentiment d'être encore au fond du trou. Tout comme dans les fascinants dessins de M. C. Escher où on a beau monter un escalier, on se retrouve toujours plus bas qu'au point de départ. Ce phénomène de trompe-l'oeil s'explique facilement : tout en progressant à nouveau, la machine économique tourne aujourd'hui à seulement 95 %, en moyenne, de son régime de 2019. Ce n'est pas avant le second semestre 2022, et après l'élection présidentielle, que l'activité peut espérer retrouver le niveau d'« avant-Covid » selon le scénario optimiste de l'exécutif Macron-Castex. Et d'ici là, il sera quasi impossible « d'inverser la courbe du chômage » ...

C'est dire la brutalité inouïe de la récession qui s'est déclenchée du jour au lendemain, le 17 mars à midi tapant. Les Français se sont mis alors sous cloche conformément à l'injonction d'Emmanuel Macron proférée la veille aux journaux TV de 20 heures, « *Restez chez vous.* » Le président de la République avait répété à six reprises, « *nous sommes en guerre sanitaire* » .

Certes, tous les pays industrialisés ont accepté bon gré mal gré de « faire passer la vie avant l'économie » et ils savaient qu'il y aurait un prix à payer. Cette facture, on la connaît maintenant, elle se chiffre en centaine(s) de milliards d'euros. Or c'est en France que la récession du premier semestre 2020, ou plus précisément du confinement - 17 mars au 11 mai chez nous -, aura été la plus sévère des sept pays du G7 (les démocraties à économie de marché les plus importantes). Les chiffres de l'OCDE, véritable juge de paix des comparaisons internationales, sont éloquentes (*voir tableau*). Plus cruel encore, il s'avère qu'au cours de ce surréaliste printemps 2020, la baisse d'activité aura été deux fois plus forte en France qu'en Allemagne. Pourquoi un tel écart jamais vu entre les deux pays, et qui risque de laisser des traces ?

Nous avons chuté de 12,52 % et eux de 6,78 %

Alors que le spectre d'« une seconde vague » épidémique hante les esprits, le professeur Jean-François Delfraissy est aujourd'hui le premier à l'admettre : « *Les enjeux ne sont pas que sanitaires, ils sont aussi sociétaux et économiques* » (interview à RTL). Le président du Comité scientifique Covid-19, mis en place le 11 mars 2020 et qui a grandement inspiré le confinement décrété quelques jours plus tard par l'Élysée,

connaît-il les données que vient de calculer l'OCDE ? La chute du PIB français a atteint 12,52 % au premier semestre 2020 quand l'Allemagne a enregistré un recul de 6,78 %, presque deux fois moindre.

La différence est apparue dès les premiers jours du confinement. Les indicateurs « à haute fréquence » connus en temps réel et dans tous les États simultanément (électricité, cartes de crédit, Google Maps Mobility...) sont tombés chez nous « comme un fil à plomb » selon l'expression d'un conjoncturiste de l'Insee. Et un mois plus tard, les comptables nationaux ont dû se rendre à l'évidence: le PIB accusait une perte de 5,9 % sur le premier trimestre, contre seulement 2,2 % de l'autre côté du Rhin. Les deux premières semaines de réclusion forcée avaient provoqué plus d'effet que les cinq semaines de grève générale de Mai 68 découvrent avec effarement les statisticiens. Le « virus chinois » comme l'appelle (sottement) Donald Trump aura été plus dévastateur que le *Petit Livre rouge* de Mao en 1968.

Cette récession totalement inédite par son origine, sanitaire et non pas économique ou financière, stupéfie par ses aspects sectoriels déroutants. Ce sont les métiers les plus protégés, de la concurrence internationale ou par leur statut, qui enregistrent un coup d'arrêt le plus spectaculaire. Dès la mi-mars la quasi-totalité des chantiers du bâtiment et des travaux publics sont à l'arrêt en France quand 85 % continuent de travailler outre-Rhin. « *Nous estimons que la moitié de l'écart de croissance au premier semestre entre la France et l'Allemagne s'explique par la filière de la construction* », note Charles-Henri Colombier, économiste de l'institut de conjoncture Rexecode. Dans le vide juridique des protocoles sanitaires qui régnait alors, les menaces de « droit de retrait » des personnels ont amené les entreprises du BTP à interrompre les travaux à titre de précaution.

Autre paradoxe, le repli du secteur public français. Son importance même - environ 22 % du PIB est « non-marchand », soit cinq points de pourcentage de plus que la moyenne européenne - constituait traditionnellement un bouclier face aux crises. Or cette fois il a contribué à aggraver la situation. L'Insee a calculé que les administrations ont vu leur activité se contracter de 17 % au deuxième trimestre. Au contraire, Destatis, son homologue germanique, estime qu'au même moment le secteur public a augmenté sa production. Les fonctionnaires d'outre-Rhin auraient-ils travaillé plus ? Un décret fédéral pris à la fin mars par la chancelière Angela Merkel a porté à douze heures par jour la durée maximale de travail dans les secteurs jugés stratégiques (santé, police, énergie, traitement des déchets, télécoms)...

Vérité au-delà du Rhin, erreur en deçà. Une certitude, les services publics ont réduit la voilure dans l'Hexagone. Exemple entre cent, à peine 25 % des magistrats étaient à leur poste en avril selon Nicole Belloubet, à l'époque garde des Sceaux. De quoi geler la vie judiciaire. « *Un quart des fonctionnaires, hors services de santé, n'était pas en situation de travail pendant la durée du confinement* », note l'Insee, qui a dû en tenir compte pour mesurer l'ampleur de la récession du PIB français (-5,9 % au premier trimestre et -13,8 % au deuxième).

Il n'est de richesse que d'homme

L'affaire semble entendue, « *le choc récessif a été particulièrement fort en France, plus que dans les autres pays européens* », reconnaît le Conseil d'analyse économique (CAE) en charge d'éclairer le premier ministre (note de juillet, *Une stratégie économique face à la crise*). C'est lié avant tout « *à la plus grande sévérité du confinement* » dit-il. « *L'explication tient principalement aux mesures prophylactiques. Les Allemands ont eu moins de cas et de morts dus au Covid ; étant moins exposés à l'épidémie, ils ont pu avoir une approche économique moins dure* », renchérit Xavier Timbeau, directeur de l'Observatoire français des conjonctures économiques.

Et puis il y a l'art et la manière, « *la défiance entre les acteurs, le caractère uniforme des mesures administratives, la culture de la norme* », souligne le CAE. Façon pudique de désigner le délire bureaucratique qui s'est emparé du pays. L'état d'urgence qui a duré 16 semaines en France métropolitaine (24 mars-10 juillet) a nécessité des centaines de décrets, une kyrielle de protocoles sanitaires et de règlements abscons, dont les ineffables « attestations de déplacement dérogatoire », triste remake des *Ausweis* de l'occupation allemande de 1940.

Autant de facteurs du blocage économique français. Avec cette interrogation: « *La relative générosité du chômage partiel pourrait avoir amplifié l'impact* », avance le Conseil d'analyse économique. Présenté comme l'alpha et oméga du précepte de l'Élysée « *quoi qu'il en coûte, personne ne sera laissé sur le côté* », le dispositif de « chômage partiel » relooké pour l'occasion a suscité d'étonnants satisfecit. Alors ministre du Travail, Muriel Pénicaud s'est glorifiée qu'il soit « *le plus généreux d'Europe* » et qu'il ait bénéficié à 12,6 millions de personnes à son acmé. Première mondiale, un ministre du Travail se réjouit de la montée du chômage !

Vérification ultérieure de la Dares, il s'agissait de demandes de dossiers des entreprises ; en réalité le nombre de « chômeurs partiels » n'a jamais dépassé 8,8 millions. Ce qui reste énorme comparé à l'Allemagne dont le dispositif de *Kurzarbeit* (travail réduit) a culminé à 7,3 millions de personnes aidées (selon l'IFO Institute), dans une économie dont la taille dépasse la nôtre d'un quart. La richesse économique naît du travail des hommes et des femmes: entre la chute vertigineuse de l'activité en France et l'envolée du chômage partiel, qui est la poule, qui est l'oeuf ?

### Effets de structure et de gouvernance

Dans un tout autre registre, la conjoncture française aurait-elle été trahie par ses propres secteurs d'excellence ? « *L'aéronautique, l'un de nos rares points forts industriels, ainsi que la filière touristique si vitale chez nous ont durement été affectées. De son côté l'Allemagne est très dépendante du commerce international. La crise redessine les industries, c'est le point clé pour l'avenir* », observe Bruno Cavalier, le chef économiste de la banque Oddo.

Cette question taraude économistes et patrons: à quel horizon peut-on espérer « un retour à la normale » ? L'IFO a réalisé en Allemagne, courant août, une enquête sectorielle très détaillée; elle montre qu'en ce qui concerne les services, les délais pour revenir « comme avant » vont de 3,8 mois dans les professions de la sécurité à 17,5 mois pour l'événementiel, le divertissement et l'artistique. Dans l'industrie, les plus optimistes sont les producteurs de matériel informatique (6,8 mois), alors que les industries textiles n'espèrent retrouver leur activité « d'avant-Covid » que dans 14,5 mois ; il faudra 7,9 mois pour la filière automobile, si névralgique outre-Rhin. En moyenne, les secteurs allemands tablent sur un retour au « business as usual » d'ici à 11 mois selon l'IFO, en juillet 2021 donc. Avec plus d'une année d'avance sur le scénario envisagé actuellement à Paris.

Ces pronostics sont cohérents avec les chocs respectifs essuyés par les économies de chaque côté du Rhin. Plus que jamais les prévisions sont assorties de multiples impondérables. Tout d'abord sanitaires. Qui aurait parié que le Japon et l'Allemagne, les pays les plus âgés du G7 (respectivement 27,6 % et 21,8 % de la population ont plus de 65 ans contre 20 % en France) s'en sortiraient le mieux, humainement et économiquement ?

Bien plus que les plans de relance, si différents entre les deux pays, la gouvernance sera essentielle. Force est de constater que la mise en musique des politiques face à l'épidémie aura été comme le jazz et la java de Paris à Berlin. Ce lundi de Pâques 13 avril, Emmanuel Macron annonce, seul, du Palais de l'Élysée, les grandes lignes du déconfinement et la date du 11 mai, dont ses ministres ignorent à peu près tout. Au même moment, Angela Merkel présente son programme dans une conférence de presse, après en avoir discuté ouvertement quatre heures durant avec les 16 chefs de gouvernement des Länder. Chacun sa méthode dans la guerre au Covid. À chacun ses résultats.

## Le Figaro, no. 23663

Le Figaro et vous, mardi 15 septembre 2020 1688 mots, p. 28

Culture

### Lang Lang :

## « La musique de Bach peut nous consoler collectivement »

En attendant de retrouver les scènes internationales, le pianiste globe-trotter continue de voir son art comme une expression de la mondialisation. Il profite de la crise pour étudier le baroque et de nouvelles pièces.

Hillériteau, Thierry



À l'intérieur de la pochette qui accompagne son nouvel enregistrement, un festival de photos plus loufoques les unes que les autres. Lang Lang assis ou allongé sur le couvercle de son piano. Lang Lang mains levées vers le ciel. Couché à même le sol au milieu d'un tas de papiers à musique. Faussement endormi dans un fauteuil, avec une partition en guise de couvre-chef... Mais les apparences sont parfois trompeuses. Loin des projecteurs, c'est un tout autre artiste qui a répondu à nos questions depuis Pékin la semaine dernière. Posé. Réfléchi. Bien loin de l'agitation de ses débuts. S'agaçant - le fait est suffisamment rare chez lui pour être signalé - des limites de la technologie. Il préférera d'ailleurs finir l'entretien par téléphone plutôt que persévérer sur l'écran vidéo capricieux. « *Comme au bon vieux temps.* » Confessions d'un enfant du siècle sur la voie de la sagesse, et qui n'a pas hésité à prendre son public et sa carrière à rebours pour livrer SON enregistrement des mythiques *Variations Goldberg*. À la fois plein de dévotion pour le Dieu Bach... Et éminemment personnel.

**LE FIGARO. - Vous publiez un enregistrement des Variations Goldberg, que vous dites avoir étudiées depuis plus de vingt ans. Pourquoi les graver seulement maintenant ?**

**Lang LANG. -** Je ne me sentais pas prêt. La première fois que j'ai joué ces *Variations* en public, j'avais 17 ans. C'était en présence de maestro Christoph Eschenbach. Avec le recul, je n'étais encore qu'un petit garçon. Je pensais naturellement cette musique complètement différemment. Aujourd'hui j'ai 38 ans. J'avance vers la quarantaine. La blessure au bras dont j'ai souffert il y a trois ans est pleinement guérie mais j'ai plus

que jamais besoin de relever des défis. De me remettre en question. Et la musique baroque me semble un challenge idéal. Je le sens au plus profond de moi : j'ai besoin de jouer Bach à présent.

### **Pourquoi le baroque est-il idéal ?**

Il implique un apprentissage, une remise en question. Pour appréhender l'ornementation baroque, dans un style français qui ne sera pas le style italien ou le style allemand, et réciproquement, il faut étudier. Se remettre en cause. Aller à la rencontre de guides artistiques. Ce que j'ai fait en suivant les conseils d'Andreas Staier, par exemple, qui m'a vraiment poussé dans mes retranchements. Pas juste par des conseils techniques sur l'articulation, le son du clavecin ou l'ornementation, mais en m'incitant à chercher comment y mettre aussi plus d'émotion, de vie, de moi. Le fait de se plonger dans le baroque après avoir tant joué les grands compositeurs romantiques, de prendre le répertoire pour clavier à rebours, c'est comme un pèlerinage.

### **Vous souvenez-vous de votre première « rencontre » avec les Goldberg ?**

Oui. La première fois que je les ai vraiment entendues, c'était vers l'âge de 10 ans. La seconde version de Glenn Gould, celle de 1981, m'a profondément marqué. À l'école et au conservatoire, nous jouions Bach presque quotidiennement. Mais la vision que l'on nous en donnait était une vision purement didactique. C'était en un sens l'école du moins : « *Moins de liberté, moins de rubato, moins d'émotion.* » Alors lorsque j'ai entendu l'interprétation de Gould, j'ai été fasciné par sa liberté. La beauté émotionnelle qui pour moi se dégageait de cette seconde version, qui n'est pas quelque chose de léger mais où j'entends aussi de la noirceur et de la souffrance.

### **Une mélancolie dont votre version n'est pas exempte. Je pense à certaines variations comme la n° 15 ou la n° 25, que vous semblez étirer au maximum... Faut-il y voir quelque réminiscence de votre enfance, dont on sait qu'elle ne fut pas toujours tendre ?**

Ce que je peux vous dire c'est que pour moi cette oeuvre n'est pas de celles où vous devez vous sentir confortable, à l'aise. D'ailleurs, on dit parfois qu'elle doit sonner avec beaucoup de simplicité mais pour moi c'est l'une des oeuvres les plus complexes de Bach. On ne peut la jouer uniquement de façon légère. C'est une partition chargée de vécu. De moments heureux comme de moments sombres de la vie.

N'oubliez pas que Bach les a composées dans les dix dernières années de son existence, qui n'a pas été un long fleuve tranquille. Il y a une dimension consolatrice évidente... Et peut-être encore plus dans l'adagio de la *Variation 25*, que Wanda Landowska surnommait à juste titre la « perle noire » et dont on ne peut saisir la complexité sans les développements qui précèdent.

### **Parlez-moi de la version live, enregistrée à Saint-Thomas de Leipzig, l'église de Bach. Pourquoi la sortir en même temps que la version studio ? N'avez-vous pas peur que les deux versions s'annulent ?**

Ce n'était pas mon intention de départ. Le concert donné à Leipzig en mars 2020, juste avant d'entrer en studio pour cinq jours à Berlin, avait un but : me permettre de me rapprocher le plus possible de Bach. De son univers. De sa vie. Je voulais m'imprégner de son environnement. Les orgues que Bach a connues à Saint-Thomas n'existent plus. Mais avant le concert, j'ai pu me rendre à Arnstadt, où il avait été organiste de 1703 à 1707. L'instrument original est encore là. Sur place, on m'a montré des tuyaux qui datent encore de 1703. J'ai pu jouer dessus. Prendre conscience de l'importance du pédalier. Des registrations. Cela m'a fait comprendre qu'il composait avec tout son corps et que le son qu'il avait en tête n'était pas uniquement celui du clavecin. Pendant le concert à Leipzig, en jouant la seizième variation en forme d'ouverture à la française, j'ai cherché ce son d'orgue baroque dans ma tête. Les vibrations que j'ai ressenties en me tenant à quelques pas de sa sépulture conféraient à ce moment une dimension spirituelle unique. Après le studio, j'ai réécouté la bande de ce concert. La spontanéité de ce moment, mêlée à l'acoustique de l'église qui lui donne un son de vieux disque, m'a interpellé. Bien sûr c'est beaucoup moins réfléchi que la version studio, où j'ai pu expérimenter beaucoup, jouer chacune de ces variations au moins cinq fois avant de retenir la version idéale. Mais elle a un charme. Alors je me suis dit : « Pourquoi pas ? »

## **Vous évoquez la dimension consolatrice de cet enregistrement. Faut-il y voir un remède à la crise que nous traversons ?**

Un remède non mais une consolation. Nous avons plus que jamais besoin d'une musique qui a le pouvoir de vous toucher collectivement et directement, au plus profond de votre coeur. Il n'y a rien de plus puissant pour cela que la musique de Bach. À l'origine, ce projet ne devait sortir que l'an prochain. Mais la période que nous traversons me semblait appeler une réponse.

## **Vous avez également dit chercher aujourd'hui à vous remettre en question. La crise sanitaire mondiale va-t-elle remettre en cause les modèles des carrières et les grandes tournées ?**

C'est une année très triste pour la musique. Une année qui nous aura tous séparés, privés de voyages internationaux, divisés en mettant la mondialisation à distance... Nous sommes remués profondément dans nos modes de vie. Mais je ne crois pas que ce soit une chance. J'y vois surtout beaucoup de tristesse. De musiciens qui souffrent de l'absence de concerts et de contact avec le public. Mais aussi de spectateurs qui souffrent de ce manque de communion. Bien sûr on a fait beaucoup de choses sur internet, et on continue de planifier des concerts virtuels pour compenser un peu cette situation. Mais ce n'est pas que ça la musique. La musique est là pour nous réunir. Nous « coller » tous ensemble, physiquement, par-delà nos cultures. Les *Goldberg*, par l'incroyable variété de styles de ces variations, français, allemand, italien, nous rappellent à quel point la musique est, depuis des générations et des siècles, une expression de la mondialisation. D'ailleurs, l'impact de la crise sanitaire se fera aussi ressentir en matière d'éducation. Un jeune pianiste chinois ne peut comprendre la musique occidentale sans s'immerger dans la culture européenne. L'interprétation ne naît pas seulement dans les partitions, elle se cherche aussi dans les musées, l'architecture, le dialogue d'une culture à l'autre.

## **À quoi ressemble votre vie de soliste globe-trotter depuis mars dernier ?**

J'en profite pour étudier de nouvelles pièces. Et il y a la fondation (*la Lang Lang International Music Foundation, NDLR*). Malgré la crise nous aurons pu ouvrir cette année vingt nouvelles écoles de musique. On essaie aussi d'être très actifs sur les réseaux. On va par exemple monter un grand concert sur internet avec des élèves de toutes les écoles. Pour ce qui est de mon agenda personnel, je ne donne toujours aucun concert. Je me limite uniquement aux vols intérieurs à l'intérieur de la Chine. Ici, j'espère reprendre les concerts en décembre mais la prudence reste de mise et les jauges sont encore limitées à 30 %... Heureusement, il y a la sortie des *Variations Goldberg*. Et on commence à planifier des concerts internationaux pour le début de l'année 2021. J'espère sincèrement pouvoir bientôt revenir à Paris. Ma maison me manque.

## **La France est-elle votre maison ?**

Paris est devenu l'une de mes trois maisons, avec la Chine et New York. Nous avons maintenant, comme vous le savez, un appartement dans la capitale française. Et je le dis sans flagornerie, aucune autre ville pour moi ne peut concourir à ce point pour le titre de cité des artistes. C'est un endroit synonyme de liberté, d'art, de partage et d'émotion. Des richesses dont on s'est senti privé ces derniers mois.

Le fait de se plonger dans le baroque après avoir tant joué les grands compositeurs romantiques, de prendre le répertoire pour clavier à rebours, c'est comme un pèlerinage

Daniel Cohn-Bendit et Claus Leggewie :

## « En Europe, personne ne doit avoir peur de 150 millions de Franco-Allemands ayant une double nationalité »

### TRIBUNE

**Daniel Cohn-Bendit** Ancien député Verts au Parlement européen

**Claus Leggewie** Titulaire de la chaire Ludwig Börne à l'université de Giessen

Dans une tribune au « Monde », l'ancien député Verts européen et l'universitaire plaident pour une fédération franco-allemande, qui permettrait de relancer une Union européenne essoufflée.

Publié aujourd'hui à 06h30

**Tribune.** L'Europe risque actuellement de se scinder en plusieurs composantes : les traqueurs de bonnes affaires que sont les « cinq frugaux » [*les pays du Nord, Pays-Bas en tête, défenseurs de la rigueur budgétaire*], les nationalistes du groupe de Visegrad [*Pologne, Hongrie et autres pays de l'ex-Est*], le super-endetté « Club Med » [*pays de l'Europe du Sud*]. La prétendue supériorité de l'Allemagne et de la France, exposée au feu de la critique autant à La Haye qu'à Rome et Varsovie, constitue le vecteur commun de ces forces centrifuges. Mais l'axe Paris-Berlin existe-t-il toujours ?

En attendant, l'Europe peut à peine affirmer ses principes vis-à-vis de puissances adverses : Etats-Unis, Russie et Chine. Aussi, mettre l'accent sur les différences entre les intérêts français et allemands serait fatal ; les ressentiments liés au Covid-19 dans les régions frontalières ont été un signe d'avertissement. « La France d'abord », « Deutschland zuerst » : la poursuite de cette renationalisation se ferait principalement aux dépens de la France et de l'Allemagne.

Au lieu d'aggraver la dépression européenne, nous devrions oser le grand saut en développant les plans avancés et les véritables progrès réalisés en 2019 et 2020, qui s'inscrivent dans le contexte du traité d'Aix-la-Chapelle et du plan de crise de l'Union européenne (UE) proposé par Angela Merkel et Emmanuel Macron. Une fédération progressive franco-allemande, tel est l'objectif.

### **Des convergences réelles**

Une union franco-allemande a souvent été évoquée depuis Adenauer-De Gaulle jusqu'à Schröder-Chirac, mais celle-ci est restée au niveau des nobles sentiments, sans suivi sérieux. « Impossible », criaient les réalistes ; « C'est exclu », lançaient les fondamentalistes de la souveraineté nationale : jamais de la vie, l'un ne renoncerait à son autonomie pour l'autre. Aussi, nous relançons l'idée d'un nouveau type de confédération, pas comme l'expression de nobles idéaux, mais comme la conséquence logique de la convergence des institutions, de la société civile et de la culture que les deux sociétés ont parcourue pour leur bénéfice mutuel depuis 1945.

**« Aujourd'hui, les Français et les Allemands se sont fortement rapprochés, sans tomber dans l'uniformité »**

Alors qu'en 1955 ou 1970, on assistait à deux mondes très différents, aujourd'hui, les Français et les Allemands se sont fortement rapprochés, sans tomber dans l'uniformité. Le fait que des nations parlent des langues différentes n'est pas un obstacle, mais un fait sémantique intéressant.

Bon nombre des éléments requis pour une fédération d'Etats existent déjà. Au-delà des initiatives de politique éducative et culturelle telles que les échanges de jeunes, les agendas rigoureux en matière de sécurité et de politique économique convergent depuis longtemps. La densité des interactions et des transactions entre Français et Allemands dans le monde du travail, leur temps libre et les relations culturelles en constituent l'un des fondements.

De tels liens au niveau des modes de vie suffisaient il y a cent trente ans pour l'édification de la nation du Reich allemand, mais celle-ci a été scellée de manière désastreuse par la Prusse, profitant de la victoire sur la France. Aujourd'hui, les partenaires – pour qui une séparation coûterait beaucoup plus cher qu'une intégration plus intense – coopèrent sur un pied d'égalité.

## Un long chemin à parcourir

Alors que l'étatisme centraliste de la France se desserre, les compétences fédérales se développent en Allemagne. Le poids des régions et des communes est cependant respecté des deux côtés, et les principes de subsidiarité, de l'état de droit et de l'Etat-providence sont à l'œuvre. Nous apprenons chaque jour que les différences entre Etats ne sont guère plus grandes que celles au sein de la société. Ils sont envahis par les risques écologiques et sanitaires ; dans tous les cas, les mesures visant à la protection du climat et des espèces doivent dépasser les frontières nationales.

Bien sûr, pour parvenir à une véritable fédération, il est clair pour nous qu'il reste un long chemin à parcourir, au cours duquel les différences structurelles entre les deux pays devront être réduites et où les deux parties devront aller là où ça fait mal : côté allemand, sur la question de l'utilisation civile et militaire de l'énergie nucléaire ; côté français, sur les relations postcoloniales avec l'Afrique.

Les premières étapes sont des initiatives conjointes pour la coopération en matière de développement durable, une sortie rapide du charbon et un siège franco-allemand au Conseil de sécurité de l'ONU – en tant que voix de l'Europe ! En matière de sécurité, de politique fiscale, d'autonomie numérique et, surtout, de politique environnementale, on peut s'appuyer sur les propositions d'Emmanuel Macron. Ceci ne doit pas rester la rhétorique des différents sommets ; l'assemblée parlementaire franco-allemande et, surtout, les conseils de citoyens qui émergent des deux côtés du Rhin peuvent élaborer des feuilles de route détaillées.

En Europe, personne ne doit avoir peur de 150 millions de Franco-Allemands ayant une double nationalité ; ce qui compte, c'est moins le produit intérieur brut ou les effectifs militaires que le fait de pouvoir garantir l'avenir d'une politique commune de durabilité. Nous voyons une fédération franco-allemande comme la clé de voûte de l'amitié qui s'est développée depuis 1945, mais aussi comme un remède pour l'Union européenne, qui a besoin de toute urgence d'une bouffée d'air frais. Nous faisons le pari que ce rassemblement des forces ralentira et inversera les forces centrifuges décrites plus haut. Les réalistes sont, à la fin, toujours ceux qui ont exigé ce qui semblait impossible.

Traduit de l'allemand par Françoise Diehlmann.

## New speak

# The philosophers who imagined a new world

In the 1920s they walked the walk, as well as doing a lot of dizzying talk

[Books & arts Sep 12th 2020 edition](#)

**Time of the Magicians: The Invention of Modern Thought, 1919-1929.** By Wolfram Eilenberger. Translated by Shaun Whiteside. *Penguin*; 432 pages; \$30. *Allen Lane*; £25.



Times of crisis breed upheavals in intellectual as well as social life. So Wolfram Eilenberger's survey of high thoughts and low politics among German-language philosophers of the 1920s is a salutary tale for today, not just a gripping panorama of century-old dreams and feuds. The founding editor of Germany's *Philosophie Magazin*, Mr Eilenberger follows four men who aspired to "process the intensity of the experience of war" into revolutionary forms of peacetime thought and action.

In their various ways, Martin Heidegger, Ernst Cassirer, Ludwig Wittgenstein and Walter Benjamin built a new philosophical framework for what Heidegger called the "high-tension intensities of meaningful life". Fresh thinking would dispense with worn-out concepts while permitting a transformative "leap into faith" and usher in a truly ethical existence. However, three of the quartet believed that "only the gaze into the abyss produces authenticity". For them, the path towards a redemptive way of being ran through anxiety, rupture, even breakdown. They played for high stakes, and courted huge risks.

Heidegger, the only one not to come from a Jewish background, was a country sexton's son from Baden. Enamoured of sturdy, rooted peasant toil, he was drawn to the "existential guide" of German culture. Wittgenstein, lonely child of a Viennese industrial magnate, was brought up as a Catholic, gave away a fortune and then demolished old-school metaphysics with his "brilliant amalgam of radical modernity and rock-hard conservatism". Benjamin, a feckless drifter and esoteric outsider, oscillated between mystical Judaism, even more mystical Marxism and surrealist forays into mass culture as he fashioned his critique of alienated urban life.

Those three thinkers sought to remedy a "crisis of the public use of language". In the aftermath of the first world war, the old words seemed to have failed. High culture felt bankrupt, social relations corrupt, and philosophy itself a windy wasteland of defunct notions. For all the opacity of some of their ideas (Heidegger's above all), these three advocates of a "new kind of speaking" believed that "practice trumps theory".

Right thinking and meaningful living went together. Heidegger brooded in not-quite-solitary splendour in a hut in the Black Forest built by his wife Elfride (his lover Hannah Arendt also features here). Wittgenstein worked miserably as an Austrian village schoolteacher; Benjamin hoped for communal salvation either in Moscow—where, briefly and unhappily, he lived—or Palestine. Each “loved the idea of the ‘simple people’, but not the reality”.

Mr Eilenberger’s odd man out is Cassirer, the only democrat in this group, who doggedly kept to his bourgeois habits of mediation and moderation as a professor in Hamburg. He never renounced old-fashioned Kantian idealism, and championed the fragile liberal order of the Weimar Republic. His multi-volume “Philosophy of Symbolic Forms” posited an optimistic bridge between Renaissance creativity and the breakthroughs of his own age of global communication. Cassirer may have floundered when Heidegger denounced him at a conference in Davos in 1929: a shrewd Swiss journalist described a stand-off between “a very nice person and a very violent person”. Yet readers may find that this glamour-free worthy, “the thinker of the possible”, emerges as the quiet hero of “Time of the Magicians”.

In keeping with the fragmentary style favoured by his subjects, Mr Eilenberger avoids a didactic approach. Snapshots, anecdotes, quotations and summaries combine into a montage; after all, both Wittgenstein and Benjamin crafted their books as “albums” or “sketches” rather than formal treatises. This technique leads to some breathless expositions of works as gnomic as Heidegger’s “Being and Time” and Wittgenstein’s “Tractatus Logico-Philosophicus”. But Mr Eilenberger shows flair in knitting complex ideas into the fabric of his sages’ lives and times, just as they themselves yearned to operate not as abstract “engineers of the soul” but as “creative seekers in an open space without a final foundation or a protective cover”. Shaun Whiteside, the book’s translator, serves the author adroitly as he shifts from chatty biographical vignettes to dense synoptic argument.

Without foundation or shelter, the pure life of the mind can disturb, even destroy. The hard-up freelancer Benjamin lurched from emergency to emergency; he would commit suicide as a desperate refugee in 1940. Wittgenstein returned to Cambridge to teach, and reluctantly ascended to guru status. Cassirer promptly went into exile when Hitler seized power. As for Heidegger, he plunged into the abyss he had so long contemplated. In an article to mark his appointment as rector of Freiburg University in May 1933, the prophet of authentic being again rejected “theoretical principles and ‘ideas’”. Why? Because “The Führer himself and he alone is the German reality and its law today.”

175,19

<https://www.faz.net/podcasts/f-a-z-podcast-fuer-deutschland/bootsfrau-und-leutnantin-soldatinnen-wollen-keine-sonderrolle-16955069.html>

**F.A.Z. PODCAST FÜR DEUTSCHLAND:**

# Bootsfrau und Leutnantin: Soldatinnen wollen keine Sonderrolle

- VON KATHRIN JAKOB
- -AKTUALISIERT AM 15.09.2020-17:23



Im Bundesverteidigungsministerium gibt es Überlegungen, weibliche Dienstgrade bei der Bundeswehr einzuführen. Das sorgt für hitzige Diskussionen, vor allem Soldatinnen sprechen sich gegen solche Änderungen aus. Im F.A.Z. Podcast für Deutschland sprechen wir auch mit einem Sprachwissenschaftler über gendergerechte Sprache.

<https://www.welt.de/politik/ausland/plus215844520/Fluechtlinge-auf-Lesbos-Europas-Verwunderung-ueber-Deutschland.html>

FLÜCHTLINGE AUF LESBOS

# „Haben die keine eigenen Probleme?“ – Europa wundert sich über Deutschland

Stand: 15:22 Uhr | Lesedauer: 7 Minuten

Von Philipp Fritz, Virginia Kirst, Martina Meister, **Tim Röhn**, **Caroline Turzer**



Die Ereignisse auf Lesbos sendeten in den vergangenen Tagen Schockwellen aus - aber vor allem nach Deutschland

Quelle: AFP; Montage: Infografik WELT

Der Brand im Flüchtlingslager Moria hat das Thema Migration in Deutschland ganz nach oben auf die Tagesordnung katapultiert. Die Frage nach der richtigen Hilfe spaltet das Land. Doch im Rest Europas bleibt es verdächtig ruhig. Warum?

Tausende Menschen gehen in Berlin und Hamburg auf die Straße, um für die Evakuierung des Flüchtlingslagers Moria zu demonstrieren. Die Oberbürgermeister zehn deutscher Städte erklären sich in einem Brief an Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) bereit, obdachlos gewordene Menschen aufzunehmen. Politiker aller Parteien twittern aufgeregt, die große Koalition debattiert über eine europäische oder eine deutsche Lösung. Kurzum: Nachdem ein Großbrand das völlig überfüllte Camp auf der griechischen Insel Lesbos unbewohnbar gemacht hat, gibt es hierzulande kaum noch ein anderes Thema. Trotz Corona.

Ein großer Teil Europas schaut derzeit zumindest leicht irritiert nach Deutschland. Nur in Österreich – und natürlich in Griechenland selbst – erhitzt die Frage, was mit den unter fürchterlichen Bedingungen lebenden Menschen passieren soll, die Gemüter ähnlich stark wie hierzulande. Auf dem Rest des Kontinents macht sich dagegen leichte Verwunderung breit angesichts der deutschen Debatte.

Oder das Thema taucht gar nicht erst auf. Fast hat man den Eindruck, als fragten sich unsere Nachbarn, warum wir beim Thema Flüchtlinge immer sofort in hektische Betriebsamkeit verfallen. Liest man ausländische Zeitungen, scheint die Frage „Haben die keine eigenen Probleme?“ unausgesprochen zwischen den Zeilen zu stehen. Ein Überblick.

### **Italien: Das eigene Flüchtlingsproblem**

In Italien ist der Brand in Moria zwar wahrgenommen worden, doch die öffentliche Debatte beschäftigt sich mit anderen Themen: Wichtige Regionalwahlen stehen unmittelbar bevor, und das Land hat mit seinem eigenen Flüchtlingsproblem zu kämpfen – da ist nur wenig Platz für die Situation der Migranten auf Lesbos. Einige Zeitungen haben zwar Reportagen von der Insel veröffentlicht, doch die Titelseiten besetzen andere Themen.

Die deutsche Debatte über die Evakuierung der Menschen von der griechischen Insel wird daher in der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, eine italienische Beteiligung daran wird gar nicht erst diskutiert. Italien ist bereits mit den Migranten überfordert, die im eigenen Land ankommen. Die Option, zusätzlich noch Menschen aus Griechenland aufzunehmen, wird daher gar nicht erst in Erwägung gezogen.

Allein Papst Franziskus, der Lesbos 2016 besuchte, nahm in seiner Sonntagspredigt prominent Bezug auf die „dramatischen Ereignisse“ auf Lesbos. Er drückte den Menschen seine Nähe aus und erinnerte daran, dass „eine humane und würdige Aufnahme von Migrantinnen und Migranten, Flüchtlingen und Menschen, die in Europa Asyl suchen“ gewährleistet werden müsse.

### **Frankreich: Macron denkt schon an Wahlkampf**

Auch in Frankreich geht zurzeit niemand auf die Straße, um die Aufnahme von Flüchtlingen zu fordern. Selbst in den wichtigsten Medien des Landes ist das Drama von Lesbos und das Ringen um eine europäische Lösung nur ein Thema von vielen. Zwar mag Frankreichs Präsident Emmanuel Macron einer deutsch-französischen Initiative sofort zugestimmt haben, die treibende Kraft dahinter war er aber vermutlich nicht. Denn Macron denkt schon an seinen nächsten Wahlkampf 2022, bei dem die rechtspopulistische Chefin des Rassemblement National seine Hauptkonkurrentin sein könnte. Und sie wird großzügige humanitäre Entscheidungen auf jeden Fall gegen ihn verwenden.

Clément Beaune, Macrons Staatssekretär für Europafragen, hat inzwischen eine „dauerhafte Lösung“ für Moria gefordert und erklärt, dass Frankreich bereit sei, „rund hundert“ Menschen aufzunehmen, vor allem „unbegleitete Minderjährige“.

Jedes Mal wenn „schmerzhafte, humanitäre Notfälle“ aufgetreten seien, so Beaune, habe Frankreich Verantwortung übernommen. So ganz stimmt das aber nicht. Im Herbst 2018 bekam das Schiff der Hilfsorganisation SOS Méditerranée mit 58 Flüchtlingen an Bord nicht die Erlaubnis, in den Hafen von Marseille einzulaufen. Die „Aquarius“ ging schließlich in Malta an Land. Später nahm Frankreich 18 Migranten auf.

### **Spanien: Ansturm auf die Kanaren**

In Spanien hält sich die Aufregung über die Lage auf Lesbos genau wie in Frankreich und Italien in Grenzen. Das alles dominierende Thema ist die zweite Corona-Welle, hinzu kommen die üblichen politischen Schlammschlachten zwischen dem linken und dem rechten Spektrum. Außerdem erlebt das Land in diesen Wochen ähnlich wie Italien wieder seine ganz eigene Migrationskrise: Auf den kanarischen Inseln kommen so viele Flüchtlingsboote an wie seit vielen Jahren nicht mehr, und die Regionalregierung ist nicht willens oder in der Lage, die Unterbringung von ein paar Hundert Menschen zu organisieren.

Im Zuge der Debatte über mögliche Evakuierungen aus Moria forderte der kanarische Regierungschef Antonio Morales, die EU möge bitte auch die Migranten von den Kanaren aufs europäische Festland holen. Die Kanaren dürften sich nicht „in ein Gefängnis verwandeln“. Morales warnte gar vor Zuständen auf spanischem Territorium wie in der Ostägäis – eine Übertreibung, die aber deutlich macht, dass Spanien weit davon entfernt ist, selbst Menschen aus Moria aufzunehmen.

Katalonien bot zwar die Aufnahme von 120 Migranten an und die Stadt Barcelona von 55. Aber derartige Angebote werden weitgehend ignoriert. Auch der öffentliche Aufruf der bekannten Schauspielerin Nathalie Poza, Moria-Bewohner auf die iberische Halbinsel zu fliegen, verhallte ungehört. Und so bleibt es bei der Arbeit einiger Hilfsorganisation, die Kleidung und andere Gegenstände sammeln, um sie nach Lesbos zu transportieren.

### **Osteuropa: Kritische Haltung in der Flüchtlingskrise**

Die östlichen Mitgliedsländer der EU stehen der Migration aus dem Nahen und Mittleren Osten oder Afrika nach Europa spätestens seit der Flüchtlingskrise 2015 kritisch oder zumindest gleichgültig gegenüber. Auch während der humanitären Katastrophe in Moria bleiben die Länder der sogenannten Visegrad-Gruppe (Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei) ihrer harten Haltung treu, die Lage der Menschen auf Moria wird weitestgehend ignoriert. Nennenswerte Solidaritätsbekundungen gibt es keine, in der Berichterstattung spielt das Thema eine eher untergeordnete Rolle.

In **Tschechien** erschienen vereinzelt Reportagen in den Zeitungen, in **Ungarn** berichtete die regierungsnahe Presse vor allem über Reaktionen in Deutschland. Allerdings nicht kritisch, wie während der Flüchtlingskrise vor einigen Jahren, sondern eher kühl und neutral. Nur keine Aufregung, so die Maxime. In **Polen** wiederum dominiert seit Wochen die Krise in Weißrussland die Schlagzeilen – verbunden mit der Sorge, dass es im Fall einer Eskalation zu einer großen Auswanderung nach Polen kommen könnte.

Nur wenige Politiker äußerten sich überhaupt zur Lage auf Lesbos. Einer von ihnen ist der Bürgermeister von Poznan im Westen des Landes, Jacek Jaskowiak, der Hilfe anbot. Polens Premierminister Mateusz Morawiecki allerdings erklärte bereits, niemanden aufzunehmen. Stattdessen möchte die polnische Regierung vor Ort Hilfe leisten.

### **Skandinavien: Vornehme Zurückhaltung**

Nordeuropa, von jeher ein beliebtes Ziel für Einwanderer, verfolgt schon seit einigen Jahren eine restriktivere Migrationspolitik. In **Schweden** beschäftigt die Menschen derzeit weniger die Lage auf Lesbos, sondern die angespannte Situation in ihrem eigenen Land, das die Bandenkriminalität einfach nicht in den Griff bekommt.

Immer wieder kommen bei Schießereien zwischen Gangs auch Unschuldige ums Leben, zuletzt ein zwölfjähriges Mädchen in der Nähe von Stockholm. Bislang hatte die Regierung einen direkten Zusammenhang zur Migration zurückgewiesen. Doch das ändert sich gerade. „Wenn man eine Einwanderung hat mit einer Größenordnung, die eine Integration erschwert, so führt dies zu sozialen Spannungen“, sagte der sozialdemokratische Regierungschef Stefan Löfven vor einigen Tagen.

Schweden gehörte daher ebenfalls nicht zu den EU-Ländern, die sich zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Moria bereit erklärten, schickte aber nach Angaben des Innenministeriums Zelte, Schlafsäcke, Decken und Campingküchen auf die griechische Insel. Am zurückhaltenden Vorgehen Stockholms gab es vereinzelt Kritik, unter anderem von der grünen Europaabgeordneten Alice Bah Kuhnke, die in einem Beitrag für die Zeitung „Aftonbladet“ von einem „grenzenlosen Mangel an Solidarität“ sprach. Insgesamt sind aber auch die Grünen deutlich zurückhaltender als etwa in Deutschland, eine große öffentliche Debatte hat die Lage in Moria nicht losgetreten.

Die **norwegische** Regierung wiederum hatte nach dem Brand beschlossen, 50 Personen von der Insel zu evakuieren, vorzugsweise Familien mit Kindern. Ministerpräsidentin Erna Solberg sagte, die Entscheidung sei gefallen, als man die Bilder von dem Feuer gesehen habe. „Es musste also zu einem Großbrand kommen, damit Norwegen sein Versprechen einhält“, kritisierte die konservative norwegische Tageszeitung „Adresseavisen“. Die Regierung in Oslo hatte eigentlich bereits im Mai entschieden, 50 Asylbewerber aus Moria zu holen – vorausgesetzt acht bis zehn andere Länder würden sich anschließen.

Trotz vereinzelter Kritik spielt das Thema in Norwegen aber lange nicht eine so große Rolle wie hierzulande – ebenso wenig in **Finnland**. Das Land gehörte neben Deutschland, Frankreich und den Niederlanden zu den zehn europäischen Ländern, die sich relativ früh zur grundsätzlichen Aufnahme von Flüchtlingen aus Moria bereit erklärten. Elf unbegleitete Kinder sollen evakuiert werden. Sie zählen allerdings zu den 175 besonders gefährdeten Asylbewerbern, die Finnland nach einem Beschluss aus dem Frühjahr aus Flüchtlingslagern in Südeuropa holen wollte.

# Was westdeutsche Frauen von den Ostdeutschen gelernt haben

16. September 2020

Von **Sabine Menkens** Politik-Redakteurin

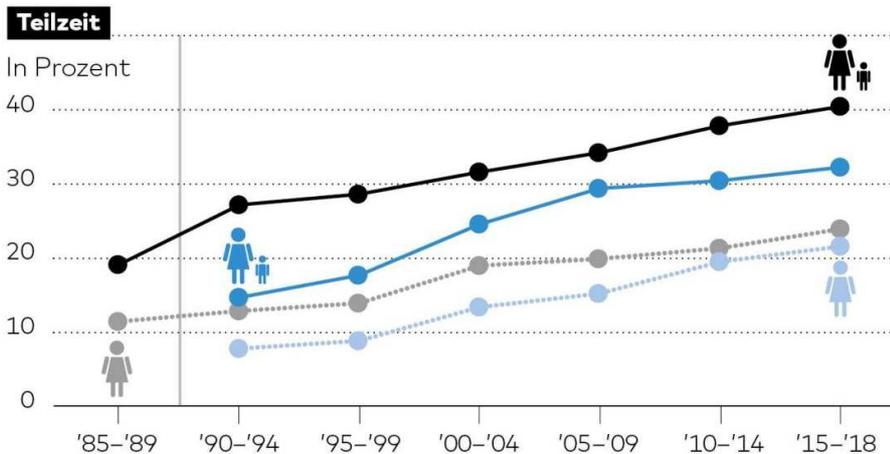
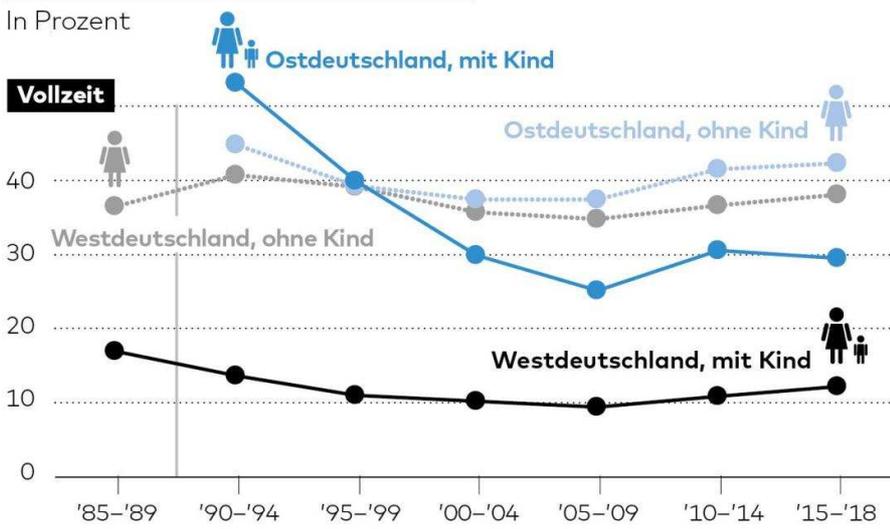
Als Osten und Westen vor 30 Jahren zu einem Deutschland wiedervereinigt wurden, hätten die Perspektiven kaum entgegengesetzter sein können. Vor allem für Frauen unterschied sich das Leben in der DDR fundamental von dem in der Bundesrepublik.

Die Frauenerwerbstätigkeit war extrem hoch, teilweise die höchste der Welt. Sich einer geregelten Arbeit zu entziehen, galt laut Strafgesetzbuch der DDR als „asoziales Verhalten“. Auch für Mütter war ein Vollzeitjob selbstverständlich; schon Babys wurden in den Krippen ganztags betreut. Im Westen hingegen dominierte lange Zeit das Alleinernährer-Modell mit allenfalls zuverdienender Ehefrau.

Die Sorgen waren damals groß, dass es in Sachen Gleichstellung mit der Wiedervereinigung Rückschritte geben werde. „Die ehemalige BRD hinkte beim Thema Gleichberechtigung im Erwerbsleben stark hinterher“, sagt C. Katharina Spieß, Leiterin der Abteilung Bildung und Familie beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). In vier Berichten haben sich die DIW-Forscher anhand von Daten des Sozio-oekonomischen Panels damit beschäftigt, wie sich die beiden Teile Deutschlands seit der Wiedervereinigung mit Blick auf Erwerbstätigkeit, Rente und Wohlbefinden entwickelt haben. Ihr Befund: Deutschland wächst zusammen.

## Erwerbstätigkeit von Müttern

In Prozent



Erwerbstätigkeit von Frauen mit und ohne jüngstem Kind unter elf Jahren. Anteil an jeweiliger Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, ohne gerüfungfähige Beschäftigte und Auszubildende.

welt

Quelle: DIW Berlin

Quelle: Infografik WELT

„Es hat einen langen Konvergenzprozess gegeben“, sagt DIW-Chef Marcel Fratzscher. „Und der Westen hat in vielerlei Hinsicht vom Osten gelernt.“ Gerade auch mit Blick auf die Erwerbstätigkeit von Müttern: Betrag der Unterschied zwischen Ost und West Anfang der 90er-Jahre noch 22 Prozentpunkte, lag er zuletzt bei nur noch vier Prozentpunkten. „Über die Jahre haben sich die Erwerbsquoten der westdeutschen Mütter an die der ostdeutschen angeglichen“, sagt Spieß.

Allerdings ist das Arbeitsvolumen ostdeutscher Mütter deutlich höher als das westdeutscher. In den Jahren nach der Wiedervereinigung arbeiteten Mütter mit betreuungsbedürftigen Kindern im Osten sogar noch häufiger Vollzeit als Frauen ohne Kinder im Westen. Seitdem ist die Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern mit jüngeren Kindern aber auch im Osten stark gesunken.

Trotzdem unterschieden sich die Quoten mit zwölf Prozent im Westen und 29 Prozent im Osten immer noch stark. Dabei haben die DIW-Forscher eine interessante Beobachtung gemacht: In westdeutschen Regionen, in die besonders viele Ostdeutsche zugewandert sind, vollzog sich der Wandel schneller. „Frauen in

Zuzugsregionen arbeiten im Schnitt bis zu 1,5 Stunden mehr als in anderen Gebieten“, sagt Spieß. „Das spricht für ein horizontales kulturelles Lernen.“

### **Positivere Einstellung zu arbeitenden Müttern**

Sehr viel mehr Angleichung zwischen Ost und West gibt es darüber hinaus auf dem Arbeitsmarkt für Teilzeitbeschäftigte. Hier ist für alle Frauen seit der Wiedervereinigung ein Anstieg zu verzeichnen, wobei im Westen häufiger Teilzeit gearbeitet wird als im Osten. Die höchste Teilzeitquote haben Mütter mit betreuungsbedürftigen Kindern in Westdeutschland (40 Prozent); gefolgt von Müttern in Ostdeutschland, deren Teilzeitquote über die Jahre am stärksten gestiegen ist – zuletzt auf 32 Prozent.

Die Wissenschaftler analysierten zudem Umfragedaten aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus). Dort wird unter anderem die Einstellung der Bevölkerung zur Erwerbstätigkeit von Müttern abgefragt. Hier gibt es seit der Wiedervereinigung deutliche Lockerungserscheinungen: Nach der Wende hatten die Ostdeutschen eine deutlich positivere Einstellung zur Erwerbsbeteiligung von Müttern als die Westdeutschen.

Inzwischen sind die Unterschiede beinahe eingeebnet. Zwischen 80 und 95 Prozent der Menschen glauben, dass eine berufstätige Mutter grundsätzlich genauso ein herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden könne wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.

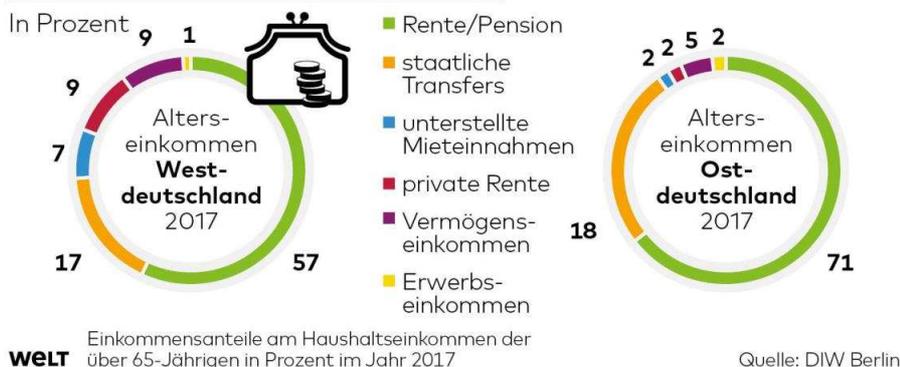
In der Allbus-Umfrage wurde aber auch explizit nach der Akzeptanz einer Vollzeitberufstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern gefragt. Und hier fiel das Ergebnis deutlich anders aus. Die Akzeptanz ist durch alle Gruppen hindurch geringer. Besonders bemerkenswert: Junge Frauen äußern sich deutlich skeptischer zur Vereinbarkeit von Kleinkindbetreuung und Vollzeitjob als ihre Mütter – vor allem im Osten, aber auch im Westen.

„Somit zeigt sich, dass die Einstellungen zur Vollzeitberufstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern in jüngeren Kohorten von Frauen traditioneller sind als in älteren“, schlussfolgern die Forscher. „Wir beobachten in Deutschland generell den Trend, dass Vollzeit erwerbstätige Mütter gern mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen wollen. Vollzeit ist nicht immer die erste Präferenz“, sagte Spieß.

## Ostdeutsche Rentner mit geringerem Haushaltseinkommen

Einiges spricht also dafür, dass die jetzt noch vorhandenen Unterschiede im Arbeitsverhalten sich nach und nach angleichen. Bei den Rentnern machen sich die unterschiedlichen Erwerbsbiografien allerdings extrem bemerkbar, vor allem bei den Frauen. Im Durchschnitt beziehen Ostdeutsche deutlich höhere Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung als Westdeutsche. Bei den Männern betrug der Unterschied acht Prozentpunkte, bei den Frauen sogar 50 Prozentpunkte. „Die Lücke ist über die Jahre sogar noch gewachsen“, sagte Studienautor Johannes Geyer.

### Anteil der Ruheständler mit Bezügen aus der gesetzlichen Rentenversicherung



Dennoch haben ostdeutsche

Renter im Schnitt nur 80 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens eines westdeutschen Rentners, wie die Forscher darlegten. Der Grund: Westdeutsche haben neben der gesetzlichen Rente meist auch noch private und betriebliche Renten sowie Einkommen aus Vermögen und Immobilienbesitz. Wegen der niedrigeren Löhne im Osten gab es dort in der Vergangenheit mehr Rentenpunkte pro Jahr als im Westen.

Ab dem Jahr 2025 gilt aber ein einheitliches Rentenrecht. Gleichen die Löhne sich nicht rasch an, drohen den Ostdeutschen zukünftig weitere Einbußen. Um die jüngeren Generationen besser zu wappnen, empfehlen die Ökonomen eine Kombination aus verpflichtender privater oder betrieblicher Altersvorsorge und finanzieller Unterstützung durch den Staat. Dennoch kann die Angleichung der Alterseinkünfte noch lange dauern, wie Geyer sagte. „Ich fürchte, eine Generation wird dafür nicht ausreichen.“

# Du climat aux migrants, les combats de la militante écologiste Carola Rackete

Par [Julia Pascual](#)

Publié aujourd'hui à 02h38, mis à jour à 19h52



AMELIE LOSIER POUR LE MONDE

PORTRAIT

**L'Allemande de 32 ans avait forcé le blocus à Lampedusa pour y débarquer des migrants secourus en mer sur le « Sea-Watch 3 ». Dans son livre « Il est temps d'agir », elle défend la désobéissance civile comme mode d'action.**

« Je suis désolée, mais je refuse de voir des journalistes qui prennent l'avion pour me rencontrer. (...) En particulier en période de coronavirus, je ne comprends absolument pas les voyages inutiles ou qui contribuent au saccage de la planète pour une seule interview. » L'avant-veille du rendez-vous, les choses ont failli mal tourner. La date était convenue depuis plus d'un mois. Il avait fallu trouver le seul créneau disponible pour rencontrer Carola Rackete à Berlin, après son retour de Laponie – où elle aidait des amis à construire une maison en torchis – et avant la sortie de son livre en France, *Il est temps d'agir* (L'Iconoclaste, 152 pages, 17 euros).

Quelques contorsions d'agenda plus loin, un rendez-vous était finalement calé in extremis, à bord d'un train. C'est donc dans le confort sommaire du Berlin-Paris que nous avons pu interviewer la jeune femme qui avait manqué nous filer entre les doigts à cause du bilan carbone élevé de notre déplacement en avion pour deux heures d'entretien. Comment lui donner tort ?

L'anecdote illustre l'intransigeance de la militante allemande de 32 ans. Elle qui s'attache à vivre chichement – elle dit dépenser 500 euros par mois et reversera le produit de la vente de son livre à l'association de « *résistance civile à la politique migratoire européenne* » Borderline-Europe –, n'a pas de logement à elle depuis neuf ans, mais est hébergée ici ou là par des amis, n'utilise que des vêtements ou des équipements d'occasion, ayant renoncé au confort d'un poste salarié pour se consacrer à ses convictions et contribuer au changement de système auquel elle aspire.

Connue pour son rôle dans le secours aux migrants en Méditerranée – où 15 000 personnes sont mortes noyées depuis 2014 –, Carola Rackete est d'abord une militante écologiste et, dans son livre, c'est d'urgence climatique qu'elle parle avant tout.

## « Capitaine Courage »

Entre 2016 et 2019, la jeune femme a toutefois contribué à sauver de nombreuses vies à bord de navires humanitaires. Elle a accédé à une notoriété soudaine le 29 juin 2019.

A l'époque capitaine du navire *Sea-Watch 3*, elle attend depuis plus de deux semaines en mer, au large de l'île italienne de Lampedusa, « à griller dans la chaleur écrasante », dans l'espoir vain qu'une poignée d'Etats européens se mettent d'accord sur la prise en charge et l'examen des demandes d'asile d'une quarantaine de personnes migrantes ayant fui la Libye en canot pneumatique. Le leader d'extrême droite Matteo Salvini, alors ministre italien de l'intérieur, a décrété la fermeture des ports aux bateaux d'ONG. « *C'est du racisme, rien d'autre* », accuse Carola Rackete dans son livre.

« *A bord, on sentait la tension monter, se souvient le Britannique Dan Bebawi, maître d'équipage du Sea-Watch 3. On craignait que des gens sautent par-dessus bord.* » Un soir, tard, Carola Rackete appelle Dan Bebawi sur la passerelle. « *J'ai vu que les moteurs tournaient, j'ai deviné. Elle a dit que ça devenait trop, qu'ils ne nous laisseraient pas entrer et qu'on allait lever l'ancre.* » « *Elle est restée très calme, poursuit-il. C'est une personne qui ne panique ni ne crie jamais. C'est un bon capitaine.* »

La suite, c'est [une manœuvre lente mais ferme d'accostage dans le port de Lampedusa](#), entravée seulement par un léger accrochage avec un bateau de la douane italienne. Ce geste de désobéissance civile allait braquer l'attention médiatique sur l'impasse de la politique européenne. Les images de Carola Rackete, longues dreadlocks, débardeur et jean noir, imperturbablement sereine alors que la police italienne l'arrête, font le tour du monde.

Et tandis que Matteo Salvini la traite d'« *emmerdeuse* » et de « *criminelle* », la presse lui octroie le grade de « Capitaine courage ». « Capitaine Europe » titrera en « une » l'hebdomadaire allemand *Der Spiegel*. Le PDG de Siemens, Joe Kaeser, lui manifeste son soutien sur Twitter. La jeune femme sera libérée quelques jours après son arrestation, la juge saisie de l'enquête estimant qu'elle avait respecté le droit international. Une procédure est toujours en cours pour « *incitation à l'immigration clandestine* ».

## Militantisme dépoussiéré

Carola Rackete n'a pas un ego débordant, elle ne harangue pas les foules, ne hausse pas le ton et admet volontiers ne pas aimer les conflits. « *C'est quelqu'un de très humble, qui ne parle pas à tout-va, mais elle a une forte personnalité, un leadership naturel*, lui reconnaît Daniel Rizzotti, le capitaine de l'*Arctic Sunrise*, le navire de Greenpeace à bord duquel Carola Rackete a fait deux missions, en 2015 et début 2020, consacrées à la surpêche et à l'impact du dérèglement climatique en Antarctique. *C'est le genre de personne qui fait bouger les choses au nom des autres.* »

« *Cette femme est une icône* », appuie encore l'ex-macroniste et député du Val-d'Oise Aurélien Taché, qui avait invité Carola Rackete à une prise de parole dans un salon de l'Assemblée nationale, en amont du débat parlementaire sur l'immigration de 2019, voulu par le président de la République. « *Il faut être lucide*, poursuit-il, *ce ne sont plus les théoriciens ou les élus qui donnent envie de s'engager.* »

Pour Carola Rackete, « *la société est fatiguée d'écouter toujours les mêmes vieux hommes blancs* ». Soucieuse de ne pas reproduire les « *stéréotypes masculins* », elle met l'accent sur « *la coopération, la prise de décision démocratique et inclusive* ». Elle puise ses modèles d'inspiration dans les figures de Sophie Scholl, résistante allemande au nazisme, décapitée en 1943, des suffragettes, de Gandhi ou de Martin Luther King. Et elle retient d'eux que « *demander le pouvoir poliment ne fonctionne pas* ». « *On voit bien que ce qui a été fait depuis trente ans : les pétitions, les lettres, n'ont pas empêché la perte de biodiversité, ni fait diminuer les émissions de gaz à effet de serre. Ce sont les actions radicales qui créent une possibilité de changement.* » Elle en est convaincue.

Le chercheur François Gemenne, qui enseigne les politiques du climat et des migrations, a rencontré Carola Rackete à Paris, en octobre 2019, lors de l'événement « Demain, tous migrants », organisé par le mouvement

Extinction Rebellion. Il considère que « *de la même manière qu'Extinction Rebellion ou Fridays for Future* », le mouvement pour le climat lancé par la Suédoise Greta Thunberg, l'Allemande « *dépoussière par une logique d'action directe les mouvements traditionnels de plaidoyer très institutionnalisés et ronronnants* ».

## « Virus polaire »

La résistance n'était pourtant pas inscrite dans son ADN familial. Carola Rackete a grandi dans un lotissement d'une petite localité de la Basse-Saxe, « *dans un cadre petit-bourgeois, pour ne pas dire ennuyeux. Dans ma famille, on n'était pas écolo* », écrit-elle.

Son père, ingénieur électricien à la retraite, a longtemps travaillé dans l'armée allemande puis dans l'industrie de l'armement. Sa mère est comptable, sa sœur ingénieure pour Volkswagen. Pendant ses années de collège et de lycée, Carola est victime de harcèlement. Elle s'isole, passe une grande partie de sa jeunesse devant son ordinateur, plongée dans le jeu de rôle en ligne *World of Warcraft*, où elle trouve une forme de communauté.

Entre 2007 et 2011, elle se lance dans des études de navigation maritime à l'université de Jade, parce qu'elle y entrevoit la perspective d'une vie au loin et solitaire. Ses voyages – en Amérique latine, en Roumanie ou en Moldavie – commencent à cette époque à susciter en elle une prise de conscience autour des inégalités. Le travail des enfants, la situation des Roms ou la pauvreté persistante en Europe la touchent.

Mais c'est sa première expérience professionnelle, à bord du navire de recherche et brise-glace allemand *Polarstern*, qui reste parmi les plus marquantes de sa vie. Elle y attrape le « *virus polaire* », la « *fascination des glaces éternelles* » et comprend dans le même temps, au contact des scientifiques chevronnés qui voient la glace fondre depuis vingt ans, que « *la collecte de données ne change pas la politique* ».

Désabusée, elle finit par démissionner. Souhaitant vivre au milieu de la nature, elle s'engage pour un service de volontaire européen dans le parc naturel de Bystrinsky, en Russie, puis se lance, en 2015, dans un master en protection de l'environnement près de Liverpool. Elle conclura ses études par une thèse sur le rétablissement des populations de phoques en Antarctique et la façon dont cela influence l'écosystème et les lieux de nidification des albatros. En parallèle, elle embarque pour une mission avec Greenpeace, puis travaille pour le British Antarctic Survey, l'institut de recherches polaires britannique.

## Un avenir à inventer

« *Elle est assez unique car elle fait le lien entre la recherche scientifique et l'action humanitaire* », estime Julia Steinberger, membre du Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat (GIEC) et professeure à l'université de Lausanne.

Carola Rackete n'a très vite plus eu de plaisir à naviguer, lassée de jouer les « *conducteurs de bus* » sans pouvoir influencer le cours des choses. Chez elle, l'ennui n'est jamais très loin. Même en Méditerranée, où elle effectue des missions depuis 2016 pour différentes ONG, certaine que le réchauffement climatique ne fera qu'accentuer les déplacements de population. « *Ça arrive à beaucoup d'activistes, croit Dan Bebawi. On veut créer du changement, mais c'est dur de rester motivé et positif. Chaque problème est sans fin.* »

La situation aux frontières de l'Europe ne s'est, de fait, pas améliorée. Les bateaux humanitaires parviennent à débarquer mais ils sont placés sous séquestre des semaines durant, sous couvert de procédures de contrôles. Le *Sea-Watch 3* est ainsi bloqué depuis plus de deux mois dans un port de Sicile.

Carola Rackete est toujours sur la liste des capitaines à contacter en cas d'urgence et arbore autour du cou un petit pendentif représentant l'île de Lampedusa, mais elle n'a pas fait de nouvelle mission depuis juin 2019, occupée sur d'autres terrains.

Elle pense, aussitôt terminée la promotion de son livre en France, rejoindre l'occupation d'une forêt près de Francfort contre un projet de construction d'autoroute. L'urgence est, à ses yeux, « *la sixième extinction de masse des espèces* », qu'elle documente beaucoup dans son livre. « *La fin de la civilisation est devenue une possibilité* », écrit-elle.

Convaincue que les sirènes de la croissance verte ne sont que des leurres, Carola Rackete sait néanmoins qu'il faudra offrir autre chose que l'imminence d'une catastrophe pour susciter l'adhésion du plus grand nombre. « *Martin Luther King a dit qu'il avait fait un rêve, et non pas un cauchemar* », souligne-t-elle, en souriant.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/das-neue-buch-von-carola-rackete-handeln-statt-hoffen-16459487.html?premium>

CAROLA RACKETE:

## So kann man nicht die Welt retten

- EIN KOMMENTAR VON [HANNAH BETHKE](#)
- -AKTUALISIERT AM 30.10.2019-18:18



Ein neues System muss her: Carola Rackete spricht über ihr neues Buch, das zur Rettung der Erde und zum Schutz der Geflüchteten aufruft. Helfen dramatische Töne und einfache Wahrheiten da weiter?

Es ist ja richtig: Die Zeit drängt. Die Folgen des Klimawandels sind immer deutlicher zu sehen, die Berechnungen sind alarmierend, radikale Maßnahmen zur Rettung des Planeten unumgänglich. Seit Jahrzehnten warnen Forscher vor den ökologischen Kosten unseres hohen Lebensstandards; Gier, Verschwendung, die Sucht nach Wachstum sind nicht erst seit heute Gegenstand einer umfassenden Konsumkritik; lange vor Greta gab es eindringliche Appelle, die Schöpfung zu bewahren und unsere Lebensweise grundlegend zu verändern. Wir wissen es alle: Es wurde einiges für den Umweltschutz getan – aber es reicht bei weitem nicht aus. So alt die Kritik ist, so richtig ist es, sie zu erneuern, wenn die Lage immer akuter wird. Die Frage ist nur, auf welche Weise das geschieht.

[Carola Rackete](#), Kapitän der „Sea-Watch 3“ (und nur als solcher will sie bezeichnet werden, nicht als „Kapitänin“, wie man oft liest), war in aller Munde, als sie das Schiff mit 53 Flüchtlingen ohne Genehmigung der italienischen Behörden im Hafen von Lampedusa anlegte. Sie tat es, weil sie es als ihre Pflicht ansah, die Menschen an Bord zu retten. Darüber sprach sie gestern auf einer Pressekonferenz in Berlin, auf der sie ihr neues Buch vorstellte (dessen Erlöse sie an eine Hilfsorganisation für Geflüchtete spendet). Um die Flüchtlinge, in deren Namen zu sprechen sie sich nicht anmaßen wolle, ging es dabei nur am Rande. Rackete, die sich kürzlich der umstrittenen Bewegung „[Extinction Rebellion](#)“ angeschlossen hat, nutzte ihre Prominenz vielmehr dafür, ein Manifest für eine grundlegende Transformation des kapitalistischen Systems vorzulegen: „Für alle Opfer des zivilen Gehorsams“, wie es in der Widmung ihres Buches mit dem dramatischen Titel „Handeln statt Hoffen. Aufruf an die letzte Generation“ heißt.

Wir dürften nicht warten, bis alles kollabiert, findet sie – und fällt in apokalyptischem Ton über all das her, was politisch gerade virulent ist. Die Ursache allen Übels sieht sie im Kolonialismus und bringt nicht vergleichbare Kontexte auf den gemeinsamen Nenner: die Guten gegen die Bösen. Am Ende hängt dann doch alles mit der Flüchtlingskrise zusammen, die in Wahrheit eine Gerechtigkeitskrise sei und durch jene Menschen erzeugt werde, die andere an der Flucht hindern wollten. Außen vor aber bleiben in diesem Pamphlet die politische Verantwortung der Herkunftsländer; das enorme Konfliktpotential, das aus kulturellen Differenzen in islamischen Ländern erwächst; Kapazitätsgrenzen der Aufnahmeländer im Bildungssystem und Sozialstaat. In ihrem missionarischen Eifer kann Rackete das nicht gelten lassen: Drei Millionen mehr oder weniger Flüchtlinge seien für Europa doch gar nicht der Rede wert. Für sie ist völlig klar: Wer Geflüchteten nicht hilft, ist rassistisch. Ihr bewundernswertes Engagement verkehrt sich durch diese ideologischen Verkürzungen in Destruktion. Denn wer so etwas sagt, spaltet, anstatt zu integrieren.

BILDUNG IN DEUTSCHLAND:

# Warum wir eine Kehrtwende bei den Fremdsprachen brauchen

- VON DIRK SIEPMANN
- -AKTUALISIERT AM 17.09.2020-13:49



Schulen müssen sich gegen die Konkurrenz durch Apps wehren und die Lehrerbildung muss die Nivellierung nach unten durchbrechen. Ein Gastbeitrag.

Fremdsprachen wurden nach dem **Zweiten Weltkrieg** – nach einer kurzen Rückbesinnung auf das dem altsprachlichen Unterricht entlehnte Bildungsprinzip – immer stärker utilitaristisch unterrichtet. Vorschub leisteten dabei vom Behaviorismus genährte Methoden – viele Schüler der damaligen Zeit werden sich an einschlägige Drills in Sprachlabors erinnern. Sowohl in der DDR als auch im Westen setzten sich dann dem Ziel „kommunikativer Kompetenz“ verpflichtete Ansätze durch, die aber weiterhin ein deutliches Augenmerk auf sprachliche Richtigkeit, die Orientierung an muttersprachlichen Modellen und die Auseinandersetzung mit bildenden, hochkulturellen Inhalten im fortgeschrittenen Unterricht legten.

Mit der in den Bildungsstandards der Jahre 2003 und 2012 zementierten Orientierung am Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen (GER) wurden der Native Speaker und das Erlernen „korrekter“ sprachlicher Formen als Zielnormen jedoch immer weiter zurückgedrängt. Die Entwicklung ist mit der – inzwischen teilweise korrigierten – „Reformierung“ des muttersprachlichen Schreibenlernens zu vergleichen, die auf der irrigen Annahme beruhte, dass sich eine korrekte Rechtschreibung irgendwann von selbst ergebe, wenn man zunächst ungehemmte Kreativität fördere.

Belege für die aktuelle Misere des Fremdsprachenunterrichts ließen sich viele anführen. Ein einfaches Maß für Kompetenz in Fremdsprachen, das jedem sofort einleuchten wird, ist der Umfang des rezeptiven Wortschatzes, also jener Wörter, die ich zumindest erkennen kann, wenn ich ihnen begegne. So verfügen zum Beispiel Lerner des Französischen am Ende der Sekundarstufe I in Niedersachsen durchschnittlich über 1000 Wörter, Englischlerner über 1800; das ist für ein elementares Textverständnis von Radiosendungen oder Zeitungstexten nicht ausreichend. Auf ministerieller Seite fällt auf, dass die Anforderungen an Prüfungsaufgaben beständig gesenkt werden. Zum einen werden die Aufgaben einfacher und banaler, zum anderen fallen Fehler in der Korrektheit des Ausdrucks immer weniger ins Gewicht. Ein drittes Problem besteht darin, dass die Kompetenzorientierung kaum inhaltliches Vorwissen oder selbständiges Denken zur Aufgabenlösung erfordert.

## Die sprachliche Seite des Fremdsprachenunterrichts

Auf wissenschaftlicher Ebene schließlich werden Forschung und Reflexion in der Fremdsprachendidaktik vor allem durch die Anlehnung an Themen aus den Bildungswissenschaften geprägt, und zwar sowohl hinsichtlich der Inhalte und Methoden als auch bei Konzepten wie Interkulturalität, Inklusion und

Heterogenität. Gegen solche hehren allgemeinpädagogischen Ziele ist natürlich nichts einzuwenden, ihre Überbetonung in der Fremdsprachendidaktik zeugt jedoch von einer tiefen Ignoranz des Kerngeschäfts derselben: der Auseinandersetzung mit den Schwierigkeiten beim Erlernen und der Vermittlung einer fremden Sprache qua Sprache. Mehr noch, wer die Sprache nur noch rudimentär erlernt, kann in ihr auch keine anspruchsvollen Bildungsinhalte mehr verhandeln. Lehrern und Lernern wird aber seit nunmehr mindestens zwanzig Jahren suggeriert, dass die sprachliche Seite des Fremdsprachenunterrichts weniger wichtig sei.

Pointiert formuliert produziert der kompetenzorientierte Unterricht Lerner, die im Englischen hemmungsloser drauflos parlieren als frühere Generationen, während sich Französisch- und Spanischlehrerinnen eher mit einer „Mauer des Schweigens“ konfrontiert sehen. Für beide Gruppen gilt, dass sie weniger Aussageabsichten sprachlich adäquat umsetzen können und dabei mehr lexiko-grammatische Fehler begehen. Werden aber kommunikative Lernziele wie etwa im Französischunterricht nicht erreicht, so ergibt sich in vielen Fällen gar eine Aversion gegen das Land und die Kultur unseres Nachbarn, mit potentiell desaströsen Konsequenzen.

Nun ist Radebrechen auf Englisch zur Normalität geworden. Die Sprecher romanischer Sprachen dagegen, so hat es [Thomas Mann](#) einmal formuliert, hören „mit Vergnügen“ und „mit Urteil“; wenn man also schon Französisch oder Spanisch lernt, sollte man es um der sozialen Anerkennung willen auch korrekt sprechen. Solche kulturellen Unterschiede in den Kompetenzbewertungen lassen sich übrigens auch in den Objektivität beanspruchenden Prüfungen, die auf dem GER basieren, nachweisen: auf C2-Niveau demonstrieren die als Videomaterial vorhandenen Modellprüfungen bei Französischprüflingen quasi-muttersprachliche Kompetenz in Aussprache, Grammatik, Wortschatz, bei Englischprüflingen hingegen angenehme, aber von deutlich hörbarem Akzent und vielfältigen Fehlern geprägte „Flüssigkeit“. Allerdings bestehen auch für das Englische zahlreiche Verwendungszusammenhänge, die eine gute Beherrschung von Wortschatz und Grammatik voraussetzen, etwa das Verfassen von Berichten oder wissenschaftlichen Texten. Das heutige Englischcurriculum, das die freie Textproduktion im Abitur auf ein Minimum reduziert, bereitet auf diese Anforderungen nicht mehr angemessen vor.

## Apps als Konkurrenz zur Schule

Erschwerend kommt hinzu, dass jenes Sprachniveau, das der kompetenzorientierte Fremdsprachenunterricht vermittelt, nun auch durch Apps oder Selbstunterricht mit Hilfe von Plattformen wie Youtube erreicht werden kann, und zwar in wesentlich kürzerer Zeit. Hier erwächst der Schule also eine äußerst ernstzunehmende Konkurrenz. Aktuelle Studien aus den Niederlanden und Taiwan zeigen, dass solche Lernformen als flexibler, interessanter und durch die Nutzung von Kommentarfunktionen oder Chats auch als interaktiver wahrgenommen werden als der klassische Schulunterricht.

Gleichzeitig steigt die Möglichkeit, mit maschinellen Übersetzungs- und Textproduktionsprogrammen wie DeepL oder QuillBot fremdsprachliche Kompetenzen zu ersetzen oder vorzutauschen. Wohlgermerkt sind weder Apps wie Duolingo auf einer soliden didaktischen und sprachwissenschaftlichen Basis entstanden noch sind Übersetzungsmaschinen wie DeepL in der Lage, perfekte Texte zu produzieren. Aber ihre Texte sind heute meist schon besser als die von durchschnittlichen Fremdsprachenstudierenden.

Diese Entwicklungstendenzen werden auch der Bildungspolitik nicht verborgen bleiben. Die Frage wird sich aufdrängen, ob nicht andere Inhalte – aus guten Gründen häufig genannt werden Wirtschaft, Programmiersprachen, Achtsamkeits- und Meditationsschulung – zeitgemäßer und wichtiger sind als ein Fremdsprachenunterricht, der selbst in dreizehn Jahren maximal ein Achtel des rezeptiven Wortschatzes eines Muttersprachlers und in vielen Fällen keine wirkliche kommunikative Kompetenz vermittelt.

## Ausbau des bilingualen Sachfachunterrichts wäre wünschenswert

Bekanntlich steckt jedoch in jeder Krise auch eine Chance. Eine Abschaffung des Englischunterrichts als Pflichtfach nach zunächst maximal acht, später vielleicht nur sechs Lernjahren (vorzugsweise drittes bis zehntes beziehungsweise achtes Schuljahr) böte die Möglichkeit, wirklich interessierten Schülern in Aufbaukursen vertiefte Kenntnisse in dieser Lingua franca zu vermitteln, aber auch romanische und weitere

Sprachen durch Neigungskurse zu stärken. Auch ein Ausbau des bilingualen Sachfachunterrichts wäre möglich und wünschenswert. Solche Schüler könnten zu präzise und komplex formulierenden statt leidlich „kommunikativ kompetenten“ Sprach- und Kulturexperten heranwachsen, die auch in Zukunft unter anderem weiterhin benötigt werden, um als interkulturell versierte Diplomaten, Politiker, Geschäftsleute, Journalisten, Aktivisten und nicht zuletzt Lehrer tätig zu werden oder um komplexe Texte zu formulieren und zu übersetzen beziehungsweise maschinelle Übersetzungen zu prüfen.

Um das zu erreichen, wird auch in den universitären Philologien und der Fremdsprachendidaktik ein ebenso radikales Umdenken einsetzen müssen: Der seit Jahren didaktisch sträflich vernachlässigte Anfangsunterricht wird unter dem Konkurrenzdruck der Digitalisierung verbessert werden müssen (auch an der Grundschule ist mehr zu erreichen). Für den in der Folge hoffentlich bald wieder anspruchsvolleren Fortgeschrittenenunterricht sollten innerfachliche Modelle bereits von universitären Fachwissenschaftlern und -didaktikern gemeinsam erarbeitet und universitär vorgelebt werden.

Um in der Lehrerbildung den Teufelskreis der Nivellierung nach unten zu durchbrechen, bedarf es außerdem spätestens nach dem vierten Semester eines objektiven Sprachtests auf hohem Niveau, der die bereits vor Jahren abgeschaffte, grundsätzlich im positiven Sinne normierend wirkende Übersetzungsklausur im Staatsexamen ersetzen kann. Vor allem durch eine solche Rückbesinnung auf ihre zentrale Aufgabe – die Ausbildung von Fremdsprachenlehrern und Sprachexperten (Übersetzern, Dolmetschern, Redakteuren, Lektoren) mit einem tiefdringenden sprachlich-kulturellen Wissen und Können – werden die Neophilologien ihren Rückbau, der in Ländern wie den Vereinigten Staaten und Großbritannien bereits massiv vorangetrieben wird, verhindern können.

*Der Autor Dirk Siepmann ist Fremdsprachendidaktiker, Übersetzungswissenschaftler und Lexikograph.*

ETATISMUS

# Frankreichs Krieg

Welt, 14.04.2020

Von Géraldine Schwarz

Die Franzosen reden von Kampf und Feind, die Deutschen geben sich zögerlich. Als Französin überrascht mich das nicht. Doch nationales Pathos kann auch wirksam sein.

Zwei Wochen lang war ich mit meiner Mutter und meiner Schwester in der Nähe von Paris eingesperrt, dann kehrte ich nach Berlin zurück, wo „nur“ ein Kontaktverbot besteht. Bereits in Friedenszeiten ist der Kontrast zwischen den beiden Hauptstädten auffallend, aber in „Zeiten des Krieges“, um Präsident Macrons beliebte Metapher zu verwenden, ist er eklatant. Normalerweise vermeide ich es, fernzusehen, um nicht in den Strudel apokalyptischer Bilder unzähliger Weltkatastrophen zu geraten. Doch in Krisenzeiten kommt man in Frankreich an diesem von den staatlichen Institutionen bevorzugten Kommunikationsmittel nicht vorbei, erst recht nicht, wenn eine Fernsehansprache des Präsidenten der Republik angekündigt wird, eine alte französische Tradition.

Um Punkt 20 Uhr erscheint auf dem Bildschirm die beleuchtete Fassade des noblen Élysée-Palastes, begleitet vom Klang der französischen Nationalhymne, dann deklamiert Emmanuel Macron vor einer mit Blattgold verzierten Holzvertäfelung seine „Rede an die Nation“. Zig Millionen Franzosen sitzen in ihrem Wohnzimmer und schauen zu.

Die erste Ansprache zum Coronavirus am 12. März überzeugte mich. Eine kluge Mischung aus Wohlwollen und Entschlossenheit, Klarsicht und Hoffnung, reich an Pädagogik und mit dem erklärten Willen, die Bürger in die Verantwortung zu nehmen. Als Krönung dieses gewisse Etwas, das deutschen Politikern manchmal abgeht. „Ich zähle auf Sie alle, um als Nation zusammenzustehen, um das Beste aus sich herauszuholen, um jene großzügige Seele zu enthüllen, die es Frankreich in der Vergangenheit ermöglicht hat, sich den schwierigsten Prüfungen zu stellen.“ Solch ein Pathos bewegt auch nicht besonders patriotische Franzosen wie mich dazu, plötzlich die Marseillaise singen und den Boden Frankreichs küssen zu wollen.

Hinzu kommt die Kühnheit einer Vision: „Morgen müssen wir die Lehren aus dem, was wir durchleben, ziehen: das Entwicklungsmodell infrage stellen, dem unsere Welt seit Jahrzehnten verpflichtet ist und das am helllichten Tag seine Schwächen offenbart; die Schwächen der Demokratie infrage stellen.“ Ich begrüße den Mut dieses Anspruchs, den ich bei der bodenständigen Angela Merkel manchmal vermisste: die Menschen anzuregen, über den Sinn der Dinge und einen Wandel für die Zukunft zu reflektieren. Wenige Tage später verkündete Macron die Ausgangssperre, ohne das Wort selbst auch nur einmal zu erwähnen. Ich wäre fast vom Stuhl gefallen, als ich ihn sechs Mal „Wir sind im Krieg“ betonen hörte, in einer mehr als 20-minütigen theatralischen Fernsehansprache, die den Eindruck erweckte, als ob Macron schon immer insgeheim die Rolle eines Kriegsherrn à la Georges Clemenceau oder General de Gaulle übernehmen wollte.

Vielleicht blieb ihm nicht viel mehr übrig, als zu dramatisieren, um die Franzosen, die nicht in erster Linie für ihre Disziplin bekannt sind, von der Notwendigkeit einer strengen Einschränkung der Bewegungsfreiheit zu überzeugen. Zumindest auf meine Mutter hatte er eine starke Wirkung. Davor war es ein täglicher Kampf, sie davon abzuhalten, wie üblich jeden Morgen auf den Markt zu gehen, um frisches Gemüse und Käse zu kaufen, bei ihrem Lieblingsmetzger vorbeischaun und natürlich bei der Bäckerei ihr Baguette zu holen.

Seitdem gibt es nur noch das Einkaufen im Drive-in-Supermarkt. Und eine Stunde am Tag das Spazieren in der Nachbarschaft für „l'exercice physique“, wie Macron so schön sagt – „körperliche Betätigung“. Manchmal grenzen die Regeln ans Lächerliche. Jedes Mal, wenn ich einen Fuß vor die Tür setzte, musste ich ein neues von mir unterschriebenes Dokument mit Datum, Zeit und Ort versehen, um mich selbst zu autorisieren auszugehen. In einem Fernsehbericht sah ich, wie Polizeibeamte an einer wilden Küste in der

Bretagne von einer spazierenden Familie verlangten, sich zu trennen: je ein Elternteil mit einem Kind. Aber zu Hause können sie ruhig alle zusammensitzen.

Einige Verbote verwundern mich: in den tiefen Wald zu gehen; auf dem Gipfel eines einsamen Berges zu meditieren. Sogar einsam im Meer zu schwimmen oder zu surfen, ist untersagt, als ob man sich im Meerwasser anstecken könnte. Zu Hause, wo man eingesperrt sitzt, um dem „unsichtbaren Feind“ (Macron) zu entkommen, wird man am Ende doch vom Virus eingeholt, und zwar über die Medien, die einen mit ihrem unaufhörlichen Strom an Informationen, Aussagen, Kommentaren über das Coronavirus schnell betäuben und in existenzielle Panik versetzen.

Meine Ankunft in Berlin habe ich als Befreiung erlebt. Im Radio wird Bach gespielt und über eine seltene Art von fliegenden Fischen gesprochen; ein Autor liest aus seinem neuen Buch, und ein amerikanischer Missionar erzählt von seinen Qualen als Gefangener in Nordkorea. Ich muss auf die Nachrichten warten, um wieder etwas vom „Coronavirus“ zu hören. Die Menschen lächeln auf den Straßen, entspannen sich in Parks, spielen Tischtennis oder fahren Fahrrad, ohne vor vorbeifahrenden Polizisten aus Angst, für einen Gesetzesbrecher gehalten zu werden, zu erschrecken.

Vielleicht wird die Geschichte Angela Merkel dafür verurteilen, dass sie keine bundesweite Ausgangssperre verhängt hat. Vielleicht wird sie dafür gefeiert werden. Doch eines zeichnet sich bereits ab: Die Corona-Epidemie offenbart, wie unterschiedlich Demokratien wie in Frankreich und Deutschland auf Krisen reagieren und wie unterschiedlich ihre politischen Kulturen sind.

In Frankreich hat die Krise ein altes Muster der Machtausübung an die Oberfläche gebracht: den „Etatismus“, ein Konzept staatlicher Bevormundung, dessen mächtigster Vertreter General de Gaulle war. Die meisten Franzosen haben in der Schule die Vorzüge des französischen Wohlfahrtsstaates aufsaugen müssen und vom Staat als fürsorgendem Vater und weisem Entscheider, der das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben gewährleistet, gehört. Vorausgesetzt, man lässt den Präsidenten in Ruhe arbeiten und stellt nicht allzu viele Fragen.

Das Staatsoberhaupt während meiner Jugend, François Mitterrand (1981–1995), liebte Geheimnisse und hasste Transparenz, ganz nach dem Rat des Kardinals de Retz (17. Jahrhundert): „Aus der Ambiguität befreit man sich nur zu seinem Schaden.“ Diese vom Staat ausgehende, die Bürger infantilisierende Autorität durchdrang die gesamte Gesellschaft. Sowohl im Studium als auch zu Beginn meiner beruflichen Laufbahn habe ich oft unter Autoritätsmissbrauch und starren hierarchischen Verhältnissen, die wenig Eigeninitiative und Verantwortungsbewusstsein zuließen, gelitten. Später begann sich dieser Geist nach und nach zu ändern. Der Staat sollte moderner und effizienter, sein Protektorat über die Gesellschaft schwächer und vor allem die öffentlichen Ausgaben vermindert werden. Aber aus Furcht vor dem Widerstand vieler Franzosen gegen Reformen vermied es die Staatsführung, diese Ziele klar zu kommunizieren.

Emmanuel Macron führte einen neuen, sehr direkten Stil im Umgang mit der Öffentlichkeit ein: „Wir stecken eine verrückte Summe Geld in die Mindestsozialleistungen“; „Der beste Weg, um sich einen Anzug leisten zu können, ist zu arbeiten“; und zu einem arbeitslosen Gärtner sagte er: „Ich brauche nur über die Straße zu gehen und finde Ihnen einen Job.“ Der Ton mag arrogant und ungeschickt sein, aber die Botschaft ist klar: Wohlfahrtsstaat war gestern, in der globalisierten Welt muss jeder wirtschaftliche Verantwortung für sich selbst übernehmen und aufhören, alles vom Staat zu erwarten. Mit anderen Worten: Macron fordert einen grundlegenden Mentalitätswandel.

Für einen Teil der „veränderungsresistenten Gallier“, wie er sein Volk einst beschrieb, wurde der Präsident zur gehassten Verkörperung einer angeblich antisozialen Politik. Der Hass auf Macron erreichte seinen Höhepunkt mit der Gelbwestenbewegung und Ende 2019 mit einem massiven Bahnstreik gegen eine geplante Rentenreform. Demonstranten verbrannten Macron-Bilder und schwenkten seinen Kopf auf Speißen, ein symbolisches Remake der Französischen Revolution.

Dann kam das Coronavirus, und Macrons Beliebtheitswerte stiegen innerhalb weniger Tage um bis zu 14 Punkte. Das Zusammenrücken einer Gesellschaft um ihren politischen Führer ist kein ungewöhnlicher Reflex in Krisenzeiten. Die Trendwende ist aber auch auf eine radikale Änderung der Rhetorik des Präsidenten zurückzuführen. Seit Beginn der Krise habe ich Macron immer wieder den Staat als allmächtigen Retter heraufbeschwören hören, der dafür sorgen soll, dass „kein einziges Unternehmen“ in

Konkurs geht und niemand an Kaufkraft verliert – ein Staat, der „sich kümmert“, alles „auf sich nimmt“ und vor allem „bezahlt“, „koste es, was es wolle“. Wie dieser überschuldete Staat es schaffen will, die absehbar gewaltige Wirtschaftskrise ohne jede Auswirkung auf das Leben der Franzosen zu meistern, bleibt ein Rätsel.

Macron bereitet die Franzosen ernsthaft auf die Gesundheitskrise vor, aber nicht auf die wirtschaftlichen Opfer, die sie kosten wird. Die Schuld liegt aber nicht nur bei ihm. Er sagt, was viele Franzosen hören wollen. Der Druck ist hoch. Als vor wenigen Tagen die Wirtschaftsstaatssekretärin und der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes ankündigten, dass „man wahrscheinlich mehr arbeiten werden müsse“, um die durch die Einschränkungen verursachten Aktivitätsverluste „aufzuholen“, sorgte die Aussage für Aufruhr. So vermied es Macron weiterhin, bei seiner letzten Ansprache am 13. April ungemütliche Wahrheiten auszusprechen, und versprach stattdessen neue staatliche finanzielle Hilfsmittel. Das Credo von de Gaulles schwebt in der Luft: „Die Franzosen brauchen keine Wahrheiten, sie brauchen Hoffnungen.“

Ich habe mir die Reden von Angela Merkel angehört. Selbst in ihrer Fernsehansprache, in der sie als einfühlsame Mutter auftritt, vermeidet sie Paternalismus, Infantilisierung und falsche Versprechungen. Sie garantiert, dass der Staat alles in seiner Macht Stehende tun wird, aber erkennt die Unsicherheiten und warnt, dass die Krise „ernst“ und ihr Ausgang „offen“ sei. In ihren Botschaften steht die Verantwortung der Bürger im Zentrum: „Jeder kann ein Lebensretter sein.“ Sie belehrt sie nicht, sondern stellt sich auf dieselbe Ebene, teilt Ängste und Zweifel, was umso glaubwürdiger ist, als sie sich nach Kontakt mit einem Virusträger selbst in Quarantäne begeben hatte und aus dem Homeoffice regierte.

Ihre Entscheidung, dem Land keine so gravierenden Einschränkungen wie zum Beispiel Frankreich zu verordnen, entspricht auch der Vorstellung, die sie von ihrer politischen Funktion hat: Sie will Verantwortungsgefühl wecken, statt es zu erzwingen. „Wir sind eine Demokratie. Wir leben nicht von Zwang, sondern von geteiltem Wissen und Mitwirkung.“ Merkel sagt immer wir. Oft erinnert sie uns an die Demokratie, als wolle sie uns versichern, dass sie deren Regeln in Zeiten, in denen die Grundfreiheiten auf die Probe gestellt werden, nicht vergessen habe. Solche Maßnahmen zu beschließen, so sagt sie, falle ihr schwer, und sie „sollten in einer Demokratie nie leichtfertig und nur temporär beschlossen werden“. Trotzdem bleibt Merkel vorsichtig hinsichtlich der Nennung einer Frist. Vor Ostern sagte sie: „Ich würde absolut unverantwortlich handeln, wenn ich Ihnen heute einfach einen konkreten Tag nennen würde“, und „dieses Versprechen dann nicht einhalten könnte“.

Macron aber zögerte nicht diesen Tag zu nennen: der 11. Mai. Warum und wie er dazu gekommen ist, bleibt undurchsichtig, die Franzosen werden nicht über den Entscheidungsprozess aufgeklärt. Emmanuel Macron stellt sich eher über die Bürger. Er gibt sich als allgegenwärtiger Kriegsherr, der orchestriert und koordiniert. An einem Tag ist er in einem Altersheim, an einem anderen in einem Institut für Viruskrankheiten, dann mit einer Gesichtsmaske in einem mit Corona-Patienten überfüllten Krankenhaus. Er greift auf eine Kriegsrhetorik zurück, spricht von „an der Front gefallenen Ärzten“, „Mobilisierung“, „Frontlinie“. Nachdem man ihm vorgeworfen hatte, die „nationale Einheit“ als Alibi auszunutzen, um die Kritik an Unzulänglichkeiten der Staatsführung zu unterdrücken, hat er am Ostermontag seinen Ton etwas geändert. Zum ersten Mal gab er zu, dass der Staat „nicht gut genug vorbereitet war“, und bedauerte „Mangel“ und „Fehler“. Er hat auch den martialischen Ton etwas gedämpft und von „wiedergeborener Hoffnung“ gesprochen.

Wenn Merkel neue Maßnahmen ankündigt, verwendet die Bundeskanzlerin fast ausschließlich das „Wir“. Sie will offensichtlich klarmachen, dass Entscheidungen und Handlungen im Team getroffen und umgesetzt werden. Sie bedankt sich häufig bei den Ministern, dem Parlament und den Ländern für die Zusammenarbeit, was das Bild solider und koordinierter Institutionen widerspiegelt. Sie kommuniziert vorzugsweise mit kurzen, bescheidenen Videos, Podcasts sowie im Rahmen von Pressekonferenzen, auf denen sie vor laufender Kamera auf Fragen und Kritik der Journalisten eingeht.

In seinen fast halbstündigen Reden spricht Macron hingegen vorwiegend in der ersten Person Singular: „Ich habe entschieden“, „Ich habe gemacht“, „Ich habe vor“. Wenn er die Regierung oder das Parlament zitiert, dann nur, um sie als ausführende Helfer seiner persönlichen Entscheidungen darzustellen: „Ich habe beauftragt.“ Selten stellt er sich den Fragen von Journalisten, dafür schickt lieber seinen Premierminister. Er

versucht zwar sein Bild zu korrigieren, sozial, empathisch und transparent zu wirken, und hat am Ostermontag sogar angekündigt, sich „neu erfinden“ zu wollen. Trotzdem nährt er weiterhin das Bild des allein entscheidenden mächtigen Staatsoberhauptes, Ausdruck eines zentralisierten Präsidialsystems mit einem Hauch monarchischer Nostalgie.

Fakt aber ist: Eine große Mehrheit der Franzosen begrüßt Macrons Reden zum Coronavirus, und auch wenn sein Beliebtheitsgrad regelmäßig schwankt je nach gerade laufender medialer Corona-Polemik, bleibt er auf dem höchsten Stand seit eineinhalb Jahren. Mehr als 95 Prozent der Bevölkerung halten die Einschränkungen für richtig. Nur wenige Stimmen in der Politik, in den Medien, in der Zivilgesellschaft zeigen sich besorgt über die spektakuläre Ausweitung der Befugnisse des Staates oder weisen darauf hin, dass die französische Gesetzgebung eine Bedingung an Notstandsverordnungen stellt: Sie müssen „den Risiken und den Umständen von Zeit und Ort angemessen“ sein. Die Krise hat sogar bei einem Teil der Franzosen einen Hang zum Autoritarismus offenbart. Manche Bürgermeister haben bei den Freiheitseinschränkungen so viel Eifer gezeigt, dass Macron zur Mäßigung aufrufen sollte.

In Deutschland empfinden 40 Prozent der Bürger den Rückgang der Freiheiten als beunruhigend, und täglich warnen Politiker, Anwälte und Publizisten vor den Gefahren dieser Einschränkungen und weisen darauf hin, dass sie nur vorübergehend sein können. Das katastrophale Ausmaß der Gesundheitskrise in Frankreich versetzt die Bevölkerung womöglich in so große Schrecken, dass sie nicht mehr an ihre Freiheit denken.

Aber die unterschiedliche Reaktion ist auch auf die verschiedene politische Kultur zurückzuführen. In Deutschland ist (noch) fest im Bewusstsein vieler Bürger verankert, dass ein Staat im Namen des sogenannten Schutzes des Gemeinwohles viele Verbrechen begehen kann.

Aber in den vergangenen Jahren zeigte sich, dass auch in diesem Land diese Wachsamkeit nachlassen kann. Angela Merkel sowie weitere Vertreter des Staates, wie Frank-Walter Steinmeier, nutzen die Krise, um die Demokratie in ihrem Land wieder zu beleben, um aus dem Negativen Positives zu lernen. In diesem Feld hat Deutschland Übung, ein Land, das die Stärke seiner Demokratie auf der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus aufgebaut hat, mit einer zentralen Botschaft: Es liegt nicht nur am Staat, eine bessere Zukunft mitzugestalten, sondern vor allem an seinen Bürgern – jeder ist unverzichtbar.

In Frankreich hingegen gibt es ein ewiges Paradoxon: Wir lieben la liberté, die individuelle Freiheit, aber einen starken Staat lieben wir doch noch mehr – auch wenn wir ständig gegen seine Führung protestieren. In Zeiten der Corona-Krise zeigt sich, wie wichtig der Staat für den Zusammenhalt einer kollektiven französischen Identität bleibt. Macron hat dies verstanden und einen politischen Kurswechsel vollzogen, leider mit etwas peinlichen paternalistischen Zügen. Aber eines muss man ihn lassen: Er hat den Mut gehabt, öffentlich zurückzurudern, und anerkannt, was nicht nur für Frankreich gilt, und in Angela Merkels Reden auch willkommen wäre:

„Was diese Pandemie bereits offenbart, ist, dass kostenlose Gesundheitsfürsorge, ohne jegliche Bedingung von Einkommen, Karriere oder Beruf, unser Wohlfahrtsstaat, keine Kosten oder Belastungen sind, sondern kostbare Güter, unverzichtbare Güter, wenn das Schicksal zuschlägt. ... Es gibt Güter und Dienstleistungen, die außerhalb der Gesetze des Marktes platziert werden müssen. Unsere Nahrung, unsere Produktion, unsere Fähigkeit zur Pflege, unser Lebensumfeld an andere zu delegieren, ist Wahnsinn. Wir müssen die Kontrolle darüber zurückgewinnen.“ Und „die Fackel“ der Französischen Revolution übernehmen: „Gesellschaftliche Unterschiede dürfen nur im allgemeinen Nutzen begründet sein“, zitierte Macron den Artikel 1 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Eine Utopiefähigkeit, die unentbehrlich ist, wenn man aus dieser Krise etwas lernen und verändern will.

*Géraldine Schwarz, 1974 geboren, ist deutsch-französische Autorin und Dokumentarfilmerin. Zuletzt erschien „Die Gedächtnislosen. Erinnerungen einer Europäerin“ (Secession).*

# Kulturkampf ums Klima

Stand: 18.09.2020 | Lesedauer: 5 Minuten

Von Axel Bojanowski

Die riesigen Feuer im Westen der USA schieben Politiker und Medien auf den Klimawandel. Wichtigere Ursachen lassen sie außen vor, die Verantwortlichen kommen davon. Die Debatte gleicht mehr einem Kulturkampf als ernsthafter Auseinandersetzung.

**E**in Treffen diese Woche von US-Präsident Donald Trump und dem Gouverneur von Kalifornien, Gavin Newsom, anlässlich der Waldbrände im Westen der USA, geriet zu einem Sinnbild für die entglittene Klimadebatte. Während Trump den Klimawandelleugner gab und sagte, dass „es auch wieder kälter wird“, nahm der Gouverneur den Gegenpart ein und schob die Waldbrände auf die globale Erwärmung, was ebenfalls abwegig ist.

Der Gouverneur von Washington, Jay Inslee, sprach sogar von „Klimabränden“. Der Klimawandel bietet den Politikern die Möglichkeit, von ihrer eigenen Verantwortung für die Brände abzulenken. Sie argumentierten in eigener Sache, auf politischen Nutzen schielend und ohne Rücksicht auf Wissenschaft – das Charakteristikum der Klimadebatte.

Der Mensch hat mit seinen Abgasen einen gefährlichen Klimawandel ausgelöst, aber die Debatte darüber ist nur zum Schein eine Wissenschaftsdebatte. Auf seinem Rücken wird ein Kulturkampf ausgetragen. Politisch sich rechts Verortende beschwichtigen eher, sie mögen keinen Dirigismus, mithin schon gar nicht das Klimaproblem, das staatliche Eingriffe größten Ausmaßes zu erfordern scheint. Trump signalisiert mit seinen Aussagen zum Klima seinen Anhängern, dass er hinter traditioneller Industrie steht, keine Einschränkungen wegen Treibhausgasen in Kauf nehmen würde.

Linke widmen sich dem Klimaproblem gerne mit Überschwang, denn es liefert ihnen Argumente für die Umverteilung von Wohlstand und für den Kampf gegen großindustrielle Netzwerke; für sie ist der Klimawandel zu einem moralstiftenden Identifikationsthema

geworden. Fragen nach wissenschaftlichen Fakten erscheinen ihnen oft unnötig, im eigenen Lager ernten selbst absurde Übertreibungen Zustimmung.

Der Gouverneur Kaliforniens zeigt, wie verantwortungslos diese Haltung sein kann. Newsom war neun Jahre Vizegouverneur seines Bundesstaats, als er 2019 Gouverneur wurde – er verantwortete mithin das Feuermanagement der Wälder des Staates. Die Ursache für die Brände im Klimawandel zu suchen, mag für einen Politiker opportun erscheinen, um von der eigenen Verantwortung abzulenken. Die Wahrheit aber sieht anders aus, die globale Erwärmung spielt eine untergeordnete Rolle bei den Feuern in Kalifornien.

Der Klimawandel, so viel immerhin dürfte klar sein, kann in manchen Weltregionen das Risiko von Waldbränden vergrößern, wohl auch in Kalifornien. Vor allem längere Dürrephasen erhöhen die Gefahr, ausgetrocknete Wälder brennen besser. Der Südwesten der USA erlebt seit den 70er-Jahren mehr Dürre, manches spricht dafür, dass sich der Trend fortsetzen könnte. Deshalb rechnen Experten damit, dass die globale Erwärmung die Waldbrandsaison in Kalifornien verlängern könnte.

Der Klimawandel könnte die Ausbreitung der Brände also erleichtern. Doch das ist nur ein Teil der Wahrheit, denn alle Zutaten für Waldbrände gibt es seit jeher zur Genüge im Westen der USA.

Kalifornien ist Waldbrandland, die Vegetation benötigt Feuer sogar, um gedeihen zu können. Zwar erlebte der Staat in den vergangenen Jahren riesige Brände, doch die historische Einordnung nimmt ihnen die Besonderheit – Studien zeigen, dass es vor dem 20. Jahrhundert in der Feuersaison oft ebenso und weitaus heftiger gebrannt hat. Manche Forscher sprechen gar von einem „Feuerdefizit“ im Vergleich zu früheren Jahrhunderten.

Wissenschaftler in Kalifornien betonen deshalb andere Ursachen als den Klimawandel. „Kaliforniens Wälder leiden unter Missmanagement“, schrieb eine Expertenkommission 2018. Sie forderte Strategieänderungen der Regierung.

Renommierte Waldbrandforscher warnten vor zwei Jahren in einer Studie vor „Massenfeuern“, vor „großen, gravierenden Feuern“ in Kalifornien: Abermillionen toter Bäume lägen herum, sie böten den Treibstoff für immense Flächenbrände. Die Forscher bemängelten, dass die

traditionelle Vorbeugungsstrategie zu wenig verfolgt werde: kleine Feuer zu legen, um den Treibstoff für Großbrände zu eliminieren.

Der Direktor für Klimapolitik an der Stanford University, Michael Wara, der zuvor in der Waldbrandbekämpfung des Staates Kalifornien gearbeitet hatte, präzisierte anlässlich der aktuellen Brände nun die Forderung: Nötig sei kontrollierte Brandstiftung, um die „Überladung der Wildnis mit Brennmaterial zu reduzieren“. Wara schlägt eine neue Behörde vor, die jährlich auf 4000 Quadratkilometer Feuer legen sollte.

Forscher der Universität Berkeley erklärten in einer Studie vor zwei Jahren das erhöhte Waldbrandrisiko der vergangenen Jahre ebenfalls mit falscher Politik. „Wir hängen nicht an der Gnade des Klimawandels, es gibt bekannte Praktiken, die erfolgreich angewendet werden können“, resümierte Co-Autor Van Butsic.

Neben besserem Forstmanagement haben Forscher längst auch andere Ursachen für die Probleme bei der Waldbrandvorsorge identifiziert: darunter rechtliche und administrative Beschränkungen und das Wuchern der Städte und von privatem Eigentum in die Wälder.

Dass der Zusammenhang von Klimawandel und Waldbränden nicht einfach ist, zeigt schon die Tatsache, dass Waldbrände in den vergangenen Jahrzehnten weltweit weniger geworden sind, die betroffenen Flächen kleiner wurden – trotz globaler Erwärmung. Gleichzeitig hat sich der Bestand an Bäumen und Pflanzen weltweit erhöht, es gäbe also eigentlich mehr brennbares Material – doch es brennt weniger.

Auslöser der Waldbrände sind meist Aktivitäten des Menschen, nicht etwa Blitze von Gewittern. In Kalifornien sind neben absichtlicher und versehentlicher Brandstiftung herabfallende Stromleitungen eine häufige Ursache. Der kalifornische Energieversorger PG&E stand wiederholt in der Kritik, weil kaputte Stromleitungen des Konzerns als Brandauslöser identifiziert worden waren. PG&E machte erst kürzlich wieder die globale Erwärmung verantwortlich für Waldbrände in den USA. Nicht nur Politikern dient der Klimawandel als Vorwand.

Die Eindämmung des Klimawandels haben die Vereinten Nationen zurecht ganz nach oben auf ihre Agenda gehoben. Auf lokaler Ebene aber darf der Kampf gegen die Erwärmung nicht dazu führen, dass die Verantwortung regionaler Akteure für Umweltkatastrophen übersehen wird.

GERMANOPHILIE IM KÖNIGREICH:

# Sind die Deutschen die besseren Briten geworden?

- VON JOCHEN BUCHSTEINER, LONDON
- -AKTUALISIERT AM 19.09.2020-12:00



Viele Briten verbanden mit Deutschland lange vor allem Hitler und Sauerkraut. Das hat sich geändert. Was steckt hinter der neuen Bewunderung für die Deutschen?

Als die BBC-Korrespondentin Katya Adler Ende der neunziger Jahre nach Berlin entsandt wurde, fragte sie die Redaktionsleiter in London, was die gerne aus Deutschland erfahren würden. „Sie wissen ja, wie es ist“, lautete die Antwort. „Es ist ein bisschen trüb, aber was wir haben müssen, ist etwas über die Wirtschaft und vielleicht eine Nazi-Story.“ Adler erzählte die Anekdote, als sie unlängst das Buch ihres Journalistenkollegen John Kampfner vorstellte, das schon im Titel verrät, wie sehr sich die Zeiten verändert haben: „Why the Germans Do it Better“ – warum es die Deutschen besser machen.

Deutschland ist sexy geworden im Königreich. Kampfners Buch stieg in wenigen Tagen auf die Bestsellerliste der „Sunday Times“, sein Verlag soll Mühe mit dem Nachdrucken haben. Überrascht und überwältigt gab sich der Autor bei seiner Buchpräsentation. Dabei dürfte Kampfner gehaut, zumindest gehofft haben, dass er mit seinem Lob auf Deutschland einen Nerv treffen würde. „Guckt euch dieses Land an, ihr Briten, ihr Amerikaner, und lernt von seiner Bescheidenheit!“, rief er aus. Damit sprach er vielen Briten aus der Seele, jedenfalls all denen, die an ihrer Regierung verzweifeln.

## Von der „stillen Kompetenz“ lernen

„Humility“, was sich auch als Demut übersetzen lässt, ist nicht die einzige Tugend, die Kampfner den Deutschen bescheinigt, obwohl er diese besonders betont: „Ihr seid so viel besser, als ihr denkt!“, ruft er ihnen zu. Kampfner, der in den achtziger Jahren als Korrespondent in Bonn und Ost-Berlin gearbeitet hat und für das Buch noch einmal ausgiebig gereist ist, sieht Deutschland als Modell schlechthin: hart arbeitend, aufs Wesentliche bezogen, sozial zusammenhaltend und ehrlich mit sich selbst, vor allem mit der eigenen Vergangenheit. „Wir im Königreich haben keinen Mangel an Hybris, an ‚Rule, Britannia!‘, an Arroganz und an Rückblicken auf unsere glorreiche Vergangenheit“, sagt er. „Warum lernen wir nicht von der stillen Kompetenz eines anderen Landes?“ Stille Kompetenz, das hört man wiederum als Deutscher gerne.

Etwas scheint sich verändert, ja verkehrt zu haben im Verhältnis der Briten und der Deutschen. Lange Zeit, eigentlich bis vor wenigen Jahren, wurde ja überwiegend andersherum geschwärmt. Generationen von Deutschen betrachteten die Briten als eine Art auserwählte Nation. Man blickte auf zu ihrer Weltläufigkeit, ihrer historischen Sonderstellung, ihrer Redegabe, ihrem Humor, ihrem Mut zur Exzentrik. Die Briten

machten es vielleicht nicht besser als die Deutschen, aber glamouröser, ausgeruhter, kreativer, selbstbewusster. Kern der Bewunderung war der zivile Bürgersinn des in Freiheit geborenen Engländers, den der Englandkenner Johann Wilhelm von Archenholtz den Deutschen schon 1785 näherbrachte: „Das Bewusstsein der Freiheit und der Schutz der Gesetze verursacht, dass der gemeine Mann gegen Vornehme, ja selbst gegen die ersten Männer des Staates nur geringe Achtung zeigt, es sei denn, dass sie sich durch ihr Betragen Popularität erworben haben.“

## Wer Geist hat, schwärmt für die Insel

Respekt vor der kultivierten Respektlosigkeit, vor dem bürgerlichen Selbstbewusstsein der Briten, blieb ein Kontinuum, über alle Epochen und Kriege hinweg. Geschwärmt wurde von Kleist und Goethe, von Heine und Fontane, von Ralf Dahrendorf und Helmut Schmidt. Wer Geist hatte, fühlte sich auf der Insel zu Hause. Wer ästhetisch auf sich hielt, ließ seine Anzüge in der Savile Row schneiden oder trug wenigstens ein Tweedjacket. Wer etwas für seine Kinder erreichen wollte, schickte sie auf ein englisches Internat und, wenn möglich, im Anschluss nach „Oxbridge“. Von England lernen hieß Stil lernen, auch Haltung und Schliff. Das Königreich ging durch Krisen, es verlor sein Weltreich, verarmte in den Siebzigern und überdrehte unter Thatcher und Blair, aber es tat all das erhobenen Hauptes und blieb für Deutschlands Anglophile, zumindest bis zum Brexit, das Maß der Dinge.

Jetzt also Rollentausch? Really? Es fällt ein bisschen schwer, das komplizierte Deutschland, das sich am liebsten immer noch als „Bundesrepublik“ vorstellen würde, als Vorbild zu sehen. Ein Volk, das an seiner Geschichte leidet, die Zähne schwer auseinanderkriegt und Eleganz für einen charakterlichen Makel hält – ein Leitstern für die Briten? Ganz so ist es natürlich auch wieder nicht, aber, wie es Fred Studemann sagt, der deutsch-britische Literaturchef der „Financial Times“: „An der neuen Germanophilie ist schon ein bisschen was dran.“ Die fußt zum Teil auf ziemlich alten Topoi. „German Efficiency“ wird auf der Insel spätestens seit dem Erblühen der deutschen Universitäten und den preußischen Verwaltungsreformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts gerühmt. Studemann erinnert daran, dass die Briten schon damals ihre Hochschulen nach deutschem Vorbild reformierten und später auch ihre Ministerialbürokratie. Der Journalist Philip Johnston beobachtet gar einen „Minderwertigkeitskomplex“ gegenüber den „gut organisierten Deutschen“, der seine Landsleute schon seit Ewigkeiten plage.

## Farages deutscher Urgroßvater

Die beiden Weltkriege haben gelegentlich in Vergessenheit geraten lassen, dass sich Briten und Deutsche bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts als Gleichgesinnte, ja Cousins betrachteten. Die anderen, das waren aus britischer Sicht Franzosen oder Spanier oder auch Russen. Die Angeln und Sachsen, die im 5. Jahrhundert die Insel bevölkerten und ihr ein neues Gepräge gaben, kamen aus deutschen Gebieten. Es war das Haus Hannover, das das Vereinigte Königreich nach 1714 regierte. Mit der Heirat des Prinzen Alberts trat Königin Viktoria 1840 nur in ein weiteres deutsches Adelsgeschlecht ein, Sachsen-Coburg-Gotha. Es würde den Royals noch heute den Namen geben, hätte ihn Georg V. nicht in der antideutschen Stimmung des Ersten Weltkriegs in „Windsor“ geändert.

Nicht nur die Königsfamilie, auch ein Teil des politischen Spitzenpersonals hat deutsche Wurzeln. Von Boris Johnson zieht sich eine Linie ins Haus Württemberg. David Camerons Vorfahren gehen auf Wilhelm IV. zurück, Viktorias Onkel und Vorgänger. Selbst Nigel Farage, der britische Obernationalist, hatte einen Urgroßvater namens Carl Julius Schrod. Heute leben mehr als 300.000 Menschen im Königreich, die in Deutschland geboren wurden. Damit sind sie halbwegs seriösen Schätzungen zufolge die fünftgrößte Gruppe, nach Polen, Indern, Pakistanern und Iren.

Noch vor zwanzig Jahren gehörte es zum Alltag der Deutschen, bei britischen Dinner Partys auf Hitler angesprochen zu werden. Im Jahr 2004 beklagte sich der deutsche Botschafter Thomas Matussek öffentlich über die „Obsession“ mit der Nazi-Zeit, und Außenminister Joseph Fischer hielt genervt fest, dass die Briten nicht vom „Stechschritt“-Image der Deutschen ablassen könnten. Sportredakteure freuten sich, wenn den „Krauts“ auf dem Platz mal wieder der „Blitzkrieg“ heimgezahlt wurde, und es wäre unvorstellbar gewesen, dass das britische Fußballvolk einem Jürgen Klopp zu Füßen liegt.

Es war dann ausgerechnet der Fußball, der viel zur Normalisierung beitrug. Während der WM in Deutschland im Jahr 2006 erlebten die Briten, dass sich ihre Nachbarn verändert hatten. Junge Deutsche mit schwarz-rot-goldenen Fahnen jubelten anderen Mannschaften zu. Deutschland richtete nicht, wie erwartet, ein bierernstes Turnier aus – es feierte eine Fußballparty. Danach begannen die Deutschen, das Königreich zu erobern. Deutsche Künstler, von Kiefer und Richter bis Polke und Gursky erhielten große Ausstellungen. Peter Watson schrieb tausend Seiten über den „Deutschen Genius“. Das Britische Museum widmete „Germany“ eine Blockbuster-Ausstellung. Deutschen wurden nationale Tempel anvertraut wie das Victoria & Albert Museum, Rolls Royce oder das Claridges Hotel. Auf der High Street entwickelte sich die Currywurstbude „Herman ze German“ zu einer (kleinen) Kette, und überall breiteten sich deutsche Weihnachtsmärkte aus. Umgekehrt wurde Berlin, das sich frischer und vor allem preiswerter anfühlte als London, zum neuen Hotspot britischer Hipster.

## „Toxische“Berichterstattung

Was also ist heute neu? Nimmt man Kampfners Buch als Maßstab, könnte man sagen, dass gewachsene Sympathie in nackte Bewunderung umgeschlagen ist. Dies fällt umso stärker auf, als gleichzeitig der Insel-Rausch der Deutschen einem schweren Kater gewichen ist. Paul Lever, der als britischer Botschafter den Regierungsumzug von Bonn nach Berlin begleitete, macht dieses Wechselspiel an den Medien fest. Die deutsche Berichterstattung über Großbritannien sei in den vergangenen Jahren „toxisch“ geworden, schrieb er kürzlich in einem Kommentar für das „Royal United Services Institute“, das sich normalerweise mit noch bedeutenderen Fragen der Weltpolitik beschäftigt. Deutsche Medien, schrieb Lever, porträtierten das Königreich als „ein Land, das Mitleid verdient, dessen Führung inkompetent und korrupt ist, dessen demokratische Strukturen zerfallen, dessen Wirtschaft kurz vor dem Zusammenbruch steht und dessen Bevölkerung manipulativ in die Wahl von Extremisten getrieben worden ist“.

Im Gegensatz dazu würden britische Zeitungen, die jahrzehntelang Kriegsstereotypen bedient hätten, heute „weitgehend respektvoll und korrekt“ über Deutschland berichten. Als Beispiele erwähnt Lever „die weitverbreitete Bewunderung für Deutschlands Wirtschafts- und Sozialsystem, die Effizienz, mit der auf Corona-Pandemie reagiert wurde, und die Qualität der politischen Führung unter Kanzlerin Angela Merkel“.



Bundeskanzlerin Angela Merkel und der britische Premierminister David Cameron vor einem VW Käfer im Britischen Museum in London im Januar 2015 :Bild: Picture-Alliance

Wenn die Begeisterung für Deutschland irgendwo Spuren hinterlassen muss, dann beim Goethe-Institut, das in einem herrschaftlichen Gebäude in South Kensington residiert, inmitten des großflächigen Kultur-Ensembles, das Prinz Albert erschaffen hat. Aber Katharina von Ruckteschell, die Leiterin des Kultur- und Sprachinstituts in London, kann nur von kleineren Veränderungen berichten. Dass die Briten dem Haus die Türen einrennen, lässt sich jedenfalls nicht behaupten, im Gegenteil. Der Zulauf zu den Sprachkursen lässt seit Jahren nach – so wie Jahr für Jahr weniger junge Briten Deutsch in der Schule lernen. Immerhin, unter den sinkenden Schülerzahlen des Goethe-Instituts steigt der Anteil der Briten. Ruckteschell führt das darauf

zurück, dass viele Europäer in London, die traditionell die Sprachlabore füllten, Brexit-müde das Königreich verlassen.

Zugenommen hat dafür das Interesse britischer Kulturinstitutionen, mit dem Goethe-Institut zusammenzuarbeiten. Auch die Zahl der Bewerber für Praktika-Stipendien in Deutschland hat sich deutlich erhöht. Das sind keine gewaltigen Verschiebungen, aber insgesamt teilt Ruckteschell den Eindruck, dass sich die Briten verstärkt den Deutschen zuwenden, und erklärt das mit einer griffigen Formel: „Brexit, Corona, Merkel“.

## „Rache-Porno“ eines Brexit-Gegners

Viele Briten sind tief deprimiert von ihrem Land. Kampfner sagt, der Brexit habe ihm „ein Loch ins Herz gerissen“. Er sieht den Abschied von der EU nicht als Ergebnis einer langen politischen Debatte, sondern als Ausweis einer „infantilen“ Gesellschaft, eines „Clown-Lands“. Mit derselben Intensität, mit der Kampfner trauert und hasst, kann er auch bewundern und lieben. Dabei weist er den Deutschen beinahe etwas Erlöserhaftes zu: „Die Welt sehnt sich nach einem Wächter der liberalen Demokratie“, sagte er bei der Buchvorstellung und appellierte an die Deutschen: „Geh voran, Deutschland!“ Das geht natürlich vielen zu weit. Für den Historiker Simon Heffer liest sich Kampfners Buch eher wie ein weiterer „Rache-Porno“ aus der Feder eines Brexit-Gegners.



Ein deutscher Schnellimbiss in London :Bild: Jonas Hermann

Das allerdings unterschlägt, dass das Buch jenseits seines ideologischen Überbaus ein solides Porträt des modernen Deutschlands bietet. Außerdem sind es nicht nur die „Remainers“, die Deutschland gerade schätzen. Ruckteschell fällt auf, dass die Deutschen auch von Brexit-affinen Briten als „faire Partner“ angesehen werden, als eine Nation, die Großbritannien in Brüssel „nicht über den Verhandlungstisch zieht“, und versucht, den Kontakt zu halten. In diesem Spagat übt sich auch das Goethe-Institut selbst: „Wir sind fair, aber nicht neutral“, sagt Ruckteschell. Man stehe zu seinen „europäischen Werten“ und baue gleichzeitig Vertrauen auf.

## Corona-Tote im Vergleich

Den größten Schwung erhielt die Deutschland-Bewunderung wohl durch die Pandemie. Aus britischer Sicht meisterte die Regierung in Berlin die Corona-Krise geradezu beispielhaft. Über deutsche Engpässe bei Schutzkleidung oder Testkapazitäten wurde auf der Insel kaum berichtet. Dafür verglichen die Briten allabendlich die Todesfälle. Im Königreich, das 15 Millionen Einwohner weniger zählt als Deutschland, starben mehr als viermal so viele Menschen. Deutschland wurde zum Gradmesser. Warum schaffen die Deutschen, was wir nicht schaffen?, lautete die Frage, die den Regierenden in London auf dem Höhepunkt der Pandemie fast täglich gestellt wurde.

Plötzlich interessierte die Briten, was hinter dem deutschen Erfolg steckt. Sie lernten, dass Deutschland nicht nur ein effizienteres Gesundheitssystem hat – die Produktivität ist höher, das soziale Gefälle geringer, Bildung gerechter verteilt. Bisher waren Mittelstandskultur, Mitbestimmungsmodell oder Duales Bildungssystem Fachbegriffe für kauzige Deutschlandkenner. Jetzt werden sie nicht nur von Kampfner erklärt und gepriesen. Auch David Goodhart zieht in seinem neuen Buch „Head, Hand, Heart“ – einem Plädoyer für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt – das deutsche Beispiel heran. In den Denkfabriken des Landes haben Deutschland-Studien ohnehin Konjunktur.

## Merkel als Vorbild für Johnson?

All dies ist in der Politik angekommen. Boris Johnson kündigte im Sommer an, die Gesundheitsbehörde „Public Health England“ im Herbst aufzulösen und versprach einen Nachfolger, der sich am deutschen Robert-Koch-Institut ausrichten soll. Womöglich ist das nur der Anfang. Der „Daily Telegraph“, Johnsons Hauszeitung, stellte kürzlich eine pauschale Forderung: „Wir sollten uns fragen, warum Deutschlands Gesundheitssystem so viel besser reagiert hat, und es dann hier einführen.“ Ähnliche Töne hört man im Bildungsministerium. Dessen Chef, William Gavinson, verspricht seit Wochen ein „German-style FE-System“. FE steht für „further education“, also Weiterbildung – Vorbild ist das deutsche System.

Die Bewunderung des deutschen Modells kristallisiert sich in der Person der Bundeskanzlerin. Viele Briten bekommen feuchte Augen, wenn sie über Angela Merkel sprechen. Sie rühmen ihre Sachbezogenheit, ihre Arbeitshingabe und ihren Anstand. Kaum ein Gespräch vergeht, ohne dass der Deutsche geradezu ehrfürchtig zu ihr befragt wird. Zeitungen und Magazine preisen sie in regelmäßigen Abständen, mal als mächtigste Frau der Welt, mal als neue Führerin des alten Westens oder auch einfach nur als Glücksfall für die Deutschen. Merkels Grenzöffnung von 2015 rief vielerorts Verwunderung hervor, aber nach drei Premierministern in gut vier Jahren, von denen der letzte Boris Johnson heißt, beneiden viele Briten die Deutschen für die Stabilität und das Augenmaß ihrer Regierung.

## „Das ist mindestens die dritte Welle“

Stabilität, Augenmaß, Fairness – sind die Deutschen am Ende sogar die besseren Briten geworden? Der außenpolitische Kolumnist der „Financial Times“, Gideon Rachman, kam Anfang der Woche mit einem solchen Eindruck aus Berlin zurück: „Wenn man heute ‚understatement‘ britischer Art hören will, muss man nach Deutschland gehen“, schrieb er. „Die Atmosphäre in London ist hysterisch und insular. Es sind die Deutschen, die global denken und deren Maxime jetzt zu sein scheint: „Keep calm and carry on.“

Wenn Baroness Stuart of Edgbaston derartiges hört, verdreht sie nur die Augen. „Ich bin so alt, dass ich schon mindestens die dritte Welle erlebe“, sagt sie abgeklärt. Seit Prinz Albert würden doch die Briten in regelmäßigen Abständen die Vorzüge des deutschen Systems entdecken, und genauso oft gehe es andersherum. „Einer sitzt immer auf der Couch“, spottet die Baroness, die mit Mädchennamen Gisela Gschaidler heißt, und das Auf und Ab der deutsch-britischen Beziehungen wie wenige andere verfolgt.

## „Der kranke Mann Europas“

Tatsächlich liegt der letzte Ausschlag noch gar nicht so lange zurück. Um die Jahrtausendwende, auf dem Höhepunkt der Blair-Ära, waren es die Briten, die ziemlich hämisch auf die Deutschen herabblickten. Deutschland war das Land des Reformstaus, der „kranke Mann Europas“, wie der „Economist“ damals titelte. London dagegen prosperierte und feierte sich als „Cool Britannia“. Es ist nicht ohne Ironie, dass die selben Leute, die sich damals über die Deutschen erhoben und die britische Führungsrolle in Europa beanspruchten, jetzt zu den größten Deutschland-Bewunderern zählen.

Für die Baroness, die ihr Brexit-Engagement ins Oberhaus getragen hat, steckt in der Deutschland-Schwärmerei viel falsche Nostalgie. Die wenigsten würden etwa die Klischees des deutschen Egalitarismus und des kommunalen Zusammenhalts wirklich hinterfragen, sagt sie. Wenn sie ihre Familie in Niederbayern besucht, beobachtet sie seit Jahren einen „Zerfall der Strukturen“. Verklärung, jedenfalls einen „simplistischen“ und gefärbten Blick werfen Kampfner auch andere Deutschlandkenner vor. Sie erinnern an die gesellschaftlichen Spannungen durch die Migrationspolitik, an den Zulauf für die AfD, an die fadere

Debattenkultur, überhaupt an die Schattenseiten der Konsensgesellschaft. „Wie vorbildlich kann ein System sein, in dem ein Betrugsunternehmen wie Wirecard ungestört operieren kann, und es britische Journalisten braucht, um die Bande auffliegen zu lassen?“, fragt ein Deutschland-Kenner, der Kampfner nicht offen kritisieren will.

## Legosteine-Denken statt kreativer Schlampigkeit

Baroness Stuart sieht Deutschland und Großbritannien als zwei Welten mit sehr unterschiedlichen Stärken und Schwächen, als zwei verwandte Pole, die sich immer wieder anziehen und abstoßen und dabei doch nicht näherkommen. In ihrer Zeit als Staatssekretärin (in der Regierung Blair) raunte ihr einmal ein Kollege vor einer heiklen Sitzung zu: „Es wäre hilfreich, wenn Sie jetzt nicht so deutsch wären.“ – „Was meinen Sie?“, fragte Stuart verblüfft zurück. „Sie denken wie Lego-Steine“, antwortete er und empfahl, die Dinge lieber in die Luft zu werfen und zu warten, was herunterfällt. Stuart nennt das die „kreative Schlampigkeit“ der Briten, mit der sie sich auf immer von den Deutschen unterscheiden würden; im Guten wie im Schlechten.

Viele Briten würden sagen, etwas mehr Legosteine-Denken hätte das Königreich womöglich vor dem EU-Austritt bewahrt. Aber der Brexit bleibt nun einmal eine Glaubensfrage. Man kann ihn wie Kampfner als Kinderdummheit betrachten oder, wie die Baroness, als einen Akt der kreativen Zerstörung, der das Königreich in Zukunft vielleicht wieder zum Brennpunkt des Neids machen wird. Als der Spaziergang am Westminster Palace vorbeiführt, zeigt sie auf das eingerüstete Parlament und sagt: „So ist gerade das ganze Land: Es wird renoviert, hinter den Plastikplanen wird viel Schrott weggeräumt, aber wenn Sie Big Ben angucken, sehen Sie schon, wie schön das neue Ziffernblatt erstrahlt.“

Quelle: F.A.Z.

FLÜCHTLINGSKRISE IN MORIA:

# Moralische Überheblichkeit ist uneuropäisch

- EIN KOMMENTAR VON REINHARD MÜLLER
- -AKTUALISIERT AM 21.09.2020-06:41



Jeder Staat muss entscheiden, was er sein will. Wenn die Deutschen als Vormund Europas auftreten, so führt das nicht zu einem Asylkompromiss.

Wenn die Deutschen als „Moral-Weltmeister“ oder als „Vormund“ Europas auftreten, erhöht das tatsächlich nicht gerade die Chancen auf einen europäischen Asyl-Kompromiss. Wobei man ja noch nicht einmal sagen kann, dass die Forderung, etwa alle Flüchtlinge aus dem abgebrannten Lager Moria aufzunehmen, besonders moralisch wäre. Wenn eine angestrebte Rettung aus humanitärer Not als vorhaltendes Exempel zelebriert wird, hat das tatsächlich etwas Schulmeisterliches: Wir zeigen Euch, wie das geht.

Und mehr noch: Der Fall Moria ist auch ein Beispiel für schnelles Aufweichen der bisherigen Haltung. Jede humanitäre Katastrophe schreit nach Hilfe und Wiederaufbau, aber nicht unbedingt nach einem Politikwechsel. Jedenfalls darf sich kein Land über ein anderes erheben.

Aber jeder darf natürlich den anderen an die Erfüllung der gemeinsam beschlossenen Pflichten erinnern. Eine Führungsrolle ergibt sich vor allem aus der Glaubwürdigkeit eigenen Handelns. Und die kann dann auch beim Aushandeln eines europäischen Kompromisses mit Aussicht auf Erfolg eingesetzt werden. Der Anspruch der EU, Verfolgten Asyl und Menschen in Not Schutz zu gewähren, ergibt sich aus ihrem Selbstverständnis.

Jeder Staat muss darüber hinaus für sich entscheiden, was für ein Gemeinwesen er im Rahmen der EU sein will und wen er also unter welchen Bedingungen für wie lange ins Land lässt. Auch hier ist moralische Überheblichkeit oder angemaßte Vormundschaft fehl am Platz – und uneuropäisch.

[https://www.lemonde.fr/m-le-mag/article/2020/09/18/thomas-chatterton-williams-glenn-loury-coleman-hughes-les-anticonformistes-de-l-antiracisme\\_6052654\\_4500055.html](https://www.lemonde.fr/m-le-mag/article/2020/09/18/thomas-chatterton-williams-glenn-loury-coleman-hughes-les-anticonformistes-de-l-antiracisme_6052654_4500055.html)

# Thomas Chatterton Williams, Glenn Loury, Coleman Hughes... Les anticonformistes de l'antiracisme

Dans une lettre ouverte publiée cet été, des personnalités dénonçaient la « cancel culture » à l'œuvre aux Etats-Unis dans le sillage du mouvement Black Lives Matter.

Par [Stéphanie Chayet](#) Publié le 18 septembre 2020 à 01h57, mis à jour hier à 08h39



L'écrivain Thomas Chatterton Williams, à Paris, le 4 septembre. CHRISTOPHER ANDERSON / MAGNUM PHOTOS POUR M LE MAGAZINE DU MONDE

Un chemin côtier, des criques sauvages, les volets bleu-gris d'Ars-en-Ré (Charente-Maritime) : sa page Instagram pourrait laisser croire que Thomas Chatterton Williams a passé un été de rêve. Ses abonnés sur Twitter – 71 000, deux fois plus qu'en juin – savent pourtant que les vacances de l'écrivain et journaliste américain ont été mouvementées. Tandis que la France, son pays de résidence, reprenait le pli de la vie normale, les Etats-Unis vivaient le grand retour de la question raciale, embrasés par la mort d'un homme noir sous le genou d'un policier blanc.

Porte-parole de la « lettre sur la justice et le débat public » publiée dans *Harper's Magazine* (traduite et publiée par *Le Monde* le 9 juillet), signée par 150 penseurs et artistes de renom dont Margaret Atwood, Noam Chomsky, J.K. Rowling, Salman Rushdie ou Kamel Daoud, l'écrivain s'est jeté dans la bataille corps et âme, avec le renfort occasionnel d'une intelligentsia noire iconoclaste qui monte en puissance, unie dans le rejet d'un certain antiracisme qu'elle tient pour une religion.

Ils s'appellent Glenn Loury, 72 ans, professeur d'économie à l'université Brown ; John McWhorter, 54 ans, professeur de linguistique à l'université Columbia ; Coleman Hughes, 24 ans, essayiste et animateur de podcast ; et donc Thomas Chatterton Williams, 39 ans, auteur notamment d'un essai autobiographique sur l'identité à paraître en France sous le titre *Autoportrait en noir et blanc* (Grasset). « *Quatre intellectuels noirs sans maison* », écrit-il début juillet quand on évoque l'idée d'un portrait de groupe.

## Une forme de punition

Par chance, on le coince le 19 août, entre deux trains, l'un en provenance de Bretagne et l'autre à destination de la Provence, pour faire le point sur cet été « vraiment fou » à la terrasse d'un café parisien. Chic en veste bleue d'ouvrier et lunettes de myope à montures dorées, il a déjà pris deux expressos, commande un verre de chablis puis un autre. Il se trouvait avec sa famille dans un manoir des Côtes-d'Armor au Wi-Fi défaillant au moment de la parution de la lettre dans *Harper's Magazine*, le 7 juillet. Soudain, la BBC appelle. L'Allemagne, l'Espagne, le Chili appellent.

« On espérait faire un peu de buzz pendant quarante-huit heures, et cela a duré un bon mois, quatre ou cinq interviews par jour, ce qui montre que nous avons mis le doigt sur une chose qui n'est pas un épouvantail ni un faux débat, mais un vrai problème qui concerne plein de gens. » Cette chose, ce problème, c'est la *cancel culture*, une « intolérance pour les opinions contraires » – dit la lettre – qui se manifeste le plus souvent par un opprobre assorti d'une forme de punition. « La nouveauté consiste à se servir des réseaux sociaux pour attiser une foule indignée qui cible l'employeur de la personne et la stigmatise afin qu'elle ne puisse pas être employée ailleurs, la privant fondamentalement de sa capacité de travailler », explique-t-il.

**« L'antiracisme s'est substitué au christianisme. Le privilège blanc remplace le péché originel en tant que tache qui ne peut jamais disparaître. » John McWhorter, linguiste**

Williams évoque David Shor, licencié début juin par Civis Analytics, une société de conseil politique proche des démocrates, pour avoir tweeté l'étude d'un chercheur de Princeton montrant que les émeutes ont tendance à booster le vote républicain. Il mentionne Gary Garrels, ex-conservateur au Musée d'art moderne de San Francisco, poussé à la démission pour avoir dit qu'il continuerait à collectionner des artistes blancs. « *Le plus souvent, ce sont des personnes qui n'ont pas de plateforme ni de moyens de se défendre, pas des Margaret Atwood, pas des J.K. Rowling* », poursuit l'écrivain. Sur la place publique qu'est Twitter, ces cas ont valeur d'exemples.

*Cancel culture, woke* : l'anglais est inévitable pour décrire cette révolution américaine qui nous éblouit et nous étonne. *Woke* signifie littéralement « éveillé » en argot afro-américain — en l'occurrence, éveillé à l'existence d'une oppression systémique qui expliquerait la plupart des disparités entre les groupes humains. Utilisé par les Noirs depuis les années 1960, le mot est devenu à la mode chez les WASP vers la fin de la présidence d'Obama, courant 2014, précise John McWhorter, le linguiste de la bande. Cet universitaire est le premier des quatre, dès 2015, à détecter dans ce mouvement un phénomène qu'il qualifie de religieux, théorie sur laquelle il est en train d'écrire un livre à toute vitesse.

« *L'antiracisme s'est substitué au christianisme, développe-t-il. Le privilège blanc remplace le péché originel en tant que tache qui ne peut jamais disparaître. Les hérétiques sont excommuniés, il y a un clergé qui dit en boucle le catéchisme, et la même crédulité est requise, il y a des questions que vous n'avez pas le droit de poser. Tout anthropologue qui se promènerait à travers l'Amérique de 2020 découvrirait qu'être woke est la religion des jeunes blancs diplômés.* »

## Plaidoyer controversé

Auteur d'une vingtaine de livres érudits sur l'histoire et les évolutions contemporaines de l'anglais, les argots ou les langues créoles, sa spécialité, John McWhorter cultive en parallèle un « intérêt passionné » pour la question raciale depuis l'écriture, il y a vingt ans, de *Losing the Race* (Free Press, 2000, non traduit), un plaidoyer controversé contre « *l'autosabotage de l'Amérique noire* ». « *Il y affirmait qu'une partie des écarts de performance entre Blancs et Afro-Américains peut être attribuée à des choix culturels [en particulier la stigmatisation de la réussite scolaire chez les seconds], mais j'en ai surtout retenu que nous avons bien plus de contrôle sur notre destinée que le discours dominant voudrait nous laisser croire* », se souvient Thomas Chatterton Williams, à qui cet essai a autrefois « ouvert les yeux ».

John McWhorter dit que c'est « *exactement pour ça* » qu'il avait écrit ce livre, pour que de jeunes Noirs se rendent compte qu'on pouvait être authentiquement noir sans s'enfermer dans le défaitisme. Il leur désignait trois « *ennemis intérieurs* » : l'esprit victimaire, le séparatisme et l'anti-intellectualisme. Un discours qui serait intenable s'il n'était afro-américain lui-même, admet-il, et à l'abri d'une chaire universitaire offrant une solide sécurité de l'emploi.

Fraîchement diplômé de Columbia et déjà doté d'une audience à six chiffres sur Twitter, Coleman Hughes est entré en scène à 23 ans en témoignant contre les réparations des préjudices de l'esclavage devant le Congrès américain, lors d'auditions publiques passionnantes incluant aussi, pour la partie adverse, l'essayiste Ta-Nehisi Coates et l'acteur Danny Glover. Son argument ? Une grande majorité de pauvres, dont un certain nombre de Noirs, ne sont pas descendants d'esclaves, cependant que de nombreux descendants d'esclaves, y compris lui-même, se débrouillent très bien ; une politique sociale visant à briser les cycles de pauvreté serait donc plus éthique et plus efficace.

Avec le même visage impassible, il conteste aujourd'hui l'idée que les Afro-Américains auraient davantage de risques d'être tués lors d'une interpellation. « *La criminalité n'est pas répartie uniformément dans la société, objecte-t-il. Les Noirs représentent environ 13 % de la population mais commettent et subissent 50 % des meurtres. Même la police la moins raciste du monde, si elle intervient en fonction des appels d'urgence, entrerait en contact avec cinq ou six fois plus de Noirs sur la seule base de cette distribution. Y a-t-il un biais raciste en plus de cela ? C'est une question à laquelle il n'est pas si facile de répondre. Le mieux que les chercheurs puissent faire est de contrôler toutes les*

*variables à l'exception de la couleur de peau pour déterminer si les policiers sont davantage susceptibles de vous arrêter, de vous fouiller ou de vous tirer dessus si vous êtes noir. Ce que les recherches les plus solides ont dit jusqu'à présent, c'est que, toutes choses étant égales par ailleurs, un Noir a une plus grande probabilité d'être brusqué et menotté, mais pas plus de risque d'être tué. »*

**« Pour chaque George Floyd, chaque Breonna Taylor, il y a un Tony Timpa ou un Duncan Lemp dont vous n'avez pas entendu parler. » Coleman Hughes, écrivain**

L'étude en question, publiée en 2016 par un économiste (noir) d'Harvard nommé Roland Fryer, est critiquée pour sa méthodologie par le mouvement Black Lives Matter, qui met en avant l'indiscutable surreprésentation statistique des Noirs dans les données brutes. Mais Coleman Hughes rétorque que des dizaines d'Américains blancs non armés meurent chaque année aux mains des forces de l'ordre sans que leur nom atteigne la conscience collective. *« Pour chaque George Floyd, chaque Breonna Taylor, il y a un Tony Timpa ou un Duncan Lemp dont vous n'avez pas entendu parler »,* pointe-t-il.

Coleman Hughes dit qu'il n'a jamais eu le sentiment d'avoir des opinions minoritaires avant d'arriver à Columbia, dont l'insularité se mesure, selon lui, à l'usage généralisé du pluriel *« latinx »* à la place de *« latinos »*, trop genré, un mot que *« 99 % des hispanophones new-yorkais n'ont jamais entendu ni employé »* (sa mère est portoricaine). Pour souligner le fossé qui sépare les *woke* des minorités qu'ils prétendent représenter, il dresse le portrait-robot de l'Afro-Américain moyen, certes démocrate, mais socialement conservateur et religieux. *« Les Afro-Américains votent invariablement pour le candidat démocrate le plus centriste, d'ailleurs Joe Biden doit pratiquement son investiture aux Noirs. Aucun des candidats woke n'a été capable d'attirer le vote noir, pas même les candidats noirs comme Kamala Harris. »*

Alors que des cortèges majoritairement blancs demandent l'abolition de la police dans les rues de New York, un récent sondage Gallup révèle que 81 % des Afro-Américains souhaitent autant ou davantage de présence policière dans leurs quartiers (*« Lorsque la police se retire, la violence augmente, et des fillettes de 7 ans se font tirer dessus en rentrant du supermarché avec leur grand-mère »*, s'indigne John McWhorter). Pourtant, dans l'élite intellectuelle, culturelle, médiatique, de telles opinions ont un coût. Coleman Hughes : *« Je ne dirais pas que j'ai perdu des amis proches, mais j'ai perdu des connaissances, des gens avec qui j'avais des rapports cordiaux et qui ne peuvent plus être dans la même pièce que moi. On m'a déjà expulsé d'un événement. »*

**« Ils veulent se débarrasser du concours parce que les élèves noirs sont sous-représentés ! Comment pouvez-vous imaginer un monde d'égalité si tels sont vos instruments de politique sociale ? » Glenn Loury, économiste**

Glenn Loury se souvient d'avoir été arrêté par la police sans aucune raison valable quand il était un jeune homme au volant dans le Chicago des années 1960. Il raconte que, au début des années 1970, dans une Boston déchirée par une guerre sans merci autour de la déségrégation scolaire et du *busing* (le transport des élèves noirs vers les écoles des quartiers blancs), il évitait certaines plages de peur de se faire casser la figure.

Premier Afro-Américain à obtenir une chaire d'économie à Harvard, Loury flirte avec le reaganisme dans les années 1980 avant de faire une conversion évangélique à la faveur d'une crise personnelle ; il est, selon Thomas Chatterton Williams, *« extraordinairement brillant et le plus anticonformiste d'entre nous »*. Ses discussions avec John McWhorter attirent des dizaines de milliers de fans sur le site Bloggingheads : ces temps-ci, il y est souvent question des efforts du maire de New York, Bill de Blasio, pour réformer l'accès aux lycées publics sélectifs, l'initiative la plus contestée de son mandat.

Cette filière d'excellence, qui sert d'ascenseur social à des milliers d'enfants d'immigrés asiatiques grandissant dans la pauvreté, n'éduque pas assez d'élèves noirs et latinos eu égard à leur poids démographique, estime la mairie, qui s'est lancée dans un bras de fer avec l'Etat de New York pour abolir le concours d'entrée (juridiquement responsable de ce concours, l'Etat refuse pour le moment d'y toucher). *« Ils veulent se débarrasser du concours parce que les élèves noirs sont sous-représentés ! »* s'indigne l'économiste. *Comment pouvez-vous imaginer un monde d'égalité si tels sont vos instruments de politique sociale ? Cela revient à dire aux Noirs : Nous comprenons, vous ne pouvez pas rivaliser, nous reconnaissons que vous n'allez jamais être particulièrement doués pour ce genre d'activité. Les partisans de la discrimination positive gagneront peut-être, mais ils ne gagneront pas l'égalité. »*

## **Messages de gratitude**

Leurs boîtes aux lettres ont beau *« déborder »* de messages de gratitude – John McWhorter fait le décompte presque quotidiennement sur Twitter des personnels universitaires qui se sentent menacés pour leurs idées –, ils ne pèsent pas lourd face à la vague. Les deux bibles de l'Amérique *woke* que sont *How to Be an Antiracist (Comment devenir*

*antiraciste*, publié en France le 9 septembre chez Alisio) et *White Fragility (Fragilité blanche*, paru en France aux Arènes le 1<sup>er</sup> juillet) se partagent le sommet de la liste des meilleures ventes du *New York Times* depuis une vingtaine de semaines. D'après Thomas Chatterton Williams, tous les salariés de l'éditeur Penguin Random House ont reçu un exemplaire du premier, et la lecture du deuxième est « *fortement conseillée* » par les services de ressources humaines des GAFA.

Écrit par la consultante blanche Robin DiAngelo, *White Fragility* – 1,6 million d'exemplaires vendus – part du principe que « *l'identité blanche est intrinsèquement raciste* ». « *Si vous le niez, c'est la preuve que vous êtes raciste, un raisonnement circulaire parfaitement irréfutable qu'elle déroule d'entreprise en administration, facturant des sommes folles pour expliquer qu'il n'y a pas de solution au problème* », poursuit Williams, qui exagère à peine (Robin DiAngelo a notamment été invitée à s'adresser aux salariés de Google et Microsoft).

L'historien Ibram X. Kendi, auteur de *How to be an Antiracist* et d'*Antiracist Baby*, aussi un best-seller, soutient pour sa part que toute politique, toute idée, toute action est forcément raciste ou antiraciste. Est raciste toute mesure dont découle une disparité statistique entre groupes, par exemple l'évaluation standardisée des élèves ; est antiraciste l'opposé. Depuis l'université de Boston, où il dirige le premier centre de recherches sur l'antiracisme des États-Unis, Kendi appelle de ses vœux un nouvel amendement constitutionnel qui permettrait à un corps d'universitaires formés par lui d'examiner chaque politique au niveau fédéral, étatique et local. Le 20 août, le patron de Twitter, Jack Dorsey, lui a fait don de 10 millions de dollars.

### **Audition aveugle**

Loin de faire rempart à la droite trumpiste, le nouvel antiracisme l'attise, disent les « intellectuels sans maison » : ces deux forces qui se nourrissent l'une de l'autre dans le culte partagé de la différence biologique sont à leurs yeux les meilleures ennemies du monde. À l'instar d'un Martin Luther King, qui rêvait d'un avenir où ses enfants seraient jugés « *sur la valeur de leur caractère* », ils disent vouloir une société où leur couleur de peau n'aurait pas plus d'importance que leur État de naissance (John McWhorter), une société aussi impartiale qu'une audition aveugle (Coleman Hughes).

Adoptée à la fin des années 1960 pour prévenir toute discrimination dans le recrutement, cette méthode qui consiste à cacher les musiciens auditionnés derrière un paravent a changé le visage des orchestres symphoniques américains, qui se sont féminisés. Pour Coleman Hughes, l'audition aveugle est une réalisation chimiquement pure de la promesse méritocratique, une métaphore d'une société débarrassée de ses biais conscients et inconscients. Cet été, au nom de la justice raciale, Anthony Tommasini, le chef des critiques de musique classique du *New York Times*, a plaidé pour le retour des auditions sans paravent.

Tous les portraits en noir et blanc ont été réalisés par écran interposé, les 9 et 10 septembre.

**Stéphanie Chayet**

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europaeische-union-verschaerft-klimaziele-16961689.html?premium=0xecea6c37a6249aa37118c1e1dc788275&GEPC=s5>

EUROPÄISCHE UNION:

# Klima schützen, aber richtig

- EIN KOMMENTAR VON PATRICK BERNAU
- -AKTUALISIERT AM 20.09.2020-11:53



Brüssel nimmt sich mehr Klimaschutz vor. Doch es kommt nicht auf die Ziele an. Ob das Klima geschützt und der Wohlstand gesichert wird, darüber entscheidet etwas anderes.

Klimapolitik kann man ganz unterschiedlich angehen. Man kann zum Beispiel mit großen Worten und viel gutem Willen antreten, viel Geld ausgeben, allerhand Schönes verbieten – um am CO<sub>2</sub>-Ausstoß trotzdem nur wenig zu ändern. Das ist eher der deutsche Weg. Man kann andererseits den Ausstoß an Treibhausgasen schnell senken, dabei relativ günstig wegkommen und muss nicht mal große Töne spucken. Das ist Großbritannien geglückt.

Die Europäische Union hat jetzt mit den großen Worten angefangen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und das Europäische Parlament haben sich ehrgeizigere Ziele vorgenommen als bisher. Im Jahr 2030 soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 55 Prozent unter dem Wert von 1990 liegen, so will es die Kommissionspräsidentin. Doch Ziele stehen erst mal nur auf dem Papier. Ob die Europäische Union das Klima wirksam schützt oder nicht, das ist noch offen. Unsicher ist auch, ob der Versuch Europas Wohlstand gefährdet oder nicht. Es kann gutgehen – wenn man es richtig macht.

## Deutschlands Klimapolitik ist nicht das beste Vorbild

Das deutsche Vorbild ist nicht das beste. Dabei begann Deutschland seinen Weg von einem günstigen Ausgangspunkt, weil Treibhausgas-Emissionen immer mit 1990 verglichen werden und Deutschland in dieser Zeit die klimaschädliche sozialistische Industrie modernisiert oder stillgelegt hat. Dann flossen Hunderte Milliarden Euro in die Energiewende. Trotzdem muss die Bundesregierung fast froh sein, dass als Nebenwirkung der Corona-Pandemie auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen sanken. Sonst hätte Deutschland die EU-Klimaziele wohl verfehlt.

Großbritannien dagegen hat seine Vorgaben zwei Jahre vor der Zeit erreicht. Das geschah nicht etwa mit viel Windenergie, sondern mit viel Wahlfreiheit der Bürger, mit geringen Subventionen und einem ordentlichen Preis auf CO<sub>2</sub>-Emissionen, der Kohlekraftwerke ganz automatisch unattraktiv machte – und, ja, auch mit Atomkraft.

Bald entscheidet sich, welchen Weg die Europäische Union gehen wird. Günstig und wirksam soll die Klimapolitik sein. Dafür sind vier Leitlinien wichtig.

## Vier Leitlinien für die Klimapolitik

Erstens müssen die Bürger selbst entscheiden können. Dem Klima ist es egal, wie Treibhausgase eingespart werden – ob das in der Landwirtschaft geschieht oder im Verkehr. Wenn die Europäer lieber Ökostrom kaufen, als auf ihr Benzinauto zu verzichten, ist das ihre Entscheidung. Diese Freiheit können Politiker recht einfach gewähren, indem sie über alle Sektoren einen einheitlichen Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionen verlangen. Das geschieht zum Beispiel durch einen ausgeweiteten Handel mit Zertifikaten, der die Menge der Klimagase strikt begrenzt und dabei auch Verkehr, Heizung und anderes umfasst. In den vergangenen Jahren war der Emissionshandel das einzige Instrument, das die Emissionen in den betreffenden Sektoren zuverlässig und schnell sinken lässt. Verbote einzelner Produkte kann sich die EU dann sparen, Detailziele für Autos auch. So bevormundet sie die Bürger unnötig und verteuert die Energiewende.

Die zweite Leitlinie schließt daran an: auf Subventionen möglichst zu verzichten. Ein CO<sub>2</sub>-Preis bringt dem Staat Geld, aber er verteuert viele Produkte. Die Einnahmen müssen den Bürgern direkt zugutekommen. Zuschüsse bergen dagegen immer das Risiko, Subventionsritter anzulocken, die Geld einstecken, aber wenig Produktives zum Klimaschutz beitragen. Dass der Staat mit seinen Geldspritzen gelegentlich auf die falsche Technik setzt und die Finanzhilfen oft viel zu spät abschafft, ist auch schon lange bekannt.

Drittens darf Europa nicht vergessen, dass es das Klima nicht allein schützen kann. Schlecht wäre es, wenn sich die klimaschädliche Produktion nur an andere Orte verlagert. Dagegen braucht es Klimazölle oder andere geeignete Instrumente. Nicht nur schnelle Lösungen sind gefragt, sondern vor allem gute.

Viertens empfiehlt sich eine gewisse Demut. Es ist eine große Aufgabe, die Welt in wenigen Jahrzehnten vom Kohlendioxid zu entwöhnen. Mancher möchte gleichzeitig noch die Atomkraft abschaffen und dafür sorgen, dass die Europäische Union ihre Energie nur aus stabilen Demokratien importiert. All das sind ehrenwerte Ziele, aber vielleicht sind alle drei auf einmal ein bisschen zu viel.

[https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/hilfspakete-in-corona-zeiten-das-spiel-mit-vielem-geld-16959777.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/hilfspakete-in-corona-zeiten-das-spiel-mit-vielem-geld-16959777.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2)

HILFSPAKETE IN CORONA-ZEITEN:

## Das Spiel mit dem vielen Geld

- VON MAJA BRANKOVIC
- -AKTUALISIERT AM 21.09.2020-08:47



Die Hilfspakete in der Corona-Krise werden immer teurer. Wie viele Schulden können wir uns leisten? Diese historisch neue Situation ist verführerisch.

Die Niederländer haben es eigentlich nicht so mit dem Schuldenmachen. Das hat sich ihre Regierung auf die Visitenkarte geschrieben. In der EU gehören sie zu den „sparsamen Vier“. Ihr Regierungschef Mark Rutte wird gern deutlich, wenn der Süden mal wieder nach Geld verlangt. Zu Hause machen die Niederländer vor, wie disziplinierte Haushaltsführung geht. Ihre Schuldenquote, also das Verhältnis der Schulden zur Wirtschaftsleistung, drückten sie zuletzt sogar auf unter 50 Prozent. Nun ist aber alles anders: Zusätzliche 46 Milliarden Euro will die Regierung dieses Jahr ausgeben, hat der Finanzminister in seiner traditionellen Rede am „Prinsjesdag“ in dieser Woche angekündigt. Die Schuldenquote springt damit auf 62 Prozent.

Nach Jahren des Sparens brechen überall die Dämme. Geld ausgeben, als gäbe es kein Morgen, lautet die Devise. An die Rechnung denken wir später. Die Bundesregierung holt die „Bazooka“ raus, der Bundestag nickt eine Neuverschuldung in Rekordhöhe von 218 Milliarden Euro ab. Und die EU legt 750 Milliarden Euro für den Wiederaufbaufonds obendrauf. Eine solche staatliche Geldschwemme wie jetzt in der Corona-Krise gab es noch nie. Und keiner protestiert dagegen.

Die neue Freigiebigkeit ist dringend nötig. Darüber sind sich Fachleute einig. Würde der Staat die Wirtschaft jetzt nicht stützen, wären die Folgen katastrophal. Unternehmen würden reihenweise pleitegehen, die Arbeitslosigkeit würde rasant steigen.

Doch die Rettung gibt es nicht umsonst. Die Schuldenquoten schießen gerade überall in die Höhe. Deutschland steht mit einem erwarteten Anstieg von 60 auf bis zu 80 Prozent noch vergleichsweise gut da. Die Vereinigten Staaten haben im Juni die 100-Prozent-Schwelle überschritten. Seither ist ihr Schuldenberg also größer als ihr jährliches Bruttoinlandsprodukt. In Italien erwartet die Regierung einen Anstieg von 135 auf 160 Prozent. Und in Griechenland dürfte die Schuldenlast nach Schätzung der Europäischen Kommission auf 196 Prozent der Wirtschaftsleistung steigen.

### Schreckgespenst Hyperinflation

Es drängt sich deshalb die Frage auf: Können die Staaten immer weiter Geld ausgeben? Oder kommt irgendwann der Punkt, an dem sie unter der Last ihrer Schulden zusammenbrechen?

Eine einfache Antwort darauf gibt es nicht. Mehrfach haben Ökonomen versucht, eine „goldene Regel der Staatsverschuldung“ zu finden, allerdings ohne Erfolg. Die Geschichte zeigt, dass man nicht an einer einzelnen Zahl festmachen kann, ob einem Staat die Pleite droht oder eben nicht. Japan kommt seit Jahren mit einer Schuldenquote von mehr als 200 Prozent zurecht. Griechenland geriet vor zehn Jahren mit weitaus weniger Schulden in die Zahlungsunfähigkeit. Und in Deutschland denkt man mit Schrecken an die Hyperinflation vor einem knappen Jahrhundert zurück, als man den Ersten Weltkrieg unter anderem mit der Ausgabe von „Kriegsanleihen“ finanziert hatte und dann das Unheil seinen Lauf nahm: Die Schulden wuchsen, manche Güter wurden knapp, die Preise schnellten in die Höhe, die Reparationszahlungen beschleunigten diesen Prozess. Bis irgendwann Geldscheine in Umlauf waren, die zehn Milliarden Mark wert sein sollten, für die aber nicht viel mehr als ein Laib Brot zu bekommen war.

Aber wovon hängt es ab, ob es sich mit hohen Schulden einfach weiterleben lässt? Entscheidend ist, ob die Geldgeber darauf vertrauen, dass der Staat die Schulden zurückzahlen kann. Mit steigenden Schulden wächst normalerweise auch die Vorsicht der Anleger. Sie verlangen dann höhere Zinsen, um den hochverschuldeten Staaten ihre Anleihen abzukaufen. Für die Staaten wird es dadurch teurer, ihre Schulden an den Märkten zu finanzieren. Sie müssten also noch mehr Schulden aufnehmen, um ihre alten Verbindlichkeiten zu bedienen. Ein Schuldenabbau über Steuererhöhungen oder Ausgabensenkungen ist für sie in solchen Situationen nicht attraktiv, weil man dadurch Gefahr läuft, die Wirtschaft zu lähmen – und dann aufgrund wegfallender Steuereinnahmen noch mehr Schulden aufnehmen muss. Vorteilhaft für die Schuldner ist in solchen Situationen dafür eine höhere Inflation, da sie den Schuldenberg entwertet – was allerdings auf Kosten der Geldgeber geht.

## Die Märkte sind gelassen

Das Erstaunliche gerade ist: Von einer wachsenden Vorsicht oder dem Beginn einer Negativspirale ist auf den Märkten keine Spur. Schon in den vergangenen Jahren gingen die Schulden in reichen Volkswirtschaften wie den Vereinigten Staaten und Japan nach oben. Die Kosten dieser Schulden, ausgedrückt in den Zinsen, fielen aber auf null. Und noch immer deutet nichts darauf hin, dass die Anleger das Vertrauen in die Bereitschaft und Fähigkeit der Länder verlieren, ihre Schulden auch weiterhin zu bedienen. Für Bundesanleihen liegen die Zinsen gar im negativen Bereich. Das heißt: Investoren geben dem deutschen Staat ihr Geld nicht nur umsonst, sie zahlen sogar drauf.

Wer eine Erklärung für diese neue Normalität sucht, landet schnell bei den Notenbanken. Sie finanzieren die Freigiebigkeit der Staaten, indem sie selbst Staatsanleihen in einer nie dagewesenen Größenordnung kaufen. Direkt zu Beginn der Krise hatte die Europäische Zentralbank versprochen, einen großen Teil der Staatsschulden zu übernehmen, indem sie Banken und anderen Gläubigern Anleihen der Euro-Länder abkauft. Die amerikanische Notenbank Fed ging noch weiter und sagte zu, Staatsanleihen in unbegrenzter Höhe zu kaufen. Für die Staaten ist das eine komfortable Situation: Sie können davon ausgehen, dass ihnen die Notenbank faktisch jeden Kredit gewährt.

Aber kann das auf Dauer gutgehen? Fest steht, dass irgendjemand am Ende die Zeche zahlen muss. Die Frage ist nur, wer und in welcher Form. Gefährlich wird es, wenn Zinsen und Inflation stark steigen. Warnungen davor gibt es schon lange. Denn die deutsche Wirtschaft ist eigentlich viel zu stark für Geldschwemme und niedrige Zinsen gleichzeitig. Jahrelang ging es hierzulande und in den meisten anderen Industrieländern stetig bergauf. Die Wirtschaft wuchs, auf den Arbeitsmärkten jagte man Rekorde, Unternehmen suchten händeringend nach Fachkräften. Früher stiegen in solchen Zeiten Zinsen und Preise. Doch in letzter Zeit passierte – nichts dergleichen.

Diese historisch neue Situation ist verführerisch. Vor allem für Ökonomen und Politiker, die schon immer höheren Schulden und größerer Staatsintervention das Wort geredet haben. Sie pochen nun darauf, dass leistungsfähige Staaten ihre Schulden einfach aussitzen können: Alte Schuldpapiere sollen durch immer neue abgelöst werden – solange die Zinsen niedrig bleiben, koste das ja nichts. Zudem können Politiker in diesem Szenario auf einfache Arithmetik setzen. Solange die Wirtschaftsleistung mit einer höheren Rate wächst als der Zins, sinkt die Schuldenquote, ohne dass ein Staat auch nur einen Cent zurückzahlt. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist es den Vereinigten Staaten gelungen, ihre Schuldenquote auf diese Weise von

weit über 100 auf 26 Prozent in den achtziger Jahren zu drücken. Belgien reduzierte seine Schulden seit den neunziger Jahren innerhalb von 15 Jahren von 138 auf 87 Prozent.

## Große Wette mit vielen Unbekannten

Trotzdem ist das alles eine große Wette, die von vielen Unbekannten abhängt. Eine zentrale Frage ist zum Beispiel, welche Konditionen künftige Generationen in zehn, zwanzig oder dreißig Jahren für die Finanzierung der Schulden bekommen. Bleibt der Zins auch in Zukunft bei null oder zumindest sehr niedrig, würde das Schuldenmachen auch langfristig keine Kosten verursachen. Davon gehen viele prominente Ökonomen aus – und zwar nicht nur aufgrund der lockeren Geldpolitik. Mit dem technologischen Fortschritt brauche es immer weniger kapitalintensive Investitionen in Fabriken oder Maschinen, lautet ihr Argument. Und auch die Alterung der Gesellschaft führe dazu, dass allgemein weniger Geld ausgegeben werde. Der Zins als Preis des Geldes bleibe deshalb dauerhaft tief. Das alles klingt plausibel. Aber will man wirklich seine Zukunft auf diese Annahme bauen?

Die schöne neue Schuldenrechnung geht zudem nur dann auf, wenn trotz des vielen Geldes auf den Märkten die Inflation ausbleibt. Geraten die Preise außer Kontrolle, dürfte der Vertrauensverlust in die Volkswirtschaft und die Regierung enorm sein, von den Verlusten für die geschröpften Gläubiger ganz zu schweigen. Skeptiker wenden ein, dass die Inflation schon jetzt in den sehr stark gestiegenen Preisen für Immobilien, Aktien und Gold zu sehen sei. Da sei es eine Frage der Zeit, bis die Geldschwemme die Preise auch auf breiter Front in die Höhe treibe.

Die Gegenseite hält mit den offiziellen Zahlen der Statistikämter dagegen, die belegen, dass die Inflation in der Corona-Krise noch mal weiter Richtung Nulllinie gesunken ist. Sie verweisen außerdem darauf, dass Staaten ihrer Wirtschaft schon in der Finanzkrise mit Milliardenprogrammen zur Hilfe eilten. Auch damals warnten Kritiker vor der Inflation, doch die blieb aus. Hinzu kommt, dass die hohe Sparneigung in alternden Industrienationen mit der gestiegenen Verunsicherung durch Corona einmal mehr zugenommen hat. Und solange ein großer Teil des vielen Geldes nur auf den Konten liegt, bleiben die Preise unberührt. Allerdings kann niemand sagen, ob es die nächsten zwei, drei Jahrzehnte so weitergehen wird.

Am Ende bleibt ein Argument gegen dauerhaft hohe Neuverschuldung, das schwerlich von der Hand zu weisen ist. Die hochentwickelten Volkswirtschaften sind krisenanfällig. Das haben die Finanzkrise vor gut einem Jahrzehnt und Corona eindrücklich gezeigt. Für den Moment sind die steigenden Schulden nicht das Ende der Welt. Doch nur wer in guten Zeiten die Grundlage dafür bildet, kann in schlechten aus dem Vollen schöpfen, ohne dass gleich eine finanzielle Schieflage droht. Diese komfortable Lage zu gefährden, ist ein riskantes Spiel.

# Cancel Culture ist das Ende der Aufklärung

Stand: 09:44 Uhr | Lesedauer: 8 Minuten

Von Julian Nida-Rümelin



Obwohl sie oft gut gemeint ist, greift Cancel Culture die gesellschaftliche Substanz an, schreibt unser Gastautor

Quelle: Diane von Schoen

Debatten müssen dazu dienen, herausfinden, was wirklich der Fall ist – unabhängig davon, wer welche Interessen hat und welchen persönlichen Hintergrund. In der Cancel Culture gilt das nicht mehr. Sie bedroht unsere Demokratie.

Im US-Diskurs, der zunehmend auch auf Europa übergreift, wird unter „Cancel Culture“ das Phänomen verstanden, anders meinende Positionen unter Verweis auf ihre ethische oder politische Fragwürdigkeit zu unterdrücken, Auftritte ihrer Protagonisten abzusagen, Stellungnahmen nicht zu publizieren. Cancel Culture wird meist eher links im politischen Spektrum verortet, und entsprechend kommt die Kritik nicht nur von liberal Gesinnten, sondern auch von rechts.

Generell hat sich ein Teil der rechten Propaganda zunehmend eines Vokabulars ermächtigt, das sonst eher für liberale, meist als bürgerlich wahrgenommene Milieus charakteristisch ist. Es wird die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten beklagt und die freie Selbstentfaltung und Meinungsäußerung eingefordert, die von linken Ideologen bedroht würden. Diesen Klagen und Forderungen schließen sich auch Personen an, die sich identitären Bewegungen oder anderen rechten Gemeinschaften zugehörig fühlen, die gleiche Rechte und individuelle Freiheiten in anderen politischen Kontexten als nachrangig ansehen.

Die politische und mediale Welt scheint sich so in einem großen Rollentausch zu befinden. Während in früheren Zeiten linke Kritiker die vermeintlich festgefügte bürgerliche Presse dafür kritisierten, dass sie

nicht gehört und ernst genommen wurden, verteidigt nun das linke und liberale Milieu die seriösen Medien gegen die Unterstellung von rechts, sie seien Teil einer System- oder gar Lügenpresse.

Die Vermutung liegt nahe, dass manche linke und liberale Milieus, zuvor eher Mainstream-kritisch, nun selbst Teil des Mainstreams geworden sind und sich nun fundamentaler Kritik zu entziehen suchen, indem die Legitimität der kritischen Äußerung selbst infrage gestellt wird. Das, worunter ihre Protagonisten früher litten, wird nun selbst zur medialen Strategie.

Aber Cancel Culture ist mehr, es ist der Übergang zu Dogmatismus und Intoleranz mit der Gefahr, die zivilkulturelle Basis der Demokratie auszuhöhlen. Es lohnt sich der genaue Blick auf das, was als Cancel Culture kritisiert und als politische Korrektheit verteidigt wird.

Tatsächlich haben wir es hier mit einem wiederkehrenden Phänomen zu tun, dessen Grundmuster bei allen zeitbedingten Besonderheiten unverändert ist. Aus einer Außenseiter- oder jedenfalls Minderheitenposition heraus wird für Pluralität und Diversität plädiert, um dem eigenen Standpunkt Gehör zu verschaffen, um dann, wenn dieser hinreichend viel Zustimmung gefunden hat, Kritik und Widerspruch klein zu halten und die Grenzen wünschenswerter Diversität immer enger um den eigenen Standpunkt zu ziehen.

Da wird debattiert, ob man einen bekannten marxistischen amerikanischen Intellektuellen als Redner wieder ausladen darf, weil er der Auffassung ist, dass die USA weniger ein Rassismus- als ein Klassenproblem hätten und die Hautfarbe erst durch kapitalistische Abhängigkeitsverhältnisse relevant werde. Da gibt es eine distanzierte Kabarettistin, die rassistische und antisemitische Klischees in einer Weise karikiert, die die schlichteren Geister unter ihren Zuhörern selbst als rassistisch oder antisemitisch empfinden. Unter der Oberfläche dieser Debatte verbergen sich grundlegendere Fragen, die an unser demokratisches, ja unser menschliches Selbstverständnis rühren.

John Rawls, der große Gerechtigkeitstheoretiker der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, hatte für Religionsfreiheit folgendes Argument entwickelt: Über Gerechtigkeitsprinzipien muss aus einer Situation entschieden werden, die Fairness garantiert. Zu diesem Zweck entwickelt er eine „original position“, in der wechselseitig desinteressierte, lediglich an ihrem eigenen Wohl orientierte Repräsentanten gesellschaftlicher Gruppen über die Kriterien befinden, denen eine gerechte institutionelle Grundstruktur der Gesellschaft genügen müsste.

Diese Repräsentanten verfügen über alles notwendige Grundwissen, aber kennen nicht ihre je individuellen Eigenschaften und Situierungen. Niemand kann sich daher im Urzustand (in der „original position“) sicher

sein, dass er oder sie nicht einer Minderheitenreligion angehört. Daher hat jede Person im Urzustand, in dem über die Prinzipien der Gerechtigkeit entschieden wird, ein Eigeninteresse daran, dass individuelle Rechte wie Religionsfreiheit oder Meinungsfreiheit gesichert sind. Erst das maximale System gleicher individueller Rechte und Freiheiten steckt den Rahmen ab, innerhalb dessen sich dann ökonomische Prosperität und der Wohlfahrtsstaat entfalten können.

### **Ohne Freiheit keine wirtschaftliche Dynamik**

Utilitaristen wie John Stuart Mill haben beeindruckend und wirkungsvoll nicht nur für wirtschaftliche, sondern auch für politische und individuelle Freiheit plädiert, aber für sie war Freiheit ein Mittel zum Zweck ökonomischer Effizienz und Steigerung der menschlichen Wohlfahrt. Gebt Freiheit, und die Dinge werden sich gut entwickeln, ohne Freiheit keine wirtschaftliche Dynamik, kein Wirken der unsichtbaren Hand des Marktes, der allen die Möglichkeit gibt, ihre eigenen Präferenzen zu realisieren.

Diese scheinbare Harmonie zwischen Freiheitsgewährung und Wohlfahrtssteigerung wurde über eine lange Zeit, fast zwei Jahrhunderte, für selbstverständlich gehalten, jedenfalls in denjenigen Gesellschaftsformationen, die der Liberalismus geprägt hat. Die Gegner des Liberalismus diskreditierten die Freiheitsversprechen als wohlfeile Statussicherung der besitzenden Klassen. Sie brachten Gleichheit gegen Freiheit in Stellung, in den radikalen Varianten kommunistischer Diktaturen bis zum Erstickungstod individueller Freiheit und politischer Partizipation.

Aber auch in den westlichen Wohlfahrtsstaaten etablierte sich der vermeintliche Gegensatz von Freiheit und Gleichheit. Mehr Sozialstaatlichkeit hieß nach dieser Formel ein Abbau zumindest wirtschaftlicher Freiheitsrechte und im ungünstigsten Fall auch individueller Selbstbestimmung. Auch der paternalistische Wohlfahrtsstaat skandinavischer Typs, der sich in den 1990er-Jahren redimensionieren musste, galt vielen, und nicht immer zu Unrecht, als Bedrohung individueller Freiheit.

Die drei Grundwerte der Französischen Revolution – „Freiheit, Gleichheit, Solidarität“ – sind aber im richtigen demokratischen Verständnis komplementär. Es gibt keine Alternative zur fundamentalen normativen Erkenntnis der politischen Moderne, dass Menschen gleichermaßen frei sind, die gleiche Würde haben und den gleichen Respekt verdienen.

Da diese Freiheit nicht nur von staatlicher Herrschaft bedroht ist, sondern auch durch ökonomische Ausbeutung, Abhängigkeit und ökonomisch-soziale Ohnmacht, muss die Grundorientierung gleicher Freiheit um das Gebot der Solidarität ergänzt werden, das in den modernen Demokratien die Form des

Sozialstaates mit individuell gleichen sozialen Rechten jedes Bürgers und jeder Bürgerin annimmt. Interessanterweise haben beide deutsche Volksparteien, die Christ- wie die Sozialdemokratie, die drei Grundwerte der Französischen Revolution – in gerade diesem Sinne modernisiert – zur Grundlage ihrer Programmatik gemacht.

Die auf diesen ethischen Werten und Normen begründete Demokratie hat Wurzeln, die weit in die europäische Geschichte zurückreichen und tief in der demokratischen Lebensform verankert sind. Genau gesehen ist es ein Wurzelgeflecht, das sich um die Idee menschlicher Autorschaft rankt. Jede Person ist Autorin oder Autor ihres Lebens, sie trägt für das, was sie tut und meint, aber auch für ihre emotiven Einstellungen, Verantwortung.

Sie kann ihre Überzeugungen und ihre Handlungen begründen, sie in den größeren Zusammenhang ihrer Bewertungen und Beurteilungen stellen. Aus realistischer Perspektive versuchen wir herauszubekommen, was (für uns) gut ist, und wir kommen diesem Ziel näher, indem wir uns austauschen, uns gegenseitig zuhören, versuchen, unterschiedliche Beurteilungen gegeneinander abzuwägen, eben Gründe zu geben und zu nehmen.

Alles Begründen hat ein Ende im nicht mehr auflösbaren Dissens oder im nicht mehr hinterfragbaren Konsens. Streiten können wir nur vor dem Hintergrund eines Großteils geteilter Beurteilungen. Wenn der Vorrat an Gemeinsamkeiten aufgebraucht ist, bleibt nur die Feststellung des Dissenses und, wenn dieser tief genug ist, die Aporie, eine große, nicht behebbare Ratlosigkeit.

Seit der Stoa werben die Humanisten in unserem Kulturkreis dafür, dass der Vorrat an Gemeinsamkeiten riesig ist, und die philosophische These lautet, dass dies an der *conditio humana* liege, an den grundlegenden Eigenschaften, die alle Menschen unabhängig von Zeit und Raum teilen.

### **An dem besseren Argument orientieren**

Aus dieser Einsicht ist das Projekt der Aufklärung entstanden, das Unternehmen eigenständigen Urteils, unabhängig von geistlichen oder weltlichen Autoritäten. *Sapere aude*, lerne, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen. Im Zentrum dieses Projektes steht etwas, das man als epistemische Rationalität charakterisieren kann: die Eigenständigkeit der Urteilsbildung, der Versuch, herauszufinden, was wirklich der Fall ist, unabhängig davon, wer welche Interessen hat.

Die Frage cui bono, wem nützt es, erübrigt sich in diesem Projekt. Eine Überzeugung wird nicht dadurch richtig, dass sie bestimmten Interessen dient, und nicht dadurch falsch, dass sie bestimmten Interessen nicht dienlich ist. Über Richtigkeit und Falschheit entscheidet die Realität, und da diese uns nie vollständig zugänglich ist, orientieren wir uns am besseren Argument.

Cancel Culture ist eine Form des Ausstiegs aus dem Projekt der Aufklärung. Autoritarismus, Dogmatismus und Fundamentalismus sind andere Formen. Diese stehen nicht nebeneinander, sondern verbinden sich in immer wieder neuen Konstellationen. Besonders en vogue ist gegenwärtig das, was im Amerikanischen als „positionalism“ bezeichnet wird, also die These, dass es kollektive Identitäten gibt, die mit bestimmten Positionen und Urteilskomplexen einhergehen und die von Angehörigen anderer Identitäten weder nachvollzogen noch kritisiert werden können.

„Positionalism“ ist eine extreme und besonders trostlose Form von Identitätspolitik. Ihr geht es nicht mehr um die Stärkung des Selbstbewusstseins und der Wahrnehmbarkeit von Minderheiten, sondern um die Abschließung kollektiver Identitäten gegeneinander. Die eigene Position wird zum Dogma und die Zuordnung zu einer kulturellen Gemeinschaft letzte und daher fundamentale Appellationsinstanz. Das Projekt der Aufklärung und damit das zivilkulturelle Fundament der Demokratie wird zu Grabe getragen.

Cancel Culture ist lediglich ein Oberflächenphänomen der aktuellen Erosion der zivilkulturellen Grundlagen der Demokratie. Die identitäre Neue Rechte und ihre bürgerlichen Ausläufer kapern das identitätspolitische Vokabular ebenso wie die postmoderne Verabschiedung von Subjekt und Verantwortung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Aus dem Spiel wird Ernst, und die Extreme im politischen Spektrum nähern sich auf der Basis einer von Carl Schmitt inspirierten Definition des Politischen als Freund-Feind-Verhältnis an.

Es ist höchste Zeit, dass sich diejenigen zur Wehr setzen, die am Projekt der Aufklärung und dem, was Jürgen Habermas als kommunikative Rationalität bezeichnet hat, festhalten wollen. Die wissen, dass eine in Lager unversöhnlich gespaltene und in partikulare Identitäten zersplitterte Gesellschaft nicht demokratiefähig ist.

Cancel Culture ist nur eine von vielen aktuellen Bedrohungen der Demokratie, aber sie geht gerade deswegen an die Substanz, weil viele ihrer Protagonisten guten Willens sind.

***Julian Nida-Rümelin ist Physiker und Philosoph. Er lehrt seit 2004 an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Kürzlich erschien sein jüngstes Buch „Die gefährdete Rationalität der Demokratie“ in der Edition der Körberstiftung 2020.***

"New York Times":

## Exorcism in Lieu of Enlightenment

At the New York Times, freedom of speech gave way to group pressure, and debate turned into intimidation. Why I left the paper five years ago.

Ein Gastbeitrag von Edward Rothstein 9. September 2020, 16:45 Uhr



The New York Times Building in Midtown

It is a workplace rife with bullying, obsessed with web clicks, sycophantishly worshipful of left-wing ideas and sneeringly intolerant of dissent. Such was the burden of Bari Weiss's letter to A.G. Sulzberger, the publisher of the *New York Times* – a letter she posted on her web site in July – announcing her resignation from one of the more prestigious perches in journalism as an opinion writer and editor for the paper.

**EDWARD ROTHSTEIN** is Critic at Large for *The Wall Street Journal* and author of *Emblems of Mind: The Inner Life of Music and Mathematics*. He is at work on a book about Beethoven's *Ninth Symphony and the Enlightenment*.

For three years, her against-the-grain contributions had made her, as *Vanity Fair* declared, a "provocateur the left loves to hate." Within the paper, colleagues put the idea into practice, posting coded threats and calling her a "racist" and "Nazi." Meanwhile the publisher, she says, cowed before the forces of progressive political orthodoxy that now dominate the paper and its coverage – an indictment that fed into a wider public debate about the paper's political coverage that had already become heated.

In fact, in June, comparable paroxysms of internal and external outrage were directed at Ms. Weiss's one-time boss, James Bennet, head of the *Times* Opinion pages, after he published an op-ed written by a U.S. Senator arguing that federal troops should be used to control the looting and violence that was becoming associated with street protests. Within days, Mr. Bennet was fired – neatly decapitated by a *Times* staff "cancel culture" testing its power. A similar guillotine took care of the top editor of the *Philadelphia Inquirer*, who resigned after members of his staff were outraged (at the headline: "Buildings Matter, Too"). One might have thought that journalism would have provided a "safe place" for debate and disagreement; instead it has exhibited a form of zealotry.

Ms. Weiss's characterization does not really describe the paper I knew during nearly three decades on its staff, serving as technology columnist, Chief Music Critic and Critic at Large, writing columns on books, ideas, music, museums and the arts. During much of that time I, like Ms. Weiss, held views that did not quite fit with the paper's political positions. Yet I produced nearly 2,300 bylines and worked under more than 10 different Culture Editors, with whom my relationships ranged from the moderately riven to the mutually admiring. And while this was hardly a pastoral romp – what career in a highly competitive, high stakes, bureaucratic institution could be? – neither did I experience behavior as grotesque as what Ms. Weiss has described.

And yet the situation Ms. Weiss describes really differs only in degree rather than in kind from the one that had been rapidly developing when I left the paper five years ago. Some of this was an unintended result of necessary institutional changes. And some I can describe only by invoking my own experience – a risky

enterprise since writers and editors are all, to a certain extent, prima donnas, convinced of our own virtuous insight, which is rarely as apparent to onlookers.

The transmutation itself, while sudden, was based on two long-term transformations. First came the breakdown in distinctions between opinion and fact. When I was hired as a music critic in 1981, a very strong distinction was made between critical opinion and news reportage. Opinions were the sole domain of the editorial pages and the paper's critics. But boundaries were softening, in culture as in politics. The "New Journalism" turned stories into personal renditions of experience – and the *Times* cautiously adopted aspects of its style.

But as opinion proliferated, editors at various levels of the paper still valued variety and contrast. It was believed that the *Times* – a traditionally liberal paper – could be broad enough to satisfy multiple readerships, and diverse perspectives could be found. Even among critics, many of us disagreed with each other, sometimes explicitly, in print. Even when argumentative pieces inspired pre-Twitterverse outrage in the shape of letter campaigns, there was no thought about deferring to them unless errors were made.

As a music critic, for example, I didn't expect much disagreement in, say, celebrating Glenn Gould, but I was fairly alone in finding John Corigliano's "AIDS" Symphony obvious and meretricious. My judgment apparently jarred with the opinion of many that the subject's importance provided musical immunity. Outraged letters poured in. No apologies were offered or required. More recently, in the decade after the 9/11 attacks, I wrote a number of controversial pieces, for instance noting the perversity of excusing violence against the West and criticizing the ideas of "post-colonialism". I also argued that in an attempt to correct and revise history, many museums were creating a whole new set of problems and distortions. These essays and many others were hardly in the politically correct mainstream, but they stimulated argument and discussion.

Today, few such pieces could or would even appear – a sign of changing times, but also of the changing *Times*. My first sense of a dramatically altered atmosphere was in 2008, when an editor urged me to write a column about the American social commentator and left-wing personality Studs Terkel, a relatively minor figure with a strong following. I was critical of the way he shaped history according to his ideology, sometimes disingenuously. There was enough of an uproar among upper-level editors at the paper at my suggestion that his ideas were derived from Marxism, that the Executive Editor wrote me a counter-note, affirming that the piece was valuable and thought-provoking and that the clamor should be ignored.

But at a certain point, it was ignored no longer. In 2014, when another critic's piece was virulently attacked online, in the office and in social media for invoking a racist stereotype – despite the fact that the piece deliberately overturned that very caricature – the editorial back-pedaling was (to my eyes) embarrassing; the writer was left without support. Debate became less important than a unified front.

## **Digital transformation**

This was the second transformation and, strangely, it was connected with an ideal gone awry. For more than 40 years in the United States, "diversity" had been an issue raised by government agencies, businesses, arts institutions and universities. The issue, specifically, was the percentage representation of blacks, Hispanics and women in an institutional setting. In some cases – not all, I still believe – the concern was important. In the newsroom, differing backgrounds would increase sources for stories, offer varied perspectives and expand readership. But the notion of identity also became increasingly ideological; a lack of "representation" of a group was explicitly taken as proof of discriminatory intent.

In the newsroom, this affected policy. At one point, managers were instructed that their performance would be judged on the diversity of their hires and promotions. For several years attention to gender was so emphasized at meetings discussing the next day's front pages, that the number of bylines by women was tracked. The New York Time Company now publishes an annual "diversity and inclusion report." The 2019 edition notes that "people of color make up just 16 percent of journalists" but of the "new hires" in 2019, "43 percent identified as people of color."

As all of this was happening, the economic prospects for newspapers were becoming grimmer. In response, beginning in 2008, the *Times* began the first in a series of six buyouts of its most experienced staff, reducing costs by replacing them with new hires. Within a few years, a half century of institutional memory had been erased and newsroom culture transformed – hardly the way to insure a great institution's continuity. At first,

the changes were subtle, but by 2014, they had altered the atmosphere throughout the paper; the effects were amplified further by the growing militancy of identity politics.

Given that my reviews often opposed aspects of these ideas, my own difficulties accumulated. I argued, for instance, that a new genre of museum developed that was going to be as representative of our age as the museums of Empire were in 19th century Europe: the "identity museum." It focuses on a particular people or ethnic group; it aims to promote the interests of that group and, at times, even serves as a community center. And though on the face of it, these museums were quite different – devoted, say, to Chinese Americans, Arab Americans, Hispanic Americans, Black Americans, Jewish Americans or Native Americans – many of their narratives were peculiarly similar: after suffering from prejudice or racism, the group learned to assert its identity, and through these affirmations, it found a new life and demands justice.

These essays began to generate push-back. One editor objected to my use of the term "trigger warning," because it seemed as if I was mocking it (I did indeed) – an attitude which, it was suggested, dismissed the sensitivities of those injured by prejudice and neglect. Another editor asserted general disdain for my work (something not experienced by any senior critic I knew). Suddenly, there also developed an editorial nervousness about my writing about a museum commemorating the 9/11 attacks – an unease, I was assured, that had nothing to do with politics.

Now, all pretense is gone; exorcisms are explicit. In Ms. Weiss's description, political hazing has come into the open. Before James Bennet's removal as Opinion Editor, in fact, members of the staff asserted that the op-ed piece had literally put their lives at risk – an assertion that, if even remotely plausible, should have been covered as a news story. Liberalism has evolved into illiberal cancel culture and diversity into uniformity; all the world's events can sometimes seem to be filtered through prescribed lenses of race and gender.

One more factor. Political shifts and personnel upheaval went along with technological change. In 2014, before becoming publisher, A. G. Sulzberger was the author of an once-confidential 96-page "Innovation Report" meant to drag the *Times* into the digital age. There were discussions of how to "drive traffic" to the web site, how to nurture "digital leaders" who wanted an organization "that speaks to their values," how to use web analytics to decide about what to run and how.

Digital transformation had been the subject of earlier reports at the *Times* and all over the media world. But there was a startling tone to this one. It gave minimal attention, if any, to the *Times*' most important asset: the editorial and critical judgment that would be necessary as a counterweight to the need to drive traffic.

It should have also been evident that the priorities given to social media could lead to mob behavior, not just outside the paper but among employees. Social media is far more widespread and more powerful a force in the United States than in Europe, so its effects may not yet be as apparent here; but in the U.S., editors have tended to treat it with far more deference than the letter-writing campaigns of old. Ms. Weiss asserted that Twitter is now the paper's "ultimate editor." If so, it is a result of such "innovation."

There is also a hectoring tone in the report, which can even seem to anticipate the tone of "cancel culture," praising news organizations that have used "buyouts" for "clearing out reporters and editors who were actively opposing changes" – a sweeping approach that extended into 2017 at the *Times* and opened the paper to heightened forms of political advocacy. I took just such a buyout at the end of 2014, leaving for the Wall Street Journal. But given what we now hear – one staff member told me last month that matters were "much worse" than Ms. Weiss described – can this possibly be the innovative institution that Mr. Sulzberger envisioned?

*DIE ZEIT* asked the publisher of the "New York Times", A.G. Sulzberger, for a response on these allegations. He wrote:

*The "Times" is committed to covering the U.S. and the world as it is. That is why we commit more resources than almost any other news organization to understanding multiple viewpoints on the most important issues of our time. A diverse staff, reflective of the world we cover, is essential to fulfilling our mission, to broaden our reader's understanding.*

Cancel-Culture:

## Kollektive Zensur

Wer die Cancel-Culture nicht ernst nimmt, schaue in die USA: Dort werden nicht nur falsche Meinungen, sondern auch Falschmeinende bekämpft. Eine Warnung

Von **Yascha Mounk**

Yascha Mounk ist ein deutsch-amerikanischer Politikwissenschaftler, der als Dozent an der Harvard University in Boston arbeitet. Er ist Senior Fellow am SNF Agora Institute der Johns Hopkins University, und Associate Professor of the Practice an der School of Advanced International Studies derselben Universität.

12. August 2020, 16:40 Uhr DIE ZEIT Nr. 34/2020, 13. August 2020 [1.047 Kommentare](#)

Als ich 2007 in die Vereinigten Staaten zog, verliebte ich mich schnell in die lebendige Debattenkultur des Landes. Wie viele Universitäten war Harvard, wo ich mein Doktorstudium begann, auch damals schon sehr links. Und doch war unter meinen Kommilitonen und Professoren fast jede politische Stoßrichtung vertreten und wurde viel streitlustiger verteidigt, als ich es aus Deutschland kannte.

Davon ist nur noch wenig übrig. Wenn Bekannte mir heute in einem Café ihre "unpopulären" Ansichten beichten, fällt ihre Stimme um zwanzig Dezibel. Erste Journalisten und Schriftsteller, darunter einige Freunde und Bekannte von mir, müssen aufgrund missliebiger Standpunkte um Job und Aufträge fürchten. "Meine wahre Meinung verrate ich nur meinen engsten Freunden – und selbst dann nur vorsichtig", sagte mir kürzlich sogar eine meiner Studentinnen.

Welche Meinungen sind es, die meine Studenten, Kollegen und Bekannten nicht mehr öffentlich äußern mögen? Sind sie Sexisten? Rassisten? Heimliche Trump-Fans?

Mitnichten. Es sind Menschen, deren Weltsicht linksliberal ist und deren Lebensweise kosmopolitisch. Es sind Menschen, die Donald Trump verabscheuen. Menschen, die hätten sie in Deutschland das Wahlrecht, wohl Angela Merkel bewundern, aber ohne Zögern für die Grünen stimmen würden.

Menschen wie David Shor, der im Zuge der Ausschreitungen nach dem Tod von George Floyd auf Twitter die Studie eines schwarzen Princeton-Professors zusammenfasste: Schon 1968 hätten demnach gewaltsame Proteste dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten Richard Nixon zum Wahlsieg verholfen. Friedliche Demonstrationen hingegen führten zu einem Stimmenzuwachs für Demokraten, so die Studie, die Shor wiedergab.

Eine Woche später war er seinen Job los. Warum? Aktivisten hatten seinen Tweet als Rat gewertet, die *Black-Lives-Matter*-Bewegung solle auf Gewalt verzichten. Als Weißer habe er aber kein Recht, das zu beurteilen. Unter dem Druck der Twitter-Meute feuerte sein Arbeitgeber – eine Firma, die Demokraten durch Datenanalysen Wahlsiege verschaffen soll – Shor kurzerhand.

Der Fall Shor ist beispielhaft für die sogenannte Cancel-Culture, die in den USA um sich greift. Ein Phänomen, das nicht mehr nur falsche Meinungen bekämpfen will – sondern auch die vermeintlich Falschmeinenden dahinter.

Und ein Falschmeinender wird man schnell. Oft reicht es schon, Nuancen von der identitätspolitischen Orthodoxie abzuweichen: Diese kritisiert nicht nur, dass Bevölkerungsgruppen, von Schwarzen bis hin zu Transsexuellen, aufgrund ihrer Identität diskriminiert werden (was leider stimmt) – vielmehr schreibt sie auch eine Antwort auf diese Ungerechtigkeiten vor, die mit den universalistischen Prinzipien der traditionellen Linken bricht. Demnach soll jeder Mensch in erster Linie als Repräsentant seiner Gruppe wahrgenommen werden. Mitglieder dominanter Gruppen haben kein Recht, Mitglieder dominierten Gruppen zu kritisieren. Selbst gruppenübergreifende Freundschaften seien schwierig, da etwa zwischen einem Weißen und einem Schwarzen immer ein Machtgefälle bestehe.

## Hat es die Cancel-Culture nach Deutschland geschafft?

Ein aus dieser orthodoxen Sicht Falschmeinender sorgt sich also vielleicht darüber, dass Zehnjährige in vielen elitären Privatschulen in Gruppen aus ausschließlich Schwarzen, Latinos oder Asiaten eingeteilt werden, damit Lehrer dort ihr politisches Bewusstsein als Mitglieder dieser Identitätsgruppen fördern können.

Vielleicht versteht er nicht, warum einige Aktivisten sich abfällig über romantische Beziehungen zwischen Amerikanern aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen äußern. Vielleicht hält er es, bei aller Sympathie für die Proteste, auch für eine schlechte Idee, wie in Seattle ganze Viertel für die Polizei unzugänglich zu machen.

Vielleicht kritisiert er auch einfach nur den intoleranten Ton, der in linken Kreisen und Institutionen mittlerweile *de rigueur* ist – eine Kritik, die von Apologeten der Cancel-Culture an sich schon als Ketzerei gewertet wird.

Wie der Schriftsteller Jonathan Rauch kürzlich im Online-Magazin *Persuasion* darlegte, gibt es große Unterschiede zwischen legitimer Kritik und freiheitsfeindlicher Zensur. Dass Personen des öffentlichen Lebens für Handlungen und Äußerungen scharf kritisiert werden können – und auch, dass das Urteil dabei grob ausfallen mag –, ist Teil der Meinungsfreiheit. Der raue Ton auf Twitter oder Facebook mag nicht jedermanns Sache sein, ist an sich aber noch keine Gefahr für eine liberale Gesellschaft.

Die Kampagnen, die in den USA mittlerweile gegen Ketzler und Apostaten bis hin zu berühmten Journalisten wie Bari Weiss und Andrew Sullivan laufen, gehen über solche Kritik aber weit hinaus. Sie wenden sich nicht gegen eine spezifische Aussage, sondern versuchen, die vermeintlich Schuldigen für ihren Verstoß zu bestrafen. Sie begegnen einer Aussage nicht mit einem Gegenargument, sondern versuchen, ihren Gehalt durch Zensur oder Auftrittsverbote aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Sie tragen ihre Kritik nicht in ihrem eigenen Namen vor, sondern organisieren Formen kollektiver Schuldzuschreibung oder öffentlichen Boykott. Und sie erklären nicht nur den Einzelnen zur *Persona non grata*, sondern drohen auch allen, die den Verdammten verteidigen oder weiter mit ihm arbeiten wollen, mit Konsequenzen.

"Sie scheinen zu glauben (...), dass jeder Schreiber, der sich in Fragen von Ethnie, Geschlecht, sexueller Orientierung und Gender-Identität nicht von sich aus zur kritischen Theorie bekennt, andere schon allein durch seine Anwesenheit im selben virtuellen Raum verletze", schrieb Sullivan im Juli, nach der Trennung vom *New York Magazin*, über seine einstigen Kollegen. Weiss erklärte in einem offenen Brief zu ihrer Kündigung bei der *New York Times* derweil, aus der eigenen Redaktion heraus aufgrund abweichender Meinungen offen als Nazi und Rassistin beschimpft worden zu sein.

Und nun? Hat die Cancel-Culture es nach Deutschland geschafft? Zumindest wurde dieser Kampfbegriff in den vergangenen Tagen in der öffentlichen Debatte vielfach bemüht: "Es gibt weltweit – Stichwort Cancel Culture – zunehmend mächtiger werdende Versuche, kritische Stimmen mundtot zu machen. Die DFG hat sich dem nun angeschlossen", sagte etwa der Kabarettist Dieter Nuhr der *Welt*, nachdem die Deutsche Forschungsgemeinschaft schafstreu einem Twitter-Shitstorm nachgegeben und einen Beitrag des bei Linken unter anderem für seine Greta-Thunberg-Witze verhassten Nuhr von ihrer Website gelöscht hatte.

## Es geht nie nur um den Einzelnen

Wenige Tage darauf lud der Hamburger "Nochtspeicher" die Komikerin Lisa Eckhart nach vorgeblichen Drohungen aus dem schwarzen Block (die sich letztlich als fiktiv erwiesen) von einem Literaturfestival aus. In einer Stellungnahme des "Nochtspeichers" hieß es, man begrüße die Diskussion um die Ausladung: "Diese gesellschaftliche Debatte ist überaus wichtig, um der bedrohlich um sich greifenden ›Cancel Culture‹ Einhalt zu gebieten."

Mir sind sowohl Herr Nuhr als auch Frau Eckhart völlig egal, und das nicht nur, weil sie letztlich nach Empörung über die Empörung doch wieder auf die Website und ins Festivalprogramm durften. Als kulturelles Phänomen halte ich beide Vorfälle trotzdem für wichtig, lassen sie doch die wichtigsten Anzeichen freiheitsfeindlicher Zensurversuche klar erkennen: Sowohl Eckhart als auch Nuhr wurden ausgeladen, weil Grüppchen von Aktivisten sie aufgrund früherer Aussagen für inakzeptabel halten und sich in den Kopf gesetzt haben, dafür nicht nur sie, sondern auch alle, die nicht diese Ansicht teilen, zu bestrafen.

Dass Nuhr und Eckhart letztlich doch verteidigt wurden, ist also kein Grund zur Entspannung. Denn wie ich in den USA erlebt habe, kann sich die Liebe zur kollektiven Zensur schnell ausbreiten. Als die ersten Anzeichen vor fünf Jahren auf dem Campus auftraten, taten viele Journalisten und Wissenschaftler das noch als Randphänomen ab. Das war ein Fehler: Dieselben Tabus, die sich vor einigen Jahren in kleinen "progressiven" Colleges in Vermont oder Maine herauskristallisierten, greifen mittlerweile gesellschaftlich breit um sich.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass deutsche Intellektuelle und Entscheidungsträger nicht den gleichen Fehler wie ihre amerikanischen Kollegen begehen. Bei der Cancel-Culture geht es nämlich nie nur um den Einzelnen. Wenn sich das Prinzip, dass ein paar Aktivisten einen Künstler oder Schriftsteller für unakzeptabel erklären können, einmal etabliert, dann verengt sich der öffentliche Diskurs rapide.

Was heißt das konkret? Der Kampf gegen die Cancel-Culture ist in den USA erst am Anfang. Drei Beobachtungen kann ich trotzdem schon teilen.

Erstens ist es immer verlockend, sich nur dann vor Opfer der Cancel-Culture zu stellen, wenn sie eine persilreine Weste haben. Aber das ist ein Fehler, denn das Problem mit der Cancel-Culture ist nicht etwa das Ziel, auf das sie sich einschießt, sondern ihre Methode. Deshalb sollten zum Beispiel auch diejenigen, die Dieter Nuhr für langweilig und Lisa Eckhart für geschmacklos halten, für deren Redefreiheit einstehen.

Zweitens müssen Entscheidungsträger den Mut haben, an ihren Prinzipien festzuhalten. Beugen sie sich unrepräsentativen Twitter-Mobs, begehen sie Verrat an ihrer Verantwortung und holen sich letztlich nur noch mehr Ärger ins Haus. Ein selbstbewusstes Nein kann dagegen Wunder wirken.

Und drittens hat Deutschland von der AfD bis zu Corona-Skeptikern viel größere Probleme. Aber das ist kein Grund, die Cancel-Culture zu ignorieren. Denn über kurz oder lang profitieren, wie in den USA schmerzlich zu sehen ist, gerade die wahren Feinde der Demokratie, wenn Demokraten es versäumen, konsequent für Werte wie die Meinungsfreiheit einzustehen.

Deutsche Forschungsgemeinschaft:  
Von allen guten Geistern verlassen

# Die Wissenschaft und der Kabarettist Dieter Nuhr

Ein Kommentar von **Anna-Lena Scholz**

5. August 2020 DIE ZEIT Nr. 33/2020, 6. August 2020 950 Kommentare



Wer zum Schweigen gebracht wird, darf laut werden: der Kabarettist Dieter Nuhr. © VIADATA/imagen images

Herzlichen Glückwunsch zum Hundertsten, Deutsche Forschungsgemeinschaft! Das Konfetti allerdings fällt aus. Denn die weltweit geachtete Fördereinrichtung für die Wissenschaft (Jahresbudget: 3,3 Milliarden Euro Steuergelder) hat einen denkbar schädlichen Vorwurf auf sich gezogen: nicht so unabhängig und frei zu sein, wie sie sein sollte.

Eigentlich wollte die DFG mit einer Jubiläums-Kampagne zeigen, was sie leistet für dieses Land, unsere Wissenschaftsnation. Die Botschaft, Hashtag: #fürdasWissen, sollte prominent verbreitet werden, unter anderem von dem Kabarettisten Dieter Nuhr. "Wissenschaft", sagte er in seinem Statement, verkünde keine "absoluten Wahrheiten" – sondern sei jene Form des vernünftigen Weltzugangs, deren Schwäche zugleich auch ihre Stärke sei: mit einer sich ständig ändernden Faktenlage umgehen zu müssen. Kaum veröffentlicht, protestierten Wissenschaftler auf Twitter: wieso die DFG ausgerechnet Dieter Nuhr ausgewählt habe, der die Wissenschaft und ihren Wahrheitsanspruch in seinen Programmen aufgespießt, manche sagen gar, sie verhöhnt habe?

Empörung, Gegenempörung, dann der Frevel: Die DFG löschte das Statement des Künstlers. Woraufhin Nuhr auf Facebook warnte, er sehe "die Freiheit des Denkens und der Forschung im Allgemeinen in Gefahr". Seine Wortwahl ("Denunziation", "Ketzerei", "Pogrom") war in Sachen Debattenkultur auch nicht sonderlich konstruktiv. Wer zum Schweigen gebracht wird, darf aber laut werden.

Die Wissenschaft hat sich hier von ihrer schwächsten Seite gezeigt: autoritär statt diskursiv, also letztlich unwissenschaftlich. "Wir lernen viel aus der Debatte", entschuldigte sich die DFG, na hoffentlich.

Schließlich ist ihr Anspruch riesig: Sie will, wie übrigens auch die Universitäten, der Gesellschaft zu vernunftgeleitetem Fortschritt, zu informierter Meinungsbildung und also zu Freiheit verhelfen. Wer dies einlösen will, braucht eine professionelle Kommunikationsabteilung, vor allem aber Souveränität und Demut zugleich. Die Unabhängigkeit der Wissenschaft darf nicht nur behauptet, sie muss in Wort und Tat bezeugt werden. Und wer Dieter Nuhr als seinen Botschafter gewinnt, muss ihn auch verteidigen – oder darf ihn gar nicht erst fragen.

<https://dfg2020.de/statement-dfg-dieter-nuhr/>

## **Statement: #fürdasWissen: Erklärung zur Debatte um Beitrag von Dieter Nuhr**

Die Veröffentlichung eines Beitrags des Kabarettisten Dieter Nuhr #fürdasWissen auf Twitter hat dort starke Reaktionen ausgelöst, die sich zunächst um Nuhr und seine Teilnahme an der Aktion und dann um die Löschung des Beitrags auf der Kampagnen-Seite drehten. In dieser Erklärung nimmt die DFG zu den Vorgängen Stellung.

(04.08.20) Die DFG führt im laufenden Jahr anlässlich des 100. Gründungsjubiläums ihrer Vorgängerorganisation die Kampagne "DFG2020 – Für das Wissen entscheiden" durch, die mit verschiedenen Elementen und Formaten den Wert der freien und unabhängigen Wissenschaft für eine offene und informierte Gesellschaft herausstellt.

Ein zentrales Element der Kampagne ist die Online-Aktion #fürdasWissen, in der Personen aus allen gesellschaftlichen Bereichen sich in persönlichen Statements zur Bedeutung von Wissenschaft und zur Frage, warum sie selber sich für das Wissen entschieden haben, äußern können. Die Statements können bei der DFG eingereicht werden. Ausgewählte Persönlichkeiten aus der Wissenschaft, aber auch aus Politik, Kunst und Kultur, wurden direkt von der DFG eingeladen, sich zu beteiligen, so auch der Kabarettist Dieter Nuhr. Insgesamt haben bislang mehr als 200 Personen zu der Online-Aktion beigetragen.

Das von Herrn Nuhr eingebrachte Statement wurde am 21. Juli zunächst auf der eigenen Internetseite der DFG2020-Aktion und über den Youtube-Kanal der DFG öffentlich gemacht. Die DFG bedankte sich bei Herrn Nuhr für seinen Beitrag. Am 30. Juli erfolgte auch eine Veröffentlichung via Twitter, die unmittelbar eine intensive Diskussion auslöste. Die Entscheidung, Herrn Nuhr als Botschafter der Jubiläumskampagne einzusetzen und sein Statement zu veröffentlichen, wurde in vielen Kommentierungen kritisiert. Kritik erreichte die DFG auch von zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft über verschiedene Kanäle. Zu ihrem Bedauern sah sich die DFG nicht in der Lage, kurzfristig und während einer zum Teil aggressiven Twitter-Diskussion eine klare Einschätzung zu den Kommentaren vorzunehmen.

Die DFG hat sich daher am 31. Juli entschieden, den Beitrag von der Seite "DFG2020 – Für das Wissen" und aus ihrem Youtube-Kanal zu nehmen und die Situation näher zu beleuchten.

Die Entfernung des Beitrags erfolgte ohne weitere Erläuterung und ohne vorherige Information an Herrn Nuhr, was die DFG ausdrücklich bedauert und wofür sie sich bei Herrn Nuhr entschuldigt. Auch möchte die DFG betonen, dass sie mit der Entfernung des Beitrags keineswegs Herrn Nuhrs persönliche Einstellung zur Wissenschaft bewerten wollte.

Es ist der DFG jedoch auch ein Anliegen zu betonen, dass der Beitrag von Herrn Nuhr auf dem Twitterkanal @dfg\_public nicht gelöscht wurde. Damit wurde die vorangegangene Diskussion dokumentiert, und die Fortsetzung der Diskussion wurde ausdrücklich ermöglicht.

Im Folgenden hat sich die DFG intensiver mit dem Statement von Dieter Nuhr befasst und weitere Hintergrundrecherchen durchgeführt. Dabei wurde deutlich, dass Herr Nuhr die Sätze: "Wissenschaft ist nämlich keine Heilslehre, keine Religion, die absolute Wahrheiten verkündet. Und wer ständig ruft 'Folgt der Wissenschaft!' hat das offensichtlich nicht begriffen." in ähnlicher Form bereits in der stark polarisierten Debatte zum Klimawandel und der Aktivistin Greta Thunberg geäußert hat.

In dieser spezifischen Debatte Stellung zu beziehen, ist jedoch nicht Ziel der Kampagne #DFG2020. Die DFG bietet Herrn Nuhr aber sehr gerne eine im Lichte der aktuellen Debatte kommentierte Wieder-Online-Stellung seines Statements an, nicht zuletzt auch, um die Diskussion offenzuhalten. Die DFG will diesen Fall zum Anlass nehmen, eine Auseinandersetzung über die aktuelle Debattenkultur anzustoßen und sich dabei auch selbstkritisch mit dem eigenen Handeln zu befassen.

**Dieter Herbert Nuhr** (\* 29. Oktober 1960 in Wesel) ist ein deutscher Kabarettist, Komiker,<sup>[1]</sup> Autor und Moderator.



## Thunberg-Kritik 2019

In einer Ausgabe seiner Sendung *Nuhr im Ersten* vom 30. September 2019 ging Nuhr auf [Greta Thunbergs](#) eine Woche zuvor gehaltene Rede beim [UN-Klimagipfel](#) ein und erklärte „Ich werde – weil meine Tochter zu den Freitags-Demos geht – im Kinderzimmer nicht mehr heizen“ und „Wenn unsere Kinder meinen, wir können diese Welt mit ein bisschen Sonne und Wind antreiben, dann sollten wir Eltern ihnen ein Hamsterrad mit Dynamo ins Kinderzimmer stellen“. Diese Äußerungen riefen viel Kritik und bei [Twitter](#) einen [Shitstorm](#) hervor.<sup>[35][36]</sup>

Darauf angesprochen sagte er in einem Interview, er sei eigentlich für [Fridays for Future](#) und [Klimaschutz](#), aber die Forderungen der Bewegung seien unerfüllbar und liefen auf die Auflösung der Welthandelsordnung hinaus. Dies würde dann nicht zu Millionen, sondern zu Milliarden [Toten](#) sowie einem [dritten Weltkrieg](#) führen.<sup>[37]</sup> [Spiegel Online](#) stellte zur Kritik fest, „Verlierer des Tages ist die Gelassenheit“ und zitierte [Herbert Feuerstein](#): „Jeder hat das Recht, verarscht zu werden.“<sup>[38]</sup> In einer [Kolumne](#) in der *taz* wurde die Redaktion der [EMMA](#) dafür kritisiert, weil diese Nuhr wegen seiner Äußerungen gegen Thunberg „als Rebell gegen die ‚[Political Correctness](#)‘“ gelobt hatte.<sup>[39][40]</sup> „Dabei hat Nuhr nur seinen Job gemacht“ kommentierte Sebastian Briellmann in der [Basler Zeitung](#).<sup>[41]</sup>

## DFG-Beitrag 2020

Für ihre Jubiläumskampagne im Jahr 2020 veröffentlichte die [Deutsche Forschungsgemeinschaft](#) (DFG) unter anderem einen Audiobeitrag von Nuhr. Darin erklärte er unter anderem: „Wissen bedeutet nicht, dass man sich zu 100 Prozent sicher ist, sondern dass man über genügend Fakten verfügt, um eine begründete Meinung zu haben.“ Es sei daher richtig, dass Wissenschaftler ihre Meinung änderten: „Das ist normal. Wissenschaft ist gerade, dass sich die Meinung ändert, wenn sich die Faktenlage ändert. Und wer ständig ruft ‚Folgt der Wissenschaft!‘ hat das offensichtlich nicht begriffen.“ Nach einem [Shitstorm](#) in den sozialen Medien, in dem Nuhr wissenschaftlich fragwürdige Relativierungen des Klimawandels und der [COVID-19-Pandemie](#) vorgeworfen wurde, löschte die DFG den Beitrag.

Der Streit zwischen DFG und Nuhr wurde kurz darauf unter Vermittlung des Wissenschaftsjournalisten [Ranga Yogeshwar](#) beigelegt und der Beitrag unverändert wieder online gestellt. Die DFG veröffentlichte dazu die Erklärung, in der sie sich bei Nuhr entschuldigte und sagte mit Bezug auf Nuhr: „Herr Nuhr ist eine Person, die mitten in unserer Gesellschaft steht und sich zu Wissenschaft und rationalem Diskurs bekennt. Auch wenn seine Pointiertheit als Satiriker für manchen irritierend sein mag, so ist gerade eine Institution wie die DFG der Freiheit des Denkens auf Basis der Aufklärung verpflichtet.“<sup>[42]</sup> Der Philosoph [Philipp Hübl](#) verteidigte Nuhrs Beitrag auf [Deutschlandfunk Kultur](#) mit der Begründung, Satire sei „eine Art [Peer Review](#) für unsere Moral“.<sup>[43]</sup>

**Banlieue cinema****A bold French film stirs controversy in America****“Cuties” has attracted attention from Ted Cruz and QAnon****[Books & arts](#) Sep 19th 2020 edition**

Like any 11-year-old girl starting at a new school, Amy (Fathia Youssouf) just wants to fit in. The conservative Muslim teachings of her Senegalese mother’s world impose a creed of *pudeur*, or modesty. Passing the laundry room of her high-rise block in a *banlieue* of Paris, Amy is dazzled by a different universe. She glimpses Angelica (Médina El Aidi-Azouni), dressed in a crop top and practising hip-swalling dance moves as her washing spins.

“Mignonnes” (“Cuties”) is about Amy’s painful quest to join Angelica’s dance gang. It is a powerful, disturbing story of belonging, female liberty, hysterical giggling and conflicting cultures, but also of the hyper-sexualisation of pre-teens. Inspired by much-“liked” video clips on social media, the pre-adolescent Amy naively urges the girls into ever-more explicit choreography. The Franco-Senegalese director, Maïmouna Doucouré, who won a Sundance award for the film, says she wanted to explore “dangerous” social pressures through the eyes of girls, but not to “judge” them.

Others have decided to judge, however. A low-grossing independent movie in French would ordinarily go unnoticed in America. But Netflix, which acquired the American distribution rights, has provoked a backlash. Ted Cruz, a Republican senator, wrote to the attorney-general asking him to determine whether the film “violated any federal laws against the production and distribution of child pornography”. A “cancel Netflix” petition, backed by QAnon conspiracists, is circulating online.

Netflix has apologised for the “inappropriate artwork” it initially used. It was far from the film’s French publicity shot, which showed the girls in a carefree moment of sorority. Yet the row raises a thorny question: when does a film about a troubling phenomenon become complicit in what it seeks to condemn? During dance scenes, the camera lingers uncomfortably on the children’s bodies in ways that shock and haunt the viewer. The political hijacking of the debate, though, leaves little space for subtlety. Which for a strong debut feature film by a young black female director is a shame.

*This article appeared in the Books & arts section of the print edition under the headline "The dancer and the dance"*

## The new energy order

# Is it the end of the oil age?

Power in the 21st century

[Leaders Sep 17th 2020 edition](#)

Oil fuelled the 20th century—its cars, its wars, its economy and its geopolitics. Now the world is in the midst of an energy shock that is speeding up the shift to a new order. As covid-19 struck the global economy earlier this year, demand for oil dropped by more than a fifth and prices collapsed. Since then there has been a jittery recovery, but a return to the old world is unlikely. Fossil-fuel producers are being forced to confront their vulnerabilities. ExxonMobil has been ejected from the Dow Jones Industrial Average, having been a member since 1928. Petrostates such as Saudi Arabia need an oil price of \$70-80 a barrel to balance their budgets. Today it is scraping along at just \$40.

There have been oil slumps before, but this one is different. As the public, governments and investors wake up to climate change, the clean-energy industry is gaining momentum. Capital markets have shifted: clean-power stocks are up by 45% this year. With interest rates near zero, politicians are backing green-infrastructure plans. America's Democratic presidential contender, Joe Biden, wants to spend \$2trn decarbonising America's economy. The European Union has earmarked 30% of its \$880bn covid-19 recovery plan for climate measures, and the president of the European Commission, Ursula von der Leyen, used her state-of-the-union address this week to confirm that she wants the eu to cut greenhouse-gas emissions by 55% over 1990 levels in the next decade.

The 21st-century energy system promises to be better than the oil age—better for human health, more politically stable and less economically volatile. The shift involves big risks. If disorderly, it could add to political and economic instability in petrostates and concentrate control of the green-supply chain in China. Even more dangerous, it could happen too slowly.

Today fossil fuels are the ultimate source of 85% of energy. But this system is dirty. Energy accounts for two-thirds of greenhouse-gas emissions; the pollution from burning fossil fuels kills over 4m people a year, mostly in the emerging world's mega-cities. Oil has also created political instability. For decades petrostates such as Venezuela and Saudi Arabia, with little incentive to develop their economies, have been mired in the politics of handouts and cronyism. In an effort to ensure secure supplies, the world's big powers have vied to influence these states, not least in the Middle East, where America has roughly 60,000 troops. Fossil fuels cause economic volatility, too. Oil markets are buffeted by an erratic cartel. Concentration of the world's oil reserves makes supply vulnerable to geopolitical shocks. Little wonder that the price has swung by over 30% in a sixth-month period 62 times since 1970.

A picture of the new energy system is emerging. With bold action, renewable electricity such as solar and wind power could rise from 5% of supply today to 25% in 2035, and nearly 50% by 2050. Oil and coal use will drop, although cleaner natural gas will remain central. This architecture will ultimately bring huge benefits. Most important, decarbonising energy will avoid the chaos of unchecked climate change, including devastating droughts, famine, floods and mass dislocation. Once mature, it should be more politically stable, too, because supply will be diversified, geographically and technologically. Petrostates will have to attempt to reform themselves and, as their governments start to depend on taxing their own citizens, some will become more representative. Consuming countries, which once sought energy security by meddling in the politics of the oil producers, will instead look to sensible regulation of their own power industry. The 21st-century system should also be less economically volatile. Electricity prices will be determined not by a few big actors but by competition and gradual efficiency gains.

Yet even as a better energy system emerges, the threat of a poorly managed transition looms. Two risks stand out. Autocratic China could temporarily gain clout over the global power system because of its dominance in making key components and developing new technologies. Today Chinese firms produce 72% of the world's solar modules, 69% of its lithium-ion batteries and 45% of its wind turbines. They also control much of the refining of minerals critical to clean energy, such as cobalt and lithium. Instead of a petrostate, the People's Republic may become an "electrostate". In the past six months it has announced investments in electric-car infrastructure and transmission, tested a nuclear plant in Pakistan and considered stockpiling cobalt.

China's leverage depends on how fast other economies move (see [Briefing](#)). Europe is home to giant developers of wind and solar farms—Orsted, Enel and Iberdrola are building such projects around the world. European firms are leading the race to cut their own emissions, too. America's trajectory has been affected by the rise of shale oil and gas, which has made it the world's largest oil producer, and by Republican resistance to decarbonisation measures. If America were to act on climate change—with, say, a carbon tax and new infrastructure—its capital markets, national energy laboratories and universities would make it a formidable green power.

The other big risk is the transition of petrostates, which account for 8% of world gdp and nearly 900m citizens. As oil demand dwindles, they will face a vicious fight for market share which will be won by the countries with the cheapest and cleanest crude. Even as they grapple with the growing urgency of economic and political reform, the public resources to pay for it may dwindle. This year Saudi Arabia's government revenue fell by 49% in the second quarter. A perilous few decades lie ahead.

Faced with these dangers, the temptation will be to ease the adjustment, by taking the transition more slowly. However, that would bring about a different, even more destabilising set of climate-related consequences. Instead, as our special report in this issue explains, the investments being contemplated fall drastically short of what is needed to keep temperatures within 2°C of pre-industrial levels, let alone the 1.5°C required to limit the environmental, economic and political turmoil of climate change. For example, annual investment in wind and solar capacity needs to be about \$750bn, triple recent levels. And if the shift towards fossil-fuel-free renewable energy accelerates, as it must, it will cause even more geopolitical turbulence. The move to a new energy order is vital, but it will be messy

<https://www.economist.com/leaders/2020/09/19/the-ecbs-lack-of-credibility-could-hamstring-europes-recovery>

## Off target

# The ECB's lack of credibility could hamstring Europe's recovery

A strong currency is both cause and consequence of the ECB's failures

[Leaders Sep 19th 2020 edition](#)

At points in the past decade the European Central Bank (ecb) was the only institution standing between the euro zone and financial oblivion. Europe's problem was budgetary inhibition and insufficient risk-sharing. Monetary policymakers were the only game in town. No longer. Earlier this year the European Union agreed to issue joint debt to fund a fiscal response to the pandemic, sending confidence in the currency union surging. Now the most pressing problem in euro-zone economic policy stems from Frankfurt. It is that hardly anyone believes the ecb is serious about hitting its inflation target of "below, but close to, 2%".

Covid-19 continues to leave most of the world with a 90% economy in which activity is depressed (see [article](#)). Disinflation is the natural consequence. In August euro-zone prices fell for the first time in four years. But it is the job of policymakers to ensure that shocks do not become prolonged disinflationary slumps. The ecb's own forecasts, released after its monetary-policy meeting on September 10th, show that it is failing. Inflation will rise over the next three years—but only to 1.3%. Financial markets expect it will stay around that level for most of the next decade. Professional forecasters are only a little more optimistic. The latest force holding down prices is a strong euro. The single currency has appreciated by 5.4% against the dollar this year.

A central bank that took its target seriously would fight tooth and nail to improve this outlook. Depressed inflation expectations are a dangerous malady. They keep real interest rates—that is, rates minus expected inflation—higher than they otherwise would be. This is a problem when, as today, nominal rates cannot fall much further. And central banking is a confidence game: the more a target loses credibility, the harder it is to hit. So concerned is America's Federal Reserve about inflation expectations that it has promised to allow inflation to overshoot its target temporarily to make up for shortfalls, ensuring that inflation averages 2% over the long term.



The ecb, by comparison, seems unperturbed. Instead of injecting new stimulus last week, it held back. The problem is not a lack of means. It insists that it could cut interest rates below today's level of -0.5%, offer funding to banks on looser terms or expand its purchases of government debt. But it has done none of these things. After last week's meeting Christine Lagarde, the bank's president, said that increased asset purchases had not even been discussed. That pushed the euro up further, showing that the bank's insouciance is adding to the currency's strength and making expectations of low inflation self-fulfilling. Perhaps Ms Lagarde, not for the first time, gave too hawkish an impression. In a seemingly corrective blog post the next day, Philip Lane, the bank's chief economist, struck a more doveish tone. The ecb will probably act in December. But it remains an institution that appears to view inflation shortfalls as a minor annoyance, not a test of its mettle.

Some would have it that the problem remains fiscal. Europe's budgetary stimulus is smaller than America's, and the ecb has already played an enormous role in markets this year. But the view that looser purse strings are needed to "ease the burden" on monetary policy is dangerous. If the practical effect of budgetary loosening is to let the central bank take a breather, the chances are that the exchange rate will appreciate, offsetting some or all of the stimulus. The monetary taps must stay fully open for the extra fiscal stimulus to have the desired effect. That is what is happening in America.

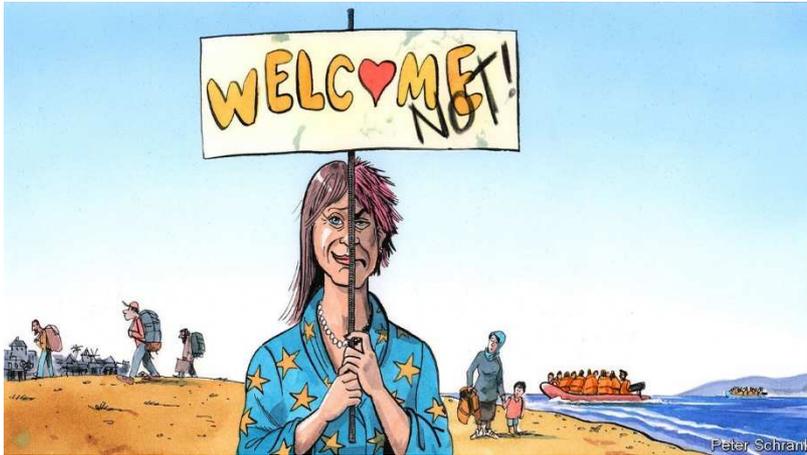
There is nothing inherently wrong with a strong euro. Many models, including our Big Mac index, suggest that it is warranted. But at present it partly reflects a suspicion that the ecb is willing to live with a lower rate of inflation than its official target demands. That risks damaging both the central bank's credibility and also the euro zone's recovery.

## Charlemagne

# Europe's asylum compromise

Let the humanitarians sound humane and the hardliners sound hard

[Europe Sep 19th 2020 edition](#)



It takes a lot of misery to jolt European politicians into action on migration. Only when bodies started piling up on Lampedusa, an Italian island near Tunisia, did European leaders in 2013 first properly acknowledge the refugee crisis at its border. At its peak in 2015, when 1m people entered the eu, only the very worst stories cut through. In one incident, 71 people—including four children—suffocated inside a meat lorry. Their bodies were discovered beside an Austrian motorway when a policeman noticed their liquefied remains seeping out. Compared with those horrors, the long-running misery of Moria, an overcrowded, squalid refugee camp on the Greek island of Lesbos was a side-story.

Until it burnt down on September 9th. Moria and other camps like it dotted across Greece were supposed to be the fulcrum of the eu's asylum policy. For hosting them, Greece had received €2bn of eu funding. Yet in mid-September the fire left 13,000 people—including about 4,000 children—searching for shelter. Moria has provided a deeply inauspicious backdrop for the European Commission's latest efforts to tackle the issue. It is due to unveil a "migration pact" on September 23rd, with a host of policies designed to overhaul the bloc's asylum and migration rules.

Brussels has a thankless task ahead of it. Migration sits at an unhappy apex of complexity and controversy. Leaders are united only by paranoia. "Every single government can go down because of this," says one eu ambassador. Populists have long made hay of the topic. On the other side of things, green and leftist parties hammer their mainstream rivals when they become too stern. Old divisions have already emerged from Moria's ashes. Germany, the de facto head of the eu's humanitarians, swiftly promised to take in 2,750 asylum-seekers from Greek camps. Austria, the leader of the anti-migration hardliners, insisted it would take none.

Coming up with a compromise between the humanitarians, the hardliners and the front-line states, such as Greece, is the commission's job. As part of the package, the front-line states must be stricter in registering arrivals. Despite rules to the contrary, asylum-seekers and migrants who arrive in, say, Italy have a habit of ending up in the eu's north. Under the proposals, an initial sift will see arrivals sorted into categories, with those likely to receive asylum put on one track, whereas those from relatively safe countries will be diverted for rapid deportation. After that, rather than stay in the first port of call, refugees will be distributed across the eu.

The hitch with this plan is that countries such as Hungary have refused point-blank to accept any such scheme. Forced compassion is a recipe for misery. Arrivals do not want to go to Hungary; Hungarians do not want them to come. Wealthy western European countries which have six decades of (often chequered) experience of immigration are tone-deaf when they lecture eastern European voters. Forcing countries with little history of immigration to get used to it in a few years rather than decades is clumsy and unreasonable and will win few converts. The eu is, however, a commons in which freeloaders should not be accepted. The commission is trying to come up with other ways to share out the burden.

One idea being considered by eu officials is for hardline countries to take the lead in removing people without the right to asylum. Deportation—“returns” in the euphemistic jargon—is difficult. It is expensive, legally complicated and requires strong diplomacy. Taking responsibility for deportations would be a serious job. At the moment, only 40% of failed asylum-seekers are actually sent back. Without an effective system of deportation, a dangerous trip to the eu becomes a calculated risk, even for someone from a country such as Nigeria or Senegal, whose citizens’ asylum applications are rejected 90% of the time.

Leaving the hardliners as Europe’s bouncers, in the phrase of one migration wonk, would partially solve the solidarity issue. But it would scar the eu’s self-image as a beacon of liberal values. Brutal as it may seem, the eu can either have an asylum system that lives up to humanitarian ideals but fails in practice, or it can have a system that actually works. Some European countries are happy to be humanitarian; others are happy to be hard-headed. A successful Europe-wide migration strategy would make use of both.

## **Compromise without crisis**

Even this approach may flounder. The last crisis still poisons the debate, even though things are different now. Between 2015 and 2016, 1.4m jumped the border. Now only around 140,000 people arrive every year in an “irregular” manner. Calmer heads should prevail. After all, most migration is legal and well organised, points out Ylva Johansson, the commissioner for home affairs, who oversees the reforms. About 2.5m people move to the eu each year, while 1m leave—just the ticket for an ageing bloc fond of welfare spending. “De-dramatising” the situation is the commission’s main aim, says Ms Johansson. But when it comes to refugees, eu leaders swiftly become drama queens.

Fights over money or industrial policy are comparatively simple to settle. Cash can be shuffled around on a spreadsheet. Regulatory leeway for cherished industries can be haggled over. No such easy fixes exist when it comes to migration. Taking in refugees is a decades-long commitment, which requires political consent. Integration is difficult to do well, even when a government is willing, never mind if people are being foisted upon their hosts.

If a deal is not possible in a time of relative calm, then waiting for a crisis becomes the only option. Although it was a hoary old solution to European deadlock, a similar approach on economic matters worked this summer. eu leaders took a political leap of faith by issuing mutual debt for the first time. The trouble is that the eu had to suffer its worst-ever economic slump to get there. A big enough crisis may do something similar when it comes to asylum, creating the political space for compromise. But a breakthrough will come only at an unconscionably high price.

# Was ist « Cancel Culture »

Als **Cancel Culture** (dt. „*Abbruchkultur*“) wird ein systematischer **Boycott** von Personen oder Organisationen bezeichnet, denen beleidigende oder **diskriminierende** Aussagen bzw. Handlungen vorgeworfen werden. Wegen der ihr unterstellten gravierenden Auswirkungen ist sie durchaus **ambivalent** und heftig umstritten.

## Begriffsherkunft und Wirkungsweise

---

Der Begriff *Cancel Culture* stammt aus dem **angelsächsischen Sprachraum** und hat mittlerweile auch in deutschsprachige Debatten Eingang gefunden. Er geht auf die Praktik des *Cancelns* (von engl. *to cancel* = stornieren, aufheben) zurück, also auf das Zurückziehen der Unterstützung für eine öffentliche Person oder Organisation. Canceln wird überwiegend in sozialen Medien betrieben und zielt auf den Entzug medialer Aufmerksamkeit. Damit gehen in der Regel Beschuldigungen einher, die den Ruf der betroffenen Person schädigen können.<sup>[1]</sup> Entsprechende Vorfälle haben vereinzelt zu Entlassungen sowie zur Absetzung von Filmen und Fernsehserien geführt.<sup>[2]</sup> *Cancel Culture* ist ein politischer Begriff, der von den Gegnern dieser Tendenz geprägt wurde. Er steht in der Tradition der Auseinandersetzungen um **Political Correctness**.<sup>[1][3]</sup> Zuletzt fiel der Begriff auch im Zusammenhang mit der Revision von als **rassistisch** wahrgenommenen **Kulturerbes**, wie zum Beispiel Denkmälern von **Kolonialisten** oder der Praktik des **Blackfacings**.<sup>[4]</sup>

## Beispiele

---

### In Nordamerika

2018 veröffentlichte der kanadische Moderator Jian Ghomeshi, dem zuvor von über 20 Frauen sexuelle Übergriffe vorgeworfen worden waren, einen Essay über **#MeToo** in *New York Review of Books*. Das sorgte für Kritik an deren Chefredakteur **Ian Buruma**, der seinen Posten kurz darauf aufgab.<sup>[5][6]</sup>

David Shor arbeitete bei einer Firma, die durch Analysen die **US-Demokraten** im Wahlkampf 2020 unterstützen soll. Er fasste nach dem Tod **George Floyds** die Studie eines schwarzen Havard-Professors auf Twitter zusammen. Demnach hätten gewaltsame Proteste 1968 **Richard Nixon** zum Wahlsieg verholfen, friedliche Demonstrationen hingegen die Demokraten begünstigt. Zahlreiche Aktivisten werteten auf Twitter diesen Tweet als Rat zur Gewaltlosigkeit an die **BLM**-Bewegung und sprachen Shor als Weißem das Recht dazu ab. Daraufhin wurde er von seinem Arbeitgeber gefeuert. **Yascha Mounk** folgert aus solchen Vorfällen, Cancel Culture sei ein „Phänomen, das nicht mehr nur falsche Meinungen bekämpfen will – sondern auch die vermeintlich Falschmeinenden dahinter.“<sup>[7]</sup>

### In Deutschland

Die **Leipziger Jahresausstellung** drohte 2019 auszufallen, nachdem die Einladung des umstrittenen Malers **Axel Krause** für einen Eklat gesorgt hatte. Krause hatte in der Vergangenheit **migrationskritische** Äußerungen gepostet und die **AfD** ein „begrüßenswertes Korrektiv im maroden Politikbetrieb“ genannt. Erst nachdem der Künstler eingeladen worden war, wurde die Ausstellung mit Verspätung doch noch eröffnet.<sup>[8]</sup>

Auch Vorfälle außerhalb des Internets wurden mit *Cancel Culture* in Verbindung gebracht. So als im Oktober 2019 der AfD-Gründer **Bernd Lucke** nach Verlust seines Sitzes für die Partei **Liberal-Konservative Reformer** im **EU-Parlament** wieder an seinen Arbeitsplatz als **Professor** für **Makroökonomie** an der **Universität Hamburg** zurückkehrte und seine beiden ersten Vorlesungen wegen vehementer Proteste nicht halten konnte.<sup>[9]</sup> Im selben Monat verhinderten linke Demonstrierende eine Lesung **Thomas de Maizières** beim **Göttinger Literaturherbst**.<sup>[10]</sup> Bundeswirtschaftsminister **Peter Altmaier** erklärte: „Die Blockade in Göttingen durch die Antifaschistische Linke ist eine unerhörte Missachtung von Recht und Person, die wir nicht hinnehmen dürfen!“. Der Göttinger CDU-Bundestagsabgeordnete **Fritz Güntzler** sagte: „Ich bin schockiert über die Ausmaße der Aktion, die ein Angriff auf unsere Demokratie war.“<sup>[10]</sup> Zu beiden Fällen bezog **Bundespräsident Steinmeier** Stellung, indem er eine respektvolle Form der Auseinandersetzung annahmte.<sup>[11]</sup>

Die [Deutsche Forschungsgemeinschaft](#) (DFG) veröffentlichte 2020 im Rahmen einer Online-Kampagne anlässlich ihres 100. Geburtstages eine Stellungnahme des [Komikers Dieter Nuhr](#). Dies stieß auf heftige Kritik, da Nuhr zuvor wissenschaftlich fragwürdige Relativierungen des [menschengemachten Klimawandels](#) und der [COVID-19-Pandemie](#) vorgeworfen worden waren. Die anschließende Löschung von Nuhrs Beitrag wertete dieser als Teil einer *Cancel Culture*.<sup>[12]</sup> Die DFG entschuldigte sich nach weiterer Kritik in den Medien bei Nuhr. Sie sei angesichts der zum Teil „aggressiven Twitter-Diskussion“ zu keiner klaren Einschätzung gekommen.<sup>[13]</sup> Die DFG stellte den Beitrag wieder online, wobei sie die „Freiheit des Denkens auf Basis der Aufklärung“ betonte und sich besorgt über eine Polarisierung der [Debattenkultur](#) äußerte.<sup>[14]</sup>

Zeitgleich kam es zur Ausladung [Lisa Eckharts](#) vom Harbour-Literatur-Festival in Hamburg. Eckhart meint, es handle sich um ein „teilweise boshafes Missverstehen“.<sup>[15]</sup> Im Kontext der Debatten folgten unter anderem ein Kommentar auf *BR Kultur Bühne* von Knut Cordsen<sup>[16]</sup>, einer von Dirk Peitz in *Die Zeit*,<sup>[17]</sup> sowie zwei [Deutschlandfunk Kultur](#)-Interviews, eines mit [Claus Leggewie](#)<sup>[18]</sup> und ein Weiteres mit [Stefanie Sargnagel](#).<sup>[19]</sup> Außerdem ein [Tagesspiegel](#)-Kommentar von [Malte Lehming](#),<sup>[20]</sup> sowie Götz Alys Kolumne in der [Berliner Zeitung](#)<sup>[21]</sup>, ein [Zapp](#)-Kommentar von [Sebastian Friedrich](#)<sup>[22]</sup>, ein [WELTplus](#)-Artikel von [Deniz Yücel](#)<sup>[23]</sup>, ein Artikel von [Michael Hanfeld](#) in der [FAZ](#)<sup>[24]</sup> und [Margarete Stokowski](#) ging in ihrer [Spiegel](#)-Kolumne auf die Debatte ein.<sup>[25]</sup>

## Rezeption

---

Noch im August 2020 scheint der Begriff in Deutschland umstritten zu sein. So schreibt der Freitag, dass „die Feuilletons der Republik sich über den Begriff Cancel Culture den Kopf zerbrechen“.<sup>[26]</sup>

## Kritik

Die schwedische Publizistin Karin Pettersson sieht bei den [Linken](#) ein „Intoleranzproblem“. Zwar sei es keine Einschränkung, sondern eine Stärkung der Rechte von Angehörigen von Minderheiten, wenn Angriffe auf diese auf massive Kritik stoßen. Doch gebe es bei *Cancel Culture* gefährliche Tendenzen, wenn provokative Behauptungen nicht sachlich widerlegt werden, sondern es nur darum gehe, ihre Urheber zu diskreditieren.<sup>[27]</sup>

Die Autorin Helen Lewis sieht die *Cancel Culture* auch als ein Mittel [kapitalistischer](#) Konzerne, um durch wenig einschneidende „progressive Gesten“ echten Debatten über Gleichberechtigung aus dem Weg zu gehen. Dadurch würden bestehende diskriminierende Strukturen erhalten und stabilisiert.<sup>[28]</sup>

Im Juli 2020 wurde ein Schreiben mit dem Titel „Ein Brief über Gerechtigkeit und offene Debatten“ vom US-amerikanischen [Harper's Magazine](#) veröffentlicht.<sup>[29]</sup> „Unter den über 150 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern sind Prominente wie die ‚Harry Potter‘-Autorin [J.K. Rowling](#), die Schriftstellerin [Margaret Atwood](#), der Linguist und Aktivist [Noam Chomsky](#), der britisch-indische Autor [Salman Rushdie](#) und der deutsche Autor [Daniel Kehlmann](#). Sie alle sprechen sich gegen eine ‚Cancel Culture‘ in den USA aus.“<sup>[30][31][32][33]</sup> Einer der Unterzeichner ist [Steven Pinker](#). Er nannte in der [Welt am Sonntag](#) für seine Unterstützung mehrere Gründe. Zum einen werde durch die sogenannte *Cancel Culture* das Leben unschuldiger Menschen ruiniert. Zum anderen werde eine jüngere Generation von Intellektuellen, Wissenschaftlern und Künstlern eingeschüchtert und traue sich nicht mehr, eine andere Meinung zu äußern. Außerdem lähme der Trend, Menschen mit anderen Überzeugungen zu verleumden oder zu feuern, die Fähigkeit, kollektiv Probleme zu lösen.<sup>[34]</sup> [George Soros](#) meinte in einem Interview: "Einige sprechen von ‚Cancel Culture‘. Ich halte es für eine vorübergehende Erscheinung. Ich denke, sie wird auch übertrieben. Auch die politische Korrektheit an den Universitäten ist maßlos überzogen. Als Verfechter einer offenen Gesellschaft halte ich Political Correctness für politisch inkorrekt. Wir sollten nie vergessen, dass eine Meinungsvielfalt für offene Gesellschaften unerlässlich ist.“<sup>[35]</sup>

Der Jurist und Publizist [Milosz Matuschek](#) verweist darauf, dass schon vor zwei Jahrhunderten [Alexis de Tocqueville](#) in demokratischen Republiken ein tyrannisches Element identifizierte. Da heterodoxes Denken im konformistischen Mainstream durch Auslöschung der bürgerlichen Existenz bestraft werden könne, ziehe es sich in ein *Intellectual Dark Web* zurück, wo das Thema Kulturkampf noch diskutiert werde.<sup>[36]</sup>

## Verteidigung

Hannes Soltau weist am 9. Juli 2020 im Tagesspiegel darauf hin, dass sich aufgrund der Machtunterschiede in der Gesellschaft Minderheiten nur durch massenhaftes Auftreten Gehör verschaffen können, wie es

prominente Vertreter der Mehrheit auch einzeln haben. Wenn diese dadurch ihre Privilegien bedroht fühlen, sollten sie bedenken, dass dies beiläufig eine Korrektur der bestehenden Ungerechtigkeit sei.<sup>[37]</sup>

Der Songwriter [Billy Bragg](#) legt das [Orwell](#)-Zitat aus dem Vorwort von [Animal Farm](#): „Falls Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann bedeutet sie das Recht darauf, den Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen“ dahingehend aus, dass es keine Freiheitsverteidigung, sondern eine Erlaubniseinforderung sei und geht kritisch auf den offenen Brief ein. Viele, die ihren Namen unter den Brief setzten, seien langjährige Größen des Kulturbetriebs und gewohnt, dass ihre Ansichten nur mit Ehrfurcht und Respekt konsumiert wurden. Als Reaktion auf diese Entwicklung sei eine Generation herangewachsen, die der Rechenschaftspflicht Vorrang vor der absoluten Redefreiheit einräume. Nun haben die sozialen Medien die Seifenblase platzen lassen, und die Prominenten mussten schmerzlich lernen, dass heute jeder mit einem Twitter-Account ihre Meinung in Frage stellen könne.<sup>[31]</sup>

Die Kolumnistin des Guardian, Nesrine Malik meint, hier zeige sich nur die Selbstverliebtheit bestimmter Teile der intellektuellen Elite, einer Gruppe von etablierten Influencern, die mit der Tatsache zu kämpfen haben, dass sie die Kontrolle darüber verlieren, wie ihre Arbeit rezipiert wird und zu dem Schluss kommen, das Hauptproblem bestehe darin, dass die Meinungsfreiheit von einem Mob angegriffen werde, der einem ganz bestimmten politischen Lager entstamme. Dieser Solipsismus über eine vermeintliche „Cancel Culture“ sei selbst ein Beleg dafür, dass es mehr Demokratisierung und weniger Ehrfurcht vor denjenigen brauche, die auf eine Welt im Wandel blicken und dabei nur die Veränderungen sehen, die sie selbst negativ betreffen. Die Sozialen Medien stellten dagegen das Mittel dar, mit dem rassistische Vorfälle und Polizeigewalt gegenüber Minderheiten bekannt gemacht werden können und so erst Verbreitung finden. Während eine Pandemie und eine weltweite Anti-Rassismus-Bewegung uns dazu zwingen, eingehend darüber nachzudenken, wie unsere Gesellschaften eine Ungleichheit perpetuieren, die das Leben derjenigen bedroht, die sich am kürzeren Ende des Rechtssystems befinden und noch immer nicht über die Plattformen oder Zugänge verfügen, um Debatten zu prägen. Es sei ganz natürlich, dass sie sich im Internet zusammenfinden, um hier gemeinsam aktiv zu werden.<sup>[38]</sup>

[Pankaj Mishra](#) sieht, dass durch BLM und CC die „Neubewertung der Dinge aus der Perspektive der langjährigen Verlierer der Geschichte“ erzwungen werde. Der „heimtückische[n]“ Harper's Letter beklage, „was üblicherweise als „Cancel Culture“ bezeichnet werde, und das inmitten massiver Proteste gegen Rassismus. „Laut zu schreien, die „Meinungsfreiheit“ sei in Gefahr, ist zu einem Mittel geworden, sich als Hüter des „klassischen Liberalismus“ hervorzutun und sich moralischen und intellektuellen Glanz zu verleihen. Das Problem dieser reichen, mächtigen, aber tief unsicheren Minderheit ist, dass die Meinungsfreiheit für die meisten Menschen auf dieser Erde nie größer war.“ [Viet Thanh Nguyen](#) hat es abgelehnt, den Harper's Letter zu unterschreiben, denn „Die erfrischende ebenso wie erschreckende Stärke der sozialen Medien ist es, dass sie Stimmen und Meinungen erlauben und ermutigen, die nicht liberal sind. Erschreckend ist das, weil wirklich widerliche Ideen und Persönlichkeiten florieren können; erfrischend, weil dort auch der Wille, der Macht die Wahrheit zu sagen, sehr stark ist.“ Das werde getragen von einer jungen und sehr engagierten Generation, der „allerdings immer noch beachtliche Kräfte eines diskreditierten Status Quo“ im Weg stehen.<sup>[39]</sup>

## **Begriffskritik**

Kritiker des Begriffs bemerken, dass „Cancel Culture“ zu Unrecht meist linken oder identitätspolitischen Initiativen vorgeworfen wird. Konservative Kritiker der Cancel Culture, wie der US-Präsident [Donald Trump](#), verfolgten entsprechende Strategien der Aufkündigung des Dialogs und der Denunziation einzelner Personen, Organisationen, Medien und Publikationen mitunter selbst viel exzessiver. Trump habe durch teilweise ungerechtfertigte Vorwürfe versucht, politische Gegner, kritische Journalisten und sogar Sportler aus ihren Anstellungen zu drängen.<sup>[40][41]</sup>

Einige Kommentatoren beobachten, dass zuletzt sehr unterschiedliche Vorfälle und Debatten mit Cancel Culture in Verbindung gebracht wurden. Die Begriffsverwendung zeichne sich somit durch eine gewisse Vagheit aus.<sup>[42]</sup> Kontextlose Vorwürfe von Cancel Culture könnten das Wort als „Kampfbegriff“ funktionalisieren, der eine gesellschaftliche Polarisierung vorantreibe.<sup>[43]</sup>

[Samira El Ouassil](#) sieht in *Cancel Culture* einen [ideologischen](#) Kampfbegriff, der überwiegend von [Rechtspopulisten](#) und [Rechtsextremen](#) genutzt werde, um berechtigten Proteste zu delegitimieren.<sup>[44]</sup>

**Le Figaro, no. 23669**

Le Figaro, mardi 22 septembre 2020 1098 mots, p. 20

Débats

# Les maires Verts, révolutionnaires armés d'une gomme

Delacomptée, Jean-Michel

On note rarement que les Verts, qui, aidés d'une abstention massive, ont gagné quelques grandes métropoles, n'accordent guère d'importance à leur tenue vestimentaire. Généralement, ils s'épargnent le port de la cravate, ne cultivent ni le chic ni la mode, s'affichent en robes modestes, pantalons sans pli, polos ou chemises froissées. Ils ne cherchent pas à rehausser leur prestance par un maquillage raffiné, des lunettes à monture d'écailles, une coupe de cheveux soignée. Ils ne cherchent pas à faire peuple, mais à faire jeune.

Cette absence de formalisme vestimentaire s'accompagne d'un langage simple. À la télévision, à la radio, ils énoncent leurs certitudes sur un ton d'évidence qui exclut l'agressivité et les raisonnements sinueux. Ils sont catégoriques, mais posés. Arrogants, mais patelins. Ils la jouent sympas. Ils sont cool. Mieux, ils sont amour. Amour de la planète, amour de l'humanité, ce qui, chez eux, revient au même. Amour des animaux aussi, avec une tendresse spéciale pour les oiseaux migrateurs, les ours et les loups.

Une même simplicité caractérise les mesures qu'ils défendent, qu'on retrouve dans celles prônées par la Convention citoyenne sur le climat. Des mesures souvent de bon aloi, étant donné l'urgence climatique. Ils ont le pragmatisme pour mot d'ordre et le teint frais pour ambition. Apôtres du bio et du festif, ils privilégient le concret sous leurs dehors bohèmes. Tout en dégoulinant de morale progressiste, leur approche est en effet essentiellement technique : éviter le gaspillage, réparer ce qui s'abîme, recycler le périmé, trier les ordures ménagères, assurer partout l'isolation thermique, stopper les fuites dans les réseaux d'eaux, nettoyer les rivières, bref, colmater les brèches et proscrire les nuisances, condition d'une vie heureuse. Comme Stendhal l'écrit dans sa préface à *De l'amour* au sujet des industriels, « *leur esprit est toujours tendu à l'utile et au positif* ». L'existence au ras des pâquerettes pour brouter le bonheur dès le matin.

Le culte idolâtre qu'ils vouent au vélo pour circuler en ville s'appuie, on le sait, sur leur haine de la voiture. Mais d'où vient ce rejet obsessionnel, cette répulsion rageuse, soeur jumelle de la haine qu'ils vouent au nucléaire ? Comme le négligé vestimentaire et la simplicité du langage, l'usage du vélo fait jeune. Pédaler, c'est protéger le corps et l'avenir. Mais avant tout, la voiture polluée. À l'image des centrales atomiques, elle produit des masses de déchets, dioxyde de soufre, CO<sub>2</sub>, particules fines. Or les Verts ont horreur des déchets. Pour ces puritains postmodernes, les déchets sont plus que sales, plus que malsains, ils sont impurs. Ainsi, l'enfouissement des résidus radioactifs les révolte. La durée de vie de ces produits toxiques s'étend sur des centaines de milliers, voire des millions d'années. Il faut éviter à tout prix d'empoisonner nos descendants. Pas les humains, évidemment, qui auront disparu depuis longtemps, mais les scorpions, cafards et autres insectes qui nous succéderont sur la Terre. Les Verts voient loin, mais ils ont le nez dans le guidon.

Preuve en est qu'à l'inverse des résidus des centrales, les éoliennes causent une nuisance immédiate. Par refus absolu de l'atome, ils exigent qu'on en couvre les paysages et les mers. Peu importe que ces épouvantails géants coûtent une fortune, et que leurs pales pendent comme des sacs vides dès que le vent s'arrête de souffler. Peu importe aussi le désastre esthétique : pour les Verts, l'utile prime toujours le beau. Il prime même la liberté, qui, d'après la Convention citoyenne sur le climat, « *ne saurait compromettre la préservation de l'environnement* ». Sous le dogme, la laideur s'étale et la tyrannie pointe.

Les Verts ont une conception futuriste de la vie pastorale. C'est leur côté révolutionnaire sans violences. Non par le sang, mais par la gomme. Ils rêvent d'effacer l'histoire, les moeurs anciennes, les paysages coutumiers, le passé des villes. Ainsi de Paris végétalisé, piétonnisé, vélocipédisé, régime qu'ils veulent imposer à toutes les villes conquises, comme si elles leur appartenaient.

Main basse sur un bien commun qu'ils s'approprient sans discuter. Degré zéro de l'exigence démocratique dont ils nous rebattent les oreilles.

En vérité, il s'agit pour eux de liquider la vieille France. De créer un monde entièrement nouveau, le paradis des jeunes urbains aux mains blanches. Car l'automobile ne se limite pas aux déchets. Elle implique le cambouis, la salopette des mécanos, le monde ouvrier peuplé d'hommes aux gros doigts, les routiers qui scotchent dans leurs cabines des posters de starlettes en bikini. La haine de la voiture cache la volonté de répudier intégralement l'industrie, symbolisée par l'essence, l'acier, le béton, socle des Trente Glorieuses et de la prospérité de la nation. D'abolir avec celle-ci tout ce qui rappelle le père, la famille, les ancêtres, les frontières. De récuser les traditions chrétiennes, voyez à Bordeaux l'affaire du sapin de Noël, et les héritages populaires tels que le Tour de France, jugé « *très polluant* », spectacle « *de types hyperdopés* » donné aux chômeurs. D'abattre l'autorité, les hiérarchies, les genres, pour une égalité où rien ne doit différencier la fille et le garçon, le maître et l'élève, le citoyen et le sans-papiers, un ballet de l'Opéra et un bal musette. Au nom de la nature, les Verts rêvent d'un monde purement artificiel. Tant et si bien que le culte des éoliennes et de la bicyclette (le Tour de France excepté, cette abomination) s'abouche à la haine du patriarcat et au féminisme guerrier, antichambre, pour les plus militants, de l'antiracisme racialiste où l'universel fait place aux identités revanchardes.

Il y a du Raminagrobis chez les Verts. Ils procèdent par petits coups de griffe, dénonçant des dommages avérés auxquels ils opposent des solutions draconiennes. Attachés à sauver l'humanité (pas la planète, qui en a vu d'autres), ils veulent nous contraindre à changer de fond en comble ce que nous sommes et faisons. C'est prétendument dans l'espoir d'un futur harmonieux. C'est en réalité le sempiternel sectarisme des apprentis sorciers, impatients de libérer les peuples en les corsetant. Il est douteux que les victoires présidentielles se forgent de cette manière.

**\* Jean-Michel Delacomptée a notamment publié « Notre langue française » (Fayard, 2018), grand prix Hervé-Deluen de l'Académie française. Il est aussi l'auteur de remarquables portraits littéraires, en particulier de Montaigne, La Boétie, Racine, Bossuet et Saint-Simon, souvent parus dans la prestigieuse collection « L'Un et l'Autre » de J.-B. Pontalis chez Gallimard. Son dernier ouvrage, « La Bruyère, portrait de nous-mêmes » (Robert Laffont, 2019), a été salué par la critique.**

# Intégration des réfugiés : la France doit mieux faire

Un rapport parlementaire souligne les efforts entrepris depuis 2018 mais encourage à faire davantage, notamment en matière d'apprentissage du français et d'accès à l'emploi des demandeurs d'asile.

Par [Julia Pascual](#) Publié aujourd'hui à 05h48, mis à jour à 06h44

Depuis le remaniement gouvernemental cet été, l'« *intégration républicaine* » a pris du galon, à tout le moins dans le protocole. Marlène Schiappa, ministre déléguée auprès du ministre de l'intérieur, Gérald Darmanin, en a fait un des dossiers-clés de son portefeuille. Un rapport parlementaire, qui doit être présenté, mercredi 23 septembre, à l'Assemblée nationale et dont *Le Monde* a pris connaissance, fait justement le bilan des actions du gouvernement en matière d'accès à l'emploi des réfugiés et d'apprentissage du français.

Si « *un véritable effort a été fait* », d'après le député MoDem des Yvelines Jean-Noël Barrot, coauteur du rapport avec la députée du Maine-et-Loire La République en marche (LRM) Stella Dupont, « *beaucoup de progrès restent à faire* ».

En juin 2018, dans le cadre d'un comité interministériel à l'intégration, le gouvernement d'Edouard Philippe avait pris des engagements, notamment à travers divers programmes de préparation opérationnelle à l'emploi des réfugiés, de mise en relation avec des employeurs ou d'apprentissage du français. Le contexte est alors celui d'une augmentation constante du nombre de demandeurs d'asile depuis 2015, une évolution jusque-là « *difficilement accompagnée par les pouvoirs publics* », souligne les rapporteurs.

## Faiblesse de l'accompagnement

L'année 2018 marque le début d'un « *véritable changement d'échelle* », tient à souligner M. Barrot. Depuis, jauge le rapport parlementaire, environ 250 millions d'euros ont été engagés pour, « *tous programmes confondus, plus de 75 000 entrées de réfugiés dans une action d'accompagnement ou de formation* ». Près de la moitié a consisté en des cours de français dispensés par l'Etat à tous les réfugiés, dans le cadre du Contrat d'intégration républicaine (CIR), pour acquérir un [niveau élémentaire de maîtrise de la langue](#).

Les députés notent, outre l'engagement de l'Etat, celui des collectivités territoriales, des associations et des entreprises. Mais ils soulignent les limites à cet élan. Chaque année, quelque 46 000 personnes ont obtenu une protection internationale – en majorité de jeunes hommes célibataires – et « *chacune doit être accompagnée* », dit M. Barrot. Le rapport souligne en outre que les crédits dédiés à la coopération avec les collectivités territoriales ne sont pas entièrement consommés.

Le directeur de l'Office français de l'immigration et de l'intégration (OFII), Didier Leschi, reconnaît que « *l'accompagnement vers l'emploi, même s'il n'est pas négligeable, n'est pas à la hauteur des besoins* ». A l'issue du CIR, 60 % des réfugiés sont sans emploi alors que 90 % d'entre eux souhaitent exercer une activité. Lorsqu'ils travaillent, c'est le plus souvent dans les secteurs de l'hôtellerie-restauration, du bâtiment ou du nettoyage, soit, pour les deux premiers, des marchés directement impactés par la crise.

## Absence de suivi statistique

Ces chiffres, communiqués par l'OFII, sont à ce jour les seules données dont on dispose sur l'insertion des réfugiés. Le rapport parlementaire épingle une absence béante de suivi statistique spécifique. « *En dépit des sollicitations des rapporteurs, écrivent ses auteurs, aucune donnée précise relative au nombre de bénéficiaires d'une protection internationale inscrits auprès de Pôle emploi, au taux d'emploi des réfugiés et au nombre de réfugiés bénéficiant d'actions de formation n'a pu leur être fournie.* »

Outre qu'ils recommandent de remédier à cet état de cécité, les députés regrettent tout particulièrement les « *réticences de Pôle emploi à sortir de son cadre habituel pour déployer une offre de services spécifiquement destinée [aux réfugiés]* ». « *Une intégration ratée peut avoir des conséquences majeures. C'est un enjeu de cohésion républicaine* », insiste M. Barrot.

Le rapport s'attarde à cet égard sur l'apprentissage du français, « *principal obstacle à l'entrée sur le marché du travail* », a fortiori dans un contexte où les réfugiés sont pour une majorité issus de pays non francophones (Afghanistan, Soudan, Syrie).

Depuis mars 2019, le gouvernement a augmenté le nombre d'heures de langue dispensées par l'OFII dans le cadre du CIR. Celles-ci ont doublé, voire triplé, selon le niveau du réfugié. Résultat : « *Le nombre de ceux qui atteignent un niveau de maîtrise élémentaire a augmenté de 16 % entre 2018 et 2019 pour atteindre 76 %* », mesure M. Barrot. La progression a été plus importante pour les réfugiés qui avaient un niveau de départ faible et qui ont pu suivre de 400 à 600 heures de français. « *En revanche, il n'y a pas d'effet probant pour les réfugiés bénéficiant de 100 heures de formation (au lieu de 50) et de 200 heures de formation (au lieu de 100)* ».

### **Miser sur des forfaits de langue de 600 à 900 heures**

Les députés préconisent de miser davantage sur des forfaits de langue de 600 à 900 heures. Et de démarrer au plus tôt cet apprentissage, voire de l'étendre à certains demandeurs d'asile. Aujourd'hui, un demandeur d'asile attend en moyenne un an avant que son dossier ne soit traité. C'est autant de temps perdu.

« *En arrivant en France, les demandeurs d'asile sont dans une démarche d'inclusion hyperdynamique, observe Félix Guyon, directeur de l'association Ecole Thot, qui dispense des cours de français aux exilés non diplômés. Mais ils n'ont pas accès aux cours de l'OFII alors que ce serait le moment idéal. On déplore que l'Etat ne prenne pas plus en main ce temps d'attente. Ça les casse dans leur élan et ça les met dans la situation d'oisiveté que l'extrême droite dénonce.* »

Ali (le prénom a été modifié) se souvient des vingt mois d'attente avant d'[obtenir le statut de réfugié](#). Une période « *très dure* ». Lui et sa femme se sont démenés pour apprendre la langue. Auprès d'une université, d'associations telles que la Cimade, en participant aux activités d'un centre culturel ou encore en fréquentant une bibliothèque. « *Nous ne pouvions pas rester sans bouger, confie cet ingénieur aéronautique turc. Nous essayions de nous intégrer au plus vite.* » Aujourd'hui réfugié, installé dans le sud de la France, Ali n'a pas encore trouvé de travail. Il touche le RSA. Quand il était demandeur d'asile, on ne lui a proposé « *aucune formation, aucun accompagnement professionnel* ». « *C'est un très grand problème* », considère-t-il aujourd'hui.

En 2018, le gouvernement avait pourtant souhaité autoriser les demandeurs d'asile à travailler six mois après le dépôt de leur demande, contre neuf mois auparavant. « *Mais ce qui a été rendu possible en droit ne l'est pas en fait* », constate M. Barrot. Coauteur du rapport, Stella Dupont préconise d'autoriser l'accès au marché du travail aux demandeurs d'asile (ceux qui ont le plus de probabilité d'obtenir une protection) dès l'introduction de leur demande. Les deux députés regrettent unanimement le modèle excessivement « *restrictif et peu incitatif* » retenu par la France.

Araksya Zohrabyan en sait quelque chose. Cette Arménienne, arrivée en France en 2017 où elle a demandé l'asile, a voulu solliciter plusieurs fois une autorisation de travail. « *Mon assistante sociale m'a dit à chaque fois que c'était trop compliqué, que ce n'était pas la peine* », se souvient-elle. Pourtant, souligne cette ancienne professeur d'anglais, « *même si c'est du nettoyage, de l'aide aux personnes âgées ou de l'agriculture, ça aiderait à connaître les gens, à pratiquer la langue. Ça serait une aide psychologique aussi. Et puis, quand les Français voient que les étrangers ne travaillent pas, ça alimente le racisme* ».

UMGANG MIT CORONA

# Frankreichs Sehnsucht nach dem schwedischen Weg

Stand: 08:04 Uhr | Lesedauer: 7 Minuten

Von **Martina Meister**

Frankreich (l.) setzt im Kampf gegen das Coronavirus auf Masken, Schweden geht einen anderen Weg

Einst sprach Präsident Emmanuel Macron vom „Krieg“ gegen Corona. Nun kommt die zweite Welle, aber die Menschen haben genug vom Kampf. Viele Franzosen reizt die Corona-Strategie der Schweden - trotz der hohen Todesrate.

Je stärker die Infektionszahlen in Frankreich steigen, desto übermütiger wird die Stimmung in unserem Freundeskreis. Es fühlt sich leicht hysterisch an, wie ein Tanz auf dem Vulkan. Die steigende Temperatur lässt sich messen an den Kommentaren, die wir untereinander austauschen. Gerade schlug eine Freundin einen gemeinsamen Theaterbesuch vor. Man könne leider nicht, antwortete ein anderer, „wir besuchen dieses Wochenende ein Cluster in der Normandie“.

Diejenigen aus der Gruppe, die wirtschaftlich am stärksten unter den Folgen des Lockdowns gelitten haben und immer noch leider, sind am zynischsten. Man kann es ihnen auch nicht verübeln. Sie schlagen zudem eine wirtschaftlich verträglichere Methode zur Bekämpfung der Epidemie in ihrem Land vor und setzen auf das schwedische Modell: lieber Risikogruppen schützen als eine ganze Gesellschaft in den Ruin stürzen. Das Modell der Schweden also, die auf große Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft verzichtet hatten und dagegen auf Herdenimmunsierung setzen. Zwar sind die Todesraten dort im europäischen Vergleich hoch – doch für Gesellschaften, die wirtschaftlich und sozial extrem von der Pandemie mitgenommen wurden, kann die Strategie der Skandinavier verständlicherweise sehr attraktiv wirken.

Einige Wochen lang haben die Franzosen versucht, sich etwas vorzumachen und den Anstieg der Infektionszahlen nur mit der enormen Zahl der durchgeführten Tests zu rechtfertigen. Auf dem Höhepunkt der Krise verfügte Frankreich über eine so schwindend geringe Zahl an Tests, dass nicht mal Patienten mit Symptomen in den Notaufnahmen der Krankenhäuser getestet wurden. Inzwischen sind es rund 1,2 Millionen Corona-Tests pro Woche, allerdings kommen die Labors nicht mit der Auswertung hinterher. Infizierte Patienten müssen mitunter bis zu zehn Tagen auf ihr Testergebnis warten.

## **Explosion der Infektionszahlen**

„Das nützt dann gar nichts mehr“, sagt Jean-Claude Azoulay, Vertreter des Verbandes der Labormediziner. „Wer positiv ist, hatte in der Zwischenzeit ausreichend Gelegenheit, andere anzustecken. Acht Tage später, wenn er das Testergebnis endlich hat, ist er höchstwahrscheinlich nicht mehr ansteckend.“

Als die Gesundheitsbehörde am vergangenen Wochenende gerade eine Explosion der Infektionszahlen mit 13.498 Neuinfektionen innerhalb von 24 Stunden vermeldete und mehrere bekannte Ärzte, verwundert über die milde Reaktion der Regierung, eindrücklich vor Familienfeiern und Treffen mit Freunden warnten, lud ein Freund zum Aperitif zu sich nach Hause ein. Pierre, nennen wir ihn so, hatte Grund zum Feiern –weil er gerade seine Covid-19-Infektion erfolgreich ausgesessen hatte. „Nicht schlimmer als ein Hangover“, so sein Resümee.

Zehn Leute in einer kleinen Pariser Wohnung? „Eintritt nur mit Negativ-Test“, scherzte er. Da wir, die deutschen Freunde, schon seit Monaten die Rolle der Bedenkenträger hatten und bereits am Vorwochenende die Spielverderber bei einem runden Geburtstag gewesen waren, sagten wir zu.

Der frisch genesene Gastgeber war ganz offensichtlich stolz darauf, mit Anfang fünfzig und leichtem Übergewicht so glimpflich davongekommen zu sein. Seine Frau, die sich nicht angesteckt hatte, glaubt an die unendliche Kraft der Vitamine: Die ausbleibende Infektion habe sie ihrer Saftzentrifuge zu verdanken hat. Beide sind in Bezug auf Corona extrem sorglos.

So war ihr fast erwachsener Sohn kurz zuvor mit Freunden für eine Woche nach Portugal geflogen, mit einem frischen Testergebnis: Es war positiv. Sie haben ihn reisen lassen mit dem Argument, da seien ja „lauter junge Leute unter sich“. Kurz zuvor hatte der Sohn eine Sause auf der Ile de Ré gefeiert, wo er sich angesteckt hatte. Einer der 13 Gäste war mit Kopfschmerzen angereist. Elf waren am Ende der Woche positiv. Die meisten ohne Symptome.

Vor unserem Wiedersehen hatte ein anderer Freund, der unser Zögern spürte, einen Artikel aus dem britischen „Guardian“ in der Gruppe gepostet, den er als Lobgesang auf die schwedische Strategie gelesen hatte. Darin bezeichnet der Stockholmer Epidemiologie Anders Tegnell angesichts der zurzeit geringen Infektionszahlen das schwedische Vorgehen als „nachhaltigere Strategie“: Lieber weniger strenge Maßnahmen, dafür solche, an die man sich dauerhaft halten kann und will.

## **Bei der Todesrate belegt Schweden den 11. Platz**

Dass Schweden in Sachen Todesrate auf den 11. Platz weltweit liegt, damit darf man unserem Freund nicht kommen. Er hat seinen Sommerurlaub in Stockholm verbracht. Auch dass Tegnell nicht ausschließt, dass das, „was gerade in Frankreich passiert in einem Monat auch in Schweden kommen könnte“, interessiert ihn nicht.

Das Argument der Nachhaltigkeit darf man allerdings auch nicht einfach so vom Tisch wischen. Denn die Franzosen sind vorbildlich, aber sie sind es nicht die ganze Zeit. In Paris und in vielen anderen Städten tragen sie anstandslos auf der Straße ihren Nasen-Mund-Schutz, obwohl ihn Epidemiologen an freier Luft für überflüssig halten und eher als „pädagogische Maßnahme“ einschätzen.

Auch die Schüler sitzen brav ihren Acht-Stunden-Schultag mit Maske ab. Aber nach Schulschluss fallen die Masken. Und kaum kommt der Feierabend, begrüßt man sich in Paris wieder mit Wangenküsschen oder sitzt eng gedrängt an den Quais der Seine oder des Kanal Saint-Martin beim Afterwork.

## **„Lernen, mit dem Virus zu leben“**

Frankreich, dieses Gefühl drängt sich auf, hat längst die schwedische Strategie angenommen – ohne dass aber Herdenimmunität zur offiziellen Doktrin erhoben worden ist. Doch aus dem „Krieg gegen das Virus“, den Präsident Emmanuel Macron Mitte März den Franzosen einzuwähmern versuchte, ist inzwischen ein „Leben mit“ geworden. „Wir müssen lernen, mit dem Virus zu leben“, wiederholt Regierungschef Jean Castex bei jedem Auftritt.

„Der Premierminister will Wirtschaftsleben und Schule mit dem Virus vereinbaren. Das kann man verstehen. Aber das ist keine Strategie“, sagt William Dab, bis vor wenigen Jahren französischer

Gesundheitsdirektor, der zu den strengsten Kritikern der Regierung gehört. „Wer Krieg führen will, braucht eine Kommandozentrale, eine Strategie und effiziente Logistik“, so Dab. An allem hapere es.

Mit der „seltsamen Niederlage“ während des Zweiten Weltkriegs hatten viele Franzosen am Anfang der Krise ihr Gesundheitssystem verglichen. Eines das zusammenbrach, obwohl man es für eines der besten gehalten hatte. Der Begriff war dem Buchtitel des Historikers Marc Bloch entlehnt, *L'étrange défaite*. Inzwischen haben sich die Franzosen mit dem Gegner irgendwie arrangiert, wie damals unter der deutschen Okkupation.

Doch wie ist es möglich, dass Frankreich scheinbar kopflos in die zweite Welle schlittert? Ist der Schrecken des Frühjahrs tatsächlich vergessen, sind die Reportagen aus überfüllten Intensivstationen verdrängt, die Bilder von Patienten, die in Schnellzügen durch das Land transportiert wurden, weil im Elsass und in Paris das Gesundheitssystem zusammenbrach?

### **Lokaler Ausbruch unter Kontrolle**

Corona schien im Griff in diesem Sommer. Einen lokalen Ausbruch im Juli mit mehreren Clustern im Regierungsbezirk Mayenne bekamen die Behörden schnell unter Kontrolle. Nur langsam stiegen die Infektionszahlen in Metropolen wie Paris und Marseille, vor allem unter jungen Leuten. Frankreich schaltete um auf Sorglosigkeit. Das ging, solange die Zahlen derer, die im Krankenhaus behandelt werden mussten, vergleichsweise gering blieben. Aber inzwischen steigen sie merklich.

Alle Indikatoren stehen inzwischen auf Rot, die Infektionszahlen verdoppeln sich im Zwei-Wochen-Rhythmus. Wurden im Sommer bei einem Erkrankten noch fünf Kontaktfälle ausgemacht und benachrichtigt, sind es inzwischen nicht mal mehr zwei. Auch die französische Anti-Covid-App ist nicht angenommen worden. Nur 2,4 Millionen Franzosen haben sie heruntergeladen, nicht alle von ihnen haben sie aktiviert. Das Gesundheitsministerium verrät auf Nachfrage, dass sich seit Veröffentlichung der App gerade mal 3728 Fälle Personen als infiziert eingetragen haben.

In der Region Ile-de-France sind bereits 20 Prozent der Intensivbetten von Covid-Patienten besetzt. Ärzte rechnen mit einem „starken Anstieg“ in den nächsten zwei bis drei Wochen. Auch die Zahl der Toten hat sich von einer auf die nächste Woche verdoppelt. Sie liegt jetzt bei 265, im Vergleich zu 129 in der Vorwoche.

Der wissenschaftliche Beirat der Regierung hatte kürzlich „härtere Maßnahmen“ gefordert. Viele befürchteten lokale Ausgangssperren. Stattdessen wurde die Selbstisolation von 14 auf sieben Tage verkürzt. Auch in den Schulen wurden die Regeln am Montag gelockert, um die Schließung von Klassen zu vermeiden. Mit Blick auf den Wirtschaftseinbruch von derzeit elf Prozent will man den Bürgern die Angst vor harten Maßnahmen nehmen.

Es heißt, in Krisenzeiten lernt man Freunde besser kennen. Dasselbe gilt auch für Länder. Am Anfang der Pandemie war es überraschend, wie brav sich die Mehrzahl der Franzosen auch an absurde Regeln hielten. Sie verließen das Haus nur mit einem Passierschein, den sie sich selbst ausgefüllt hatten. Sie waren ungewohnt obrigkeitshörig – so kannte man sie nicht. Nun scheinen die Franzosen ihre Unlust an den Regeln von oben wiedergefunden zu haben. Nur: mit welchen Folgen?

<https://www.zeit.de/zeit-magazin/2020/39/harald-martenstein-genderwahn-hochschulen>

# Über Wörter, die alles offenlassen, die Last des eigenen Namens und die Schwierigkeit, sich selbst zu definieren

Von Harald Martenstein

Wer bin ich? Ich kann mich nicht in einem kurzen Satz definieren. Manche Leute scheinen zu denken, dass ich mutig bin. Diese Zuschreibung stimmt nicht. Eine alte Freundin, Feministin im Sinne von Alice Schwarzer, möchte zum Beispiel, dass ich über Pronomenrunden schreibe. Warum immer ich, und immer solche Aufregerthemen? Ich will doch einfach nur lieb sein.

Pronomenrunden finden zum Beispiel beim Regenbogen-Referat der Uni Freiburg statt, wo ich kurz nach dem Krieg studiert habe (es war der Vietnamkrieg). Menschen hießen damals "der Ulli" oder "die Gundi", es war eine unsensible Epoche. Beim Regenbogen-Referat, der Interessenvertretung unter anderem der a\_sexuellen, trans\*, inter\*, poly\* und queeren\* Studierenden, beginnt jede Sitzung mit der Pronomenrunde. Die Anwesenden dürfen ihre Namen und das Pronomen nennen, mit dem sie angesprochen werden möchten, also er, sie oder es oder sonst wie. Als weitere Möglichkeiten werden "x", "per" und "hän" genannt. "Hän" ist Finnisch und neutral. "Hän" ist quasi die Schweiz unter den Pronomen. Die Vorstellungsrunde soll ausdrücken, dass vom Aussehen oder vom Auftreten nicht auf ein Geschlecht geschlossen werden kann, das gleiche Phänomen ist übrigens bei der Intelligenz, dem Gehalt und dem Charakter zu beobachten. Niemand muss sich durch ein Pronomen outen, auch Schweigen ist erlaubt. Diese Person wird offenbar durch stumme Blicke angesprochen, aber damit macht man sich inmitten so vieler Bekenntnisse vielleicht unbeliebt. Weil die sexuelle Identität jeder Person sich von Woche zu Woche ändern kann, muss jedes Plenum eine neue Runde durchführen.

Wenn das für diese Menschen okay ist, dann ist es auch für mich okay. Ich würde mich folglich daran halten, ich achte Brauchtum. Ich habe nach dem Krieg auch in Griechenland aus Respekt für die pruden Griechen nie nackt gebadet, anders als die Hippies. Aber es gibt bereits Personen, denen auch das nicht weit genug geht. Die Person oder das Hän "Etwas und doch nichts" plädiert auf ihrer Website dafür, sich von Namen komplett zu verabschieden. Namen seien zwar irgendwie sinnvoll, aber Sinn ist ja nun auch nicht alles.

Als diese Person sich in einer Pronomenrunde vorstellen sollte, schossen ihr wegen dieses Drucks, irgendwie heißen zu sollen, die Tränen in die Augen. Sie hat damit geliebäugelt, sich "Apfel" zu nennen. Oder "Zement". Das gefiel ihr dann doch nicht, verständlich, nur "Waschbeton" wäre als Name noch schlimmer. Helmut Kohl wurde "Birne" genannt, das war aber kein Kompliment. "Etwas" meint: "Ich kann mich nicht in einem kurzen Satz definieren. Warum kann ich nicht einfach ich sein?" So sehe auch ich das.

Eine Person ist immer komplexer als jeder Name, jede Zuschreibung und jede sexuelle Identität, ein Mensch ist immer mehr als das. Sprache dient dazu, die Wirklichkeit alltagstauglich zu vereinfachen, nur so wird Kommunikation möglich. Deshalb ist Sprache immer ungerecht. Keine Bezeichnung bezeichnet das Bezeichnete genau. Auch das Wort "Apfel" spiegelt nicht annähernd die Vielfalt der Apfelsorten. "Etwas" müsste sich entscheiden, ob sie ein Granny Smith ist oder ein Golden Delicious.

Das Problem ist unlösbar, die einzige Lösung wäre Schweigen. Dann ist im Seminar garantiert niemand verletzt, und niemand muss weinen. Um die Zukunft der deutschen Hochschulen in den weltweiten Rankings müsste man sich dann allerdings noch mehr Sorgen machen als ohnehin schon. Da fällt mir ein: Auch mit Schweigen kann jemand Missbilligung ausdrücken.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-fordert-grundeinkommen-aber-nur-fuer-deutsche-16966001.html?premium>

F.A.Z. EXKLUSIV:

# AfD fordert Grundeinkommen – aber nur für Deutsche

- VON [MARKUS WEHNER](#), BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 22.09.2020-18:18



In linken Parteien hat die Idee eines Grundeinkommens schon lange viel Anhänger. Nun zieht die AfD nach. Ihr Konzept birgt Sprengstoff.

Die Idee wird vor allem von linken Kreisen und Organisationen verfochten: ein Grundeinkommen, das der Staat an alle zahlt, ganz gleich, ob er oder sie arbeitet oder nicht. Oft wird diese Zuwendung ohne Gegenleistung als bedingungsloses Grundeinkommen bezeichnet. Eine entsprechende Petition im Internet, ein solches Einkommen in der Corona-Krise einzuführen, unterstützen mehr als 470.000 Menschen in Deutschland. Nun legt auch die [AfD](#) ein Konzept für ein Grundeinkommen vor. „Staatsbürgergeld“ nennt sie es. Geschrieben hat es der sozialpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, René Springer. Sein „Vorschlag für ein modernes Steuer- und Sozialsystem“ hat allerdings mit den unterschiedlichen Versionen eines bedingungslosen Grundeinkommens wenig gemein, Springer lehnt ein solches sogar ausdrücklich ab. „Es geht um ein bedingtes Grundeinkommen“, sagt er der F.A.Z. „Denn es ist an die Bedingung der deutschen Staatsbürgerschaft geknüpft.“

Nach den Vorstellungen des AfD-Abgeordneten aus Brandenburg soll das Staatsbürgergeld seinen Beziehern nicht etwa ein sorgenfreies Leben ohne Arbeit ermöglichen. Nur 500 Euro im Monat soll es geben für jeden deutschen Bürger, das ist weit weniger, als es andere Entwürfe für ein [Grundeinkommen](#) vorsehen. „Ich lege mich bewusst auf das Existenzminimum als Größe für das Grundeinkommen fest. Anders wäre es nicht finanzierbar“, begründet Springer den vergleichsweise bescheidenen Betrag. Das Existenzminimum für Alleinstehende betrug nach dem Regelbedarf zuletzt 424 Euro. Je höher der Betrag sei, der ausgezahlt werde, umso größer sei der Anreiz, nicht mehr arbeiten zu gehen, sagt der Abgeordnete. Eine Gefahr sei auch, dass die Empfänger die Arbeitszeit so reduzieren, „dass ein Fachkräftemangel entsteht oder verschärft wird“.

Sein Konzept verbleibe daher „in der existenzsichernden Logik des bisherigen Sozialleistungssystems“. Aber dieses System werde durch die Bündelung zahlreicher Einzelleistungen stark entbürokratisiert. Springer glaubt sogar, dass der Bezug des Grundeinkommens à la AfD zu mehr Arbeit motiviert. „Das Staatsbürgergeld hebt den Anreiz, arbeiten zu gehen. Anders als heute hätte derjenige, der arbeitet, immer ein höheres Einkommen als der, der nicht arbeiten geht.“ So hätte etwa ein 30 Jahre alter Single mit Steuerklasse 1 mit einem Bruttoeinkommen von 1000 Euro im Monat nach der heutigen Regelung 800 Euro netto, durch das Staatsbürgergeld würde er 1050 Euro haben. Die Variante des Grundeinkommens wird in Form einer negativen Einkommensteuer direkt an den Bürger gezahlt. Gerade bei geringen und mittleren Einkommen führe das zu einer deutlichen Entlastung, sagt Springer.

## „Sozialleistungen bewirken einen Pull-Faktor für Wirtschaftsmigration“

Vorbild für das AfD-Konzept ist das „Solidarische Bürgergeld“, das von dem Schweizer Ökonomen Thomas Straubhaar entwickelt und ab 2006 vom damaligen CDU-Politiker und thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus vertreten wurde. Althaus hatte allerdings einen Betrag von 800 Euro favorisiert.

Als Voraussetzung für den Bezug war damals ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Deutschland vorgesehen, die Staatsangehörigkeit spielte keine Rolle. Das AfD-Konzept hingegen will die 500 Euro nur an Deutsche ausgezahlt sehen. „Sozialleistungen bewirken einen Pull-Faktor für Wirtschaftsmigration“, sagte Springer als Begründung. Allerdings gesteht er zu, dass ein genereller Ausschluss Nichtdeutscher, die hier über längere Zeit leben, rechtlich problematisch sein könnte. „Es wäre denkbar, den Bezug für integrierte Ausländer zu öffnen, die hier seit zehn Jahren arbeiten, Steuern zahlen und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können.“ Auch ein kürzerer Zeitraum, etwa fünf Jahre, sei möglich. Selbst in der AfD sind manche überzeugt, dass eine Auszahlung nur für Deutsche, also nicht für EU-Bürger, europarechtlich nicht haltbar wäre. Außerdem will Springer den Bezug an die Rechtstreue der Bürger gebunden sehen. Bestimmte Straftatbestände wie Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit oder Betrug beim Empfang von Sozialleistungen sollen dazu führen, dass die Leistung gestrichen wird – Ideen, die es auch in Althaus' Konzept schon gab.

### Erproben mit 30.000 Personen

„Das Hauptziel ist es, das Vertrauen in den Sozialstaat wiederherzustellen“, sagt Springer. Denn viele Bürger glaubten nicht mehr, dass es gerecht zugehe in Deutschland. Die Bezieher von Hartz IV und die Aufstocker fühlten sich zudem gegängelt; mit dem Wegfall dieser zu beantragenden Leistungen werde auch ihre Stigmatisierung abgeschafft. Das erinnert an Argumente, wie sie etwa von der Linkspartei vorgebracht werden, wo das bedingungslose Grundeinkommen seit Jahren einige Fürsprecher wie etwa die Parteivorsitzende Katja Kipping hat.

In der AfD soll das Konzept, das eigentlich schon auf dem wegen der Corona-Pandemie ausgefallenen Sozialparteitag im April vorgestellt werden sollte, in den Fachausschüssen und der Bundesprogrammkommission diskutiert werden. Vorsichtige Zustimmung findet es schon jetzt bis in die Parteispitze. „Das ist ein interessanter und diskussionswürdiger Ansatz“, sagt der Bundesvorsitzende Jörg Meuthen der F.A.Z. Die Idee einer Grundversorgung sei vernünftig und eigentlich urliberales Gedankengut. Bei vielen in den ostdeutschen Landesverbänden der AfD wird solcher Liberalismus allerdings mit Skepsis betrachtet, dort herrschen bei den AfD-Politikern vom ehemaligen „Flügel“ oft eher sozialistische Wirtschaftsvorstellungen vor.

Springer schlägt zudem vor, ein solches Konzept erst einmal zu erproben. Etwa mit 30.000 Beziehern, das würde nach seinen Berechnungen 200 Millionen Euro im Jahr kosten. Am Ende der Erprobungsphase lägen dann repräsentative Ergebnisse vor, die eine rationale Entscheidung möglich machen würden. Denn es gebe auch Risiken. Bisher wisse man nicht so genau, wie sich das individuelle Verhalten durch ein Grundeinkommen ändert, wie es sich auf Konsum oder Mobilität der Bezieher auswirkt. Springer verbindet damit auch die Hoffnung, dass sich Tendenzen der Landflucht abmildern lassen, dass wieder Leben in den ländlichen Raum kommt. Damit wäre das Konzept nicht zuletzt für Ostdeutschland attraktiv.

<https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/diversitaet-wenn-ingenieure-ueber-gendersternchen-stolpern-16958901.html?premium>

DIVERSITÄT:

# Wenn Ingenieure über Gendersternchen stolpern

- VON URSULA KALS
- -AKTUALISIERT AM 22.09.2020-10:41



Carmen Leicht-Scholten hat eine Professur für „Gender und Diversity“ und lehrt an einer Technischen Hochschule. Dort versucht sie, angehenden Ingenieuren geschlechtergerechte Sprache anzugewöhnen – und noch viel mehr.

Frau Leicht-Scholten, Sie haben an der [RWTH Aachen](#) eine Brückenprofessur „Gender und Diversity in den Ingenieurwissenschaften“. Da wird manch Gestriger mit den Augen rollen.

Das kommt vor, aber selten. Wenn wir innovative Technikentwicklung vorantreiben wollen, die ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltig ist, dann müssen wir Vielfalt miteinbeziehen. Unsere Forschung wird qualitativ besser werden, wenn wir diese Perspektiven einbeziehen. Der Schwerpunkt unserer Forschung liegt dabei in der Integration der sozialen Dimension, um diese für eine zukunftsfähige globale Entwicklung zu reflektieren und interdisziplinäre Handlungsfelder der Nachhaltigkeit aufzuzeigen.

Klingt sehr theoretisch, haben Sie ein praktisches Beispiel?

Ja, zum Beispiel aus dem Maschinenbau. Crashtest-Dummies haben lange dem amerikanischen Durchschnittsmann entsprochen. Das hat viele Menschen ausgeschlossen. Menschen, die diesen Standardnormen nicht entsprachen, die kleiner oder leichter waren, oder auch Kinder wurden nicht berücksichtigt. Deren Verletzungen sind aber andere. Inzwischen werden ganze Familien abgebildet. Und es gibt einen Schwangeren-Crashtest-Dummi, weil viele Föten bei einem Aufprall verletzt wurden.

Sie haben Politische Wissenschaften und Soziologie studiert und eine ordentliche Professur in der Fakultät für Bauingenieurwesen. Das hört sich einigermaßen exotisch an.

Es ist auch eine besondere Denomination. Ich besetze eine Brückenprofessur, mit Ansiedlung in der Fakultät für Bauingenieurwesen und Zweitsitz in der philosophischen Fakultät mit dem Schwerpunkt Gender und Science und Technology Studies. Gerade im internationalen Kontext wird diese Ausrichtung als sehr innovativ wahrgenommen, was uns in der Exzellenzinitiative auch so im schriftlichen Gutachten bestätigt wurde. Gefragt, wie das an einer Technischen Hochschule möglich war, sage ich oft, dass da unser lösungsorientierter pragmatischer Ansatz ausschlaggebend ist. Hier steht sofort die Frage im Mittelpunkt: Was ist der Mehrwert der Forschung? Ist ein Projekt einleuchtend oder nicht? Kooperationsbereitschaft und Interesse sind da.



Carmen Leicht-Scholten ist Professorin für Gender und Diversity in den Ingenieurwissenschaften an der RWTH Aachen. :Bild: Swen Schmitz / RWTH Aachen

Und was sagen die Geisteswissenschaftler zu Ihrem Forschungsgebiet?

Da gibt es auch eine große Heterogenität. Mir ist wichtig, dass ich durch die Brückenprofessur in den Sozial- wie in den Ingenieurwissenschaften prüfungsberechtigt bin. Es ist für alle relevant zu sehen, wie technische Innovationen Gesellschaft beeinflussen und umgekehrt.

Was schauen Sie sich denn da an?

Wir untersuchen beispielsweise, was Digitalisierung für unterschiedliche Menschen bedeutet, für ältere und jüngere ebenso wie für gut oder weniger gut ausgebildete, und wie sich Leben und Arbeitsverhältnisse für sie dadurch verändern. Inhaltliche Schwerpunkte liegen auf Geschlecht und anderen Diversitätsdimensionen. Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass Geschlechterfragen Gesellschaftsfragen sind. Im Bauingenieurwesen bauen wir für die Gesellschaft, weshalb unsere Veranstaltung „Technik und Gesellschaft“ für Studierende des Bauingenieurwesens verpflichtend ist.

Für die künftigen Elektrotechnikingenieure und Maschinenbauer nicht?

Nein, für sie noch nicht. Aber auch hier ist der Brückenschlag gewollt. Studierende können unsere Veranstaltungen besuchen. Gerade in unseren Masterveranstaltungen sind viele Maschinenbaustudierende. Das Fach ist ebenso verankert im Studiengang Technikkommunikation, und auch viele Studierende aus dem Wirtschaftsingenieurwesen belegen es.

Ein Forschungsschwerpunkt lautet Gender. Das stelle ich mir an einer von Männern geprägten Hochschule doppelt herausfordernd vor.

Vorurteile und Stereotype gibt es überall. Gender ist in den Hochschulen gerade in den vergangenen Jahren als Querschnittsthema angekommen. Aber die differenzierte Vorstellung dessen, was Gender und Diversity Studies tun, wird auch von Studierenden sehr unterschiedlich wahrgenommen.

Und das heißt konkret?

Die Studierenden lassen sich in drei große Gruppen teilen: Die einen finden die Themen, die wir bearbeiten, wichtig und relevant und sind interessiert, eingebunden zu werden. Die anderen sagen: Das gab es früher nicht – warum brauchen wir das? Und es gibt die dritte Gruppe, die eher neutral ist.

Wie verteilt sich das?

40 Prozent sind ablehnend, 40 Prozent sagen in ihrer Beurteilung nach der Vorlesung, sie hätten viel gelernt, um später mit unterschiedlichen Menschen interdisziplinär und international zusammenzuarbeiten und kommunizieren zu können. Sie brauchen solche Future Skills, um nachhaltige Projekte entwickeln zu

können. 40 Prozent sagen dagegen: Wir brauchen die Hard Skills: Es ist wichtig, dass die Brücke steht – was soll ich mich mit Gender beschäftigen?

Sind denn die künftigen Ingenieurinnen oder die Ingenieure offener?

In den Ergebnissen unserer Lehrevaluationen gibt es kaum einen genderspezifischen Unterschied in der Beurteilung. Das ist paritätisch. Allerdings zeigen viele Studien, dass es gerade vielen jungen Frauen, die sich für ein Ingenieurstudium entscheiden, wichtig ist, nicht als Frau gekennzeichnet zu werden. Sie wollen aufgrund bestehender Stereotype nicht noch weiter markiert, sondern als „Ich bin eine von allen“ wahrgenommen werden.

Dann kommt es wohl gerade bei Studentinnen nicht gut an, so wie sie das Gendersternchen mitzusprechen, oder?

Bei einigen nicht. Aber ich mache deutlich, dass Vorschläge zur Sichtbarmachung von Geschlechtervielfalt eine inklusive Praxis darstellen und durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts gestützt werden, welches bestehende zweigeschlechtliche Sprachnormen als diskriminierend verurteilt. Wenn ich zu den Studierenden „Guten Morgen, liebe Studentinnen!“ sage, führt das im nächsten Schritt zu Diskussionen.

Und das ziehen Sie konsequent durch?

Ja! Da wir als Hochschulen zukünftige Führungskräfte ausbilden und damit auch eine gesellschaftliche Verantwortung haben. Die Studierenden bekommen Handreichungen, wie sie geschlechtergerecht formulieren können. Das erwarte ich auch bei Präsentationen und in Abschlussarbeiten.

Ganz ehrlich, verstehen Sie, wenn jemand vom Gendersternchen genervt ist?

Ja, das kann ich gut verstehen. Jeder Wandel ist anstrengend. Es ist aber wichtig, wie wir unsere Welt beschreiben wollen, weil wir wissen, dass Sprache unsere Wirklichkeit bestimmt. Wenn Sie über Sternchen stolpern, werden sie Bewusstsein schaffen. Ich sage den Studierenden: Nehmen Sie das als Lernerfahrung. Machen Sie den Versuch, Geschlechtervielfalt sichtbar zu machen. Erleben Sie mal umgekehrt, wie das jemanden diskriminieren könnte. Warum sollte ich mich nicht einlassen? Es ist eine Praxis der Inklusion von unterschiedlichen Menschen.

Zeit für eine klassische, fast banale Frage: Wie kann der Frauenanteil in den Ingenieurwissenschaften wachsen?

Das ist keine banale, sondern eine sehr komplexe Frage. Darüber könnte ich Stunden reden. Der Frauenanteil von 18 Prozent in den MINT-Fächern steigt langsam. Aber er steigt. Da braucht es ein Maßnahmenbündel mit unterschiedlichen Stellschrauben. Neben dem vielgenannten grundsätzlichen kulturellen Wandel zu mehr Gleichberechtigung, also einem Bündel aus strukturellen Maßnahmen wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit, paritätische Besetzung von Führungspositionen et cetera, sind Rollenvorbilder wichtig. Wir wissen aus Studien, dass diejenigen Frauen vermehrt Technikwissenschaften studieren, die ein Vorbild im nahen Umfeld haben, die Mutter oder andere Verwandte. Das ist eine gute Möglichkeit, sich damit zu identifizieren. Wir müssen auf vielen Ebenen ansetzen. In Mädchengymnasien sind die Schülerinnen nicht dem Vorurteil ausgesetzt, dass sie kein Mathe können. Ich komme aus Baden-Württemberg, dort gibt es das Fach Technik an den Gymnasien. Das ist sehr hilfreich, sich dem Thema annähern zu können.

Dass Pfeifkonzerte losgehen, wenn eine Studentin einen Hörsaal betritt, dieses Spießrutenlaufen ist passé?

Ja, das gehört zum Glück der Vergangenheit an. Trotzdem brauchen wir einen Kulturwandel und eine Vermeidung von Stereotypen. Vor allem brauchen wir Vorbilder, auch im akademischen Bereich, Doktorandinnen, Assistentinnen, Professorinnen. Aber Universitäten sind nur ein Teil der Gesellschaft. Wir

brauchen insgesamt mehr Frauen in Führungspositionen. Das muss sich gesellschaftlich wandeln. Laut VDI, dem Verband Deutscher Ingenieure, gibt es immer noch einen höheren Prozentsatz arbeitsloser Frauen im Ingenieurwesen. Hier brauchen wir einen grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel zur vollständigen Umsetzung der Gleichberechtigung.

In manchen arabischen Ländern, zum Beispiel in Tunesien, ist der Anteil der Ingenieurinnen deutlich höher und beträgt rund 40 Prozent.

Dafür gibt es mehrere Erklärungsansätze. In statushohen Berufen gibt es deutlich mehr Männer als Frauen. So ist in diesen Ländern Philosophie, Religionswissenschaften hoch angesehen. Eine weitere Erklärung einer psychologischen Studie besagt, dass Frauen in Ländern, die wenig soziale Absicherung haben, etwas Handfestes studieren möchten.

Und wo sehen Sie in Deutschland noch Verbesserungsbedarf?

Da gibt es viele Möglichkeiten. Lassen Sie uns beispielhaft die Rolle der Medien ansehen. Sie spielen eine große Rolle. Es hilft, wenn Ingenieurinnen zitiert werden, so wie zur Zeit auch Virologinnen. Das ist ein wichtiger Punkt. Nach einer amerikanischen Serie über eine Pathologin stieg danach die Zahl der jungen Menschen, die sich für ein Medizin-Studium einschrieben. Ich wüsste nicht, dass es eine interessante Figur einer Ingenieurin in einer Serie gibt.

Erleben Ingenieurstudentinnen immer noch Vorurteile seitens der Dozenten?

Ich fürchte, die kommen vor. Da sich die Hochschulen aber klar gegen jede Art der Diskriminierung aussprechen, gibt es funktionierende Prozesse und Anlaufstellen. Wir hören von Studentinnen in Masterseminaren, dass sie eine Sensibilisierung für das Thema Gender wahrnehmen. Vor allem junge Frauen erleben sich als vollkommen gleichberechtigt. Aber je weiter sie im Studium sind, wenn sie promovieren oder Machtpositionen anstreben, greifen alte Vorurteile stärker. Nur wenn wir etwas adressieren, kann sich etwas ändern.

Was denken Sie über Frauenquoten?

Ich bin eine absolute Befürworterin von Frauenquoten. Denn Quoten sind bei uns verfassungsrechtlich so definiert, dass die Person, die darüber eingestellt wird, mindestens genauso qualifiziert sein muss wie die abgelehnte. Wir wissen aus zahlreichen Studien: Männer bewerben sich, wenn sie 80 Prozent der Anforderung einer Stellenausschreibung erfüllen, Frauen erst, wenn sie 120 Prozent erfüllen.

# Paris für laxere Schuldenregeln

- VON WERNER MUSSLER
- -AKTUALISIERT AM 22.09.2020-18:43

Noch ist die Corona-Pandemie nicht überwunden und es zeichnet sich ab, dass Europas Staaten lange mit den wirtschaftlichen Folgen zu kämpfen haben werden. Frankreich wirbt abermals dafür, den Stabilitätspakt auszusetzen.

Die französische Regierung schließt eine Rückkehr zu den bisherigen Regeln des EU-Stabilitätspakts nach der Corona-Krise aus. „Wir können uns nicht vorstellen, denselben Pakt wieder in Kraft zu setzen“, sagte Europa-Staatssekretär Clément Beaune am Dienstag der [Nachrichtenagentur AFP](#) in Brüssel. Nach der Krise wiesen die EU-Staaten eine Verschuldung auf, „die ganz anders sein wird als in der Welt, die wir vor einigen Jahren in ganz Europa erlebt haben“.

Hintergrund der Äußerung ist der Wirtschaftseinbruch in der [Corona-Pandemie](#), der überall zu einem erheblichen Anstieg der Staatsverschuldung geführt hat. Die EU-Kommission setzte den Stabilitätspakt im März aus, um den Mitgliedstaaten schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme zu ermöglichen, mit denen sie Bürgern und Unternehmen helfen können, die ökonomischen Pandemiefolgen abzufedern. Die EU-Behörde will den Pakt noch einige Zeit ausgesetzt lassen.

Freilich lag die Schuldenquote im Durchschnitt des Euroraums schon im vergangenen Jahr bei 86,0 Prozent der Wirtschaftsleistung und damit erheblich über dem Maastrichter Referenzwert von 60 Prozent. Pandemiebedingt wird der Wert nach der jüngsten Prognose der [EU-Kommission](#) auf 102,7 Prozent in diesem Jahr steigen. Für 2021 prognostiziert die Behörde einen leichten Rückgang auf 98,8 Prozent. Der französische Schuldenstand lag 2019 schon bei 98,1 Prozent; laut Prognose wird er in diesem Jahr auf 116,5 Prozent steigen und im kommenden Jahr leicht auf 111,9 Prozent sinken. In Griechenland, Italien und Portugal sind die Schulden noch deutlich höher, in Spanien, Belgien und Zypern etwa gleich hoch.

Die Maastrichter Referenzwerte und der auf sie aufbauende [Stabilitätspakt](#) wurden in den neunziger Jahren eingeführt, um eine solide Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten in der Währungsunion sicherzustellen. Im Prinzip können Verstöße gegen den Pakt bestraft werden, etwa mit Bußgeldern. Das ist aber nie passiert. Seit der Euro-Einführung wurde der Pakt zudem mehrmals geändert. Die vorige EU-Kommission unter dem Präsidenten Jean-Claude Juncker und dem französischen Währungskommissar Pierre Moscovici machte regelmäßig geltend, der Pakt sei hinreichend „flexibel“ und werde auch so angewandt. Juncker begründete die Großzügigkeit seiner Behörde mit der Bemerkung „weil es Frankreich ist“.

## Rückkehr zu alten Regeln unwahrscheinlich

Beaune sagte, er glaube nicht, „dass wir den Stabilitätspakt so wiedereinführen können, wie wir ihn zuvor gekannt haben“. Denn auch nach der Krise müssten die Mitgliedstaaten „noch mehr in unseren ökologischen und digitalen Wandel investieren“. Währungskommissar [Paolo Gentiloni](#) kündigte im Februar – also vor dem flächendeckenden Corona-Ausbruch in Europa – eine Überarbeitung der Paktregeln an. Damals zielte er aber vor allem auf eine Vereinfachung des Regelwerks, das sehr unübersichtlich geworden ist.

Derzeit ist das Vorhaben pandemiebedingt eingefroren. Innerhalb der Behörde besteht noch keine Einigkeit, ob der Pakt im Sinne Frankreichs weiter gelockert werden soll. Während Gentiloni dies befürwortet, ist der zuständige Vizepräsident Valdis Dombrovskis eher dagegen.

## «Ensemble défendons la liberté»

TRIBUNE - En solidarité avec *Charlie Hebdo*, *Le Figaro* et plus de cent médias français lancent un appel pour défendre le droit de parler, écrire et dessiner librement.

Par Tribune collective, le 23/9/20



La couverture de Charlie Hebdo, en kiosque ce mercredi. *Charlie Hebdo*

Il n'est jamais arrivé que des médias, qui défendent souvent des points de vue divergents et dont le manifeste n'est pas la forme usuelle d'expression, décident ensemble de s'adresser à leurs publics et à leurs concitoyens d'une manière aussi solennelle.

Si nous le faisons, c'est parce qu'il nous a paru crucial de vous alerter au sujet d'une des valeurs les plus fondamentales de notre démocratie: votre liberté d'expression.

Aujourd'hui, en 2020, certains d'entre vous sont menacés de mort sur les réseaux sociaux quand ils exposent des opinions singulières. Des médias sont ouvertement désignés comme cibles par des organisations terroristes internationales. Des États exercent des pressions sur des journalistes français «coupables» d'avoir publié des articles critiques.

La violence des mots s'est peu à peu transformée en violence physique.

**Nul ne doit être inquiété pour ses opinions, même religieuses, pourvu que leur manifestation ne trouble pas l'ordre public établi par la loi**, article 10 de la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen de 1789, intégrée à notre Constitution

Ces cinq dernières années, des femmes et des hommes de notre pays ont été assassinés par des fanatiques, en raison de leurs origines ou de leurs opinions. Des journalistes et des dessinateurs ont été exécutés pour qu'ils cessent à tout jamais d'écrire et de dessiner librement.

«Nul ne doit être inquiété pour ses opinions, même religieuses, pourvu que leur manifestation ne trouble pas l'ordre public établi par la loi», proclame l'article 10 de la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen de 1789, intégrée à notre

Constitution. Cet article est immédiatement complété par le suivant: «La libre communication des pensées et des opinions est un des droits les plus précieux de l'homme ; tout citoyen peut donc parler, écrire, imprimer librement, sauf à répondre de l'abus de cette liberté dans les cas déterminés par la loi.»

Pourtant, c'est tout l'édifice juridique élaboré pendant plus de deux siècles pour protéger votre liberté d'expression qui est attaqué, comme jamais depuis soixante-quinze ans. Et cette fois par des idéologies totalitaires nouvelles, prétendant parfois s'inspirer de textes religieux.

Bien sûr, nous attendons des pouvoirs publics qu'ils déploient les moyens policiers nécessaires pour assurer la défense de ces libertés et qu'ils condamnent fermement les États qui violent les traités garants de vos droits. Mais nous redoutons que la crainte légitime de la mort n'étende son emprise et n'étouffe inexorablement les derniers esprits libres.

Que restera-t-il alors de ce dont les rédacteurs de la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen de 1789 avaient rêvé? Ces libertés nous sont tellement naturelles qu'il nous arrive d'oublier le privilège et le confort qu'elles constituent pour chacun d'entre nous. Elles sont comme l'air que l'on respire et cet air se raréfie. Pour être dignes de nos ancêtres qui les ont arrachées et de ce qu'ils nous ont transmis, nous devons prendre la résolution de ne plus rien céder à ces idéologies mortifères.

#DefendonsLaLiberté

Les lois de notre pays offrent à chacun d'entre vous un cadre qui vous autorise à parler, écrire et dessiner comme dans peu d'autres endroits dans le monde. Il n'appartient qu'à vous de vous en emparer. Oui, vous avez le droit d'exprimer vos opinions et de critiquer celles des autres, qu'elles soient politiques, philosophiques ou religieuses pourvu que cela reste dans les limites fixées par la loi. Rappelons ici, en solidarité avec Charlie Hebdo, qui a payé sa liberté du sang de ses collaborateurs, qu'[en France, le délit de blasphème n'existe pas](#). Certains d'entre nous sont croyants et peuvent naturellement être choqués par le blasphème. Pour autant ils s'associent sans réserve à notre démarche. Parce qu'en défendant la liberté de blasphémer, ce n'est pas le blasphème que nous défendons mais la liberté.

Nous avons besoin de vous. De votre mobilisation. Du rempart de vos consciences. Il faut que les ennemis de la liberté comprennent que nous sommes tous ensemble leurs adversaires résolus, quelles que soient par ailleurs nos différences d'opinion ou de croyances. Citoyens, élus locaux, responsables politiques, journalistes, militants de tous les partis et de toutes les associations, plus que jamais dans cette époque incertaine, nous devons réunir nos forces pour chasser la peur et faire triompher notre amour indestructible de la Liberté.

*L'Abeille de la Ternoise, L'Aisne Nouvelle, Alliance de la presse d'information générale, L'Alsace, L'Angérien Libre, L'Avenir de l'Artois, BFMTV, Le Bien public, Le Bonhomme Picard, Canal+, Le Canard Enchaîné, Centre Presse, Centre Presse Aveyron, Challenges, La Charente Libre, Charlie Hebdo, Le Chatillonnais, Cnews, La Croix, Le Courrier, Le Courrier de Fourmies, Le Courrier français, Le Courrier de Gironde, Le Courrier de Guadeloupe, Le Courrier de l'Ouest, Le Courrier Picard, Le Dauphiné libéré, Le Démocrate Indépendant, La Dépêche du Midi, Les Dernières Nouvelles d'Alsace, L'Echo de l'Ouest, L'Echo du Berry, Echo Île-de-France, L'Echo de la Lys, L'Echo du Telle, Les Echos, Les Echos du Touquet, L'Equipe, L'Essor Savoyard, L'Est-Eclair, L'Est républicain, Europe1, L'Express, Le Figaro, Le Figaro Magazine, France Télévisions, La Gazette du Comminges, Haute-Provence Info, L'Hebdo de l'Ardèche, L'Hebdo de Charente-Maritime, L'Humanité, L'Humanité Dimanche, L'Indépendant, L'indicateur des Flandres, L'informateur Corse nouvelle, Le Journal du Dimanche, Le Journal des Flandres, Le Journal de Ham, Le Journal d'Ici, Le Journal du Médoc,*

*Le journal de Millau, Le Journal de Montreuil, Le Journal de Saône-et-Loire, LCI, Libération, Libération Champagne, M6, Le Maine Libre, Marianne, Le Messager, Midi Libre, Midi Olympique, Monaco Matin, Le Monde, Nice Matin, Nord Eclair, Nord Littoral, La Nouvelle Abeille, La Nouvelle République du Centre Ouest, La Nouvelle République des Pyrénées, L'Obs, L'Observateur de l'Arrageois, L'Observateur de l'Avesnois, L'Observateur de Beauvais, L'Observateur du Cambrésis, L'Observateur du Douaisis L'Observateur du Valenciennois, L'Opinion, Ouest France, Paris Match, Paris Normandie, Le Parisien / Aujourd'hui en France, Le Parisien Week-end, Le Pays Gessien, Le Petit Bleu d'Agen, Peuple Libre, Le Phare Dunkerquois, Le Point, La Presse de Gray, Presse Océan, La Presse de Vesoul, Le Progrès, Radio France, La Renaissance, Le Républicain Lorrain, Le Réveil de Berck, La Renaissance du Loir-et-Cher, La Renaissance Lochoise, Le Réveil du Vivarais, RMC, RTL, La Sambre, La Savoie, La Semaine de l'Allier, La Semaine des Ardennes, La Semaine dans le Boulonnais, La Semaine des Pyrénées, Le Semeur hebdo, Sud Ouest, Le Télégramme, TF1, La Thiérache, La Tribune Républicaine, L'Union, Var Matin, La Vie Corrézienne, Le Villefranchois, La Voix de l'Ain, La Voix de la Haute-Marne, La Voix du Nord, Vosges Matin.*

## Débats

# Notre pays face au vertige de la perte de légitimité de ses « élites »

Slama, Alain-Gérard

**La capacité même des « élites » - terme entendu sans connotation morale - à gouverner la France est aujourd'hui remise en cause, s'inquiète le philosophe\*.**

La France est dans le pot au noir - cette zone météorologique intertropicale, redoutée des navigateurs, où, nous expliquent les guides nautiques, « les vents sont changeants et difficiles à prévoir ». Ainsi en va-t-il de notre vie politique. L'ancien premier ministre, Édouard Philippe, mettait en garde le 16 septembre contre l'arrivée de « tempêtes ». Tempête sanitaire, certes, (tant il est clair que, depuis la fin de l'été, la leçon des défaillances gouvernementales du premier trimestre 2020 n'a pas été tirée), mais aussi financière (soutenue, pour quelque temps, par la Banque centrale européenne), sociale (faillites en cascade, un million de chômeurs supplémentaires prévus) et « sociétale » (allant des « gilets jaunes » aux populistes et aux identitaristes ethniques et religieux).

Ces sombres pronostics, les instituts de sondages sont loin de les contredire. Non seulement ils constatent un affolement, une volatilité électorale d'une ampleur sans précédent, qui rendent toute prévision hasardeuse, mais ils s'effraient de l'aggravation des fragilités d'une société de plus en plus divisée. D'après une récente étude de l'institut Ipsos (associé à la Fondation Jean Jaurès et à l'Institut Montaigne) sur les « fractures françaises » - fractures que Chirac évoquait en 1995 pudiquement au singulier, alors que le pays était déjà en miettes -, le peuple français est aujourd'hui le plus méfiant de la planète à l'égard de ses dirigeants, juste devant le Brésil et le Chili.

Ce n'est pas une première, dira-t-on, en évoquant les mouvements antiparlementaires des années 1930. Cependant, ce n'est plus tant la légitimité des institutions qui est prioritairement en cause aujourd'hui, ni même la « corruption » de ceux qui occupent les places. Mais la capacité des élites, dénoncées a priori comme un système hégémonique de castes, à gouverner.

On aura vu en effet, au cours de ces années, disqualifier tour à tour les élus, puis les technocrates sur lesquels ceux-ci s'appuyaient, puis les experts des différentes disciplines universitaires appelés à la rescousse, puis les juges sollicités en dernière instance arbitrale, pour ne rien dire aujourd'hui des médecins rhabillés en gourous par un habile Marseillais. Et tout cela sans que, à aucun moment, il se soit trouvé, dans le monde intellectuel, littéraire et académique, un nouveau Lévi-Strauss, un Michel Foucault, un nouveau Raymond Aron, un nouveau Sartre - comme il existe un Sandel aux États-Unis ou un Sloterdijk en Allemagne - pour élever à une hauteur lisible par tous, et répercutée par une université digne de ce nom, les termes d'un débat permettant à chacun de se situer et de trouver ses propres repères. Nous avons pour seules ressources la « déconstruction » de Derrida, qui démolit les élites, et l'« habitus » de Bourdieu, qui les délégitime - concepts que, au surplus, ni l'un ni l'autre n'a inventé.

Or, sans même avoir besoin d'évoquer la fable saint-simonienne des abeilles et des frelons, et moins encore le modèle tayloriste américain, on ne voit guère comment une société pourrait se passer d'élites, définies au sens large et sans connotation morale, par l'ambition de l'excellence dans l'exercice des responsabilités publiques et privées.

Convenons-en, nos élites, du moins celles qui restent en France, n'ont guère bonne mine. Elles n'ont pas cessé, en fait, depuis l'échec des régimes totalitaires du XXe siècle, de nourrir le sentiment de culpabilité que Benda, dans sa *Trahison des clercs*, leur avait inoculé en 1927 en leur reprochant d'avoir sacrifié les valeurs universelles de la justice et de la raison à des passions politiques érigées en obligations morales et de s'être engagés sur la pente totalitaire au nom du « réalisme » de l'action. Le paradoxe de cette critique, justifiée en son fond - car le totalitarisme est bel et bien le fruit de la passion et non l'effet pervers des Lumières - est que les élites des sociétés démocratiques se trouvent paralysées par l'horreur du conflit.

Le point ultime de ce rejet est la négation de l'alternance droite-gauche, considérée comme une maladie du débat démocratique, alors qu'elle en est la condition, dans la mesure où elle oblige aux confrontations constructives en favorisant chez les citoyens, témoins des polémiques contradictoires entretenues autour des mêmes valeurs, la prise de conscience qu'il n'existe, pour aucun problème politique, de solution univoque. Il n'est pas douteux que, en privant l'hémicycle de sa fonction de chambre d'écho de nos grands débats nationaux, l'« extrême centrisme » incarné, volens nolens, par le président Macron (que l'on peut résumer en trois formules : Jupiter, un pouvoir appuyé sur un grand parti du centre au lieu de gouverner « au centre » à la manière de Valéry Giscard d'Estaing, et « j'ai étudié le problème, il en résulte que » ) explique en grande partie l'effacement redoutable des élites du personnel politique : tant il est vrai que le refus du conflit favorise la violence en cédant à des revendications contraires aux valeurs de la République, et que les confrontations qui n'ont pas lieu au sein du Parlement se radicalisent dans la rue.

Le malaise de la démocratie française va de pair avec le désenchantement de ses élites. Il faut leur rendre, avec la parole, leur place dans nos institutions. Une curieuse concomitance a vu paraître, ce mois-ci, deux publications : un numéro de la remarquable revue *Inflexions*, où se rencontrent quelques-uns des meilleurs esprits de notre armée, et dont le thème est troublant : « L'échec ». L'autre titre est l'ultime numéro du *Débat*, où Pierre Nora, prenant congé, tire sa révérence d'historien de la mémoire avec une épitaphe qui ne manque pas de panache : « *La mémoire a été une Cause, avant de devenir une industrie, pour finir en routine* ». Autrement dit, la mémoire a cessé d'être une cause juste en opposant à la société un droit objectif au bénéfice d'un particularisme subjectif.

En fait, ces élites de plus en plus discréditées, voire haïes comme autant d'ennemis du peuple, à l'exception de quelques transfuges, se prêtant à « faire le buzz » pour être admis sur les antennes - devraient être plus particulièrement soutenues et écoutées dans un pays tel que le nôtre, enfanté par l'alliance de l'État et de l'école. Peut-être la défaite de ces héritiers des Lumières était-elle inévitable dans un moment de « réensauvagement » où surgissent à notre horizon les quatre grandes peurs du millénarisme : peur des grandes invasions, peur de la révolte des gueux, peur des pandémies, peur de la fin du monde. Mais ce n'est certes pas en prêtant la main à ceux qui ne voient de salut que dans l'imitation des démocraties d'Europe centrale et d'Amérique, ou dans le retour à l'Ancien régime qu'ils renoueront avec le projet d'un *sapere aude* (« ose penser par toi-même » ) conçu, entre autres, par Diderot, Rousseau et Kant pour plusieurs siècles.

\* *Normalien, agrégé de lettres classiques, longtemps titulaire de la chaire d'histoire des idées politiques à Sciences Po, ancien éditorialiste et ancien membre du comité éditorial du « Figaro », Alain-Gérard Slama est l'auteur de dix ouvrages. Il a notamment publié « La Régression démocratique » (Perrin, coll. « Tempus », 2002), prix de l'essai de l'Académie française, « La Société d'indifférence » (Plon, 2009), distingué par le prix Jean-Zay, et « Les Écrivains qui ont fait la République » (Plon 2012).*

# Ein Schild für die Götter

- VON TILMAN SPRECKELSEN



- -AKTUALISIERT AM 23.09.2020 -16:47  
Von der Lebenswelt der Germanen haben wir nur nebelhafte Vorstellungen. Eine Ausstellung auf der Berliner Museumsinsel versucht, für Klarheit zu sorgen.

Das Land ist entweder mit Wald oder Sumpf überzogen, feucht im Westen, windig im Osten, unbrauchbar für den Obstanbau und arm an Metall, „zur Bewohnung und fürs Auge trübselig für jeden, dem es nicht Vaterland ist.“ Kein Mensch würde es den Wilden, die dort hausen, streitig machen. Deshalb müssen die Germanen, die nördlich der Donau und östlich des Rheins siedeln, wohl die Ureinwohner dieses unfreundlichen Landes sein, schloss Tacitus. Dessen „Germania“, verfasst um 100 nach Christus, geriet in Vergessenheit, bis das einzige erhaltene Manuskript im fünfzehnten Jahrhundert wiederentdeckt und ediert wurde. Nun besaß man eine Beschreibung von Sitten und Gebräuchen einer Gruppe von Menschen, die einst in Mitteleuropa gelebt hätten, von denen aber materiell nur wenig geblieben war. Es sollte noch weitere Jahrhunderte dauern, bis archäologische Funde eine eigene Perspektive auf die Bewohner dieser Gegend zur Zeit der römischen Kaiser gewährten, die wiederum derjenigen in Tacitus' Schrift gegenübersteht. Dass es sich bei der Sammelbezeichnung „Germanen“ um den Versuch handelt, sehr unterschiedliche lokale Ethnien zu bündeln, die sich, ähnlich wie die ebenfalls von außen als „Kelten“ bezeichnete Gruppe, kaum als Einheit sahen, ist evident. Wie aber wäre der Begriff „Germanen“ dann sinnvoll zu füllen?

Dieser Frage widmet sich die Ausstellung „Germanen. Eine archäologische Bestandsaufnahme“, die Ende vergangener Woche an zwei miteinander verbundenen Schauplätzen der Museumsinsel in Berlin eröffnet worden ist: In der James-Simon-Galerie werden die archäologischen Exponate gezeigt, im „Vaterländischen Saal“ des Neuen Museums soll die Rezeptionsgeschichte des Begriffs „Germanen“ in den vergangenen zweihundert Jahren beleuchtet werden.

## Zweihundert Jahre Germanen-Rezeption

Das geschieht unter den wachsamen Augen der nordischen Götter, die hier als mehrteiliger Fries, entworfen von Wilhelm von Kaulbach, dargestellt sind. Erzählt werden Geschichten aus der Edda, doch die Götter gleichen antiken oder biblischen Gestalten, etwa der „Allvater“ Odin, der in Jahwe-Manier zwei Tafeln in den ausgestreckten Händen hält, auf denen aber nicht die Zehn Gebote, sondern „Friede“ und „Heil“ in Runenschrift zu lesen sind. Und die heimtückisch zu Tode gebrachte Lichtgestalt Baldur erinnert hier deutlich an den bekannten Apollo Belvedere. Mit Carl Emil Doeplers Bühnenausstattung zu Richard Wagners „Ring“-Zyklus erhielten die eddischen Gestalten dann ein germanisch gemeintes Aussehen, das sich deutlich von Arbeiten wie denen Kaulbachs absetzte.



Das Pressblech mit zentralem Tierfries aus Silber und Gold, entstanden im 3. Jahrhundert nach Christus, wurde im Thorsberger Moor gefunden. :Bild: Museum für Archäologie Schloss Gottorf

Auf dem Boden des Vaterländischen Saals werden nun für die aktuelle Ausstellung zweihundert Jahre Germanen-Rezeption durchgespielt, im Allgemeinen ebenso wie speziell im Museum für Vor- und Frühgeschichte und seiner Vorgängerin, der Kunstkammer der Hohenzollern. Auf großen Stellwänden werden Lexikoneinträge zum Stichwort „Germanen“ zitiert (deren Ton allmählich differenzierter und weniger apodiktisch wird). So erfährt man, dass das Verhältnis zwischen Germanen und Slawen in der hiesigen Forschung auf unterschiedliche Weise diskutiert wurde – etwa in der Frage, welcher Gruppe bestimmte Bodenfunde zuzurechnen oder ob aus Gräberfeldern geborgene Schädel in dieser Hinsicht auffällig seien – und dass sich Archäologen wie der Direktor des Museums für Vor- und Frühgeschichte von den NS-Machthabern und ihrem Germanenkult vereinnahmen ließen, wenn sie ungestört graben durften. Ein damals im Havelländischen Luch entstandener Propagandafilm zeigt einen glücklichen Nationalsozialisten, der eine mit Hakenkreuz-Ornamentik verzierte Urne in den Händen hält.

### Betonschlauch ohne Tageslicht

Dass der Germanenbegriff nach dem Krieg eher vorsichtig verwendet wurde, liegt auf der Hand. Dieser Teil der Ausstellung endet mit der Erinnerung an die Schau „Zwischen Walhall und Paradies“, die das Deutsche Historische Museum gemeinsam mit dem Museum für Vor- und Frühgeschichte 1991 im wiedervereinigten Deutschland unternahm. Darin wurden unter anderem die populären Germanenbilder des neunzehnten Jahrhunderts problematisiert. Aber welchen Befund liefert der nüchterne Blick auf die materiellen Hinterlassenschaften im Raum zwischen Rhein und Donau, wozu verhilft die im Ausstellungsuntertitel versprochene „archäologische Bestandsaufnahme“?

Räumlich gleicht die James-Simon-Galerie einem Betonschlauch ohne Tageslicht. Den Exponaten, besonders solchen aus organischem Material, kommt das entgegen, weil die Lichtverhältnisse jederzeit kontrollierbar sind. Der Vergleich mit ähnlichen Ausstellungssälen zeigt, dass sich daraus ein intensives Erlebnis machen lässt. Hier gliedern Stellwände und Vitrinen den dazwischen überraschend weiten Raum derart, dass man schon zu Beginn ein Gefühl für die kulturelle Differenzierung der Funde in Raum und Zeit bekommt, die durch einzelne Glaskästen an den Wänden repräsentiert werden, während in der Mitte eine große Karte Mitteleuropas deren Lage zeigt.

### Ausgesucht schöne Metallarbeiten

Im Wesentlichen zielen die Kuratoren auf die ersten vier bis fünf Jahrhunderte nach Christi Geburt, eine Welt also, die mit der Völkerwanderung endet. In dieser ersten Abteilung wird der Blick geschärft für unterschiedliche lokale Kulturen, die sich beispielsweise an schmalfüßigen und großmündigen Tongefäßen ableiten lassen, von denen manche in der Form schlicht, in der mäandrierenden Verzierung diskret effektiv sind, während andere, etwa eine zu Recht so genannte sächsische Buckelurne, geradezu exzentrisch wirken.



Im Moor von Vimose auf der Insel Fünen kam dieser Beschlag mit stilisiertem Kopf aus dem 3. Jahrhundert nach Christus ans Licht. :Bild: Nationalmuseum Kopenhagen, Dänemark

Die zweite, zentrale Abteilung zitiert dann mit der räumlichen Aufteilung ein traditionelles zweischiffiges Langhaus, wie es im als germanisch bezeichneten Gebiet nicht selten ist. Wie einige Male in der Ausstellung wird man sich diesen Zusammenhang eher selbst erschließen, als dass man einer Erzählung der Kuratoren folgt. Sie setzen nicht auf Glamour, sondern stellen den Alltag in den Vordergrund, so gut das geht, und zeigen dabei auch, dass trotz aller kultureller Beeinflussung einzelner Germanen durch die Römer, etwa durch den jahrelangen Dienst in der römischen Armee, die Lebensweise der germanischen Gruppen doch ziemlich resistent gegenüber den Verlockungen des Südens war. Gezeigt werden Werkzeuge wie eine Sense, Spinnwirtel und Webgewichte, die Reste eines Blasebals und immer wieder Zeugnisse einer Opferkultur, bei der Gegenstände in Seen oder Mooren versenkt wurden. Eine Vitrine zeigt – womöglich erbeutete – Waffen, die kaum etwas Römisches an sich haben und daher als Niederschlag innergermanischer Auseinandersetzungen gedeutet werden. Prächtig ist etwa ein großer, wunderbar erhaltener Holzschild mit metallenen Buckel in der Mitte und Nägeln an den Rändern. Oder ein zauberhaft feiner Lederschuh, ebenfalls aus dem Moor geborgen, Spielbretter aus Holz und Steine aus schwarz oder weiß gefärbtem Glas.

Zwischen so viel Alltag gibt es auch ein paar ausgesucht schöne Metallarbeiten, die von der Kunstfertigkeit zeugen, mit der germanische Feinschmiede, die möglicherweise zwischen den Höfen der Vornehmen wanderten, Ornamente schufen, die immer auch die Frage nach dem römischen Kulturkontakt stellen.

Dafür steht die letzte Vitrine, die explizit die Nachahmung römischer Vorbilder zeigt und dabei auch das offensichtliche Misslingen nicht ausspart. Die große Wanderungsbewegung aber, die dann einsetzt, führt ein hölzerner, im heutigen Marzahn geborgener Brunnenschacht vor Augen: Auf dem germanischen Unterbau ruht ein slawischer Aufsatz.

*Germanen. Eine archäologische Bestandsaufnahme. James-Simon-Galerie, Berlin; bis 21. März 2021. Der Katalog kostet 39 Euro.*

# Avec son projet de « pacte pour la migration », l'Union européenne relance les débats sur les réfugiés

Le texte présenté mercredi à Bruxelles entend surmonter les divisions apparues depuis 2015 entre les pays membres et trouver un compromis entre contrôle et solidarité.

Par Jean-Pierre Stroobants Publié aujourd'hui à 10h59, mis à jour à 12h05

Meilleure gestion des frontières extérieures, politique de retours accélérée, solidarité obligée et « constante » entre les pays, code de conduite pour les secours en mer, nouveaux partenariats avec les pays d'origine, etc. : avec ses milliers de pages, le projet de « pacte pour la migration » que doit présenter, mercredi 23 septembre, la Commission européenne, recherche un compromis entre les visions, parfois très opposées, des pays membres, entre contrôle et solidarité.

Pour surmonter les vieilles rancœurs, l'accord de Dublin sera-t-il « aboli », comme l'indiquait récemment la présidente de la Commission, Ursula von der Leyen ? Son principe – le pays d'entrée des réfugiés est seul responsable de l'instruction de leurs demandes d'asile – est mis de côté : l'afflux massif de 2015 a démontré qu'il était inapplicable. Il serait remplacé par une nouvelle procédure visant à ce que chaque pays de l'Union européenne (UE) participe à l'effort de répartition, de traitement des requêtes, ou des retours.

Ainsi, un migrant candidat à l'asile sera contrôlé à la frontière extérieure de l'Union. Si sa demande est jugée recevable, il entrera ensuite dans la procédure « classique » d'examen, qui devrait durer douze semaines au maximum. Pour soulager la Grèce, l'Italie ou Malte, cet examen pourrait être mené par un autre Etat membre. Ensuite, les démarches seraient accélérées, tant pour les déboutés, reconduits dans leur pays d'origine, que pour ceux qui obtiennent le statut protecteur, avec des relocalisations mieux gérées au sein de l'UE.

## Mieux réagir à différents types de situation

Afin d'organiser enfin la solidarité et le partage des tâches, un schéma complexe est imaginé, en vue de surmonter les divisions suscitées, depuis 2015, par les tentatives précédentes, dont, notamment, le fiasco des quotas obligatoires censés répartir les demandeurs d'asile d'un pays à l'autre de l'Union. Cette fois, trois cas de figure sont retenus, pour mieux réagir à différents types de situation : pression migratoire normale, crise risquant de mettre en péril tout le système d'asile, ou sauvetages d'urgence en mer.

En cas de pression, une clé de répartition prenant en compte pour moitié le produit intérieur brut (PIB) du pays et, pour l'autre moitié la population, serait définie. Avec, aussi, une prise en compte de l'effort d'accueil déjà fourni au cours des cinq dernières années. La relocalisation bénéficierait notamment aux candidats à l'asile qui viennent d'un pays dont plus de 20 % des ressortissants bénéficient déjà en Europe de cette protection. Cette dernière clause ne serait cependant pas appliquée en temps de crise aiguë, pour gérer plus rapidement l'afflux et éviter l'engorgement dans le pays de première arrivée.

Difficile d'imaginer, toutefois, que les pays de l'Est se rangeront aisément derrière un tel dispositif. Et comme ils maintiendront sans doute leur refus de tout accueil, on leur propose d'assumer une mesure innovante : des « retours parrainés ». Ils devraient, toujours dans l'esprit d'une solidarité partagée, organiser et financer le retour des personnes déboutées, avec la possibilité de choisir parmi celles-ci en fonction de leur nationalité. Le rapatriement devrait s'effectuer dans un délai de huit mois (quatre mois en temps de crise). Si ce n'est pas le cas, les Etats concernés seront tenus de relocaliser les migrants sur leur territoire.

La fourniture d'équipements (bateaux, avions, matériels techniques) ou de moyens humains (des gardes-frontières) serait une autre façon de contribuer à la solidarité réclamée. Le tout, dans le cadre d'un acte légal contraignant,

impliquant tous les pays. Par ailleurs, un « mécanisme correcteur de masse critique » accompagnerait le processus : il sera déclenché si 30 % des objectifs fixés ne sont pas atteints et imposera alors de nouvelles contraintes.

## **Electrochoc causé par Moria en feu**

Un autre dispositif serait censé s'appliquer pour les sauvetages en mer : une sorte de conférence annuelle des « donateurs » fixerait préventivement un quota d'admission pour des pays – assez peu nombreux à ce stade – se portant volontaires.

L'agence Frontex devrait, elle, participer plus activement à la gestion des retours. Et les pays vers lesquels seront renvoyés les migrants se voient proposer des mesures incitatives dans le domaine du commerce, du développement ou des visas.

Le texte dévoilé mercredi vise, en fait, à tourner l'une des pages les plus douloureuses de l'histoire récente de l'Union et à éviter que se développent d'autres camps comme celui de Moria, en Grèce. Car ce sont bien les dramatiques incendies survenus sur l'île de Lesbos et l'illustration de l'incapacité des dirigeants européens à mettre en œuvre une politique d'asile cohérente qui avaient incité Ursula von der Leyen, la présidente de la Commission, à anticiper la présentation de ce pacte.

La Commission table sur l'électrochoc causé par les images de Moria en feu. Son projet réussira-t-il, alors que beaucoup d'autres initiatives migratoires se sont enlisées ? Longuement pré-négocié, il devrait, en tout cas, recueillir un assentiment minimal des différents camps qui s'opposent : les pays de « première ligne » (Grèce, Italie, Malte...) qui réclament plus d'aide de leurs partenaires ; les Etats (Allemagne, France, Irlande, Suède, Autriche...) qui ont ouvert partiellement leurs portes aux demandeurs d'asile mais exigent plus de solidarité, et enfin les pays de l'Est (Hongrie, Pologne, République tchèque, Slovaquie...) qui ont rejeté avec intransigeance toute idée d'accueil mais sont sous pression.

A tous, la Commission propose, en tout cas, un objectif unanimement partagé : une meilleure gestion des frontières extérieures. Les procédures actuelles – notamment les prises d'empreintes et leur inclusion dans le fichier Eurodac – sont lentes et pas toujours uniformisées. Bruxelles entend imposer une période maximale de cinq jours pour l'examen de l'identité et de la santé d'un demandeur d'asile, ainsi que d'aspects sécuritaires éventuels. En fonction des législations nationales, cet examen pourrait être couplé à une garde à vue.

Les mineurs d'âge, les malades et les familles avec des enfants de moins de 12 ans pourraient, eux, pénétrer dans le pays – et non être cantonnés aux frontières – pour introduire leur demande. Un autre Etat que celui de première entrée pourrait les accueillir et traiter leur dossier, afin d'accélérer le processus.

## **Un nouveau mécanisme de surveillance**

Pour prévenir les refoulements abusifs auxquels se livrent certains pays, un nouveau mécanisme de surveillance serait défini avec l'Agence européenne des droits fondamentaux, basée à Vienne. En cas de rejet de la demande d'asile, une seule possibilité d'appel existerait et devrait déboucher sur une décision définitive dans les deux semaines. En cas de refus de la demande, un ordre de retour serait délivré, à exécuter dans les trois mois au maximum.

Dans le très vaste ensemble qu'elle a élaboré, la Commission suggère d'autres innovations : le regroupement familial serait facilité – un migrant pourrait par exemple rejoindre un frère ou une sœur – ; la participation à un sauvetage en mer ne pourrait être, à elle seule, un motif pouvant déclencher des poursuites judiciaires ; les Etats ne disposeraient pas d'un temps illimité – comme le prévoyait le dernier projet de réforme de Dublin – pour renvoyer vers le pays de première entrée un migrant séjournant illégalement sur leur territoire.

A noter enfin que l'espace Schengen – dont M<sup>me</sup> von der Leyen a évoqué récemment la « réforme » – n'est pas inclus dans ce projet. Les propositions de Bruxelles pour de nouvelles règles seront dévoilées au début de 2021. Tout comme celles qui devraient concerner la migration légale, censée favoriser l'accueil « *de talents et de compétences* ».

**Jean-Pierre Stroobants**(Bruxelles, bureau européen)

# Ist es unsere moralische Pflicht, Migranten aufzunehmen?

Stand: 10:28 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

In Moria leben Flüchtlinge und Migranten in unwürdigen Zuständen. Und Europa kann sich auf kein Hilfskonzept einigen. Das ist – je nach Standpunkt – ein Armutszeugnis für die Wertegemeinschaft – oder Ausdruck einer pragmatischen Migrationspolitik. Ein Pro und Contra.

## Ja, sagt Claudia Becker

Ich muss in diesen Tagen wieder oft an meine Oma denken. Eingehüllt in alles, was irgendwie gegen Kälte schützt, sehe ich sie vor meinem inneren Auge: Eine angespannte, angst- und sorgenerfüllte junge Frau auf dem Bock eines Ackerwagens, den sie im Januar 1945 hektisch beladen hat, um mit ihren beiden kleinen Söhnen aus der Nähe von Danzig vor der Roten Armee zu fliehen.

Abends, so erzählte sie, hätten sie Nachtlager in Turnhallen oder Scheunen bekommen. Dann konnte sie Wasser erhitzen, um Tee zu kochen und Windeln zu waschen, bevor sie zwischen all den anderen ein bisschen Ruhe fand. Was sie durch die Strapazen trug, war die Hoffnung, irgendwann an einen Ort im Westen zu gelangen, wo sie in Sicherheit waren.

Was wäre gewesen, wenn die Alten, die Frauen und Kinder, die im Winter 1945 ihre Nächte in Notunterkünften verbrachten, plötzlich nicht mehr hätten weiterziehen können? Weil sie in dem unbekanntem Zielort so wenig erwünscht gewesen wären, dass man die Grenzen dicht gemacht hätte?

Dann wäre meine Oma mit den anderen Flüchtlingen nicht nur den Siegern in die Hände gefallen, sondern hätte vielleicht jahrelang in solch einem Lager dahinvegetieren müssen. Weil sie wie die Menschen, die jetzt auf den griechischen Inseln auf Hilfe warten, zur falschen Zeit am falschen Ort zwischen die Fronten eines Krieges geraten war, den nicht sie entfacht hat.

Ob es moralisch geboten ist, Menschen wie diesen zu helfen, diejenigen aufzunehmen, die nicht einmal mehr in einem menschenunwürdigen Lager leben, sondern nach einem verheerenden Feuer auf der Straße? Was für eine Frage! Die Frage muss lauten: Wie konnte Europa die Moral so lange mit Füßen treten?

Europa versteht sich zu Recht als Wirtschafts- und als Wertegemeinschaft. Laut Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union setzen wir nicht nur auf Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, sondern generell auf die Wahrung der Menschenwürde, der Menschen- und Minderheitenrechte. Europa als Wertegemeinschaft verpflichtet sich also zur Moral.

Dass sich Länder wie Österreich darüber einfach hinwegsetzen und sich weigern, ihrer Verpflichtung nachzukommen und Flüchtlinge aufzunehmen, ist erbärmlich. Ein Armutszeugnis für eine Gemeinschaft, deren ach so schutzwürdige Werte, wenn es hart auf hart kommt, Worthülsen sind.

Dass es selbstredend eine moralische Verpflichtung gegenüber den Bedürftigen gibt, bestätigt die jüngste Umfrage des ARD-Deutschland-Trends. Auch wenn die Hälfte der Befragten eine europaweite Verteilung zur Bedingung macht, so spricht sich doch die große Mehrheit – 87 Prozent – für eine Aufnahme aus. Deutschland nimmt vorerst 1500 Menschen auf. Menschen, die, wie Friedrich Merz sagt, uns nicht überfordern.

*Die Autorin hat sich schon als Kind mit der Flucht der Großmutter beschäftigt und weiß, was für ein Schicksalsschlag es ist, unfreiwillig entwurzelt zu werden.*

### **Nein, sagt Marcel Leubecher**

Selbst relativ arme Deutsche sind im globalen Vergleich wohlhabend, und ihr verschuldeter Staat ist einer der reichsten der Erde. Ein solches Land ist moralisch verpflichtet, Flüchtlingen zu helfen. Doch daraus folgt nicht die Verpflichtung, diese Hilfe durch Umsiedlung auf das eigene Staatsgebiet zu leisten.

Wenn Flüchtlinge und andere Migranten in Griechenland seit Langem unter schlechter Unterbringung und Versorgung leiden und nun sogar durch Brandstiftung für einige Tage obdachlos wurden, ist Deutschland zwar moralisch verpflichtet, sich für eine anständige Unterbringung und Versorgung einzusetzen. Einen Teil der Flüchtlinge nach Deutschland zu holen, ist aber moralisch nicht geboten. Warum?

Unsere moralische Pflicht gegenüber Flüchtlingen besteht darin, möglichst vielen von ihnen zu Verfolgungsfreiheit samt Unterkunft und Grundversorgung zu verhelfen. Um diesem weit entfernten Ziel angesichts begrenzter Ressourcen möglichst nahe zu kommen, gebietet die moralische Pflicht die effiziente Verwendung der Mittel. Dieses Ziel lässt sich am besten erreichen, indem Deutschland die Nachbarländer in den Krisenregionen bei der Aufnahme der weltweit etwa 26 Millionen Flüchtlinge unterstützt.

Beispielsweise kann die Türkei mit viel geringerem Aufwand die kulturell und geografisch nahen Syrer aufnehmen – Deutschland wiederum hat die Mittel, dies zu unterstützen. Zu einer Hilfe durch Aufnahme ist Deutschland moralisch verpflichtet, wenn ein Flüchtling das Bundesgebiet erreicht, ohne zuvor in Sicherheit gewesen zu sein.

Falls Deutschland nun bei der Unterstützung für Flüchtlinge über seine rechtlichen und moralischen Verpflichtungen hinausgehen und einige auf das eigene Staatsgebiet umsiedeln möchte, muss es sich auf die Schutzbedürftigsten konzentrieren.

Hier würde Deutschland in den vielen Flüchtlingslagern rund um den Globus fündig, in denen das UNHCR besonders Hilfsbedürftige für solche Umsiedlungsmaßnahmen aussucht. Nur für einen Bruchteil von ihnen finden sich aufnahmebereite Staaten.

Auf dieser Grundlage würde die Wahl nicht auf Flüchtlinge fallen, die bereits geschützt sind und sich in einem entwickelten Staat wie Griechenland befinden, der mit Milliarden-Unterstützung durch die EU auf dem Festland anständige Unterbringung bietet, aber viele Menschen nach ihrer unerlaubten Einreise aus der Türkei zunächst für einige Monate auf den Inseln schäbig versorgt.

Es sei daran erinnert, dass Deutschland relativ zur Bevölkerung mehr Flüchtlinge und andere Migranten beherbergt als Griechenland, das viele nach Norden weiterziehen ließ. Politisch mag man das Einfliegen aus Gründen der Entlastung Athens für erforderlich halten – rechtlich und moralisch geboten ist es nicht.

## Die drei großen Mythen der Migration

Stand: 14:52 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Die EU hat am Mittwoch eine neue Asylstrategie vorgestellt. Diese könnte ein erster Schritt zu einer realistischen Flüchtlingspolitik in Europa sein. Die Debatte über Moria aber beweist, wie stark das Thema von Illusionen geprägt ist.

Ein Funke genügte. Das Feuer im griechischen Flüchtlingslager von Moria hat den großen Streit über die Migration neu entfacht. Die Flüchtlingsfrage schien passé, aber nun zeigt sich, dass der Konflikt immer noch schwelt, besonders in Deutschland, aber auch in Europa. EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen wird am Mittwoch Vorschläge für eine neue europäische Asylpolitik machen. Es soll ein wichtiger Schritt sein, um zu einer systematischen und gerade deshalb humanen Migrationspolitik zu kommen. Denn noch, und das zeigt Moria deutlich, wird die Debatte vor allem von Mythen bestimmt. Sie klingen wahr, gut und schön – halten einer Überprüfung aber kaum stand.

### Mythos 1: „Migranten fliehen aus der Hölle“

Im Kern geht es bei der Migrationsdebatte stets um Gerechtigkeit. Viele fragen sich: Warum verwehrt das wohlhabende Europa den Ärmsten der Armen den Zutritt? Aber so einfach ist es nicht. Die deutsche Entscheidung, gut 1500 Flüchtlinge aus Moria aufzunehmen, ist nicht gerecht, sondern willkürlich. „Politiker und Medien konzentrieren sich auf die zehn Prozent Flüchtlinge, die entwickelte Länder zu erreichen suchen“, schreibt Paul Collier, der weltweit vielleicht renommierteste Migrationsforscher, in seinem 2017 erschienen Buch „Gestrandet“. „Sie verlieren dabei das Schicksal der restlichen 90 Prozent aus den Augen.“

Mit Blick auf das Jahr 2015 heißt es dort: „Deutschlands Willkommenskultur wirkte ausgesprochen selektiv.“ Ein Satz, der auch für Moria gilt. Weltweit gibt es 65 Millionen Flüchtlinge, davon wurden die meisten innerhalb der Heimatländer vertrieben oder in die Nachbarländer. Zahlreiche Studien belegen, dass steigender Lebensstandard zu mehr Migration führt. Denn es ist teuer, es aus Nigeria oder Afghanistan bis nach Europa zu schaffen. Das hat auch Kanzlerin Angela Merkel längst verstanden. Sie engagierte Collier nach der Flüchtlingskrise als Berater, machte Afrika zu einer ihrer Prioritäten, die „Bekämpfung der Fluchtursachen“ zu einem zentralen Baustein ihrer Migrationspolitik. Doch bei Moria beugte sich Merkel der Macht der Bilder – und machte jenen Menschen den Weg nach Europa frei, die am sichtbarsten waren.

Im Grunde sind es gleich zwei Mythen, die die Debatte über Migration an dieser Stelle erschweren: Viele Migranten stellen sich Europa als Paradies vor – und zugleich glauben viele Europäer, alle Migranten flöhen

direkt aus der Hölle. Erfahrene Entwicklungshelfer kennen beide Welten und wissen, dass beides Zerrbilder sind.

„Jeder Schritt bei der Migration ist mit Illusionen verbunden“, sagt Dominik Ziller im Gespräch mit WELT AM SONNTAG. Er ist Vizepräsident der UN-Organisation IFAD in Rom, die sich darum bemüht, den Menschen in armen ländlichen Regionen der Erde eine Perspektive in ihrer Heimat zu bieten. „Der erste Schritt der Migration führt die Menschen in größere Städte. Der zweite Schritt geht ins Nachbarland, und der dritte Schritt ist dann der Nachbarkontinent.“ Der Schlüssel sei, den Menschen realistische Perspektiven für ein gutes Leben zu Hause zu geben. „Mein Gefühl ist immer, dass es sehr viele Leute gibt, die sich sehr wohl dort fühlen, wo sie geboren sind“, sagt Ziller.

## **Mythos 2: „Europa ist eine Festung“**

Konsequenter Schutz von Grenzen ist unmenschlich, durchlässige Grenzen sind human. Das ist der Tenor, den man in Deutschland oft hört. Aber die Realität sieht anders aus. Harter Grenzschutz ist weltweit der Standard, die europäischen Grenze im internationalen Vergleich wenig geschützt. „Wenn wir die EU-Außengrenze nicht sichern und auch verteidigen, dann entscheiden Schlepperbanden, die Mafia oder der türkische Präsident Erdogan, wer nach Europa kommt“, sagt Manfred Weber (CSU), Chef der konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament im Gespräch mit WELT AM SONNTAG. „Das ist nicht akzeptabel. Europa muss selbst entscheiden, wer kommen kann.“

Bisher gilt: Kein Industriestaat der Erde hat eine so labile rechtliche Position beim Grenzschutz wie die EU. Ihren Ursprung hat diese Schwäche in der Genfer Konvention von 1951, in der das Gebot des „Non-Refoulement“ festgeschrieben ist. Es entstand aus den Erfahrungen der Nazi-Herrschaft, wo jüdische Flüchtlinge an den Grenzen abgewiesen wurden und zurück ins Verderben geschickt wurden. Allerdings wird dieses Gebot in Europa heute so weit ausgelegt wie nirgends sonst.

Durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und EU-Richtlinien darf de facto gar kein Migrant mehr von Grenzschützern zurück ins Herkunftsland gebracht werden. Sein Asylwunsch muss in der EU bearbeitet werden – selbst wenn ein Erfolg unwahrscheinlich ist. „Das Asylrecht der Europäischen Union legt unbeabsichtigt – doch faktisch zwingend – jedem autonomen Schutz der EU-Außengrenzen fast unüberwindbare Hindernisse in den Weg“, schreibt der Politologe Hans-Peter Schwarz in seinem 2017 erschienenen Buch „Die neue Völkerwanderung nach Europa“.

Das ist auch der Grund, warum sich Europa auf „Flüchtlings-Deals“ verlegt hat – mit der Türkei, mit Libyen, mit Marokko. Weil die Küstenwache der EU die Migranten nicht zurückschicken darf, beauftragt man den Staat auf der anderen Seite des Meeres. Damit legt die EU den Schutz ihrer Außengrenzen in fremde Hände. Insofern ist Europa eben gerade keine Festung. Würde es eine solche werden, es wäre ein Schritt hin zur völkerrechtlichen Normalität.

### **Mythos 3: „Wir schaffen das“**

Dieser Merkel-Satz sollte im Jahr 2015 signalisieren, Deutschland und Europa könne es gelingen, die große Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen und zu integrieren. Die Kanzlerin und der damalige EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker überlegten lediglich, wie die Migranten in Europa aufgenommen werden könnten. Sie übersahen, dass die Aufnahme einen Pull-Effekt haben könnte, dass also noch viel mehr Menschen vom Versprechen angelockt werden, in Deutschland und Europa ein vermeintlich besseres Leben führen zu können. Deutschland und Europa verloren die Kontrolle.

„Der Fehler von 2015 war, dass es überwiegend um Solidarität, zu sehr um einen EU-Verteilmechanismus für Flüchtlinge ging“, sagt EVP-Fraktionschef Weber. „Grenzsicherung und Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern war damals weniger das Thema. Deshalb brauchen wir künftig eine ausgewogene Asylpolitik, die Humanität, Hilfe und Kontrolle in Einklang bringt.“ Das europäische Asylrecht hatte bereits damals weltweit einmalige strukturelle Schwächen. Die EU-Rechtsprechung weitete über die vergangenen Jahrzehnte hinweg die Asylgründe deutlich über die Genfer Konvention hinaus aus. Und deshalb haben die Mitgliedstaaten heute eine deutlich geringere Handhabe, Asylbewerber abzuweisen als andere große Industrienationen.

Hinzu kommt: Die Binnengrenzen der EU sind offen – aber der Informationsaustausch zwischen den Ländern ist oft mangelhaft. Das erleichtert es illegalen Migranten, in Europa abzutauchen. Eben diese Probleme soll die neue EU-Asylpolitik beheben, die am Mittwoch vorgestellt wird. Im Kern verfolgt die Reform ein großes Ziel: den Anreiz für illegale Migration nach Europa zu reduzieren, also den Pull-Effekt schwächer werden zu lassen. Asylverfahren schneller entscheiden, besserer Datenaustausch, Angleichung der Asyilleistungen innerhalb der EU, Rückführungsabkommen mit Herkunftsstaaten – hinter all den Plänen steht der Gedanke: Wenn nur noch relativ wenige, meist asylberechtigte Menschen ankommen, wächst die Bereitschaft der EU-Länder, diese Menschen auch aufzunehmen.

Auch Merkel steht hinter diesen Prinzipien. „Wir schaffen das“ ist Geschichte. Die Zukunft soll ein funktionsfähiges EU-Asylsystem sein, das illegale Migration deutlich erschwert – aber jene, die schutzbedürftig sind, nicht abweist. Der politische Wille dazu scheint in der gesamten EU vorhanden zu sein. Zumindest, solange man nicht mit der Macht unschöner Bilder an den Außengrenzen konfrontiert ist.

# So tickt die Generation Greta

- VON [CORINNA BUDRAS](#)
- -AKTUALISIERT AM 23.09.2020-20:52



Junge Leute in Deutschland haben keine Angst vor dem sozialen Abstieg, sondern vor dem Klimakollaps, sagt Jugendforscher und Autor Klaus Hurrelmann. Er erklärt, wie sie ticken.

Herr Hurrelmann, die Jugend wird in immer neue Kategorien eingeteilt. Nun rufen Sie und Ihr Co-Autor Erik Albrecht in Ihrem neuen Buch „Generation Greta“ eine neue aus. Was soll diese „Generation Greta“ sein?

Sie haben völlig recht: Der Begriff Generation wird sehr plakativ benutzt. Man muss aufpassen, dass er sich dadurch nicht völlig verbraucht. Es ist ein Kunstgriff in der sozialwissenschaftlichen Biographieforschung, Generationen zu unterscheiden. Die Kernidee ist: Wenn junge Menschen in ihrer Jugendzeit gleichartige wirtschaftliche, politische und kulturelle Erfahrungen machen, dann können sie dadurch geprägt werden. Sie werden ähnlich in ihren Einschätzungen und Bewertungen und zeigen gleichartige Persönlichkeitszüge.

Alle, die vor 2000 geboren wurden, hatten ihre formative Jugendzeit in einer absoluten Krisenkonstellation, allen voran die Finanzkrise. Wir wissen aus Studien, dass diese Generation „Warum“, auch die Generation Y genannt, sehr vorsichtig sondiert und taktiert. Ego-Taktiker habe ich sie genannt. Politisch waren sie nicht oder nur unterschwellig.

Das hat sich geändert?

Jetzt haben wir eine Generation, die bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie eine wunderbare Perspektive in Ausbildung und Beruf vorfand. Sie musste vor nichts Angst haben. Von dieser Generation hat fast die Hälfte ein starkes politisches Interesse, davon nochmal die Hälfte konzentriert sich auf das Klima. Diese Gruppe ist sehr stark beeinflusst durch die Umweltaktivistin [Greta Thunberg](#). Man könnte sie Öko-Taktiker nennen.

Aber das trifft doch nicht auf alle in dieser Generation zu.

Nein, das trifft niemals alle. Es ist ganz klar, dass es auch politisch interessierte Leute gibt, die nicht umweltbewegt sind. Daneben haben wir noch ein Drittel von benachteiligten jungen Leuten, überwiegend männliche Jugendliche, die das Gefühl haben, dass sie nicht mithalten können. Corona wird ihre Situation noch einmal verschlechtern. Wir sprechen aber doch von einem maßgeblichen, meinungsbildenden Teil. Das können wir mit Studien belegen, etwa den Shell-Jugendstudien, die seit 1953 im Vierjahresabstand ein Profil der jungen Generation zeichnen, darunter das politische Interesse. Es wächst immer dann, wenn eine Generation nicht um den beruflichen Einstieg bangen muss.

Die Jugend interessiert sich also deshalb für das Klima, weil es ihnen gut geht?

Genau. Man kann sagen, weil diese Generation nicht vor einer Existenz gefährdenden ökonomischen Situation steht, hat sie den Kopf frei, um sich um andere existentielle Gefahren zu kümmern. Die beruflich-ökonomisch Zukunftsperspektive der jungen Leute entscheidet darüber, wie sie sich politisch positionieren.

Warum machen Sie die Befindlichkeiten einer Generation an einer Person fest?

Für mich und meinen Co-Autor ist Greta Thunberg eine Symbolfigur, weil sie diejenige ist, die zeigt, wie junge Leute heute Politik verstehen: sehr direkt, sehr unideologisch, sie argumentieren auf der Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen. Sie sind nicht aggressiv, und sie sind überwiegend weiblich. Das hatten wir wahrscheinlich so noch nie. Deshalb bleiben wir nicht in der alphabetischen Reihenfolge, sondern stellen das gretahafte dieser Generation heraus: das weiblich konnotierte, starke politische Engagement mit einer sachlichen Basis, aber umso konsequenter in den Handlungsvorschlägen.

Interessant, dass Sie das Unideologische betonen. Kritiker werfen den Umweltaktiven vor, mit dem Weltuntergang zu argumentieren.

Der Vorwurf zielt darauf, dass es bei Fridays for future stets heißt, es müsse morgen etwas geschehen, wir haben nur noch wenig Zeit. Wir müssen sofort handeln. Das ist aber keine ideologische Haltung, sondern eine apodiktische. Man ist derart überzeugt, dass auf der wissenschaftlichen Basis keine andere Antwort möglich ist, dass man das in den Vordergrund stellt. Die Bewegung ist allerdings auch gerade deshalb so erfolgreich.

Wie neu ist diese Entwicklung? Ihr Kollege, der Marburger Soziologe Martin Schröder, hat im Zusammenhang mit der Generation Y betont, dass es gar keine großen Unterschiede gibt.

Martin Schröder hat darauf hingewiesen, dass man im Moment nicht von der These ausgehen darf, dass eine Prägung in Jugendjahren ein Leben lang anhält. Dafür haben wir keine Belege. Das ist aber kein Widerspruch zu der Art und Weise, wie wir den Begriff der Generation verwenden. Schröder hat nachgewiesen, dass das, was junge Menschen in den Vordergrund stellen, meist in anderen Generationen nachklingt. Das sehen wir auch bei der Umweltsensibilität. Die ist schon auf viele andere übergesprungen. Das liegt zum Teil daran, dass die Beziehung zu den Eltern heute ungeheuer eng ist.

Am Freitag rufen die Aktivisten nach langer Pause wieder zum Klimastreik auf. Macht Corona ihnen einen Strich durch die Rechnung?

Diese jungen Leuten waren im vergangenen September auf dem absoluten Höhepunkt ihres Erfolges. Danach war sowieso eine gewisse Müdigkeit zu spüren, auch weil die Bewegung der Auffassung war, dass die Beschlüsse der Bundesregierung völlig unzureichend waren. Durch Corona sind nun fast endgültig alle Möglichkeiten weg, durch große Straßendemonstrationen Aufmerksamkeit zu erzielen. Es fallen auch die vielen kleinen zivilen Provokationen weg: Der Schulstreik war ja ein ganz raffinierter Schachzug, der die Diskussion in die Elternhäuser, Schulen und in die Öffentlichkeit getragen hat. Die [Corona-Pandemie](#) hat der Bewegung enorm geschadet.

Trotzdem ist das Klima noch immer ein Top-Thema. Sie sagen: Nicht das einzige. Was kommt denn noch?

Unsere These ist, dass die junge Generation politisch bleibt und weit über das Klima hinaus denkt. Wer sich für die Klimathemen interessiert, interessiert sich auch für Gesundheitsthemen. Der erkennt, dass die beiden Krisen durchaus einen gemeinsamen Ausgangspunkt haben. Sie werden politisch aktiv bleiben, und dann wird sich zeigen, ob sie das innerhalb der Bewegung tun oder ob die Bewegung selbst zu einer Partei wird.

175,117

<https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/analog-ist-besser-studenten-bewerten-das-digitalsemester-16964985.html>

ONLINE-LEHRE:

# Analog ist besser

- VON THOMAS THIEL
- -AKTUALISIERT AM 23.09.2020-18:38



Eine Studie der Universität Hildesheim wertet die Erfahrungen von Studenten im Digitalsemester aus. Das Fazit ist ernüchternd. Manchem graut es vor einem weiteren Online-Semester.

Der einfachste Weg, Mythen der Digitalisierung zu entzaubern, ist immer noch, sie wirklich werden zu lassen. Von der [Piratenpartei](#) beispielsweise, die mit einem digitalen Betriebssystem die Demokratie erst richtig demokratisch machen wollte, ist nur noch wenig zu hören. Dasselbe gilt für die Massive Open Online Courses (Moocs), die einmal als Revolution der akademischen Lehre gehandelt wurden und heute ein Schattendasein fristen. Nun durften die Studenten ausprobieren, wie es so ist, das Semester zu Hause vor dem Computer zu absolvieren. Die Experten, die immer schon mahnten, dass Deutschland den Anschluss an die digitale Lehre verpasst habe, und souverän die zahlreichen Studien ignorierten, die der digitalisierten Pädagogik ein durchwachsendes Zeugnis ausstellen, sahen ihre Stunde gekommen. Man forderte aber auch, die Erfahrungen der Studenten ernst zu nehmen.

Eine Studie der Universität Hildesheim hat sie jetzt erstmals umfassend ausgewertet. Das Ergebnis der Befragung von bundesweit 2350 Studenten ist ernüchternd. Knapp sechzig Prozent bewerten die Aussicht auf ein digitales Wintersemester (das mittlerweile beschlossen ist) negativ oder sehr negativ, nur 22 Prozent freuten sich darauf. Als Vorteil der Online-Lehre betrachtet man die größere Flexibilität und die geringeren Anfahrtszeiten. Das größte Problem sind wie zu erwarten die Einsamkeit vor dem Bildschirm, der fehlende Austausch mit Kommilitonen im Seminar, beim Kaffee oder in der Mensa (82,3 Prozent) und die nagenden Selbstzweifel, die daraus hervorgehen. Eine Studentin schreibt, dass ihr „ein weiteres Semester dieser Art so große Angst“ bereite, „da die Uni für mich sowohl eine Quelle von Selbstvertrauen, Geltung und einfach Glück und Freude war, was sich nun in Anstrengung und ein Durchhalten durch Selbstdisziplin transformiert hat“. Anscheinend muss man den Online-Enthusiasten und ihren wirtschaftlichen Förderern erst erklären, dass ein Studium keine Ausbildung zum Soziopathen ist. Probleme bereiten auch die fehlende Trennung von Wohnung und Studienort, die vielen Ablenkungen und der große Arbeitsaufwand für die Online-Seminare. Die Aussicht auf ein weiteres Digital-Semester macht manche „richtig unglücklich“.

Das liegt nicht ganz auf der Linie des Resümees, das Dozenten der Literaturwissenschaft auf einer Tagung gezogen haben. Hier wurde vor allem mit der Idealisierung der Präsenzlehre aufgeräumt. In der Tat gibt es an Seminaren mit sechzig Teilnehmern wenig zu beschönigen. Und manchmal ist der zielgerichtete Online-Kontakt effizienter. Nur: Er verlangt Dozenten eine Dauerbeschäftigung ab, die sie langfristig gar nicht leisten können. Das Problem liegt an anderer Stelle: der Vermassung der Universitäten und dem schlechten Betreuungsschlüssel. Das lässt sich aber nicht mit digitalen Tools oder dem neuerdings beworbenen Mix aus On- und Offline-Lehre, sondern nur mit einer besseren Personalpolitik lösen.

Débats

## « L'extension démente du domaine du racisme tue la vie intellectuelle »

Trémolet de Villers, Vincent, Finkelkraut, Alain

**LE FIGARO. - En plein procès Charlie, diriez-vous que la France est menacée par un recul de la liberté d'expression ?**

**Alain FINKIELKRAUT.** - Quelques mois seulement après le carnage, Emmanuel Todd écrivait : « *Blasphémer de manière répétitive, systématique sur Mahomet, personnage central de la religion d'un groupe faible et discriminé devrait être, quoi qu'en disent les tribunaux, qualifié d'incitation à la haine raciale, ethnique ou religieuse.* » Daniele Obono refusait, quant à elle, de pleurer *Charlie* et ses « caricatures racistes » : elle réservait ses larmes pour le sort fait à Dieudonné, le porte-parole des damnés de la terre qui dénonce courageusement « *l'Occupation sioniste* ». Edwy Plenel soulignait « *l'enfance misérable des frères Kouachi* » et, en 2017, accusait encore *Charlie* de se livrer à une « *guerre contre les musulmans* ». Aux yeux de certains intellectuels, journalistes ou politiques, les coupables, ce sont les victimes qui ont abusé de leur liberté en crachant sur la religion des faibles.

Et ce n'est pas tout. Au moment où ils célèbrent la liberté d'expression à l'occasion du procès *Charlie*, des éditorialistes vigilants et influents réclament l'interdiction professionnelle de confrères qui auraient, selon eux, franchis la ligne rouge. Depuis la parution, en 2002, du *Rappel à l'ordre, enquête sur les nouveaux réactionnaires*, de Daniel Lindenberg, les listes noires ont fait leur réapparition en France et ceux qui y figurent ont à répondre non seulement de leur nostalgie pour le monde d'avant mais du crime de racisme parce qu'ils s'inquiètent des progrès de l'islam radical. Ce crime ne peut être expié que par leur disparition de l'espace public. Peu après avoir solennellement déclaré que les propos incendiaires d'Éric Zemmour menaient aux camps d'extermination, *Le Monde* publiait une grande enquête « Les intellectuels nationaux-populistes » et cette enquête avec liste noire était illustrée par le dessin d'une foule d'hommes dissimulant leur visage derrière un masque vénitien à l'effigie de Zemmour.

De ce féroce amalgame, « tous fascistes, tous racistes, tous délinquants de la pensée », je tire une double conclusion : l'extension démente du domaine du racisme replace, après l'accalmie antitotalitaire, la vie intellectuelle sous le paradigme de la guerre à mort, et la liberté d'expression, longtemps défendue par la presse contre les empiétements du pouvoir est aujourd'hui combattue par certains journaux au nom, croient-ils, de l'humanité universelle.

**Mais pourtant tout le monde invoque la liberté d'expression...**

« *La liberté d'expression, c'est connaître les questions que l'on peut poser et connaître les questions qu'on ne peut pas poser. Il y a des questions qui ne sont pas des questions mais des insultes* », affirme l'écrivain Édouard Louis. Insulte donc que la prise en compte du communautarisme islamique ou de l'antisémitisme et de la francophobie dans les quartiers dits populaires. Les faits non conformes à l'idéologie antiraciste ne sont pas des réalités mais des stigmatisations. Avec la liberté d'expression, c'est le droit de voir ce qu'on voit qui est frappé d'opprobre.

**Que vous inspire la charte sur la diversité publiée par l'académie des Oscars ?**

Sous le choc de l'affaire Weinstein et de l'assassinat de George Floyd, l'académie des Oscars a présenté, le 8 septembre dernier, une nouvelle liste de critères d'éligibilité à la catégorie de meilleur film. Pour recevoir le tampon de la diversité à l'écran une oeuvre devra remplir l'une ou l'autre de ces trois exigences : un rôle principal ou un rôle secondaire important provenant d'un groupe « racial » ou ethnique sous-représenté ; au moins 30 % des rôles secondaires provenant de deux groupes sous-représentés, « *les Noirs, les Latinos, les femmes, les personnes s'identifiant comme LGBTQ+ ou les personnes handicapées* » ; l'intrigue principale, le thème ou le récit axés sur un groupe sous-représenté.

Ainsi, pour Hollywood, les cinéastes ne sont plus libres d'imaginer leurs personnages et les personnages eux-mêmes ne sont plus libres d'être des personnages : ils déchoient au rang d'échantillons. Ce ne sont plus des individus, mais des représentants. Nulle méchanceté, nulle ambiguïté même ne sont permises à ceux qui représentent des groupes minoritaires. Ces héros positifs doivent vaincre par leur comportement exemplaire les préjugés des spectateurs. Un nouveau réalisme socialiste s'installe et il n'est pas prescrit par un État totalitaire, il est voulu et mis en oeuvre par le milieu du cinéma lui-même.

### **Êtes-vous favorable à l'entrée de Verlaine et Rimbaud, ensemble, au Panthéon ?**

La France est hélas en phase avec l'Amérique. Les ennemis des Muses sévissent des deux côtés de l'Atlantique. Rimbaud et Verlaine qui, « *passèrent leur vie à incarner la bohème* » n'ont rien à faire « *dans le mausolée des gloires nationales* », comme le dit très justement Benoit Duteurtre dans vos colonnes (*nos éditions des 19 et 20 septembre*). Et l'argument qu'avancent, entre autres, Annie Ernaux, Michelle Perrot, Edgar Morin, Michel Onfray et tout un bataillon de ministres de la Culture fait froid dans le dos. Verlaine et Rimbaud « *ont enrichi par leur génie notre patrimoine. Ils sont aussi deux symboles de la diversité. Ils durent endurer l'homophobie implacable de leur époque. Ils sont les Oscar Wilde français.* » On réquisitionne deux poètes uniques, incomparables, pour canoniser le mariage gay et mettre un terme au règne de « *l'hétéronormativité* ».

Quelle misère ! Quelle instrumentalisation éhontée de la littérature ! Quelle dénaturation de la culture par des politiques chargés depuis quarante ans de son administration ! Il y a des opposants nombreux et prestigieux à cette initiative. Mais à peine sortent-ils du bois, que Frédéric Martel, l'un des auteurs de l'appel, les traite d'homophobes.

En 2002, déjà, ce ne sont pas *Le Chevalier de Maison-Rouge*, *Le Comte de Monte-Cristo* ou *Les Trois Mousquetaires* qui sont, avec les cendres d'Alexandre Dumas, entrés au Panthéon, c'est le métissage. Non l'oeuvre, mais la race, ou plus exactement le mélange des races, s'extasient les mêmes qui répètent du matin au soir que les races n'existent pas et qui vont jusqu'à proscrire ce terme.

### **Les héritiers d'Agatha Christie ont décidé de changer le titre du roman Les Dix Petits Nègres : comprenez-vous cette décision ?**

À qui le tour ? Le titre du chef-d'oeuvre de Joseph Conrad, *Le Nègre du « Narcisse »*, va inévitablement subir le même sort. Et l'on ne tolérera pas éternellement la justification de l'esclavage par Aristote ou la présence en majesté du mot « race » dans les oeuvres de Racine, Malherbe ou Péguy. Les « *sensitivity readers* » qui lissent les manuscrits dans les maisons d'éditions américaines vont, un jour ou l'autre, rectifier les textes anciens pour les mettre aux normes du temps présent, car celui-ci prétend avoir, avec la diversité, trouvé la solution du problème humain. Il ne va pas chercher dans les livres la vérité de l'existence, il vérifie leur conformité au vocabulaire qu'il emploie et aux principes qu'il énonce. Infatué de son ouverture sans égale, il se ferme définitivement sur lui-même.

### **Patrice Jean dans son roman L'Homme surnuméraire imaginait un nettoyage des oeuvres littéraires. Cette fantaisie va-t-elle devenir une réalité ?**

Dans la collection « Littérature Humaniste » qu'imagine Patrice Jean, l'éditeur choisit de couper, dans les oeuvres, les morceaux qui heurtent trop « *la dignité de l'homme, le sens du progrès, la cause des femmes* ». Nous n'y sommes pas encore mais, d'ores et déjà, les universitaires américains font usage des « *triggers warnings* » (avertissement de contenu choquant) pour alerter les étudiants issus des minorités sur le caractère

potentiellement insoutenable de certains ouvrages. La censure est en marche et, fait particulièrement inquiétant, elle émane des temples du savoir.

### **Vous avez enseigné aux États-Unis. Ce n'est plus la même Amérique ?**

J'ai enseigné aux États-Unis entre 1976 et 1978. J'étais jeune. Mon éducation n'était pas tout à fait terminée, mais je me sentais complètement libre. Certes, je laissais la porte entrouverte quand je recevais mes étudiants ou mes étudiantes, mais on ne disqualifiait pas alors les « *dead white european males* » en les rangeant dans la catégorie des dominants, il n'était pas question non plus de « *safe space* » ou de « *trigger warning* ». À l'époque où je donnais des cours à Berkeley, le gauchisme (le mien compris) refluit et la « *cancel culture* » des nouvelles radicalités n'avait pas encore pris la relève. L'exercice de la transmission n'était pas sous la surveillance du politiquement correct. Aujourd'hui, de Berkeley à Columbia, ce qui est offert en guise d'humanités, c'est un bourrage de crâne systématique. Si une université américaine avait l'idée de m'inviter pour un séminaire ou une conférence, je serais « annulé » en moins de temps qu'il ne faut pour le dire. Je ne serais pas forcément mieux loti dans une université française.

### **La culture occidentale fondée sur une vision universelle du monde est-elle condamnée à devenir une ruine romantique pour une minorité de passionnés ? Comment éviter ce triste destin ?**

« *Nous ne nous comprenons que par le grand détour des signes d'humanité déposés dans les oeuvres de culture* » écrivait Paul Ricoeur. À l'ère du multiculturalisme, la culture, c'est tout autre chose, c'est une déclaration d'identité, c'est la manifestation par chaque communauté de son être propre. Le mot reste mais il a tué la chose. Comment résister ? En dénonçant inlassablement ce tour de passe-passe.

**Le Figaro (site web)**

jeudi 24 septembre 2020 - 13:50 UTC +02:00 1492 mots

Scan Eco

# Déficit, dette : le totem européen de la rigueur budgétaire va-t-il être mis à bas par la crise ?

## **ANALYSE - Face à l'intransigeance des pays du Nord, Paris a de nouveau appelé à «revoir» durablement les règles de la politique économique de l'UE.**

Une attaque de plus de la France contre la rigueur budgétaire. S'inscrivant dans la droite ligne d'Emmanuel Macron, pour qui la règle des 3% de déficit est « *un débat d'un autre siècle* », le secrétaire d'État chargé des Affaires européennes, Clément Beaune, a lancé une nouvelle charge mardi. Il a signifié l'opposition de la France à un retour des règles de discipline budgétaire telles qu'elles existaient dans l'Union européenne avant leur suspension due à la crise du Covid-19, en mars dernier. « *On ne peut pas imaginer remettre en place le même Pacte* » de stabilité et de croissance (PSC), qui fixe ces règles, a-t-il déclaré. « *Faut-il des règles budgétaires ? Certainement. Est-ce qu'il faut les revoir ? Certainement aussi* », a-t-il poursuivi.

Cette prise de position de la France s'inscrit dans un contexte plus large : en février, la Commission a lancé un «réexamen de gouvernance économique» de l'Union européenne. Celle-ci était prévue par les paquets législatifs surnommés « *six-pack* » et « *two-pack* », un ensemble de règlements et directives européens adoptés en 2011 et 2013 visant à renforcer la surveillance budgétaire dans l'Union. Cette consultation est l'occasion pour les 27 de réfléchir à l'efficacité des cadres budgétaires, fortement remis en cause par la crise sanitaire et économique.

Certaines règles en place depuis 1997, comme un déficit public limité à 3% du PIB ou une dette publique plafonnée à 60% du PIB, peuvent sembler aujourd'hui obsolètes. « *La conjoncture économique a considérablement changé depuis que les règles ont été instaurées* », rappelle la Commission elle-même. De plus, la crise est venue fragiliser des totems jusqu'ici immuables et des signaux d'ouverture sont venus de Bruxelles : « *si nous nous bornons à revenir à la situation antérieure, sans apporter les changements nécessaires à notre cadre commun, nous n'aurions pas tiré les leçons de la crise Covid* », déclarait début septembre le commissaire aux affaires économiques et monétaires Paolo Gentiloni, avant d'appeler à préparer la « *nouvelle normalité* » du monde post-coronavirus.

### **Les règles budgétaires, un débat du passé ?**

« *Au départ, les règles du Pacte étaient simples, mais les modifications qui ont suivi, comme le «six-pack» et le «two-pack», ont tout compliqué* », explique François Geerolf. L'expert, économiste à l'Université de Californie (UCLA) et conseiller scientifique au CEPIL, souligne qu'il existait, avant la crise, un « *consensus pour dire que ces règles étaient trop complexes, même pour les responsables politiques, peu transparentes et presque technocratiques* ». Elles étaient également procycliques, autrement dit, « *ces règles intimant de garder un déficit réduit chaque année poussaient à réduire les dépenses publiques ou à augmenter les impôts lors des récessions, au moment même où cela n'est pas judicieux* ». Le remède aggravait le mal, une « *erreur* » constatée lors de la crise de 2008, relève l'économiste.

En outre, le déficit public n'est « *pas un très bon indicateur* », analyse François Geerolf, pour qui il y a de bonnes raisons de s'endetter pour construire l'avenir. « *Les règles ont été définies dans les années 1980 à 2010, dans un contexte où la dette publique était un problème et les taux d'intérêt très élevés. Aujourd'hui, la règle des 3% est déjà dépassée. Les Américains ne se posent pas du tout la question en ces termes. La vraie question, c'est plutôt de savoir pourquoi on creuse le déficit. Si l'objectif est de créer les emplois de demain, si l'on veut placer des actifs à mettre en face des dettes, ce n'est pas un problème* », note l'économiste. Le moment est propice à ces changements, ajoute-t-il : « *Le Covid a montré qu'on avait un espace fiscal. Il faut que l'Europe regarde vers l'avenir. Entre 2011 et 2013, les politiques d'austérité ont été une erreur que l'on a regrettée. On a désormais une prise de conscience des opinions publiques sur la désindustrialisation, la souveraineté*

numérique... La question de la dette n'est pas centrale lorsqu'on voit une génération d'étudiants arriver sur un marché du travail sans issue ».

La question essentielle n'est donc pas celle du déficit non plus, déjà dépassée, mais plutôt celle de la nécessaire relance, en particulier dans les pays du Nord et en Allemagne, estime François Geerolf. « *Relâcher les règles budgétaires est utile, car elles ne sont plus convaincantes, mais ce n'est pas le débat le plus urgent. À l'heure actuelle, on a surtout besoin d'un surcroît de demande de la part des pays européens ayant un excédent commercial et une marge de manœuvre budgétaire. Cela soulagerait les tensions sur le système commercial international et sur les pays du sud de l'Europe ayant une balance commerciale déficitaire* ». En d'autres termes, l'Union a surtout besoin d'un coup de fouet encourageant la demande des populations du Nord, qui ne consomment pas assez, résume-t-il. « *C'est là-dessus que la France devrait mettre tout son poids politique* », conseille l'expert.

### **Une ouverture temporaire ou une transformation pérenne ?**

Pour Jonathan Hackenbroich, chercheur en géoéconomie au sein de l'European Council on Foreign Relations (ECFR), les mots de Clément Beaune sont « *soigneusement choisis* » : « *à Berlin, on voit que Beaune n'a pas mentionné de règle spécifique. Il parle plutôt du pacte de stabilité en général, un moyen d'ouvrir la discussion avec les autres États membres* » et de parler à des « *audiences différentes, aux Français, aux Européens du nord comme aux pays de l'Union qui voient leur dette grimper à des niveaux très élevés* ».

La prudence française s'explique aisément : il est pour l'heure impossible de déterminer si les signaux d'ouverture à une modification des règles budgétaires, de la part de plusieurs acteurs, ne sont que temporaires ou si elle ouvre la porte à une transformation profonde de la philosophie économique du continent. Le débat oppose, schématiquement, deux visions : accepter temporairement une hausse du déficit et de la dette, le temps que la crise soit réglée, puis revenir à la normale ; ou profiter de cette période extraordinaire pour accepter l'idée que l'Union pourrait préparer l'avenir en investissant de manière plus massive et pérenne pour rester compétitive face aux titans chinois, indiens et américains.

Ce débat est loin d'être résolu. « *En Allemagne, on a vu un peu plus d'ouverture sur la question de la dette, mais la crise du Covid a aussi confirmé l'idée, chez plusieurs dirigeants, que se restreindre, ne pas trop s'endetter et respecter le pacte de stabilité était nécessaire pour avoir une marge de manœuvre en temps de crise* », constate Jonathan Hackenbroich. En face, « *des voix s'élèvent, parmi les experts économiques, qui considèrent que l'Allemagne pourrait avoir une dette plus élevée, à 80, 90% de son PIB, tout en restant attractive pour les investisseurs* ». Signe de cette évolution - au moins temporaire -, Berlin a demandé ce mercredi au Parlement de l'autoriser à « *emprunter une somme inhabituellement élevée* », faisant grimper sa dette à 75% du PIB l'an prochain. Mais, dès 2022, la rigueur budgétaire devrait être de retour.

S'il ne voit pas de « *renversement fondamental* » dans la politique allemande, Jonathan Hackenbroich souligne que Berlin pourrait « *changer sa position légèrement* » afin de permettre un niveau d'endettement plus élevé en Europe. « *Il faudra trouver une bonne balance* » entre contrôle budgétaire, d'une part, et nécessaire hausse des investissements, d'autre part, avance l'expert. Une discussion qui promet d'être délicate et qui risque de se terminer par un blocage entre les États membres. « *C'est là que le débat provoqué par la France et ces mots soigneusement pesés peuvent aider à faire en sorte que les discussions se déroulent bien* ».

### **L'Europe «en retard sur l'histoire»**

Mais les experts interrogés ne sont pas optimistes sur la capacité des 27 à se mettre d'accord sur une redéfinition des règles budgétaires. « *On pourrait changer des détails, implémenter de nouveaux aspects. Mais il faudra quand même des règles. Définir à quel point on pourra dévier des 3% de déficit risque de diviser* », prévient le chercheur de l'ECFR. « *La question derrière est de savoir à quel point les Européens voient la dette commune levée sur les marchés comme quelque chose de temporaire et exceptionnel* ». « *Ce serait bien d'arracher cela aux pays du Nord, mais ils devront aussi changer de politique et se montrer moins austères* », complète François Geerolf. Cela nécessitera toutefois une négociation ardue : « *un relâchement des règles ne se fera qu'en l'échange de quelque chose, comme une plus grande surveillance des politiques économiques* ».

Ce débat est toutefois nécessaire : « *on est en retard sur l'histoire. Les choses vont vite, la Chine prend de l'avance. Il faut mettre le paquet sur l'avenir, mais il sera difficile de parvenir à l'unanimité* », soupire l'expert du CEPII.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/einwanderer-in-deutschland-auf-die-soziale-klasse-kommt-es-an-16960056.html?premium>

EINWANDERER IN DEUTSCHLAND:

## Auf die soziale Klasse kommt es an

- VON JUSTUS BENDER
- -AKTUALISIERT AM 24.09.2020-13:59



Viele Einwanderer sind nicht wegen ihrer Ethnie, sondern wegen ihrer sozialen Herkunft benachteiligt. Im Ergebnis macht das keinen Unterschied – im Streit über die richtige Politik schon.

Einmal vor mehreren Jahrzehnten stieg seine Kaiserliche Hoheit, Prinz Asfa-Wossen Asserate, am Düsseldorfer Hauptbahnhof in ein Taxi. Der Fahrer wusste nicht, dass er den Großneffen des letzten äthiopischen Kaisers, einen direkten Nachfahren des biblischen Königs David chauffierte. Ihm fiel nichts Besseres ein, als den Dunkelhäutigen laut und unverschämt zu fragen: „Wo du wollen hin?“

Asserate, damals Pressesprecher der Düsseldorfer Messegesellschaft, ließ den Taxifahrer in seinem Glauben. „Ich nix verstehen“, antwortete er. Da fing der Fahrer an, leise mit sich selbst zu reden: „Du bist bestimmt schon zehn Jahre hier und kannst immer noch kein Deutsch.“ Und laut: „Wo Adresse?“ Asserate antwortete: „Hans-Sachs-Straße 10“. Die Fahrt wurde immer interessanter. Der Taxifahrer brummelte: „Hans-Sachs-Straße! Unsereiner wohnt natürlich außerhalb von Düsseldorf, aber du wohnst mittendrin.“ Wieder laut zu Asserate: „Und? – Deutschland schön?“ Der Fahrer antwortete gleich selbst leise im Selbstgespräch: „Du wirst bestimmt nichts Schönes hier empfinden.“

Bei der Adresse angekommen, gab Asserate dem Mann zwölf Mark und sagte in seinem ganz feinen, akzentfreien und bildungsbürgerlichen Deutsch: „Verzeihen Sie, mein Herr, sind Sie Ausländer? Sie sprechen ein so miserables Deutsch.“ Da guckte der Taxifahrer, als würde er gleich einen Herzinfarkt kriegen.

### Hat der Prinz einen Bonus, den andere nicht haben?

Das war das einzige Mal, dass Asserate in Deutschland offenen Rassismus erlebt hat. So sagt er es nach 45 Jahren im Land. Asserate weiß nicht, wie es ist, von einem Vermieter oder einem Arbeitgeber wegen seiner Herkunft abgelehnt zu werden. Bei ihm, der mit der Selbstverständlichkeit der Oberschicht auftritt, sind die Leute vorsichtig. Asserate schreibt Bücher und war für Lesungen auch viel in der deutschen Provinz unterwegs. Selbst die Rechtsradikalen blaffen ihn dort nicht an, sondern fragen artig, ob er finde, dass zu viele Flüchtlinge im Land seien. Mehr nicht. Hat der Prinz einen Bonus, den andere nicht haben?



Asfa-Wossen Asserate in einem Frankfurter Hotel :Bild: Wolfgang Eilmes

Asserate leugnet nicht, dass andere Ausgrenzung erleben. „Ich höre das von meinen äthiopischen Landsleuten. Deshalb will ich nicht sagen, dass es keinen Rassismus gibt.“ Der Prinz kam 1968 als Student nach Deutschland, in „Glanz und Gloria“, wie er sagt. Er hatte ein Abitur von der Deutschen Schule in Addis Abeba und kannte die deutschen Sitten und Gebräuche. Den Unterschied zwischen seinen „Privilegien“, wie er sagt, und denen mancher Landsleute oder anderer afrikanischer Einwanderer sieht Asserate deshalb in der sozialen Schicht. „Es hat wirklich mit der Klasse zu tun“, sagt er.

Das Leben von Asserate ist eine Parabel. Sie erzählt von dem Verdacht, dass viele Einwanderer in Deutschland stärker wegen ihrer sozialen Herkunft benachteiligt sind als wegen ihrer Ethnie. Im Ergebnis macht das für einen Einwanderer keinen Unterschied. Ob ein äthiopischer Flüchtling von einem Vermieter abgelehnt wird, weil er dunkle Haut hat, weil er kein Akademiker ist oder weil er der Unterschicht angehört, ändert nichts am Ergebnis: Der Flüchtling hat keine Wohnung, und der Vermieter ist kein guter Mensch. Ethisch betrachtet ist die Frage also irrelevant. Politisch aber ist sie ein Pulverfass.

Wenn nicht Rassismus, sondern Klassismus das wahre Übel ist, wird oft am Thema vorbeigeredet. Dann sind Teile des Rassismuskurses unscharf. Dann erfährt ein deutscher Junge aus der Unterschicht ähnliche Nachteile wie sein italienischer oder somalischer Schulfreund. Dann behalten unter den Linken eher die Alten recht, die immer die soziale Klassenfrage in der Vordergrund stellten. Die Jungen hätten unrecht, wenn sie das Schicksal des wohnungslosen, arbeitslosen Flüchtlings allein auf Rassismus schieben. Dann kann ein Zurückfallen auch an sozialen Problemen liegen, die echt sind und nicht nur auf Vorurteilen beruhen. Dann können die Ursachen der tatsächlich existierenden Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund nicht bekämpft werden, weil sie nicht erkannt werden.

### „Wo eine Villa ist, ist auch ein Weg“

Als Christoph Butterwegge auf das Gymnasium kam, schlug der Lehrer in der allerersten Stunde das Klassenbuch auf und fragte jeden Schüler nach dem Beruf des Vaters. Einer aus der Klasse war der Sohn des größten Teppichhändlers. Der konnte gut antworten, wer sein Vater war. Butterwegge aber war der uneheliche Sohn einer alleinerziehenden Mutter. Er hatte seinen Vater nie getroffen. Also lief er puterrot an, anstatt zu antworten. „Man kann sich vorstellen, wer dann drei Jahre lang immer die guten Noten hatte.“ Es war der Sohn des Teppichhändlers. „Das hat mich tief geprägt“, sagt Butterwegge. „Wenn man aus einer Familie kam, die eher abschätzig beurteilt wurde, war alles viel schwieriger. Das habe ich zu spüren bekommen. Die schöne Idee, dass in Deutschland nur Leistung entscheidet, ist ein Mythos.“



Christoph Butterwegge an der Universität Köln :Bild: Stefan Finger

So wurde Butterwegge in der Jugend zum Marxisten und im Alter zum Armutsforscher an der Universität Köln. Er arbeitete als Student mit [Gerhard Schröder](#) bei den Jusos mit, kritisierte Helmut Schmidt von links, flog aus der SPD, trat später wieder ein, trat wegen Schröders Agendapolitik wieder aus und wurde Kandidat der Linkspartei für das Amt des Bundespräsidenten. Gerade hat er ein Buch geschrieben, das er mit dem

SPD-Vorsitzenden Norbert Walter-Borjans vorstellt und dessen Titel lautet: „Ungleichheit in der Klassengesellschaft“. Wenn Butterwegge sagt, dass soziale Klasse ein größerer Nachteil ist als ethnische Diskriminierung, tut er das als Linker.

„Ob ein Kind nach dem Schulunterricht auf den Bolzplatz oder in die Ballettschule geht, hängt nicht bloß von seinem Geschlecht, sondern auch oder vielleicht sogar noch mehr vom Einkommen und vom sozialen Status seiner Eltern ab. Kinder reicher Eltern sind eindeutig im Vorteil, weshalb man in Abwandlung eines deutschen Sprichwortes sagen kann: Wo eine Villa ist, ist auch ein Weg“, schreibt Butterwegge in seinem Buch. Die „Hauptursache von Benachteiligungen“ sieht er in der „sozioökonomischen Ungleichheit“, nicht in Rassismus oder Sexismus. Es sei „ein großes Problem“, dass die soziale Unterprivilegierung in der Debatte über Rassismus und Sexismus kaum noch vorkomme.

Der Soziologe Reinhard Pollak vom Gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften sieht das auch so. Er hat einen Überblick über das Großthema soziale Ungleichheit. „Über die Chancen von Kindern mit Migrationshintergrund entscheiden am allermeisten die Ressourcen, die das Kind zur Verfügung hat. Das ist die Bildung der Eltern, die Klassenposition der Eltern, die Netzwerke der Eltern. Alles das, was manchmal als ethnische Benachteiligung bezeichnet wird, das gibt es, aber das ist nur zu einem viel kleineren Teil relevant“, sagt er. Das bedeutet nicht, dass Rassismus nicht existiert, sondern dass soziale Nachteile im Vergleich viel mächtiger sind. „Die meisten Forscher würden in der Tat sagen, dass es Rassismus gibt, dass aber die Ressourcen deutlich relevanter sind. Die Ressourcen sind das Entscheidende.“

## „Migrationshintergrund“ ist keine treffende Kategorie

Die Pisa-Studie ist ein Beispiel. Kinder mit Migrationshintergrund können schlechter lesen als Kinder ohne. Woran liegt das? Die Pisa-Forscher haben bemerkt, dass Schüler besser lesen, wenn der sozioökonomische berufliche Status der Eltern höher ist. Sie konnten errechnen, wie stark diese Verbindung von Elternhaus und Bildungserfolg in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern ist. Ergebnis: In Deutschland ist das Elternhaus viel wichtiger als im Durchschnitt der OECD-Staaten.

Einwandererkinder waren schlechter, weil ihre Eltern sozial schwächer waren. So ist es nicht in allen Ländern. In Portugal und Ungarn haben Einwanderer einen höheren Sozialstatus als die Einheimischen. In Deutschland haben sie einen geringeren Status, und das hat Konsequenzen.

Statistiken sind oft Schattenspiele. Der Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ etwa beschreibt eine Gruppe, die in der Realität gar nicht existiert. Ein französischer Investmentbanker, ein polnischer Bauarbeiter und ein syrischer Flüchtling haben keine soziale oder kulturelle Gemeinsamkeit. Sie teilen eine Nicht-Eigenschaft, sie sind Nicht-Deutsche. Auch Rassismus und Sexismus sind Kategorien, die verwirrend wirken können. Entlang dieser Begriffe werden Opferpyramiden entworfen, an deren Spitze eine Klasse privilegierter, weißhäutiger Männer steht. Gibt es neben Rassismus und Sexismus aber noch viel wirkmächtigere Nachteile, unter denen auch Einheimische und Männer leiden, zeigt die Opferpyramide ein unvollständiges Bild. Dann muss eine treffendere Kategorie gesucht werden, etwa fehlende soziale Ressourcen, deren Ursache auch Diskriminierung sein kann.

## Die Hautfarbe ist nicht das Entscheidende

In Großbritannien zeigen die Statistiken etwa, wie wenig Gemeinsamkeiten es unter ethnischen Minderheiten gibt. Aus Bangladesch eingewanderte Briten verdienen zwanzig Prozent weniger als Weiße, Schwarze verdienen neun Prozent weniger als Weiße, Leute mit indischen Wurzeln dagegen zwölf Prozent mehr, aus China eingewanderte sogar dreißig Prozent mehr. So berichtete es kürzlich die Zeitschrift „The Spectator“. Diskriminierung wegen der Hautfarbe kann einen Teil der Unterschiede erklären, aber nicht alle.

Britische Universitäten sammeln viele Daten über ihre Bewerber, und die zeigen Uneinheitlichkeiten, wo Rassismus als Ursache eigentlich Einheitlichkeit erzeugen müsste. Schwarze Briten, die aus Afrika stammen, sind erfolgreicher als Weiße. Schwarze Briten, die aus der Karibik stammen, hingegen nicht. Arme, aus China stammende Mädchen sind erfolgreicher als reiche, weiße Mädchen. Die Gruppe, die am seltensten an britischen Universitäten zugelassen wird, sind arme, weiße Jungs. Nur 13 Prozent von ihnen

schaffen es, weniger als jede schwarze oder asiatische Gruppe. Sie stehen in der Pyramide ganz unten. Politisch sind sie aber kein dankbares Thema. Wer im britischen Rassismuskurs eine Klientelpolitik für weiße Jungs vorschlägt, erntet schiefe Blicke.

Sozialforscher in Deutschland haben viel weniger Daten als in anderen Ländern. In Großbritannien und Amerika finden Menschen nichts dabei, ihre Ethnie auf Formularen anzukreuzen, hierzulande würden solche Felder auf Bewerbungsbögen an eine sehr dunkle Vergangenheit erinnern. Also müssen Forscher mit dem arbeiten, was sie haben.

## Einwanderer bekommen seltener ein Vorstellungsgespräch

Jugendliche mit Migrationshintergrund bekommen in Deutschland viel schwerer eine Ausbildungsstelle als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Am Willen liegt es nicht. Studien belegen eine „hohe Bildungs- und Berufsorientierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“, auch für ihre Familien, wie die Berufsbildungsforscherin Mona Granato schreibt. Trotzdem werden Einwandererkinder „deutlich seltener als junge Einheimische“ zu Vorstellungsgesprächen eingeladen.

Der Grund dafür könnte Rassismus sein. Arbeitgeber könnten Bewerber mit türkischem Namen aussortieren, weil sie Türken nicht mögen, weil sie xenophob sind. Es kann aber auch eine Diskriminierung sozialer Art sein. Ein Arbeitgeber könnte Bewerber mit türkischem Namen aussortieren, weil er unterstellt, dass sie einer niedrigen sozialen Schicht angehören. Ein solcher Arbeitgeber würde aus dem gleichen Grund deutsche Bewerber mit Vornamen wie Kevin oder Chantal ignorieren. Auch eine dritte Möglichkeit gibt es. Dass Jugendliche mit Migrationshintergrund schlechtere Noten haben, weil ihnen Ressourcen fehlten, die sozial privilegierte Kinder hatten, vom Nachhilfelehrer über Bildungsgespräche beim Abendessen mit den Eltern bis zu prall gefüllten Bücherregalen.

Die Theorie mit den schlechten Noten ist grundfalsch. Unter allen Schülern mit guten Noten bekommen nur 56 Prozent der Einwandererkinder einen Ausbildungsplatz, aber 75 Prozent der Kinder ohne Migrationshintergrund. Auch der Schulabschluss erklärt den Unterschied nicht. Die Einwandererkinder sind auch genauso flexibel und engagiert bei der Lehrstellensuche wie andere. Die Ursache kann eine soziale, aber auch eine rassistische Benachteiligung sein. Was es ist, wissen die Forscher nicht. Es gebe „keine abschließende Antwort“, schreibt Granato. So ist es in vielen Bereichen der Sozialwissenschaft: Die Ethnie der Menschen wird in Deutschland nicht erfasst, deshalb kann ihre Benachteiligung nicht ergründet werden.

Wo die Faktenlage unklar ist, sind auch Zweifel notwendig. Von Hermann Gröhe zum Beispiel, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Unionsfraktion im Bundestag. Der kennt so viele Einwanderer mit hohem Sozialprestige, die trotzdem diskriminiert wurden, dass er die These anzweifelt, soziale Klasse sei der größte Faktor. „Die Vermutung, dass sozialer Status vor Benachteiligung schützt, teile ich nicht. Aber sozialer Status gibt dem Träger eine andere Fähigkeit, sich zu wehren“, sagt Gröhe. „Die Putzfrau, die sich rassistisch diskriminiert fühlt, erlebt sich gar nicht in der Position, sich dagegen wehren zu können. Die türkischstämmige Oberärztin kann das Krankenhaus wechseln, wenn es ihr zu bunt wird.“ Auch in diesem Fall wäre die soziale Klassenzugehörigkeit entscheidend, den Nachteil durch ethnische Diskriminierung abzufedern. Bei einem äthiopischen Prinzen könnte dieser Vorteil so groß sein, dass er den anderen Nachteil gar nicht mehr wahrnimmt.

WOHIN GEHT FRIDAYS FOR FUTURE?:

## Verlust der Mitte

- EIN KOMMENTAR VON MATTHIAS TRAUTSCH
- -AKTUALISIERT AM 25.09.2020-18:15



Alle Formen der Ausbeutung des Menschen und der Natur müssen bekämpft werden, sagen die Aktivisten von Fridays for Future. Das ist richtig – aber auch eine grobe Vereinfachung, die für die Bewegung gefährlich werden kann.

Die Jugendbewegung „Fridays for Future“ sucht ihr Heil in der Flucht nach vorn. Schon vor der durch Corona erzwungenen Pause hatte der Protest an Dynamik verloren, und auch wenn jetzt wieder einige tausend Demonstranten auf die Straße gegangen sind, haben die Kundgebungen nicht mehr das Ausmaß wie im vergangenen Jahr. In Frankfurt übt „Fridays for Future“ deshalb den Schulterchluss mit anderen Bewegungen, etwa dem Protest von „Black Lives Matter“.

Alle Formen der lokalen und globalen Ausbeutung des Menschen und der Natur, von Sexismus, Rassismus, Homophobie und sonstigen Diskriminierungen müssten gemeinsam betrachtet und bekämpft werden, sagen die Aktivisten. Das ist einerseits richtig, weil in der vernetzten Welt alles mit allem zu tun hat, andererseits aber auch eine grobe Vereinfachung. Sie kann zu dem – auch aus Verschwörungstheorien geläufigen – Fehlschluss führen, dass alle Probleme nicht nur zusammenhängen, sondern auch eine gemeinsame Ursache haben.

Aus Sicht der Redner, die bei den Kundgebungen zum „Weltklimastreik“ aufgetreten sind, liegt der Ursprung des Übels im Kolonialismus, wahlweise auch im Imperialismus oder Kapitalismus. Das ist nicht nur eine Vereinfachung, sondern führt auch zu einer Radikalisierung, die dem ursprünglichen Anliegen des Schülerstreiks schadet, weite Teile der Gesellschaft für mehr Klimaschutz zu gewinnen.

Wenn sich „Fridays for Future“ wie angekündigt weiter in diese Richtung bewegt, wird die Bewegung ihren Kontakt zur Mitte verlieren und sich somit selbst marginalisieren. Das wäre noch zu verschmerzen, schließlich sagen die Aktivisten selbst, dass „Fridays for Future“ sich überflüssig machen soll. Zu hoffen ist, dass das erst dann geschieht, wenn der Impuls der Bewegung nachhaltig gewirkt hat.

NACH ISLAMISTISCHEM ANGRIFF:

# Resignation in Paris

- EIN KOMMENTAR VON MICHAELA WIEGEL
- -AKTUALISIERT AM 25.09.2020-21:25



Die diffuse Angst vor Anschlägen ist in der französischen Hauptstadt nie ganz geschwunden. Sie hat ermöglicht, dass stillschweigend die Grenzen der Meinungsfreiheit neu gezogen wurden.

Die diffuse Angst vor Anschlägen ist nie ganz geschwunden. Die Messerattacke vor dem früheren Redaktionsgebäude der Wochenzeitung „Charlie Hebdo“ hat vielen Franzosen schlagartig bewusst gemacht, dass sich die Debatte über die Wurzeln des radikalen Islamismus nicht vertagen lässt, wie es Präsident Emmanuel Macron vorgezogen hat. Der Präsident glaubte, sich gänzlich auf die Gesundheitskrise und deren wirtschaftliche und soziale Folgen konzentrieren zu können. Er verschob eine lang angekündigte Rede, auf die ein Gesetzesvorstoß zum Kampf gegen den „islamischen Separatismus“ folgen soll. Doch jetzt „kehrt der Albtraum wieder“, wie es der frühere Regierungschef Manuel Valls formulierte. Die Messerattacke hat auf schmerzliche Weise die Verletzbarkeit der französischen Gesellschaft in Erinnerung gerufen.

Es darf bezweifelt werden, dass die Selbstbehauptungskräfte seit dem Anschlag auf die „Charlie Hebdo“-Redaktion am 7. Januar 2015 stärker geworden sind. Viele haben resigniert und sich damit abgefunden, dass Zeichner und Journalisten Polizeischutz benötigen, weil sie sich Spott und Kritik am Islam nicht verbieten lassen wollen. **Stillschweigend werden die Grenzen der Meinungsfreiheit neu gezogen.** Zuletzt weigerte sich die Nachrichtenagentur AFP, den Appell französischer Presseorgane zur Verteidigung der Meinungsfreiheit zu unterzeichnen, vorgeblich, um ihre Mitarbeiter in muslimischen Ländern nicht in Gefahr zu bringen.

175,128

<https://www.welt.de/kultur/plus215790404/Deutschland-89-Diese-Serie-ist-so-gut-setzt-sie-bitte-nicht-fort.html>

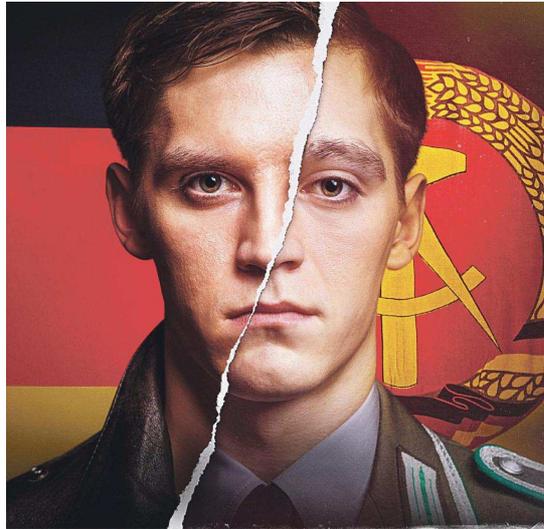
„DEUTSCHLAND 89“

# Diese Serie ist so gut, setzt sie bitte nicht fort

Stand: 25.09.2020 | Lesedauer: 7 Minuten

Von **Elmar Krekeler**

Redakteur Feuilleton



Ein Mann zwischen zwei Systemen: Jonas Nay ist Martin Rauch

„Deutschland“ ist das große deutsche Fernsehewpos über die Achtziger. Es verhandelt das Ende der DDR als Spionagethriller. Jetzt kommt die dritte Staffel. Und beantwortet sogar die Frage, wer wirklich für den Mauerfall verantwortlich war.

*Ophiocordyceps unilateralis* ist ein Pilz, den man nicht so schnell aus dem Kopf bekommt. Wenn man eine Ameise ist. Dann zwingen einen dessen Sporen im Hirn nämlich, Dinge zu tun, die man auf gar keinen Fall möchte. Auf einen Baum zu klettern zum Beispiel und sich in ein Blatt zu verbeißen. Und dann bringt der Pilz einen um. Gruselig.

Mit dem Sozialismus, sagt mal einer in der wunderbaren Serie „Deutschland 89“, verhält es sich genauso wie mit diesem Pilz. Man wird ihn nicht los. Da kann man machen, was man will.

Deswegen ist der Mann unterwegs. Er ist auf dem Weg nach Rumänien. Weil da die Welt noch in Ordnung ist. Sozialismus, Securitate. Da weiß man, wo man stehen muss. Überall sonst ist Zerfall.

Wir schreiben das Jahr 1989. Die Mauer ist Geschichte. Wer an dieser Stelle aufstöhnt, gähnt und abschaltet, weil er spätestens nach der letzten Staffel von „Weissensee“ aufgehört hat, die Mauerfallfilme zu zählen, die uns in den vergangenen Jahrzehnten auf die Leinwand und in den Fernseher geschickt wurden, hat unser vollstes Verständnis.

Geschichtsfernsehen kann schlimm sein wie Ophiocordyceps unilateralis. Muss es aber nicht. Histotainment kann eben auch anders. Kann aussehen, als hätte man aus Guido Knopp, Heinrich August Winkler und Jason Bourne einen knallbunten Smoothie zusammengeschüttelt.

So wie die beiden ersten „Deutschland“-Staffeln aussahen. Die spielten 1983 und 1986. Sie lieferten Kindern der Babyboomer die bis dahin unterhaltsamste Erklärung, wie ihre Eltern werden konnten, wie sie sind. Und wirkten, als wären Jörg und Anna Winger, die Autoren, mit dem immer ein bisschen grauschleierigen deutschen Geschichtsfernsehen mehrmals durch eine Waschstraße gefahren.

Jetzt müssen wir allmählich zu Martin Rauch kommen. Der ist der ziemlich deutsche Held, den die Wingers mit jeder Staffel aufs Neue wie die Kugel durch einen Flipper jagen.

An dem sie vorführen, was mit Menschen in und zwischen Systemen geschehen kann. Ein reiner Tor. Die Geschichte tobt sich an ihm aus. Ständig muss er die Welt retten. Oder verändern. Meistens will er das gar nicht.

### **„Someone Wants to Abuse You“**

Fangen wir mal 1983 an. Da ist Martin Rauch, dieser deutsche Held, ein Grenzsoldat. Bis er eines Tages im Westen aufwacht, in Jeans und Turnschuhen umgeben von Unmengen von Bananen im Supermarkt steht und Annie Lennox’ „Someone Wants to Abuse You“ singt.

Lenora, seine fiese Tante von der HVA, der Hauptverwaltung Aufklärung, dem KGB der DDR, war an Martins Systemverschickung nicht ganz unschuldig. Martin heißt jetzt Moritz. Und soll im Vorzimmer eines NATO-Generals herausfinden, was mit der Nachrüstung wirklich gemeint ist und ob die NATO beim Manöver „Able Archer“ einen Atomangriff plant.

Hat alles tatsächlich stattgefunden. Wie alles andere in „Deutschland“ stattfand, in der Serie aber sehr viel besser aussieht, als es jene in Erinnerung haben, die die Achtziger erlebt haben. Ein Jahrzehnt der Angst wird da porträtiert. Und Martin ist unser Geheimagent der Vergangenheit.

Schnell musste das produziert werden. Die Hektik merkte man der Erzählung an. Sie wollte Geschichte auf allen Ebenen spiegeln, steckte manchmal bis zum Platzen voll von Verweisen, von Artefakten, Songs und Nachrichtenetzen wie das Diorama eines Achtziger-Museums.

Dem Erfolg war das nicht abträglich. „Deutschland 83“ war der erste deutsche Mehrteiler, der, bevor er noch bei RTL gezeigt wurde, in den USA anlief (mit englischen Untertiteln!). Besser war keine deutsche Serie je in Großbritannien gestartet. 109 Länder orderten eine zweite Staffel. Jonas Nay und Maria Schrader als Neffe und Tante hätte das ruhig weltberühmt machen können.

### **Ein Flop im freiempfangbaren Fernsehen**

Ein Türöffner für das deutsche Serienwesen. Ein Flop für RTL. Kaum zwei Millionen Zuschauer wollten es sehen. Amazon sprang ein. Die letzten Reste der RTL-Haftigkeit wurden vertrieben. Entspannter, unterhaltsamer, rasanter erzählte „Deutschland 86“ dann von Martins Abenteuern in Afrika und anderswo. Dahin, wohin er von der HVA versetzt wurde, nachdem er den Atomkrieg verhindert hatte, was ihm nicht nur Freunde einbrachte. So etwas hatte es im deutschen Fernsehen noch nie gegeben. Das Porträt eines wahren Schweinesystems, erzählt wie „Mission: Impossible“.

„Deutschland 86“ war die Geschichte vom beginnenden Verfall der DDR und ihres verzweifelten Kampfs gegen den wirtschaftlichen Kollaps. In den Kliniken werden Patienten zu Medizinversuchen (im Auftrag des Westens) missbraucht.

An Schurkenstaaten werden Waffen verkauft. Menschen-, Devisen- und Kunsthandel finden statt. Die Staatsführung mauert sich ein in einem Wahnsystem des Wirklichkeitsverlusts. Das Volk läuft aus dem Ruder. Martin Rauch wird erwachsen.

Was der Pilz des Systems aus Menschen machen kann, spielt „Deutschland 86“ am Beispiel sämtlicher Zweige der Familie des Martin Rauch weiter durch. Den Kampf zwischen Identität und Ideologie. Heile konnte da keiner rauskommen. Lustig war das nur noch selten. Aber es war wahnsinnig bunt.

Was man ja von der DDR eher nicht behaupten kann und was die Kinder der Babyboomer sehr schön immer dann zu Gesicht bekamen, wenn Martin Rauch mal nicht in Paris oder Libyen oder Angola damit beschäftigt war, am Leben zu bleiben. Dann wurden die Farben grünlich.

Fast ein bisschen geschichtsfernsehhaft. Und man bekam ein bisschen Angst davor, wie es mit Martin Rauch, daheim in Ost-Berlin am Ende und absehbar ohne weitere Auslandsverpflichtung weitergehen würde.

### **Ein normales Leben, wie geht das?**

Erst mal geht es beinahe ohne Farbe weiter. Martin Rauch sitzt in einem total weißen Raum auf einem weißen Stuhl an einem weißen Tisch. Einen grauen Anzug hat er an. Ein rotes Telefon steht vor ihm. Zwei Jahre hat er jetzt bei Robotron gearbeitet. Unter dem Radar. Ein normales Leben gelebt, wenigstens schien es ihm so. Sein Sohn ist sechs Jahre alt. Die Mutter ist in Moskau. Wir schreiben den 8. November 1989. Noch 36 Stunden, bis die Mauer fällt.

Und Martin Rauch – nicht David Hasselhoff mit seinem Song – ist verantwortlich dafür. Das mit dem normalen Leben hat sich nämlich ziemlich schnell erledigt, als das Volk sich auf sich selbst besinnt und auf das, was es eigentlich will. Martin Rauch, stellt sich raus, hat nur ein bisschen den Schläfer spielen dürfen. Vergessen hatte die HVA ihren Helden nicht.

Schon steht er wieder an einer Sollbruchstelle der Geschichte. Als es dann ein Ende mit der DDR hat, machen ihm der KGB, die CIA, der französische Geheimdienst, der BND und die HVA klar, bleiben ihm für seinen weiteren Lebensweg im neuen Deutschland nur drei Alternativen: verhaften lassen, umbringen lassen, anheuern lassen. Nicht schön.

Aber davon, dass er sich etwas aussuchen könnte, kann sowieso keine Rede sein. Martin ist begehrt und – seines Sohnes wegen – erpressbar. Und schon steckt er wieder im Flipper. Er wird getrieben, gefoltert, angeschossen. Macht die Mauer auf, rettet fast Alfred Herrhausen und ein bisschen Helmut Kohl.

So geht diesmal die Heldenreisegeschichte des Martin Rauch. Es ist eine gewissermaßen postironische Geschichte. Von einer Gesellschaft und von Menschen, die sich mit einem todbringenden Pilz im Kopf in Windeseile neu erfinden müssen, was sie weitertragen, woran sie weiter tragen.

Die Wingers lassen Täter auf Opfer los. Wir sitzen zu Tisch mit beinharten Sozialisten und blauäugigen Bürgerrechtlern. Hören Terroristen zu und angehenden Kapitalisten. Wieder erzählen nicht nur die Figuren, sondern auch die Dinge, die Räume, die Kleider, die Bilder, die Musik.

Man kriegt „Deutschland 89“ nicht schnell aus dem Kopf. Es ist Räuberpistole und Psychogramm, wie „Weissensee“ Familienepos und Psychogramm war.

Wir wünschen Martin Rauch jedenfalls für seinen weiteren Lebensweg alles erdenklich Gute. Und „Deutschland 89“ trotz des erwartbaren Erfolges keine Fortsetzung. Viel Hoffnung haben wir nicht. Weder für das eine noch das andere.

175,133

[https://www.lemonde.fr/idees/article/2020/09/25/un-blanc-peut-il-photographier-un-noir\\_6053534\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2020/09/25/un-blanc-peut-il-photographier-un-noir_6053534_3232.html)

## « Un Blanc peut-il photographier un Noir ? »

Michel Guerrin, rédacteur en chef au « Monde »

A l'occasion de l'exposition de l'Américain Gregory Halpern à la Fondation Cartier-Bresson, Michel Guerrin, rédacteur en chef au « Monde », s'interroge dans sa chronique sur la notion d'appropriation culturelle.

Publié le 25/9/20 Temps de Lecture 4 min.



Extrait de l'exposition « Soleil cou coupé », à la fondation Henri Cartier-Bresson. GREGORY HALPERN / MAGNUM PHOTOS

**Chronique.** Un artiste blanc peut-il encore photographier des Noirs ? Ou une autre communauté que la sienne ? Cette question, inimaginable il y a trois ans, se pose, surtout aux Etats-Unis, où les incidents se multiplient. Rien d'étonnant. En contact avec le réel, la photographie est au cœur du débat, pour le moins crispé, sur l'appropriation culturelle.

Nous tenons un exemple passionnant à Paris, à la Fondation Cartier-Bresson, qui expose jusqu'au 18 octobre le photographe américain Gregory Halpern. Ce dernier est Blanc. Il a photographié des Noirs en Guadeloupe. Ce postulat est devenu un problème. La façon dont l'exposition, excellente par ailleurs, y répond en est un autre.

Il faut partir de l'image qui ouvre l'accrochage. Dans la mer, près du bord, un homme noir tient dans les bras une femme blanche qui flotte dans la lumière. L'image est douce et dérangeante à la fois, car mystérieuse. Quelle est la relation entre eux ? Soumission ou égalité ? L'homme a-t-il sauvé la femme de la noyade ? Est-il son compagnon ? A son service ? On ne sait et c'est merveilleux.

Le texte général de présentation de l'exposition donne des pistes. Halpern, qui sait l'histoire de la Guadeloupe, « *marquée par la colonisation et l'esclavage* », entend évoquer les traces d'un passé douloureux, resté vivace. On nous dit que ses portraits de Guadeloupéens ne sont pas « *le produit d'une appropriation mais celui d'un échange* ». Entendez : Halpern a photographié les habitants avec leur consentement. Certains ont même posé. On apprend aussi qu'il est juif et qu'il s'intéresse « *à la recombinaison des cultures du monde* ». Autant de précautions pour légitimer son travail et lui éviter les ennuis.

## L'imaginaire devient slogan

Mais ça va plus loin. L'image du couple dans l'eau est accompagnée d'un autre texte. L'homme « *pratique un massage par flottaison* ». Il eût été plus direct, semble-t-il, d'écrire qu'il s'agit d'un kiné et de sa cliente, mais bon. Toujours est-il que l'on tombe sur ces derniers mots : « *Cette photographie souligne la persistance de différences raciales, perpétuées par l'esclavage et le colonialisme.* »

Autant dire qu'une image à lecture ouverte devient, avec ce texte, à lecture fermée. Le mystère tombe, l'imaginaire devient slogan. On dit au spectateur comment regarder, pour qu'il n'ait pas de mauvaises pensées. C'est contradictoire avec une œuvre dont la force repose sur l'ambiguïté, voire la fiction.

Contradictoire avec ce que dit Halpern lui-même dans son livre *Let the Sun Beheaded Be* (Aperture/Fondation Hermès, 120 p., 45 euros) quand, dans un entretien passionnant avec Stanley Wolukau-Wanambwa, il confie qu'il entend bousculer les certitudes du spectateur. Contradictoire enfin quand, dans le livre suscité, Clément Chéroux analyse la résonance surréaliste des images, mouvement qui repose pourtant sur l'énigme.

Mais tout cela n'est pas surprenant. Les textes ont été écrits par des Américains pour des visiteurs américains. L'exposition devait en effet débiter en juin au Musée d'art moderne de San Francisco, avant que le Covid-19 n'oblige à inverser les lieux d'exposition.

Il est donc rare et instructif de voir en France une exposition telle que l'Amérique la verra, en 2022, ce qui permet de prendre la mesure du fossé entre les deux pays concernant l'appropriation culturelle. Aucune exposition en France, pour l'instant, ne prendrait de telles précautions. Il faut par exemple aller voir à la galerie Nathalie Obadia (jusqu'au 14 novembre) les photographies remarquables de Luc Delahaye, réalisées au Sénégal. Avec des Sénégalais. Cette fois sans avertissement écrit ou lecture orientée dans la salle.

## Justifier de sa vertu

Une hypothèse. Les précautions qui enrobent l'exposition Halpern sont moins là pour informer le spectateur que pour protéger l'artiste. Ce dernier espère ainsi éviter l'œil du cyclone qui a frappé tant de photographes. Mais outre que ce n'est pas gagné, il est sur la défensive. Quand un artiste commence à se justifier de sa vertu, alors même qu'il n'a rien à prouver sur la question coloniale et ses effets durables, ce n'est jamais très bon.

Il est vrai qu'Halpern se trouve en terrain chargé. Il arrive après des milliers de photographes blancs – ethnographes, explorateurs, reporters ou artistes –, bons ou mauvais, qui, depuis le XIX<sup>e</sup> siècle, monopolisent l'imagerie des pays du Sud.

Et dans cette imagerie, il y a beaucoup de stéréotypes et caricatures – colonialistes, exotiques, touristiques, décoratifs, misérabilistes, réducteurs – qui visent surtout à alimenter le besoin en images de l'Occident, qui aime tant regarder l'autre pour se rassurer. Le film documentaire *Stop Filming Us* (2020), du Néerlandais Joris Postema, tout en étant très maladroit, interroge par exemple la représentation visuelle de la République démocratique du Congo par les photographes occidentaux comme congolais.

Un changement de regard passe par un développement massif du regard autochtone. Pas simple, pour de multiples raisons, économiques déjà, même s'il y a du mieux. Pour les Occidentaux, c'est plus compliqué. Un travail de collaboration avec les gens photographiés est une piste. Mais faut-il disqualifier, « effacer » par principe tout regard étranger qui évite le contact avec les gens ? Certains le demandent, ce qui a de quoi inquiéter. Il est vrai que la complexité est une valeur en baisse dans le vaste débat décolonial.

Prenons le photographe sud-africain David Goldblatt, mort en 2018 à l'âge de 87 ans. Sa position était atypique, presque un étranger dans son propre pays : un Blanc qui a documenté l'apartheid subi par les Noirs. Il a aussi photographié les Blancs. Ce statut ambivalent – dedans, dehors –, dont il a beaucoup parlé, était sa force. Il lui a permis, outre son talent et le fait d'avoir créé une école photo fréquentée par des Noirs, de produire des images remarquables, pour beaucoup sans l'accord des gens. Et lui aussi commence à être dénoncé pour appropriation culturelle.

From plague to penury

# The pandemic is plunging millions back into extreme poverty

It could take years for them to escape again

[International](#) Sep 26th 2020 edition

CÁRDENAS, KAMPALA AND MUMBAI



For more than a decade Suresh Aryal has flogged momos, steamed dumplings from Nepal, on the streets of New Delhi. On a good day the 32-year-old could take home as much as 6,000 rupees (\$82). Then in March, as covid-19 spread, India shut down. Mr Aryal waited for things to improve for three months. When they did not, he returned to his home village in Nepal.

India has since eased its lockdown. But Mr Aryal has no plans to return to the Indian capital. While people are still strapped for cash and reluctant to eat on crowded kerbsides, there is little point. Years spent surviving in a big city and sending money home to his family have left him with no savings. He has been getting by on loans from neighbours, but such generosity has its limits. Jobs are scarce in the village and Mr Aryal does not qualify for government support. “I don’t have a plan,” he says. “I’m going to have to hustle to feed my family.”

Mr Aryal is not alone. According to estimates in June by the World Bank, national lockdowns and the ensuing economic catastrophe will push between 71m and 100m people into extreme poverty this year, defined as subsisting on less than \$1.90 a day (at 2011 prices). Its predictions have worsened since the pandemic began, and suggest that three years of progress will be wiped out. Some countries could be even worse hit, depending on the scale of the recession (see chart). From 1990 until last year the number of extremely poor people fell from 2bn, or 36% of the world’s population, to 630m, or just 8%. Most of those left in poverty were in sub-Saharan Africa (see map) and in countries riven by conflict. By contrast, almost half the newly destitute will be in South Asia.

## Feeling the pinch

Share of population at three different poverty levels\*, %

■ 2018 By size of possible economic contraction†: 5% 10% 20%



Source: Sumner et al., UNU working paper, June 2020

\*\$ per day, at 2011 PPP †In per person income/consumption

The Economist

The United Nations is even gloomier. It defines people as poor if they do not have access to things like clean water, electricity, sufficient food and schools for their children. Working with researchers from Oxford University, it reckons the pandemic could cast 490m in 70 countries into poverty, reversing almost a decade of gains.

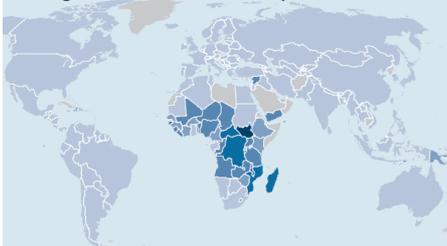
The economic crisis caused by the pandemic has exacerbated inequalities more sharply than previous recessions. The pandemic has left them with few fallback options. Those who lost formal jobs were unable to make a quick buck in the informal sector driving rickshaws, shining shoes or sorting rubbish, because the world had shut up shop. Lockdowns have frozen entire economies—black, white and grey. Since the disease has struck everywhere, relatives in richer countries may not be able to send extra cash home; remittances may drop by about a fifth this year, the biggest decline in recent history, according to the latest figures from the World Bank.

## Too many

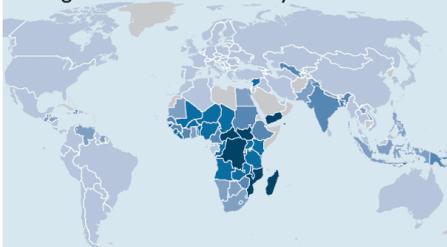
Very poor people, % of population, 2018

■ 0-20 ■ 20-40 ■ 40-60 ■ 60-80 ■ 80+ ■ No data

Living on less than \$1.90\* a day



Living on less than \$3.20\* a day



Source: Sumner et al., UNU working paper, June 2020

\*At 2011 PPP

The Economist

Worst affected have been the millions who escaped poverty by moving to bustling cities with running water, electricity and schools. Many have lost work and fled to more rural areas, where there are few jobs but at least living costs are cheaper. Official data in India suggest 10m people have relocated, but others reckon the total is five times more. In Kampala, Uganda's capital, SafeBoda, a motorbike ride-hailing app, reckons that 40% of its drivers went back to the countryside under the lockdown. Returning to big cities holds little appeal until it is clear that economic activity is picking up and that further lockdowns are unlikely. With places such as Jakarta, Indonesia's capital, announcing new restrictions in response to rising infections, it is not clear when that will be.

The economic crisis is already turning into a food crisis. Peter Lutalo ran a thriving bar in Kiboga, in central Uganda. His family used to eat meat at the weekend and drink milky tea every day. But since the government ordered bars to close they can afford meat only once in three weeks and take their tea black. He is far from alone. The number of people unable to afford enough to eat could double as a result of the pandemic, says the un's World Food Programme. That would mean an additional 130m people this year suffering from the sort of debilitating hunger that harms adult health in the long term and can stunt children's development.

Nor have international organisations plugged the gap. Anna Obba is a teacher in the Bidibidi refugee camp in Uganda. When schools shut down, her income disappeared and her children's education was disrupted. The World Food Programme cut food rations for refugees by 30% in April, citing a financial crunch. Since then the family has been living on one meal a day.

The disruption to education will have awful long-term consequences. Children whose families have fled cities will probably get a worse education in rural areas, if they get one at all. A survey by the un's World Health Organisation found that in August schools were fully open in only six of 39 African countries; only 12 more expect classrooms to reopen this month. Kenya has closed schools until 2021. As every year of education is reckoned to increase annual earnings by roughly 10%, the consequences for poor children are alarming.

The harm to health-care systems will be long-lasting, too. Clinics have been short of staff as medics have been unable to travel to work safely. People have been nervous about visiting them, too. The Bill & Melinda Gates Foundation says vaccination rates among children are dropping to levels last seen in the 1990s. Some of those jabs can be done once doctors are able to work properly again. But for infectious illnesses like measles, even a temporary pause may be lethal. Just 67% of the world's children may get a crucial third dose of the diphtheria-tetanus-pertussis vaccine (which is usually administered around the age of six months) this year. Last year 84% did.

Some hope that, as lockdowns lift, economies will start to grow again fast, as they often do after disasters. Large parts of Vietnam were destroyed during the war there, but the country bounced back rapidly thanks to economic reforms: between 1990 and 2015 real gdp per person tripled, according to imf estimates. The portion of the population living on less than \$1.90 a day has fallen from over 60% in the 1980s to less than 5% just before covid-19 struck.

Poor countries are unlikely to see similar growth in the short term. For the first time in 25 years sub-Saharan Africa will fall into recession this year. The imf is forecasting a contraction of 3.2% in the region in 2020, and an underwhelming rebound to 3.4% growth next year. Among the g20 economies India's shrank most in the spring; its gdp is set to fall by about 4.5% in 2020. It may take some time to catch up. "Historically certainly, growth and poverty reduction have gone hand in hand," says Carmen Reinhart, chief economist at the World Bank. "But there are enormous question-marks about how much growth we're going to get."

There are some signs of improvement. According to recent phone surveys by the World Bank in Ethiopia, 87% of respondents said they had had at least an hour's work in the week before the interview, though that is still below pre-pandemic levels. Employment levels in Nigeria are almost back to their pre-pandemic level.

But it seems likely that a return to growth will be fitful and uneven. People in poor countries are plainly desperate to return to work. Most are young, and so less vulnerable to covid-19. The World Economic

Forum estimates that just 3% of Africans are over 65 years old, whereas over 40% are under 15. Hunger could kill them before the virus does.

## Hungry for work

If these economies were getting going again, those who stayed in cities should be able to find plenty of work, given the exodus to the countryside. Poor workers still have the same skills they had six months ago; most are keen to use them. But demand for labour remains low. Vishwanath Kamble used to earn around 350 rupees a day as a cobbler in Mumbai. With offices shut and few passers-by, he more often gets only ten rupees nowadays. When he says his daily prayers, he pleads for things to go back to how they were before. That is still far off. Data from Google Maps show that even in mid-September visits to Mumbai's restaurants, cinemas and shopping centres were down by over 70% compared with January and early February.

Widespread fears about the spread of the virus are still hampering any recovery. "I'm scared too, but what can I do? I have to go to work," says Munni Mehra, a maid looking for a job in Mumbai. Her husband is working as a cook, earning 10,000 rupees a month. But if Ms Mehra stays at home much longer they will have to go back to their village in Uttarakhand, in India's far north. Domestic workers see the irony in how middle-class employers think they are the ones at risk if they rehire house servants, says Martha Chen of Harvard, who has been interviewing informal workers around the world throughout the crisis.

Cleaners, with their meagre salaries, are not the ones visiting shopping malls, spas and cinemas where covid-19 thrives. Raju, a flower-seller in the same city, can no longer deliver flowers to people's homes because security guards will not let him into posh blocks of flats. With no trains running, he has been unable to get to the wholesale market, so has had to use pricier local suppliers. As a result his costs have soared. Since covid-19 took hold in India, his earnings have almost halved, from 13,000 a month to 7,000 rupees.

Nor can poor countries rely on foreign spending. The sharp fall in oil prices earlier this year was enough to slash revenues in countries like Nigeria and Angola that rely on oil exports. In two-thirds of poor countries, commodities make up more than 60% of total merchandise exports, according to the UN's latest estimates, rising to 88% in Zambia and 100% in Angola. Foreign tourists are not booking safaris in east Africa or beach breaks in Bali. Demand for exports such as Kenyan flowers and Bangladeshi garments has slumped, too. These industries can expect to recover when the pandemic subsides and borders reopen. But the poor cannot wait.

For the time being they must rely on help from their own governments. The World Bank reckons that in the past six months 212 countries and territories have rolled out—or made plans to roll out—1,179 social-protection measures that will reach 2bn people. As well as the usual efforts to hand out food and waive utility bills, poor countries are trying out new ideas. Kenya's government has started a programme to give temporary jobs to more than 26,000 young Kenyans. Montenegro's is offering subsidies to the tune of 70% of the minimum wage to encourage employers to create new jobs.

Cash handouts, heralded by policymakers for years as a cheap and effective form of support, are proving most popular. Technology is helping. A new national id system in the Philippines and a unified digital payment system in Tunisia have been speeded up, so that governments can get cash to the poor faster. The Democratic Republic of Congo wants to use mobile-phone data to locate the poor and then send money directly to their e-wallets. In July the central bank also said it would set up special accounts—either through banks or online—to hand out emergency cash.

But such schemes are useful only if governments can afford to hand out serious lumps of cash. Poor countries on average have spent just \$4 a head on programmes to help the poor during the covid-19 crisis, compared with an average of \$695 per head of the population in rich countries such as Britain, France and America, according to World Bank estimates. The Congolese government plans to hand out \$50m to just two million people in Kinshasa and other badly affected provinces, amounting to \$25 for each recipient.

And in other countries governments are doing far from enough. A World Bank survey in Ethiopia in June found that 2% of households had received government help in the previous three weeks. A poll of people in Indian cities by the London School of Economics at around the same time found that only a fifth of those responding had received any money from the government. The transfers on average made up less than a quarter of their monthly salary.

Other governments are barely doing anything at all. Residents of Cañales, a poor suburb of Cárdenas, a smallish city in the Mexico, say the only help they have received was a single round of food packages from the state government in May. Marco Antonio González Cruz has been jobless since the pandemic struck. But he isn't holding out for help from politicians. "They only come when they want the vote," he says. President Andrés Manuel López Obrador, a left-wing populist, created a slew of welfare programmes after taking office in 2018, including an expanded pensions system, an apprenticeship scheme for the young and a tree-planting programme in a number of Mexico's states. But he has provided close to nothing in response to the worst recession the country has seen in a century.

Because the urban poor have been harder hit than those in rural areas, governments need to spend any money they do have more cleverly. The Indian government should expand its rural employment guarantee scheme to urban areas, suggests Abhijit Banerjee, an economist at the Massachusetts Institute of Technology. The programme, which provides 100 days of guaranteed work every year, could deploy low-skilled workers as assistants in primary schools or care workers for the elderly. "If the cities recover, then there is hope," argues Mr Banerjee, who won the Nobel prize for economics last year.

Governments will struggle to continue funding such efforts as revenues fall. Emerging-market governments issued \$124bn in hard-currency debt in the first six months of the year. But there are limits to how much more they can borrow. The recent wave of sovereign downgrades has been startling, even compared with previous crises.

## **Too little help from their friends**

The response from richer governments and international institutions has been patchy. The imf has disbursed over \$30bn in emergency financing to 76 countries since March. It has acted fast, but the sum is far from enough. Earlier this year African finance ministers got together and calculated that African countries alone will suffer a short-term funding gap of \$100bn in 2020, rising to \$200bn next year.

The g20 has agreed to suspend payments between May and December on bilateral debt from 73 of the world's poorest countries, if they want such help. That is a fraction of the \$31.5bn in external debt servicing they face in that period. So far just 42 countries have requested support, which would free up \$5.3bn for them to spend on things like health care and welfare programmes. The scheme doesn't touch commercial lending from banks or bondholders. Nor does it include Asian countries such as India and the Philippines, where many of the newly destitute reside.

Politicians in poor countries, shackled by debt, will struggle to provide meaningful support. The pandemic has shown how flimsy recent progress has been, says Andrew Sumner of King's College London. He reckons that the proportion of people in poor countries living on less than \$1.90 a day had fallen last year to 17%. But a third were still living on less than \$3.20 a day. Covid-19 has exposed the vulnerability of that group—the poor but not destitute—in the face of a big economic shock. Policymakers must now help people climb back above the poverty line—and devise ways to make them more resilient to future shocks.

## Failing the poor

# Covid-19 has reversed years of gains in the war on poverty

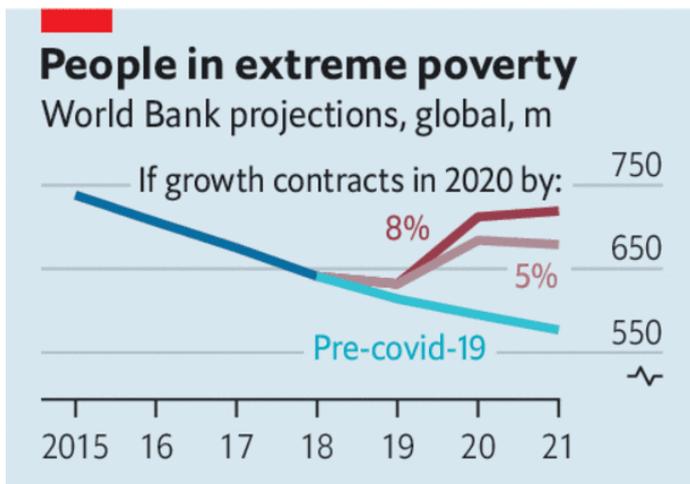
### Politicians deserve much of the blame

[Leaders Sep 26th 2020 edition](#)

This coronavirus affects everyone, but not equally. The young often shrug off the virus; the old often die of it. The rich shrug off the economic shock; the poor cannot. Because of covid-19, the number of extremely poor people (ie, those making less than \$1.90 a day) will rise by 70m-100m this year, the World Bank predicts. Using a broader measure, including those who lack basic shelter or clean water and children who go hungry, the ranks of the poor will swell by 240m-490m this year, says the un. That could reverse almost a decade of progress (see [article](#)). If a vaccine is found, economies will no doubt bounce back. But widespread vaccination will take years and the very poor cannot wait that long. By then, malnutrition will have stunted a tragic number of children's bodies and minds.

Governments in rich countries have spent over 10% of gdp to ease the economic pain. Others cannot be so ambitious. Emerging economies have spent just 3%, and the poorest nations less than 1%. Safety-nets in low-income countries are cobweb-thin. Governments there have handed out only \$4 extra per person on social programmes—in total, not per day.

Donors should help. Rich countries are on course to cut direct aid by a third compared with last year. The imf and World Bank have raised lending, but only 31% more of the bank's money has reached poor countries, says the Centre for Global Development, a think-tank, about half the increase in the global financial crisis, a much smaller shock.



The Economist

Governments in poor countries, meanwhile, need to spend their money wisely. Too many offer pork for chums and crumbs for the poor. Since the crisis began, Mexico has provided no new programmes for the hard-up but has given Pemex, the state oil giant, tax breaks worth \$2.7bn, or \$21 per Mexican. India has poured \$7bn down coal mines. South Africa is expected soon to confirm another wasteful effort to keep its money-losing airline aloft. Even when money is earmarked for good ends, it is too often wasted or stolen. South African investigators are probing possible fraud in 658 contracts worth \$300m for covid-fighting kit. Nigeria's health ministry bought some masks for \$53 each. In a leaked recording, a voice allegedly belonging to a Ugandan official guffaws as she and her colleagues appear to plot to pocket money meant for alleviating suffering in the pandemic.

The best way to help the poor is to give them money directly. The simplicity of this policy makes it less vulnerable to corruption. With a little extra cash in their pockets, recipients can feed their children and send them back to school. They can avoid a fire-sale of assets, such as a motorbike-taxi or a cow, that will help them make a living in the future. One country that has done well getting cash into poor pockets is Brazil, despite President Jair Bolsonaro's habit of downplaying the effects of covid-19. Various measures of poverty there have actually fallen, largely because the government has sent \$110 per month for three months to the impecunious, helping 66m people. A priority for governments should be basic health care, which the pandemic has disrupted so badly that vaccination rates for children have been set back about 20 years.

The crisis requires politicians to make hard choices quickly. Mistakes are inevitable, given how much remains unknown about the disease. But some are inexcusable. India's sudden lockdown threw millions of migrant workers out of their urban jobs and lodgings, forcing them to head back to their villages on foot or crowded trains, spreading the virus far and wide. South Africa barred people from leaving home at night but then evicted tens of thousands of squatters from shacks on public land, with no place to go. Politicians governing remotely from their comfortable home offices should think harder about how their decisions might affect those whom covid-19 is plunging back into dire poverty. It is shameful when their responses to the pandemic add to the suffering of the least fortunate.

## One million and counting

# The covid-19 pandemic is worse than official figures show

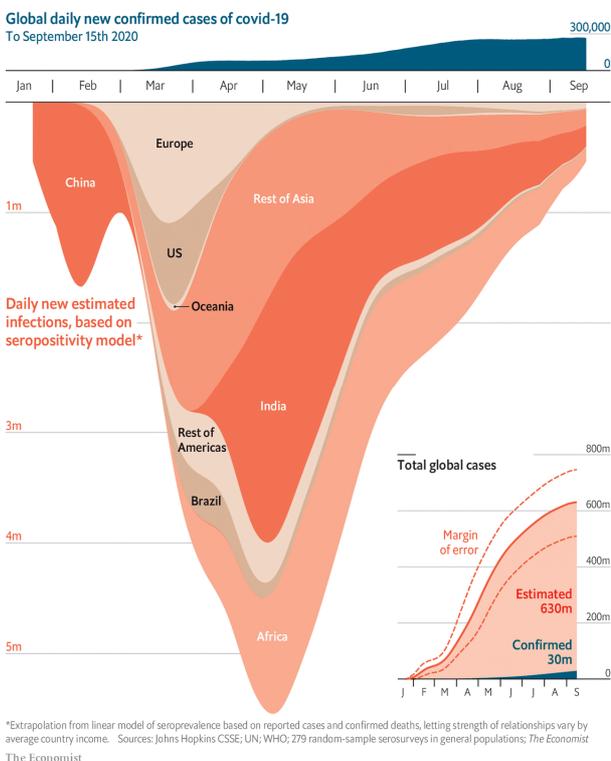
But some things are improving, and it will not go on for ever

[Briefing Sep 26th 2020 edition](#)

As the autumnal equinox passed, Europe was battenning down the hatches for a gruelling winter. Intensive-care wards and hospital beds were filling up in Madrid and Marseille—a city which, a few months ago, thought it had more or less eliminated covid-19. Governments were implementing new restrictions, sometimes, as in England, going back on changes made just a few months ago. The al-fresco life of summer was returning indoors. Talk of a second wave was everywhere.

Across the Atlantic the United States saw its official covid-19 death toll—higher than that of all western Europe put together—break the 200,000 barrier. India, which has seen more than half a million new cases a week for four weeks running, will soon take America’s unenviable laurels as the country with the largest official case count.

The world looks set to see its millionth officially recorded death from covid-19 before the beginning of October. That is more than the World Health Organisation (who) recorded as having died from malaria (620,000), suicide (794,000) or hiv/aids (954,000) over the whole of 2017, the most recent year for which figures are available.



Those deaths represent just over 3% of the recorded covid-19 cases, which now number over 32m. That tally is itself an underestimate of the number who have actually been infected by sars-cov-2, the virus which causes covid 19. Many of the infected do not get sick. Many who do are never seen by any health system.

A better, if still imperfect, sense of how many infections have taken place since the outbreak began at the end of last year can be gleaned from “serosurveys” which scientists and public-health officials have

undertaken around the world. These look for antibodies against sars-cov-2 in blood samples which may have been taken for other purposes. Their presence reveals past exposure to the virus.

Various things make these surveys inaccurate. They can pick up antibodies against other viruses, inflating their totals—an effect which can differ from place to place, as there are more similar-looking viruses circulating in some regions than in others. They can mislead in the other direction, too. Some tests miss low levels of antibody. Some people (often young ones) fight off the virus without ever producing antibodies and will thus not be recorded as having been infected. As a result, estimates based on serosurveys have to be taken with more than a grain of salt.

But in many countries it would take a small sea's worth of the stuff to bring the serosurvey figures into line with the official number of cases. The fact that serosurvey data are spotty—there is very little, for example, openly available from China—means it is not possible to calculate the global infection rate directly from the data at hand. But by constructing an empirical relationship between death rates, case rates, average income—a reasonable proxy for intensity of testing—and seropositivity it is possible to impute rates for countries where data are not available and thus estimate a global total.

The graphic on this page shows such an estimate based on 279 serosurveys in 19 countries. It suggests that infections were already running at over 1m a day by the end of January—when the world at large was only just beginning to hear of the virus's existence. In May the worldwide rate appears to have been more than 5m a day. The uncertainties in the estimate are large, and become greater as you draw close to the present, but all told it finds that somewhere between 500m and 730m people worldwide have been infected—from 6.4% to 9.3% of the world's population. The who has not yet released serosurvey-based estimates of its own, though such work is under way; but it has set an upper bound at 10% of the global population.

As the upper part of the following data panel shows, serosurvey results which can be directly compared with the diagnosed totals are often a great deal bigger. In Germany, where cases have been low and testing thorough, the seropositivity rate was 4.5 times the diagnosed rate in August. In Minnesota a survey carried out in July found a multiplier of seven. A survey completed on August 23rd found a 6.02% seropositivity rate in England, implying a multiplier of 12. A national serosurvey of India conducted from the middle of May to early June found that 0.73% were infected, suggesting a national total of 10m. The number of registered cases at that time was 226,713, giving a multiplier of 44. Such results suggest that a global multiplier of 20 or so is quite possible.

If the disease is far more widespread than it appears, is it proportionately less deadly than official statistics, mainly gathered in rich countries, have made it look? Almost certainly. On the basis of British figures David Spiegelhalter, who studies the public understanding of risk at Cambridge University, has calculated that the risk of death from covid increases by about 13% for every year of age, which means a 65-year-old is 100 times more likely to die than a 25-year-old. And 65-year-olds are not evenly distributed around the world. Last year 20.5% of the eu's population was over 65, as opposed to just 3% of sub-Saharan Africa's.

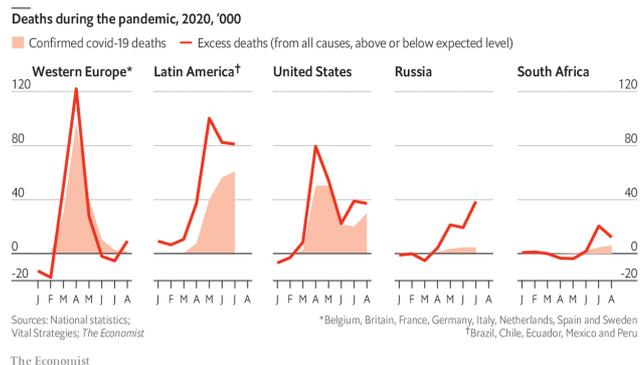
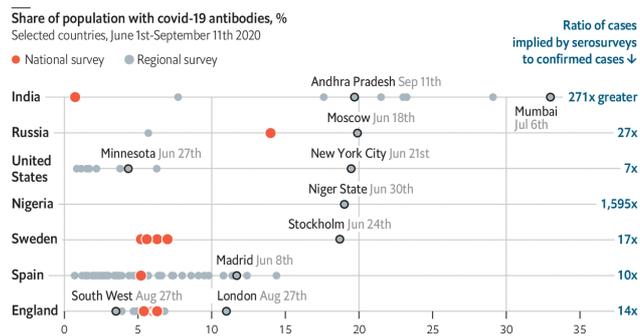
But it is also likely that the number of deaths, like the number of cases, is being seriously undercounted, because many people will have died of the disease without having had a positive test for the virus. One way to get around this is by comparing the number of deaths this year with that which would be predicted on the basis of years past. This “excess mortality” method relies on the idea that, though official statistics may often be silent or misleading as to the cause of death, they are rarely wrong about a death actually having taken place.

## **The excessive force of destiny**

*The Economist* has gathered all-cause mortality data from countries which report them weekly or monthly, a group which includes most of western Europe, some of Latin America, and a few other large countries, including the United States, Russia and South Africa (see lower part of data panel). Between March and August these countries recorded 580,000 covid-19 deaths but 900,000 excess deaths; the true toll of their share of the pandemic appears to have been 55% greater than the official one. This analysis suggests that America's official figures underestimate the death toll by 30% or more (America's Centres for Disease

Control and Prevention have provided a similar estimate). This means that the real number of deaths to date is probably a lot closer to 300,000 than 200,000. That is about 10% of the 2.8m Americans who die each year—or, put another way, half the number who succumb to cancer. And there is plenty of 2020 still to go.

→ Studies of antibodies show that many covid-19 cases are missed: so are quite a lot of deaths



Add to all this excess mortality unreported deaths from countries where record keeping is not good enough to allow such assessments and the true death toll for the pandemic may be as high as 2m.

What can be done to slow its further rise? The response to the virus's original vertiginous ascent was an avalanche of lockdowns; at its greatest extent, around April 10th, at least 3.5bn people were being ordered to stay at home either by national governments or regional ones. The idea was to stop the spread of the disease before health-care systems collapsed beneath its weight, and in this the lockdowns were largely successful. But in themselves they were never a solution. They severely slowed the spread of the disease while they were in place, but they could not stay in place for ever.

Stopping people interacting with each other at all, as lockdowns and limits on the size of gatherings do, is the first of three ways to lower a disease's reproduction number,  $R$ —the number of new cases caused by each existing case. The second is reducing the likelihood that interactions lead to infection; it requires mandated levels of social distancing, hygiene measures and barriers to transmission such as face masks and visors. The third is reducing the time during which an infectious person can interact with people under any conditions. This is achieved by finding people who may recently have been infected and getting them to isolate themselves.

Ensuring that infectious people do not have time to do much infecting requires a fast and thorough test-and-trace system. Some countries, including Canada, China, Germany, Italy, Japan, Singapore and Taiwan, have successfully combined big testing programmes which provide rapid results with a well developed capacity for contact tracing and effective subsequent action. Others have foundered.

## Networks and herds

Israel provides a ready example. An early and well-enforced lockdown had the expected effect of reducing new infections. But the time thus bought for developing a test-and-trace system was not well used, and the country's emergence from lockdown was ill-thought-through. This was in part because the small circle around prime minister Binyamin Netanyahu into which power has been concentrated includes no one with relevant expertise; the health ministry is weak and politicised.

Things have been made worse by the fact that social distancing and barrier methods are being resisted by some parts of society. Synagogues and Torah seminaries in the ultra-Orthodox community and large tribal weddings in the Arab-Israeli community have been major centres of infection. While unhappy countries, like Tolstoy's unhappy families, all differ, the elements of Israel's dysfunction have clear parallels elsewhere.

Getting to grips with "superspreader" events is crucial to keeping  $R$  low. Close gatherings in confined spaces allow people to be infected dozens at a time. In March almost 100 were infected at a biotech conference in Boston. Many of them spread the virus on: genetic analysis subsequently concluded that 20,000 cases could be traced to that conference.

Nipping such blooms in the bud requires lots of contact tracing. Taiwan's system logs 15-20 contacts for each person with a positive test. Contact tracers in England register four to five close contacts per positive test; those in France and Spain get just three. It also requires that people be willing to get tested in the first place. In England only 10-30% of people with covid-like symptoms ask for a test through the National Health Service. One of the reasons is that a positive test means self-isolation. Few want to undergo such restrictions, and few are good at abiding by them. In early May a survey in England found that only a fifth of those with covid symptoms had self-isolated as fully as required. The government is now seeking to penalise such breaches with fines of up to £10,000 (\$12,800). That will reduce the incentive to get tested in the first place yet further.

As much of Europe comes to terms with the fact that its initial lockdowns have not put an end to its problems, there is increased interest in the Swedish experience. Unlike most of Europe, Sweden never instigated a lockdown, preferring to rely on social distancing. This resulted in a very high death rate compared with that seen in its Nordic neighbours; 58.1 per 100,000, where the rate in Denmark is 11.1, in Finland 6.19 and in Norway 4.93. It is not clear that this high death rate bought Sweden any immediate economic advantage. Its gdp dropped in the second quarter in much the same way as gdp's did elsewhere.

It is possible that by accepting so many deaths upfront Sweden may see fewer of them in the future, for two reasons. One is the phenomenon known, in a rather macabre piece of jargon, as "harvesting". Those most likely to succumb do so early on, reducing the number of deaths seen later. The other possibility is that Sweden will benefit from a level of herd immunity: once the number of presumably immune survivors in the population grows high enough, the spread of the disease slows down because encounters between the infected and the susceptible become rare. Avoiding lockdown may conceivably have helped with this.

On the other hand, one of the advantages of lockdowns was that they provided time not just for the development of test-and-trace systems but also for doctors to get better at curing the sick. In places with good health systems, getting covid-19 is less risky today than it was six months ago. isaric, which researches infectious diseases, has analysed the outcomes for 68,000 patients hospitalised with covid-19; their survival rate increased from 66% in March to 84% in August. The greatest relative gains have been made among the most elderly patients. Survival rates among British people 60 and over who needed intensive care have risen from 39% to 58%.

This is largely a matter of improved case management. Putting patients on oxygen earlier helps. So does reticence about using mechanical ventilators and a greater awareness of the disease's effects beyond the lungs, such as its tendency to provoke clotting disorders.

## **Nouvelle vague**

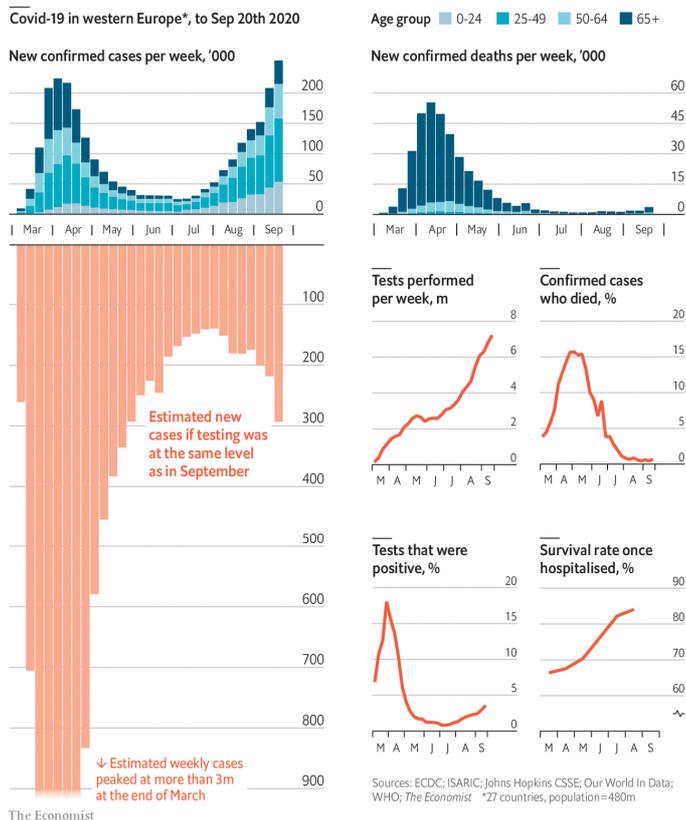
As for treatments, two already widely available steroids, dexamethasone and hydrocortisone, increase survival by reducing inflammation. Avigan, a Japanese flu drug, has been found to hasten recovery. Remdesivir, a drug designed to fight other viruses, and convalescent plasma, which provides patients with antibodies from people who have already recovered from the disease, seem to offer marginal benefits.

Many consider antibodies tailor-made for the job by biotech companies a better bet; over the past few years they have provided a breakthrough in the treatment of Ebola. The American government has paid \$450m for supplies of a promising two-antibody treatment being developed by Regeneron. That will be enough for

between 70,000 and 300,000 doses, depending on what stage of the disease the patients who receive it have reached. Regeneron is now working with Roche, another drug company, to crank up production worldwide. But antibodies will remain expensive, and the need to administer them intravenously limits their utility.

It is tempting to look to better treatment for the reason why, although diagnosed cases in Europe have been climbing steeply into what is being seen as a second wave, the number of deaths has not followed: indeed it has, as yet, barely moved. The main reason, though, is simpler. During the first wave little testing was being done, and so many infections were being missed. Now lots of testing is being done, and vastly more infections are being picked up. Correct for this distortion and you see that the first wave was far larger than what is being seen today, which makes today's lower death rate much less surprising (see data panel).

→ Europe's "second wave" is not yet remotely as bad as the first



The coming winter is nevertheless worrying. Exponential growth can bring change quickly when  $R$  gets significantly above one. There is abundant evidence of what Katrine Bach Habersaat of the *who* calls "pandemic fatigue" eating away at earlier behavioural change, as well as increasing resentment of other public-health measures. YouGov, a pollster, has been tracking opinion on such matters in countries around the world. It has seen support for quarantining people who have had contact with someone infected fall a bit in Asia and rather more in the West, where it is down from 78% to 63%. In America it has fallen to 55%.

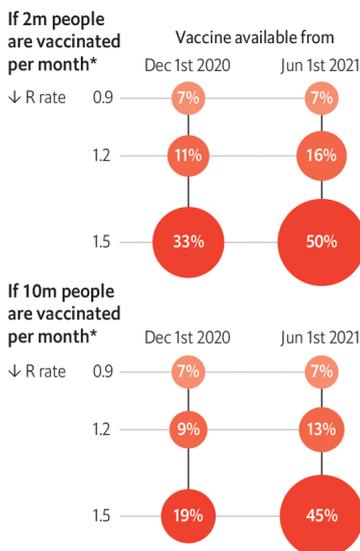
It is true that infection rates are currently climbing mostly among the young. But the young do not live in bubbles. Recent figures from Bouches-du-Rhône, the French department which includes Marseille, show clearly how a spike of cases in the young becomes, in a few weeks, an increase in cases at all ages.

As the fear of such spikes increases, though, so does the hope that they will not be recurring all that much longer. Pfizer, which has promising vaccine candidate in efficacy trials, has previously said that it will seek regulatory review of preliminary results in October, though new standards at the Food and Drug Administration may not allow it to do so in America quite that soon. Three other candidates, from AstraZeneca, Moderna and j&j, are nipping at Pfizer's heels. The j&j vaccine is a newcomer; it entered efficacy trials only on September 23rd. But whereas the other vaccines need a booster a month after the first jab, the j&j vaccine is administered just once, which will make the trial quicker; it could have preliminary results in November.

## → Vaccinating sooner beats vaccinating quicker

### Projected share of population ever infected with covid-19 by the end of the pandemic

Using SEIR model for a country of 60m people, with 6% immune and 0.1% currently infected at Sep 22nd 2020



Source: *The Economist*  
\*Vaccines make previously susceptible people immune, seven weeks after first dose

None of the companies will have all the trial data they are planning for until the first quarter of next year. But in emergencies regulators can authorise a vaccine's use based on interim analysis if it meets a minimum standard (in this case, protection of half those who are vaccinated). Authorisation for use under such conditions would still make such a vaccine more credible than those already in use in China and Russia, neither of which was tested for efficacy at all. But there have been fears that American regulators may, in the run up to the presidential election, set the bar too low. Making an only-just-good-enough vaccine available might see social-distancing collapse and infections increase; alternatively, a perfectly decent vaccine approved in a politically toxic way might not be taken up as widely as it should be.

In either case, though, the practical availability of a vaccine will lag behind any sort of approval. In the long run, billions of doses could be needed. A global coalition of countries known as Covax wants to distribute 2bn by the end of 2021—which will only be enough for 1bn people if the vaccine in question, like Pfizer's or AstraZeneca's, needs to be administered twice. The world's largest manufacturer of vaccines, the Serum Institute in India, recently warned that there will not be enough supplies for universal inoculation until 2024 at the earliest.

Even if everything goes swimmingly, it is hard to see distribution extending beyond a small number of front-line health and care workers this year. But the earlier vaccines are pushed out, the better. The data panel on this page looks at the results of vaccinating earlier versus later in a hypothetical population not that unlike Britain's. Vaccination at a slower rate which starts earlier sees fewer eventual infections than a much more ambitious campaign started later. At the same time increases in  $R$ —which might come about if social distancing and similar measures fall away as vaccination becomes real—make all scenarios worse.

By next winter the covid situation in developed countries should be improved. What level of immunity the vaccines will provide, and for how long, remains to be seen. But few expect none of them to work at all.

Access to the safety thus promised will be unequal, both within countries and between them. Some will see loved ones who might have been vaccinated die because they were not. Minimising such losses will require getting more people vaccinated more quickly than has ever been attempted before. It is a prodigious organisational challenge—and one which, judging by this year's experience, some governments will handle considerably better than others

## Trying to square a circle

# France, as ever, wants to be both European and French

It is proving awkward

[Europe Sep 26th 2020 edition](#)



The pandemic has grounded most European leaders. But not Emmanuel Macron. In recent weeks, the French president has been in hyperactive diplomatic mode. He has jetted off twice to Lebanon, once dropping in on Iraq on the way back. He has dispatched a frigate and two fighter jets to help Greece and Cyprus defend their waters from Turkish incursions, and held a sea-front summit of Mediterranean leaders in Corsica to try to rally others to make a tougher stand against Turkey. On September 28th-30th the French president is off again, this time to Latvia and Lithuania, where he will visit French soldiers serving in a nato battlegroup.

What is Mr Macron up to? Three years ago this month, in the amphitheatre of the Sorbonne, he outlined an ambitious plan to reinvigorate the European Union. This stood on two principles: more “solidarity” among member countries, and more assertion of European “sovereignty” in the face of big-power rivalry. In July, when all 27 eu members agreed to issue mutualised debt for a massive recovery fund, Mr Macron made progress on his first point. On the second, however, France is still trying to work out how to reconcile its version of the collective European interest, notably in response to regional troublemakers in Turkey, Russia, Libya and elsewhere, with how others see it.

In some respects the debate has shifted France’s way. “Mentalities are changing,” says Clément Beaune, Mr Macron’s Europe minister: “We inoculated Europe against hard power, because 70 years ago we built the project on reconciliation and said that hard power isn’t for us. Now we are learning to speak the language of power.” The phrase “European sovereignty”, which might once have been dismissed as a French abstraction, is now uttered even by the German foreign minister, Heiko Maas. Ursula von der Leyen, head of the European Commission, has said that she wants the commission to be “geopolitical”.

As France is discovering, though, such concepts do not mean the same to everyone. Take the French stance towards Turkey. Mr Macron’s muscular backing for the Greek and Cypriot navies, offered in August after a phone call to Kyriakos Mitsotakis, the Greek prime minister, was seen in France as clear-cut: support for a threatened fellow European country, in defence of international law and sovereign borders. Yet it was not universally welcomed. Norbert Röttgen, the Christian Democratic chairman of the Bundestag’s foreign-affairs committee, argued that the eu “shouldn’t pick a side” as “this will only lead to escalation”. Others said it undermined parallel German mediation efforts.

As it turns out, Turkey has now agreed to resume talks with Greece, a decision that Mr Macron applauded in a call to Turkey's president. The French argue that it was the division of labour—with Mr Macron as warrior and Angela Merkel as mediator—that clinched it. Asserting European sovereignty means doing both, they say, and Europe should get used to that.

Misgivings about French activities on Europe's periphery, though, remain. The most pressing concern Mr Macron's efforts to create a "strategic dialogue" with Russia. With great fanfare he invited Vladimir Putin to the official presidential retreat on the Mediterranean in August last year (pictured), arguing that the best way to keep Russia out of China's arms was to offer it a place on Europe's eastern fringe under a new security architecture. At the time, such suggestions enraged Poland and the Baltic states, which eye Russia nervously on their eastern flank, and consider nato—which Mr Macron went on to criticise—to be their guarantor of security.

The poisoning of Alexei Navalny, Mr Putin's leading opponent, along with Russia's propping-up of Alexander Lukashenko's dictatorship in Belarus, has made Mr Macron's approach increasingly untenable. Earlier this month the French called off a planned "2+2" meeting in Paris of French and Russian foreign and defence ministers. *Le Monde* described a "dialogue of the deaf" between Mr Macron and Mr Putin, in which the Russian president suggested in a phone call on September 14th that Mr Navalny may have poisoned himself.

"Ours is a strategy that has to adapt to circumstances," Mr Beaune told *The Economist* on September 22nd. "We never said it was an unconditional or irreversible dialogue. The Navalny affair makes it more difficult in the short run. It's never been a question of u-turns but adaptations." Mr Macron had already expressed his "reservations" about Germany's Nord Stream 2 pipeline, which will bring Russian gas to Europe. The tone in Paris is hardening.

"Macron is slowly coming to terms with the fact that he's going nowhere with Putin," says Bruno Tertrais of the Foundation for Strategic Research in Paris. This does not mean that France has abandoned its longer-run hopes of a meaningful dialogue with Russia. But the French president is under pressure to distance himself right now from Russia's leader. France has backed the eu's plan to impose sanctions on selected Belarusian leaders. Mr Beaune has urged Cyprus not to block them. There is talk that Mr Macron may meet Svetlana Tikhanovskaya, the exiled Belarusian opposition leader, when he is in Lithuania.

Mr Macron's setback over Russia is by no means his only headache. Covid-19 cases at home are rising steeply again. His poll ratings remain low. On September 21st Pierre Person, the deputy leader of his party, La République en Marche, resigned from his post, saying that the party was "at risk of disappearing" and didn't "produce any new ideas". (The outfit has appointed Mr Beaune, among others, to come up with some.) Amid all of this, the president's chief consolation is that a growing majority of the French give him credit for defending the country's interests abroad, even if outsiders are not always so impressed.

175,150